

# **Löhne und Lebenshaltungskosten von Arbeiterfamilien in Schleswig-Holstein 1945-1948**

**Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der Philosophischen Fakultät  
der Christian-Albrechts-Universität  
zu Kiel**

**Vorgelegt von  
Timm Erhardt**

**Kiel, im Februar 2003**

Referent: Prof. Dr. T. Riis

Korreferent: Dr. T. Hill

Tag der mündlichen Prüfung: 21.05.03

Durch die Zweite Prodekanin Prof. Dr. Fleischmann zum Druck genehmigt am:

## **Danksagung**

Zunächst möchte ich mich bei all denen bedanken, die mich bei der Entstehung dieser Dissertation mit Rat und Tat unterstützt haben. Dazu zählen an erster Stelle meine Eltern und Renate, die mich schon in meinem Studium immer Anteil nehmend begleitet und, wenn es nötig war, auch einmal wieder aufgebaut haben. Ihrer Unterstützung habe ich es zu verdanken, dass diese Arbeit überhaupt geschrieben werden konnte.

Mein Dank gilt insbesondere Herrn Prof. Dr. Thomas Riis, auf dessen Anregung hin diese Arbeit entstanden ist und der mir stets freundlich und konstruktiv zur Seite stand. Darüber hinaus danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir benutzten Archive, Bibliotheken und Institute im Lande für ihre Unterstützung, ebenso Marcus und Tim für ihre kritischen Kommentare und Korrekturen!

## Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	S. 1
2 Quellen- und Forschungslage	S. 3
2. 1 Die statistischen Quellen	S. 3
2. 2 Sonstige Quellen	S. 5
2. 3 Forschungslage	S. 7
3 Ein Überblick über die ökonomisch-soziale Lage in Schleswig-Holstein bis 1948	S. 9
3. 1 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Beispiel Kiels	S. 9
3. 2 Die Auswirkungen der Versorgungskrise auf die Arbeitsleistung der Bevölkerung	S. 13
3. 3 Die Situation der Familien am Beispiel Kiels	S. 15
4 Die Rahmenbedingungen der Lohn- und Preispolitik in der britischen Besatzungszone	S. 18
4. 1 Der Aufbau der britischen Militärregierung	S. 18
4. 2 Der rechtliche und organisatorische Rahmen der Preisbildung	S. 20
4. 3 Der rechtliche und organisatorische Rahmen der Lohnbildung	S. 26
4. 3. 1 Der Lohnstopp	S. 26
4. 3. 2 Die Direktive Nr. 14 und ihre Ergänzung	S. 27
4. 4 Die Begründung für die Beibehaltung des Lohn- und Preisstopps	S. 31
4. 5 Wichtige Prinzipien britischer Besatzungspolitik in der offiziellen Lohn- und Preispolitik	S. 34
5 Die Arbeit der Lohn- und Preisbehörden	S. 37
5. 1 Die Arbeit der schleswig-holsteinischen Preisbehörden	S. 37
5. 2 Die Arbeit der schleswig-holsteinischen Lohnbehörden	S. 41
6 Lebenshaltungskosten	S. 48
6. 1 Das Preisniveau in der britischen Besatzungszone	S. 48
6. 2 Das Preisniveau in Schleswig-Holstein	S. 54
6. 3 Preisdisziplin	S. 61
6. 4 Wirtschaftliche Gründe für Preiserhöhungen	S. 66
7 Der Schwarze Markt	S. 73
7. 1 Der Schwarze Markt in Schleswig-Holstein	S. 75
7. 2 Die Bekämpfung des Schwarzmarktes	S. 84
7. 3 Preisbildung und Preise auf dem Schwarzen Markt in Schleswig-Holstein	S. 92
8 Löhne	S. 99
8. 1 Arbeiterlöhne	S. 100
8. 1. 1 Arbeiterlöhne in der britischen Besatzungszone	S. 101
8. 1. 2 Arbeiterlöhne in Schleswig-Holstein	S. 107
8. 2 Löhne von Frauen und Jugendlichen	S. 110
8. 3 Niedriglöhne	S. 112
8. 4 Sozialleistungen	S. 114
9 Vergleich von Löhnen und Lebenshaltungskosten	S. 120
9. 1 Die Entwicklung bis zur Währungsreform	S. 120
9. 2 Ein Vergleich mit anderen Städten und Regionen	S. 130
9. 3 Reaktionen der Arbeiter	S. 137
9. 3 Ein Ausblick	S. 140
10 Schlussbetrachtung	S. 143
11 Anhang	S. 145
12 Verzeichnis der Abkürzungen	S. 170
13 Quellen- und Literaturverzeichnis	S. 171

## 1 Einleitung

In einem Aufsatz zu dem Thema „Löhne und Lebenshaltungskosten von Arbeitern“ aus dem Jahre 1999 hatte ich dargelegt, dass in den Jahren 1945-1948 die Arbeiterlöhne in Kiel nicht ausreichten, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten.<sup>1</sup> Ich schloss meine Darstellung mit der These, dass „die Lage in Kiel [...] als stellvertretend für alle Großstädte Deutschlands angesehen werden kann.“<sup>2</sup> Da sich Kiel aber als fruchtbarer Ansatz erwiesen hatte, stellte sich zunächst die Frage, ob sich Vergleichbares nicht auch für Schleswig-Holstein nachweisen lasse. Es zeigte sich, dass dies sehr gut möglich war, da sich genügend Quellen fanden, mit deren Hilfe sich die Lage auch in den ländlicheren Gebieten beschreiben ließ. Somit wurde auf eine Untersuchung weiterer Großstädte verzichtet und die o. g. These also auf Schleswig-Holstein ausgeweitet. Dabei waren v. a. folgende Fragen zu beantworten: Konnten auch im ganzen Land mit den damaligen Arbeiterlöhnen die Lebenshaltungskosten nicht finanziert werden? Unter welchen Voraussetzungen bildeten sich Preise und Löhne? Wie sahen Preise und Löhne im Einzelnen aus? Welche Möglichkeiten hatte ein Arbeiter, sich und seine Familie zu versorgen, wenn sein Geld nicht ausreichte? Welche Rolle spielten in diesem Falle der Schwarze Markt, Fürsorgeleistungen, Improvisation im Alltag oder gar Kriminalität? Welchen Handlungsspielraum hatten Betriebe oder Behörden?

Es zeigt sich schon anhand dieses Fragenkataloges, dass mit diesem noch nicht untersuchten Bereich der schleswig-holsteinischen Nachkriegsgeschichte auch ein neuer Ansatz gefunden wurde, das Alltagsleben der Menschen, insbesondere der Arbeiter, neu und näher zu beleuchten. Ausgehend von den Löhnen und den Lebenshaltungskosten werden andere, schon häufig beschriebene Faktoren, wie die Ernährungslage oder die Flüchtlingsproblematik, in neue Zusammenhänge gestellt und erlangen damit z. T. eine stärkere oder gar neue Bedeutung. Wurde z. B. die Versorgungskrise bisher u. a. als Ursache für eine sinkende Leistungskraft der Arbeiter angesehen, so kann diese unbestreitbare Tatsache auch als ein Glied in einer Kette gesehen werden, in der die Mangelernährung auch zu einem sinkenden Einkommen und damit zu weiteren Problemen in der Lebenshaltung der Arbeiterfamilien führen konnte.

Wie bereits in dem Aufsatz aus dem Jahre 1999 werden nur die Industriearbeiterlöhne untersucht werden. Dafür spricht neben dem Fortsetzungscharakter meiner Untersuchung auch die schlechte Quellenlage für andere Berufsgruppen. In den ersten Kapiteln werden zunächst einige Voraussetzungen der Lohn- und Preisbildung in Schleswig-Holstein und in

---

<sup>1</sup> Erhardt, Lebenshaltungskosten und Einkünfte von Arbeitnehmern 1945-1948.

der britischen Zone erläutert. Dazu zählen die wirtschaftliche Situation, die Ernährungslage und die Probleme der Familien sowie die institutionellen Rahmenbedingungen. Im zweiten Teil der Arbeit werden dann die Preise des freien und des schwarzen Marktes und anschließend die Löhne Gegenstand der Untersuchung. Zum Schluss werden diese miteinander verglichen und Möglichkeiten und Grenzen der Lebenshaltung der Arbeiter aufgezeigt.

Um die Lage in Schleswig-Holstein besser verstehen zu können und um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, wird wiederholt auch die jeweils entsprechende Situation im gesamten britischen Besatzungsgebiet herangezogen. Für Schleswig-Holstein selbst werden aufgrund der Quellenlage und der Konzentration der Industriearbeiter auf Kiel und Lübeck öfters diese beiden Städte als Beispiel hinzugezogen werden. Da im Zweiten Weltkrieg der Großteil der Industriearbeiter in Schleswig-Holstein in der Rüstungsindustrie arbeitete, steht zunächst die Landeshauptstadt aufgrund ihrer rüstungspolitischen Bedeutung im Dritten Reich im Mittelpunkt der Betrachtung. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird der Blick aber zunehmend auch auf die anderen Regionen des Landes und ihre verschiedenen Wirtschaftszweige gelenkt.

---

<sup>2</sup> Ebd., S. 195.

## 2 Quellen- und Forschungslage

### 2.1 Die statistischen Quellen

Die wesentlichen statistischen Quellen sind im Archiv des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein und in der Bibliothek des Kieler Institutes für Weltwirtschaft zu finden. Zur Untersuchung der Lebensmittelpreise in Schleswig-Holstein liefern die periodischen Veröffentlichungen der zonalen statistischen Ämter bis auf eine Ausnahme keine brauchbaren Ergebnisse.<sup>3</sup> Diese Ausnahme stellen die seit 1946 veröffentlichten Nahrungsmittelpreise in zuerst 13, später 30 Gemeinden der britischen Besatzungszone dar.<sup>4</sup> Von Anfang an gehörten Kiel und Lübeck zu den Städten, die dabei berücksichtigt wurden, seit Januar 1947 auch Eutin und Husum. Dadurch sind sowohl der ländliche Raum an West- und Ostküste als auch die beiden größten Städte des Landes repräsentiert. Die „Statistischen Monatshefte für die Britische Zone“ enthalten desweiteren Zusammenstellungen der Durchschnittslöhne und Arbeitszeiten von Industriearbeitern in den einzelnen Ländern des Besatzungsgebietes. Sie stellen die Ergebnisse der vierteljährlichen Lohnerhebungen dar, die das statistische Zonenamt seit März 1946 durchführte. Damit sind die zonenweiten Möglichkeiten erschöpft, in denen sich Materialien für eine kontinuierliche, raumdeckende Untersuchung des Lohn- und Preisgefüges in Schleswig-Holstein finden ließen.

Das Statistische Amt für die Britische Besatzungszone war „mit gewissen fachlichen Weisungsbefugnissen gegenüber den statistischen Landesämtern ausgestattet.“<sup>5</sup> Es war regional dezentralisiert, d. h. bestimmte Statistiken, wie u. a. die hier wichtige Lohn –und Preisstatistik, waren Ländersache. Nachfragen beim statistischen Landesamt haben ergeben, dass die Unterlagen der Erhebungen der Zeit, insbesondere also auch die über Löhne und Preise, vernichtet worden oder aber weitestgehend in die periodischen Veröffentlichungsreihen des Amtes eingegangen sind. Diese bilden also die statistische Quellengrundlage auf Landesebene.<sup>6</sup> Die oben erwähnten Lohnerhebungen wurden dem im

---

<sup>3</sup> Das Statistische Amt für die Britische Besatzungszone veröffentlichte von Juli 1946 bis Juli 1949 das „Monthly Statistical Bulletin of the Control Commission for Germany (BE), hrsg. vom Headquarters Control Commission for Germany (BE), und von Juni 1947 bis März 1949 das „Statistische Monatsheft für die Britische Zone“. Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gab von August 1948 bis Februar 1949 die „Statistischen Monatszahlen“ heraus.

<sup>4</sup> Statistisches Amt für die Britische Besatzungszone (Hrsg.), Die Einzelhandelspreise in 13 Gemeinden der Britischen Besatzungszone, 1947; Die Einzelhandelspreise in 25 Gemeinden der Britischen Besatzungszone, 1948; Nahrungsmittelpreise im Einzelhandel in 30 Städten der britischen Besatzungszone, 1948.

<sup>5</sup> Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 304.

<sup>6</sup> Zu nennen sind damit die „Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein“ (1947-1948), die „Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein“ (1947-1948), der „Zahldienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein“ (1947-1948), „Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins“,

Jahre 1947 neugegründeten Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein ab März desselben Jahres anvertraut.<sup>7</sup> Finden sich deren Ergebnisse als Durchschnittswerte für Schleswig-Holstein *ohne Berücksichtigung der Gewerbegruppen* in den „Statistischen Monatsheften für die Britische Zone“, so ist es wesentlich schwieriger, die Durchschnittslöhne in den einzelnen Gewerbegruppen und Arbeitergruppen (Fach-, Spezial- und Hilfsarbeiter) zu ermitteln. Das ist lückenlos erst mit Hilfe der Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein ab September 1947 möglich.<sup>8</sup> Aus dem vorhergehenden Zeitraum liegt mir nur die entsprechende Statistik vom Dezember 1946 aus den Beständen des Landesarchivs Schleswig vor.<sup>9</sup> Dazwischen muss das Lohngefüge mit Hilfe anderer Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein rekonstruiert werden, was hinsichtlich der Gewerbe- oder Arbeitergruppen mit den bisher genannten Quellen nicht ohne Unterbrechungen möglich ist.

Reichen die genannten statistischen Unterlagen zumindest für die letzte Zeit vor der Währungsreform aus, um die Entwicklung des *Lohnniveaus* innerhalb der Gewerbegruppen numerisch zu dokumentieren, so ist es mit den landeseigenen statistischen Quellen nicht möglich, die Entwicklung des *Preisniveaus* in Schleswig-Holstein zu verfolgen. Das ist nur für die Landeshauptstadt Kiel möglich, für die als einzige Region im Land außer den Lebensmittelpreisen auch die Kosten für eine Vielzahl von anderen Grundbedürfnissen über einen längeren Zeitraum hinweg dokumentiert sind.<sup>10</sup> Der Situation in Kiel wird aufgrund dieser Ausgangslage also ein besonderes Augenmerk zu widmen sein. Landesweite Durchschnittspreise von Lebensmitteln und anderen Grundbedürfnissen sind nur für die letzten Wochen vor der Währungsreform vorhanden.<sup>11</sup>

Nach der Zonen- und der Landesebene war auch auf lokaler Ebene nach relevanten statistischen Unterlagen zu suchen. Diese wären nach Angabe des Statistischen Landesamtes höchstwahrscheinlich nur in den kreisfreien Städten zu finden. Anfragen bei den Statistischen

---

hrsg. Kiel 1967, die „Statistischen Monatshefte Schleswig-Holstein“ (ab Januar 1949), das „Statistische Handbuch für Schleswig-Holstein“ (ab 1951). Relevantes Material findet sich sonst nur noch in den Akten „Industriearbeiterlöhne 1948-1952“, „Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein 1948/1949“ und „Preisindexziffer für die Lebenshaltung“. Das „Verzeichnis der Statistiken in Schleswig-Holstein“, hrsg. Kiel 1951, erwähnt weitere vorgenommene Erhebungen, z. B. Schwarzmarktpreise aus 5 Berichtsgemeinden seit November 1947, doch leider sind diese Statistiken nach Auskunft des Amtes aus den oben genannten Gründen nicht mehr vorhanden.

<sup>7</sup> Zur Delegation der Erhebung an das Landesamt vgl. die Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 17 (1948), S. 92.

<sup>8</sup> Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 369-377.

<sup>9</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461.

<sup>10</sup> Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1945- 1949; Beiträge zur historischen Statistik; Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein 1948/1949; Statistische Monatshefte Schleswig Holstein 1949.

<sup>11</sup> Zahlendienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 12 (1947); Statistische Monatshefte Schleswig Holstein 1949, S. 201-204.



Ämtern der Städte Lübeck, Kiel, Neumünster und Flensburg ergaben aber, dass dort keine archivierten Unterlagen mehr vorhanden sind, man also auf ihre Veröffentlichungsreihen angewiesen ist, die einige Preisangaben enthalten.<sup>12</sup> Damit sind jedoch die Möglichkeiten, statistische Quellen auf lokaler Ebene zu untersuchen, bereits erschöpft.

## 2. 2 Sonstige Quellen

Für das Thema der Arbeit sind die Abteilungen 580 (Landesarbeitsamt) und 691 (Wirtschaftsministerium) des Landesarchives in Schleswig von Bedeutung, da zu diesen Behörden die für Lohn- und Preisfragen zuständigen Institutionen gehörten. Mit Hilfe der erhaltenen Bestände des Landesarbeitsamtes läßt sich der allgemeine Rahmen der Lohnbildung in der britischen Zone und in Schleswig-Holstein gut nachzeichnen. Zur Analyse der genauen Lohnstruktur dagegen sei an dieser Stelle auf die statistischen Quellen verwiesen; bis auf wenige spezielle Tarifordnungen oder –abschlüsse tragen die Schleswiger Akten nicht viel zu einem abgerundeten Bild der Lohnstruktur im Land bei. Diese spezielle Überlieferung erklärt sich nach Auskunft des Landesarchivs mit der umfangreichen Aktenvernichtung durch das Arbeitsamt selbst sowie der Tatsache, dass die allgemeinen Bestimmungen und Regelungen bekannt genug waren, so dass nur die im Rahmen dieser Arbeit als „Kuriosa“ zu bezeichnenden Aktenvorgänge über Löhne von Künstlern, Arbeitnehmern bei Privatbahnen oder der Landesbrandkasse aufbewahrt wurden. Aufgrund der Ämterorganisation und deren Abgabepaxis sind mit der Abteilung 580 die landesweiten Möglichkeiten, Quellen über Löhne nach Kriegsende zu finden, erschöpft.

Die Bestände des Wirtschaftsministeriums enthalten die Akten der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig, die die wichtigste Instanz für Preisfragen in Schleswig-Holstein war. Dadurch ist vor allem ein guter Eindruck über die Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und den Behörden, die einen ungeliebten Preis- und Lohnstopp durchzusetzen hatten, zu erhalten. Alltagsprobleme können hiermit sehr gut dargestellt werden. Aussagen über die Höhe der Lebenshaltung sind aus diesen Vorgängen aber nur bedingt abzuleiten, dazu sind die behandelten Fälle zu speziell, als dass sie Arbeiterfamilien unmittelbar betreffen würden. Zur Untersuchung der Lebenshaltungskosten müssen also wiederum v. a. die statistischen Quellen hinzugezogen werden. Es wurden auch vergeblich die Bestände der übergeordneten Institutionen wie Wirtschaftsministerium, Staatskanzlei und Landesregierung durchgesehen, womit die Institutionen von Landesregierung und

---

<sup>12</sup> Statistisches Amt Lübeck, Lübecker Notzeit in Zahlen; Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1945- 1949, 1950-1952.

Landesverwaltung, die Unterlagen zu Preisen zwischen 1945 und 1948 archiviert bzw. überliefert haben könnten, abgehandelt sind.

Aktengut zu Preisen ist noch in einigen Stadtarchiven zu finden. Nachforschungen wurden diesbezüglich in Kiel, Lübeck und Flensburg angestellt, wo sich weiteres Material der lokalen Preisüberwachungsstellen befindet. Die Aussagekraft bzgl. der Höhe der Lebenshaltungskosten ist auch hier beschränkt. Gleichwohl liefern diese Akten wichtiges weiteres Material für diese Arbeit. Stichproben in einigen kleineren Stadtarchiven Schleswig-Holsteins, z. B. in Heide und Eutin, haben keine relevanten Unterlagen zu Tage gefördert. Daher wurde in dieser Hinsicht auf eine weitere Recherche verzichtet. Sehr ergiebig waren dagegen die Bestände der Bibliothek des Kieler Institutes für Weltwirtschaft, in der zahlreiche Veröffentlichungsreihen des Untersuchungszeitraumes vorhanden sind.

Auf eine Prüfung der Unterlagen von anderen Stellen wie Gewerkschaften, Kirchen, Parteien oder Industrieverbänden wurde ebenfalls verzichtet, da die bisher beschriebenen Quellen bereits eine ausreichende Basis darstellen und sich nur noch jeweils eine spezielle Sicht der Lage bieten würde. Aus demselben Grunde fanden auch die Bestände der Besatzungsbehörden im Public Record Office keine Berücksichtigung.<sup>13</sup> Ergänzend wurden jedoch die relevanten Jahrgänge der Tageszeitungen Flensburger Tageblatt, Kieler Nachrichten, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung und Norddeutsches Echo hinzugezogen.

Zum Schwarzmarkt sei an dieser Stelle auf eine gesonderte Darstellung der Quellen- und Forschungslage verwiesen. Dies erscheint aufgrund des scheinbar exkursorischen Charakters dieses Kapitels angebracht. Gleichwohl hat der Schwarzmarkt eine zentrale Bedeutung für das Thema der Arbeit.

Für die abschließende Gegenüberstellung von Löhnen und Lebenshaltungskosten bildet eine entsprechende Untersuchung des Landesarbeitsamtes aus dem Jahre 1946 den Kern.<sup>14</sup> Ferner sind die zeitgenössischen Studien von H. Thurnwald, M. Rohlfing und dem niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung, die sich mit diesem Thema befassten, wichtig.<sup>15</sup> Sie betreffen Berlin, die Britische Zone als Ganzes und Dortmund. Methodisch lehnt sich meine Arbeit an die Berliner Untersuchung von H. Thurnwald an, die den Aufstellungen repräsentativer Haushaltsbudgets jeweils eine Interpretation der nüchternen

---

<sup>13</sup> Das Findbuch verzeichnet allerdings Aktenmaterial zu Löhnen und Preisen. Vgl. dazu Birke, Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, Bd. 10, s. v. Preisbildungsstellen, Preisrat; Bd 3, s. v. Prices and Wages; Bd. 4, s. v. Cost of Living, Beratende Lohnausschüsse, Price Policy and Control u. a.

<sup>14</sup> *Norddeutsches Echo* vom 13.09.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten in Kiel“.

<sup>15</sup> Thurnwald, Gegenwartsprobleme Berliner Familien; Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten (vgl. in knapper Zusammenfassung auch *Handelsblatt* vom 20.02.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten“; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 26.02.1947: „Lohnt sich überhaupt der Wochenlohn?“);

Zahlenkolonnen folgen läßt und damit die Auswirkungen des Verhältnisses von Lebenshaltungskosten und Einkommen auf den einzelnen Bürger in den Blickpunkt rückt.<sup>16</sup> Diese Auswirkungen sind für den sozialgeschichtlich interessierten Historiker von größerer Bedeutung als die volkswirtschaftlichen Erkenntnisse, die sich aus dem dieser Arbeit zugrunde liegenden Material ohne Zweifel ebenso ziehen lassen könnten. Im Unterschied zu den drei genannten Untersuchungen liegt der vorliegenden Arbeit jedoch kein empirisches Material in Form einer laufenden Beobachtung ausgewählter Familien oder einer Befragung von Familien zugrunde. Derartige Quellen sind mir für Schleswig-Holstein nicht bekannt. Die Ergebnisse beruhen vielmehr auf amtlich ermittelten Durchschnittswerten von Löhnen und Preisen. Keine der drei Arbeiten behandelt Schleswig-Holstein direkt, doch erlauben die hier getroffenen Feststellungen eben durch ihre Empirie weitergehende Rückschlüsse auf die Lage in Schleswig-Holstein, als es allein mit den im Lande vorhandenen Quellen möglich wäre. Daher ist also auch im eigentlichen Kernbereich der Arbeit eine sehr gute, fundierte Quellenlage gegeben.

Zur Methode ist ferner darauf aufmerksam zu machen, dass aufgrund der Quellenlage der Gegenüberstellung von Lebenshaltungskosten und Einkommen wie auch den zum Vergleich hinzugezogenen Quellen die Verhältnisse eines Ehepaares mit zwei Kindern zugrunde liegen. Es muss also mit dieser Vorstellung der „Normalfamilie“ gearbeitet werden, die nach dem Kriege aber häufig keine Gültigkeit mehr hatte, da zu viele Väter im Kriege gefallen oder in Gefangenschaft geraten waren. Ausgehend von den gewonnenen Ergebnissen kann dann auf die Situation der Familien, die diese statistische Norm nicht erfüllten, rückgeschlossen werden.

### **2. 3 Forschungslage**

Die Löhne und Lebenshaltungskosten speziell von Arbeiterfamilien fanden in der Literatur über die Nachkriegszeit bis jetzt kaum Beachtung. Nur am Rande wurde dieses Thema in meist sehr kurzer Form abgehandelt.<sup>17</sup> Das trifft so auch auf das Schrifttum in Schleswig-Holstein zu. Die Ernährungslage im Lande in der Nachkriegszeit beschreibt Gabriele Stüber und setzt sich damit mit einem für diese Arbeit wichtigen Bereich auseinander, jedoch geht

---

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise (vgl. in knapper Zusammenfassung auch *Handelsblatt* vom 22.08.1946: „Löhne und Lebenshaltungskosten“).

<sup>16</sup> Vgl. Thurnwald, a. a. O., S. 63-72.

<sup>17</sup> Vgl. z. B. Franck, *Jahre unseres Lebens*, S. 170. In der Sekundärliteratur finden sich gelegentlich sehr kurze Auszüge aus den oben angeführten Studien. Vgl. z. B. Grebing, *Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland*,

sie aufgrund ihrer grundsätzlich anderen Fragestellung nicht auf das Lohn-Preis-Verhältnis ein.<sup>18</sup> Dies tut nur Friedrich Stamp, dem aber auch zwei Seiten dafür ausreichen, und der damit verständlicherweise an der Oberfläche bleibt.<sup>19</sup> Mit ihm ist auch bereits die ausführlichste Darstellung genannt. Mit starkem lokalgeschichtlichen Bezug sind nur noch mein Aufsatz aus dem Jahre 1999 zu nennen, der sich aber auf Kiel beschränkt, und eine ebenfalls von mir stammende kurze Abhandlung über den Flensburger Schwarzmarkt.<sup>20</sup>

---

Bd. A, S. 39-41 und Von Plato/Leh, „Ein unglaublicher Frühling“, S. 36 f., die die Untersuchung von H. Thurnwald aufgreifen.

<sup>18</sup> Stüber, Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Auch in ihrem Aufsatz „Wir haben durchgehalten, was blieb uns anderes übrig?“, S. 210, geht die Beschreibung nicht über eine kurze Bemerkung hinaus.

<sup>19</sup> Stamp, Arbeiter in Bewegung, S. 161 f.

<sup>20</sup> Erhardt, Lebenshaltungskosten und Einkünfte von Arbeitnehmern 1945-1948; ders., Der Schwarzmarkt in Flensburg 1945-1948.

### 3 Ein Überblick über die ökonomisch-soziale Lage in Schleswig-Holstein bis 1948

Zu Beginn der Arbeit sollen einige ausgewählte Aspekte der frühen Nachkriegszeit dargestellt werden, die sich z. T. erheblich auf die Lebenshaltungskosten und Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter auswirkten. Dies sind

1. die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Aufgrund der Konzentration von Werften und Rüstungsbetrieben in Kiel sollen v. a. am Beispiel dieser Stadt einige zentrale wirtschaftliche Probleme der Nachkriegswirtschaft verdeutlicht werden. Es werden ferner

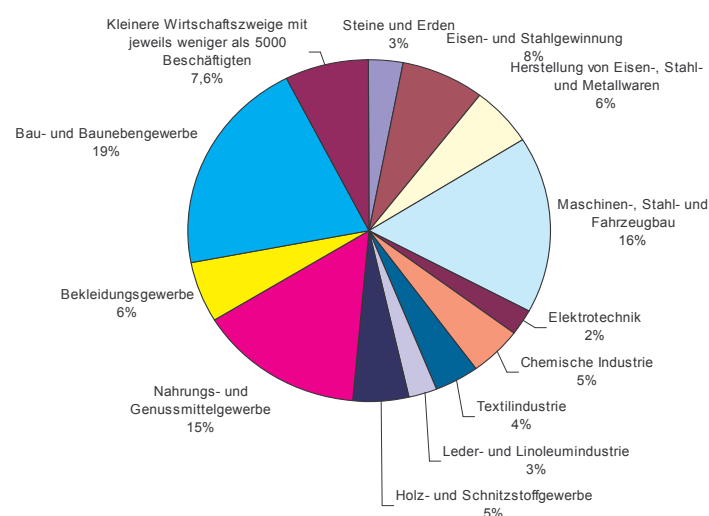
2. die Ernährungslage und

3. die Situation der Familien ebenfalls am Beispiel Kiels aufgezeigt.

#### 3.1 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Beispiel Kiels

Im Jahre 1939 arbeiteten 32,6% der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein in Industrie und Handwerk, 29,2% in der Landwirtschaft, 17,7% in Handel und Verkehr und 15,7% im Öffentlichen Dienst. Die restlichen 4,8% entfielen auf häusliche Dienste.<sup>21</sup> Im Bereich Industrie und Handwerk gehörte der Großteil der Beschäftigten zum Baugewerbe, Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau sowie zum Nahrungs- und Genussmittelgewerbe:

Graphik 1: Struktur von Industrie und Handwerk in Schleswig-Holstein 1939



Quelle: Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, S. 1.

<sup>21</sup> Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, S. 1.

Industrie und Handwerk konzentrierten sich v. a. auf die kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg. Hier befanden sich ca. 50% der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze. 1941 arbeiteten 55% der Industriebeschäftigten in Rüstungsbetrieben und ihren Zulieferern.<sup>22</sup>

Die nationalsozialistische Rüstungspolitik hatte für einen wirtschaftlichen Aufschwung nach den Krisenjahren der ausgehenden 20er und beginnenden 30er Jahre gesorgt. Kieler Unternehmen wie die Deutschen Werke Kiel, die Friedrich Krupp Germaniawerft und die Howaldtwerke AG übernahmen die führende Rolle im deutschen Flottenbau. Werften und Rüstungsbetriebe prägten die wirtschaftliche Struktur der Stadt auf eine Weise, die Grieser von einer „industriellen Monokultur der Großwerften“ sprechen läßt.<sup>23</sup> Die Kieler Wirtschaft lebte von Marine und Schiffbau. Das Institut für Weltwirtschaft urteilte entsprechend im November 1946: „[...] auch das mittlere und Kleingewerbe und die in Kiel sehr zahlreichen Kleinhandelsgeschäfte lebten weitgehend von der starken Garnison. Fast jede kaufmännische Firma wurde, wenn nicht direkt, so doch indirekt durch die Marine in ihrem Gedeihen beeinflusst.“<sup>24</sup> Der Großteil der Erwerbstätigen (50,1%) war 1938 in Industrie und Handwerk beschäftigt, 18,5% in öffentlichen und privaten Diensten und 16,6% in Handel und Verkehr.<sup>25</sup> Nach von mir nicht weiter verifizierbaren Angaben der Kieler SPD bildete die Industrie die Lebensgrundlage für 150.000 Menschen.<sup>26</sup>

Die Funktion als bedeutender Kriegshafen machte Kiel jedoch unweigerlich zum ausgewiesenen Ziel alliierter Bombenangriffe, die im Sommer 1944 und im Frühjahr 1945 die Stadt und ihre Industrie schwer trafen. Das Ostufer mit seinen Werften wurde zu einem der am stärksten zerstörten Stadtgebiete.<sup>27</sup> Insgesamt waren in Kiel 50% der Industrie zerstört worden.<sup>28</sup>

Nach der Besetzung Norddeutschlands durch die Briten orientierten sich diese bei den Plänen zur weiteren Nutzung der Kieler Industrien an den im Potsdamer Abkommen festgelegten Zielen der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands. Danach sollten mittels Demontagen das deutsche Kriegspotential vernichtet, die Herstellung von Kriegsgerät verboten, die Produktion von zivilen Gütern überwacht und die Anlagen, die nicht für die

---

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Grieser, Wiederaufstieg aus Trümmern, S. 424.

<sup>24</sup> Institut für Weltwirtschaft, Wirtschaftszusammenbruch und Neuaufbau in Kiel, S. 2.

<sup>25</sup> Zottmann, Kiel - die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, S. 25.

<sup>26</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Schleswig-Holstein, Raus aus dem Elend!, S. 2. Das Institut für Weltwirtschaft gibt 100.000 Menschen an, die bereits vor der Rüstungskonjunktur von den Werften lebten (Wirtschaftszusammenbruch und Neuaufbau in Kiel, S. 8).

<sup>27</sup> Vgl. zu den Zerstörungen durch alliierte Bombardements Oddey, Die Kieler Hafenindustrie im zweiten Weltkrieg, passim.

<sup>28</sup> Magistrat der Stadt Kiel, Kiel: Bürger bauen eine neue Stadt, S. 14.

erlaubte Produktion nötig waren, demontiert werden.<sup>29</sup> In einer Rede vor Wirtschaftsvertretern Schleswig-Holsteins am 18.06.1946 erläuterte der erste britische Wirtschaftsoffizier der Provinz Schleswig-Holstein, Oberst Helby, die alliierten Wirtschaftskonzeptionen und zog daraus die Konsequenzen für Kiel. Danach liege das Ziel der alliierten Besatzungspolitik darin, „in Deutschland die Erkenntnis von der Verwerflichkeit des Krieges zu fördern und Deutschland in eine friedliebende Nation zu verwandeln [...]. Man werde in Deutschland eine Wirtschaftspolitik führen, die Deutschland außerstande setze, einen Krieg zu führen, selbst wenn es das wünsche.“<sup>30</sup> Für Kiel bedeute dies, dass es nie wieder zu einer Kriegsmarine-Basis werden dürfe.<sup>31</sup> Die Verwobenheit Kiels mit der gesamtdeutschen Politik und Wirtschaft erkannte auch der damalige Oberbürgermeister Andreas Gayk:

„Die erste Tatsache, die jeder Bürger unserer Stadt erkennen muß, ist die enge Verbundenheit unserer Wirtschaft mit der Wirtschaft der Nation. Es gibt keine wirtschaftliche Zukunft Kiels ohne eine wirtschaftliche Gesundheit des Reiches [...]. Es gibt keine vernünftige Politik für den wirtschaftlichen Aufbau Kiels ohne die Einsicht, daß das Schicksal unserer Stadt unlösbar mit dem Schicksal des deutschen Volkes verkettet ist. Kiels Schicksal wurde und wird von der Reichspolitik bestimmt.“<sup>32</sup>

Gayk zog daraus dieselben Konsequenzen wie die Briten:

„Die zweite Tatsache, die deshalb jeder Kieler Bürger begreifen müßte, ist diese: es gibt keine gesunde krisenfeste Wirtschaft in Kiel ohne eine radikale Abkehr von jeder Rüstungspolitik. Es gibt keine gesunde krisenfeste Wirtschaft ohne ein Bekenntnis zu einer echten Friedenswirtschaft. Diese Friedenswirtschaft wollen wir [...] zielbewußt aufbauen.“<sup>33</sup>

Die umfangreichen Beschränkungen, denen die Kieler Schwerindustrie im Rahmen von Demontage- und Entmilitarisierungsvorhaben ausgesetzt war, führte zu einer Verlagerung der Industrieansiedlungen auf andere Wirtschaftsbereiche. Insgesamt gelang die Ansiedlung von 100 überwiegend kleineren oder mittleren Betrieben bis 1948. Das Warenangebot vieler neuer Firmen reichte von Möbeln, Garnen, Textilien, Marzipan, Dosen, Marmeladen, Registrierkassen über Radargeräte bis hin zu Fernsehern. Den meisten dieser Unternehmen gelang eine dauerhafte Existenzgründung in Kiel jedoch nicht. Grieser führt deren Schwierigkeiten u. a. auf kaum vorhandene Absatzmöglichkeiten zurück.<sup>34</sup> Hinzu kam die

---

<sup>29</sup> Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, S. 20, 32.

<sup>30</sup> *Kieler Nachrichten* vom 22.06.1946: "Kiels und Schleswig-Holsteins wirtschaftliche Zukunft".

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Gayk, Eine Stadt kämpft um ihre Zukunft, S. 5.

<sup>33</sup> Ebd. S. 10.

<sup>34</sup> Grieser, Wiederaufstieg aus Trümmern, S. 430.

allgemeine Raumnot, die die Unterbringung einer Firma nebst Eigentümern und Angestellten erschwerte.<sup>35</sup>

Die Nöte, mit denen die schleswig-holsteinische Wirtschaft insgesamt zu kämpfen hatte, trafen auch Kiel: Zum einen fehlten Roh- und Betriebsstoffe, die aufgrund der zerstörten Infrastruktur aus den großen Industrieviereen Deutschlands nicht nach Schleswig-Holstein gelangen konnten. Besonders die Kohleknappheit wurde zum chronischen Problem der Nachkriegszeit, hervorgerufen v. a. durch die zerbombten Eisenbahnlinien im Ruhrgebiet, die erst langsam wieder instandgesetzt werden konnten.<sup>36</sup> Zum anderen hemmte der Mangel an Arbeitskräften die Produktivität. Wie dies trotz der enormen Flüchtlingszahlen<sup>37</sup> zu erklären ist, erläuterte 1946 die Industrie- und Handelskammer Lübeck in einem Bericht, der in dieser Form auch auf Kiel zugetroffen haben dürfte:

„Der bei uns, wie überall, gegebene Mangel an Arbeitskräften war vor allem auf die schweren Menschenverluste im Kriege sowie auf das Ausbleiben der großen Zahl von kriegsgefangenen Männern zurückzuführen. Dem planmäßigen Arbeitseinsatz eines großen Teils der Flüchtlinge stand deren mangelhafte körperliche Verfassung und unzureichende Unterbringung entgegen. Der größte Teil der Flüchtlinge besteht überdies aus Greisen, Frauen und Kindern, die für einen planmäßigen Arbeitseinsatz nicht in Betracht kommen. Bei den Menschen, die sich tatsächlich noch im Arbeitsprozeß befanden, war ein Absinken der Arbeitsleistung zu verzeichnen, was sich aus der Ernährungskrise erklärt.“<sup>38</sup>

Die schlechte Ernährungslage, der Mangel an Arbeitskleidung und Schuhzeug und der „noch immer vorhandene Kaufkraftüberhang“<sup>39</sup> hemmten die Arbeitsbereitschaft. Viele der Betriebe konnten aufgrund der Roh- und Brennstoffknappheit nicht produzieren, so dass die Angestellten nur mit Aufräumarbeiten beschäftigt werden konnten.<sup>40</sup> Weitere Hemmnisse eines Wirtschaftsaufschwungs waren die Zonengrenzen, die den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen den Besatzungszonen behinderten, die labile Währungslage und die Ungewissheit über die zukünftige Industrieplanung der Siegermächte, d. h. im Falle Kiels die Blockierung des Ostufers.<sup>41</sup> Viele Arbeitsplätze gingen im Zuge der Demontagepolitik verloren.

---

<sup>35</sup> Dabelstein, Kieler Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsförderung, S. 12. Zu den Ansiedlungsproblemen von Betrieben in Kiel vgl. ferner Grieser, Wiederaufstieg aus Trümmern, S. 424.

<sup>36</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 3 (1947), S.1: "[...] Kohleproblem ist das A und O der gesamten Wirtschaft."

<sup>37</sup> Mit dem Kriegsende hatte sich die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins um rund 63% vergrößert. Ungefähr eine Million Menschen waren ins Land geströmt, hauptsächlich Flüchtlinge aus den ehemaligen östlichen Reichsteilen (Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, S. 4).

<sup>38</sup> Jahresbericht der IHK zu Lübeck 1946, S. 2; Mitteilungen der IHK zu Kiel 4 (1946), S. 1; 3 (1947), S. 2. Vgl. auch Zottmann, Kiel - die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, S. 33 f. Er führt als weiteren Grund des Arbeitskräftemangels das Abwandern der während der Rüstungskonjunktur nach Kiel zugezogenen Arbeiter an; ähnlich Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 218 f.

<sup>39</sup> Zottmann, Kiel - die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, S. 33 f.

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, S. 30 ff; Mitteilungen der IHK zu Kiel 3 (1947), S. 1; Grieser, Wiederaufstieg aus Trümmern, S. 424.



Einschließlich der Angestellten der Marineverwaltung waren bis zum 01.01.1947 bereits 41.000 Arbeitsplätze weggefallen.<sup>42</sup> Kriegseinwirkungen und Demontagen vernichteten 40.000 Arbeitsplätze, 10.000 Zivilangestellte der Wehrmacht wurden entlassen, weitere 10.000 Arbeitsplätze gingen in anderen Wirtschaftszweigen verloren.<sup>43</sup> Nach Angaben des Statistischen Landesamtes umfassten diese rund 60.000 weggefallenen Stellen 48,2% aller ehemals vorhandenen Arbeitsplätze.<sup>44</sup> Dieser trostlosen Szenerie stand die Schaffung von nur insgesamt 4000 Arbeitsplätzen entgegen, deren Zukunft häufig genug ungewiss war.

Zahlreiche hier nur exemplarisch beleuchtete Probleme setzten auch für andere Teile Schleswig-Holsteins den wirtschaftlichen Rahmen: Brennstoff- und Strommangel, mangelhafte Qualifikation der Flüchtlinge, Unterernährung, Demontagen, Kriegszerstörungen, der Mangel an zahlreichen Gütern, schwierige Transportverhältnisse durch die nicht ausreichende Infrastruktur, behindernde Zonengrenzen, Kaufkraftüberhang etc. verhinderten eine rasche Gesundung der Wirtschaft. Sie schränkten, was noch genauer zu zeigen sein wird, die Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter stark ein und sorgten gleichzeitig für eine Verteuerung zahlreicher Produkte.

### **3. 2 Die Auswirkungen der Versorgungskrise auf die Arbeitsleistung der Bevölkerung**

Die Regionen der britischen Besatzungszone waren bereits vor dem Krieg aufgrund des ungünstigen Verhältnisses von hoher Bevölkerungszahl und relativ geringer Anbaufläche auf Nahrungsmittelzuschüsse angewiesen. Der Zustrom von ca. 1,05 Mio. Menschen nach Schleswig-Holstein, der zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl von 1,589 Mio. (1939) auf 2,641 Mio. (1948) führte,<sup>45</sup> der Wegfall der Importe aus den ehemaligen Ostgebieten, Kriegszerstörungen und Kompensationsgeschäfte verschärften den Lebensmittelbedarf in der Provinz enorm. Alleine konnte er von Schleswig-Holstein nicht gedeckt werden. Es fehlte trotz des Bevölkerungsüberschusses an qualifizierten Arbeitskräften, zu viele Männer waren gefallen oder in Gefangenschaft geraten. Landwirtschaftliche Maschinen konnten aufgrund des Treibstoffmangels nicht betrieben werden, es mangelte an so elementaren Dingen wie Butterfässern, Milchkannen und Bindegarn.<sup>46</sup> Die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel wurde durch die erheblich zerstörten Transportwege sowie durch Benzin-, Reifen- und Kraftfahrzeugmangel erheblich behindert.

---

<sup>42</sup> Gayk, Kiels Friedensarbeit beginnt!, S. 8.

<sup>43</sup> Magistrat der Stadt Kiel, Kiel: Bürger bauen eine neue Stadt, S. 23.

<sup>44</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 567.

<sup>45</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1977, S. 3, Tab. 2.

<sup>46</sup> Müller, Die Verwaltung des Hungers, S. 105.

Nach 1945 kam es daher immer wieder zu schweren Ernährungskrisen, allerdings nicht nur in Schleswig-Holstein.<sup>47</sup> Trotz aller Anstrengungen musste Feldmarschall Montgomery im September 1945 erkennen:

„Die von mir angestrebte Versorgung der deutschen Bevölkerung mit einer Zuteilung von wenigstens 1550 Kalorien ist selbst in dieser Menge wegen Verteilungsschwierigkeiten nicht möglich. Zivilpersonen erhalten an einzelnen Orten nur noch 1050 Kalorien. Die Lage wird dadurch verschlimmert, daß die diesjährige Ernte ungewöhnlich schlecht ist. Es gibt nur noch eine einzige Lösung: Lebensmittelimporte.“<sup>48</sup>

Letztere waren bis dahin nicht erfolgt, da weltweit schlechte Ernteergebnisse erzielt worden waren. In Großbritannien waren Lebensmittel ebenfalls rationiert, das Land steckte in einer wirtschaftlichen Krise und musste für die Lebensmittelimporte in seine Zone in der ersten Besatzungszeit selbst aufkommen. Denkbar gering war daher hier die Bereitschaft, dem ehemaligen Feind Lebensmittel abzugeben.<sup>49</sup> Als Folge musste im Oktober 1945 die Kieler Industrie- und Handelskammer mitteilen, dass in den deutschen Vorratslagern keine Lebensmittel oder Gebrauchsgüter mehr vorhanden waren: Der dringende Bedarf der Bevölkerung konnte nicht mehr gedeckt werden.<sup>50</sup> Im Zeitraum vom 25. 05. bis 22. 06. 1947 (102. Zuteilungsperiode) erhielt ein Normalverbraucher eine Tagesration von 143 g Brot, 35 g Nahrungsmittel, 1 kleine Tasse Magermilch, 14 g Fleisch, 4,5 g Käse und ebenso viel Fett.<sup>51</sup> Im März 1948 enthielt eine Tagesration nur noch 970 Kalorien.<sup>52</sup> G. Stüber zieht daher das Fazit:

„Zwar erhielt jeder Verbraucher eine seiner Altersgruppe oder Berufstätigkeit entsprechende Lebensmittelkarte, doch wurde diese Einteilung gerade mit der Verschlechterung der Versorgungslage immer theoretischer. Keine der Verbrauchergruppen erhielt nämlich eine ihrem Alter oder der Belastung durch den jeweiligen Beruf angemessene Zuteilung [...]. Rund drei Jahre nach der Kapitulation hatte sich die Ernährungslage in keiner Weise gebessert.“<sup>53</sup>

Diese mangelhafte Versorgung wirkte sich erheblich auf die Arbeitsleistung der Bevölkerung aus. Erkältungen und Darmentzündungen führten im März 1946 in einigen Kieler Betrieben zu Arbeitsausfällen von bis zu 25% der Sollarbeitszeit,

---

<sup>47</sup> Vgl. dazu Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, passim.

<sup>48</sup> Zit. nach Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, S. 17 f. Als Durchschnittswert für einen arbeitenden Erwachsenen werden 3000 Kalorien angegeben. Hirschfeld führt als Grund der schlechten Ernte 1945 das Fehlen von Kunstdünger, Knappheit von Saatgut und fehlende oder defekte landwirtschaftliche Nutzgeräte an.

<sup>49</sup> Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 191.

<sup>50</sup> StAK 32839 a: Lagebericht der Industrie- und Handelskammer zu Kiel vom 23.10.1945. Vgl. dazu Statistisches und Wahlamt der Stadt Kiel, Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 2 (1946): Eine Bestandsaufnahme über in Kiel vorhandene Verbrauchsgüter zeichnet ein ähnlich trostloses Bild.

<sup>51</sup> Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 210.

<sup>52</sup> Statistisches und Wahlamt der Stadt Kiel, Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 3 (1948), S. 5.

<sup>53</sup> Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 198, 212.

Ermüdungserscheinungen führten jetzt vermehrt zu Betriebsunfällen.<sup>54</sup> In Lübeck schätzte man die Arbeitsleistung auf nur noch 30-40% der Normalleistung ein. Im Mai 1947 wurden in Schleswig-Holstein 15,9% der Sollstunden nicht abgeleistet im Gegensatz zu den vorher üblichen 5-6%. Doch nicht nur Krankheiten hielten viele Menschen von ihrer Arbeit fern, v. a. auch die sog. „Hamsterfahrten“, die dazu dienten, die kargen Lebensmittelbestände aufzufüllen, waren häufig wichtiger als die normale Arbeit. Die IHK zu Kiel konstatierte für 1946 ein allgemeines Absinken der Produktion, für das neben der allgemein schlechten wirtschaftlichen Situation eben auch die Ernährungslage verantwortlich sei.

Zwei Berichte aus Kiel und Lübeck sollen zum Abschluss diese nackten Zahlen etwas näher illustrieren. Aus Kiel berichtet die IHK im Frühjahr 1948:

„Trotz des milden Winters war die Arbeiterschaft in so starkem Maße krankheitsanfällig, daß im allgemeinen ständig bis zu einem Viertel der Belegschaft in den einzelnen Betrieben krankheitshalber fehlte. Nicht nur die geringe Nahrungsmittelzuteilung und insbesondere die kaum nennenswerten Fettrationen haben die körperliche Widerstandskraft geschwächt, sondern auch der in keiner Weise verbesserte empfindliche Mangel an Arbeitskleidung. Bauarbeiten im Freien und Reparaturarbeiten an den Freileitungsnetzen der Kraftwerke haben daher während der Winterzeit stark gelitten. Aber auch in anderen Industrien sind die Zuteilungen so gering, daß sie nennenswert nicht ins Gewicht fallen. Einem Betrieb wurden für 100 Arbeitskräfte nach langer Wartezeit zwei Paar Schuhe zugewiesen, die verlost werden mußten, da zehn Arbeiterinnen schon seit langem barfuß auf Holzpantoffeln zur Arbeit kamen und kein anderes Schuhwerk besaßen.“<sup>55</sup>

Von den Lübecker Drägerwerken wird berichtet:

„Die Folgen der Unterernährung machen sich im Betriebe so unverkennbar bemerkbar, daß als Auswirkung eine erhebliche Störung der Fertigung festzustellen ist, wenn auch anerkannt werden muß, daß infolge der einsichtigen, geduldigen und opferbereiten Haltung der Belegschaft bis an die Grenzen menschlicher Leistungsfähigkeit alles getan wird, um wenigstens vordringliche Fertigungen termingemäß herauszubringen. Die Minderleistungen betragen seit dem Frühjahr 1946 bis zu 20 v. H. Die Ermüdungs- und Erschlaffungszustände lassen auch nach der Mittagspause nicht nach. Männer im Alter von 30 bis 40 Jahren haben vielfach Greisengesichter bekommen. Die Mutlosigkeit hat zugenommen, da dem einzelnen die Arbeit zwecklos erscheint, wenn er den erzielten Arbeitslohn nicht in die notwendigsten Sachwerte (Nahrungsmittel, Kleidung, Hausrat) umsetzen kann. Seit November 1944 sind an die Bevölkerung keine Strümpfe verteilt worden. Gesunde Männer, die ihrer Arbeit im Betriebe seit vielen Jahren regelmäßig ohne Krankheitsfehlzeiten nachgehen, sind bei einer Körpergröße von 1,80 m vielfach bis auf ein Gewicht von 53 kg heruntergesunken.“<sup>56</sup>

### **3. 3 Die Situation der Familien am Beispiel Kiels**

Der Zweite Weltkrieg hatte die Kieler Bevölkerungsstruktur tiefgreifend und nachhaltig verändert, indem er einen Bevölkerungsrückgang und ein Abnehmen der mittleren

---

<sup>54</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 313-315.

<sup>55</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 3 (1948), S. IV.

<sup>56</sup> Arbeitsblatt für die britische Zone 1/2 (1947), S. 41.

Altersgruppen herbeiführte.<sup>57</sup> In den ersten Nachkriegsjahren wies die Kieler Bevölkerungsstatistik dann zwei Hauptmerkmale auf: Zum einen stieg die Einwohnerzahl durch die Rückkehr der geflüchteten oder evakuierten Bevölkerung, den Zuzug zahlreicher Flüchtlinge und die Rückkehr der kriegsgefangenen Soldaten wieder stark an. Zum anderen ging der Frauenanteil in der Einwohnerzahl aufgrund der fast ausschließlich männlichen Kriegsheimkehrer wieder zurück. Die erste Volkszählung nach dem Krieg vom 29. 10. 1946 ergab eine Gesamteinwohnerzahl von 214.459, davon waren 100.080 Männer und 114.379 Frauen.<sup>58</sup> Im Oktober 1947 waren 3,6% der männlichen Bevölkerung in Kriegsgefangenschaft und 5,2% der Männer galten als vermisst.<sup>59</sup> Das bedeutet, dass Kiel in dieser Zeit immer noch, trotz der Kriegsheimkehrer, einen bedeutenden Frauenüberschuss zu verzeichnen hatte. Insbesondere bei der Gruppe der 20-30jährigen Frauen nahm der Überschuss ein „erschreckend hohes Ausmaß“ an.<sup>60</sup> In einem amtlichen Gutachten zur Volkszählung 1946 heißt es:

„[...], so verbleiben etwa 12.500 ledige, verwitwete oder geschiedene Frauen, die keine Heiratsmöglichkeit haben [...]. Man muß aber damit rechnen, daß der größte Teil darauf angewiesen sein wird, sich den Lebensunterhalt zu verdienen. [...] Man muß sich klar machen, daß durch diesen ungeheuren Frauenüberschuß neue wirtschaftliche und soziale Probleme entstehen, die der Lösung bedürfen, und die selbständige alleinstehende Frau nicht mehr eine Ausnahme-, sondern eine Massenerscheinung sein wird, [...]“<sup>61</sup>

Deshalb ist davon auszugehen, dass, wie im gesamten ehemaligen Reich, auch in Kiel ein sehr großer Teil dieser Restfamilien ohne den Vater auskommen musste.<sup>62</sup> Schätzungsweise 60% aller Frauen in Kiel hatten keinen Mann, der für die Familie hätte sorgen können.<sup>63</sup>

Die Not der damaligen Zeit stellte für viele Familien eine Belastungsprobe dar, der sie oft nicht gewachsen waren. Erkennbar ist dies an der stark zunehmenden Zahl der

---

<sup>57</sup> Dazu und zum Folgenden vgl. Kuhnigk, Zu den Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 6 f.

<sup>58</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 20, Tab. 4; S. 26, Tab. 7. Zugrundegelegt ist die zu diesem Zeitpunkt in Kiel ortsanwesende Bevölkerung.

<sup>59</sup> Statistisches und Wahlamt der Stadt Kiel, Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1947, Nr. 11, S. 8.

<sup>60</sup> Archiv des Amtes für Organisation und Verwaltungsreform, Abt. Statistik, der Landeshauptstadt Kiel, lfd. Nr. 8 (1947): Auswertung der Ergebnisse der Volkszählung 1946. Die Auswirkung des Frauenüberschusses auf den Arbeitsmarkt, S. 2. In der genannten Altersgruppe kamen auf 100 Männer 160 Frauen. Zu dem Frauenüberschuss trugen neben der hohen Zahl der Bombenopfer, Gefallenen und Vermissten auch die Rückwanderung der überwiegend männlichen Dienstverpflichteten und die zahlreichen, zum großen Teil aus Frauen und Kindern bestehenden Flüchtlingsgruppen bei. Vgl. zum Letzteren z. B. den Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck 1946, S. 2.

<sup>61</sup> Archiv des Amtes für Organisation und Verwaltungsreform, Abt. Statistik, der Landeshauptstadt Kiel, lfd. Nr. 8, S. 3.

<sup>62</sup> Völcker, Erinnerungen 50 Jahre Öffentlichkeitsarbeit, S. 18: "...-der Vater fehlte meist noch-...". Man schätzt, dass nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland ungefähr ein Viertel aller Kinder ohne Vater aufwuchs. Vgl. dazu Teppe, Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau, S. 23.

<sup>63</sup> Stüber, "Wir haben durchgehalten, ...", S. 209.

Ehescheidungen, die im Vergleich zur Vorkriegszeit um die Hälfte anstieg. Allein im Jahre 1946 wurden 4000 Ehen geschieden.<sup>64</sup> Die Probleme der Kriegsehen in der Nachkriegszeit und die täglichen Mühen der Frauen beschreibt Mechthild Merten:

„Es heiratete sich so leicht - und die Frau war versorgt. Man kannte sich in vielen Fällen kaum. Die Frau war aus der Ferne der Tuffen Romantik im bitteren Ernst des Krieges [...]. Der Heimkehrer findet eine hartgewordene, selbständige Frau, die alle Anschmiegsamkeit verloren hat, die Listen tippt, Trümmer räumt, in verschiedenen Sprachen dolmetscht, Treppen scheuert, weiße Strähnen im Gesicht trägt, Kinder geboren hat, im Behelfsheim haust, im Abfall nach Heizmaterial sucht, aus Brennesseln Gemüse kocht, Schwielen an den Händen bekommen hat, ihren schwebenden Gang verlor, selten lächelt und fast nie lacht. [...] diese ganz neue Frau muß der Heimkehrer erst kennen lernen. Vergessen wir nicht: auch er wurde ein neuer Mann.“<sup>65</sup>

Gleichzeitig war allerdings auch ein Anstieg der Eheschließungsziffern zu vermerken, die im Jahre 1948 mit 2636 geschlossenen Ehen gegenüber 1860 Ehen im Jahre 1945 einen Höchststand erreichte.<sup>66</sup> Als Hauptgrund der Eheschließungen in den vom Krieg besonders betroffenen Familien galt der Wunsch nach materieller und sozialer Sicherheit nach den Entbehrungen der vergangenen Jahre. Diese sollten in Zukunft dadurch verhindert werden.<sup>67</sup> Auch die sog. „Onkelehen“, d. h. uneheliche Partnerschaften, sind in diesem Zusammenhang eine typische Form von Lebensgemeinschaften der Nachkriegsjahre, da sie sicherlich auch durch den Wunsch nach materieller Sicherheit motiviert waren.<sup>68</sup> Manche Frauen gingen auch Verhältnisse mit Besatzungssoldaten ein, z. T. um in den Genuss von Luxusartikeln zu gelangen, die für die Deutschen sonst unerschwinglich waren.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Destabilisierung der Familien, wie sie in ganz Deutschland verstärkt zu beobachten war, auch im Kiel der ersten Nachkriegsjahre ein großes soziales und gesellschaftliches Problem darstellte. Die wesentlichen Merkmale der familiären Desorganisation, wie z. B. erhöhte Scheidungsziffern, Jugendkriminalität, Überlastung der Mütter oder Schwächung der Männer in ihren sozialen Rollen,<sup>69</sup> waren in Kiel ebenso vorhanden, wie in anderen Städten Deutschlands auch. Die Frauen trugen die Hauptlast der Nachkriegszeit. Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit war auch in Kiel zwangsläufig zu einem großen Teil Frauengeschichte.<sup>70</sup>

---

<sup>64</sup> Ebd.

<sup>65</sup> *Kieler Nachrichten* vom 29.03.1947: „Ehen in der Krise“.

<sup>66</sup> Statistisches und Wahlamt der Stadt Kiel, Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1950, Nr. 5, S. 50.

<sup>67</sup> Schelsky, *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, S. 178.

<sup>68</sup> Nach Herrmann, „Die Frauen haben die Last getragen“, S. 107 unterblieben die Verheiratungen dabei aus „rentenrechtlichen Gründen“, die „rechtliche Form“ der Mütter würde in den Familien dadurch gestärkt.

<sup>69</sup> Herrmann, „Die Frauen haben die Last getragen“, S. 22, 83; Carstens, *Leben im Flüchtlingslager*, S. 33.

<sup>70</sup> Stüber, „Wir haben durchgehalten...“, S. 201. Vgl. ferner Herrmann, „Die Frauen haben die Last getragen“, S. 130, 132. Herrmann vertritt die Ansicht, dass die Kieler Familie sich in der schwierigen Nachkriegssituation bewährt habe (ebd. S. 132). Ich kann dieser These, soweit sie den von mir behandelten Zeitraum betrifft, nicht

## **4 Die Rahmenbedingungen der Lohn- und Preispolitik in der britischen Besatzungszone**

Die institutionellen Voraussetzungen der Preisbildung sowie der Lohnpolitik werden nur mit der Kenntnis der relevanten legislativen und exekutiven Organe in der Wirtschaftsverwaltung der frühen Nachkriegszeit deutlich. Zum einen wird dadurch das Gewicht einzelner Anordnungen, Erlasse usw. verständlich, und es wird erst dann sichtbar, aus welcher Zeit der Besatzung und an welchen Stellen überhaupt Quellenmaterial existieren kann. Die deutschen Behörden nahmen nämlich erst einige Zeit nach der Kapitulation wieder ihre Arbeit auf; zuvor war „jegliche staatliche Aktivität aus eigener Initiative und Verantwortung gelähmt“.<sup>71</sup> Es ist also notwendig, einen Blick auf die diesbezüglichen Verwaltungsstrukturen und rechtlichen Rahmenbedingungen in der britischen Besatzungszone zu werfen.

Zum anderen hing die Situation in Schleswig-Holstein nicht selten von Entscheidungen ab, die von der Militärregierung der Besatzungszone oder von zuständigen deutschen Zonenbehörden gefällt wurden. Daher ist es erforderlich, sich die Behördenwege der Bestimmungen in der Lohn- und Preispolitik zu vergegenwärtigen, um somit einen Überblick über den Handlungsspielraum der schleswig-holsteinischen Behörden zu erlangen. Denn obwohl in dieser Zeit ein offizieller Stopp von Löhnen und Preisen bestand, ist die Frage zu stellen, ob die Rechtslage Entwicklungen zuließ, die trotzdem eine Verbesserung des Haushaltsbudgets einer Arbeiterfamilie zur Folge hätten haben können.

### **4.1 Der Aufbau der britischen Militärregierung<sup>72</sup>**

Unmittelbar nach der Besetzung Deutschlands hatte der oberste Befehlshaber der Westalliierten die oberste legislative, exekutive und judikative Gewalt inne, bevor diese am 05.06.1945 von den vier Regierungen der Siegermächte gemeinsam übernommen wurde. Das zuständige Gremium war der für ganz Deutschland betreffende Angelegenheiten zuständige

---

zustimmen, da m. E. die hohe Zahl der Ehescheidungen und die hohe Jugendkriminalitätsrate auf das Gegenteil verweisen. Hiermit ist ein Forschungsstreit berührt, in dem sich die beiden Thesen von Zerfall und Stabilität gegenüberstehen. Kleßmann z. B. versucht dieses Problem zu lösen, indem er der Stabilisierung der Familien nach 1948 eine dominierende Rolle zuweist, nachdem bis zu diesem Jahr beide (gegenläufigen) Tendenzen zu beobachten gewesen seien (Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 57).

<sup>71</sup> Abelshäuser, Wirtschaft in Westdeutschland, S. 70.

<sup>72</sup> Die Darstellung beruht im Wesentlichen auf den folgenden Arbeiten: Jürgensen, Die Briten in Schleswig-Holstein; Reusch, Verwaltungsaufbau; Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. I, S. 12-15.

Alliierte Kontrollrat in Berlin. Er nahm am 30.08.1945 seine Arbeit auf und setzte sich aus den vier Oberbefehlshabern der Siegermächte zusammen.

In den Besatzungszonen übten die jeweiligen Oberbefehlshaber der Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt aus. Sie hatten am 14.07.1945 auf Anweisung ihrer Regierungen ihre Regierungsbefugnisse erhalten, bei ihnen lag „das Schwergewicht der Besatzungsverwaltung, nur mit ihrer Zustimmung konnten die Kontrollratsgesetze und – beschlüsse zustande kommen, die sie [...] für ihre Zone durchzuführen hatten.“<sup>73</sup> Gab es keine Bestimmungen von Seiten des Kontrollrates, so hatten sie die ihrer Regierungen zu befolgen.

In der britischen Besatzungszone trug die Militärregierung die Bezeichnung „Control Commission of Germany, British Element (CCG/BE)“ und hatte ihren Sitz als „Advanced Headquarter“ ebenfalls in Berlin. Ihre Fachabteilungen, die „Zonal Executive Offices“ oder auch „Main Headquarters“ genannt, waren jedoch nicht an einem Ort konzentriert, vielmehr verteilten sich ihre Standorte auf verschiedene Städte in Westfalen und im heutigen Niedersachsen. Von ihnen wurden die in Berlin getroffenen Entscheidungen ausgeführt.

Als örtliche Militärregierung in der britischen Besatzungszone waren sog. „Detachments“ auf Kreis-, Landes-, Regierungsbezirks- und Provinzialebene eingerichtet worden. Auch auf Landes-, bzw. Provinzialebene hatten die jeweiligen Militärregierungen gesetzgebende Gewalt.<sup>74</sup> Für die Provinz Schleswig-Holstein war das „312 (P) Detachment Military Government“ vorgesehen, dessen Leitung Colonel G. P. Henderson am 07.05.1945 übernahm.<sup>75</sup>

Die Aufgaben dieses Provincial Detachments bestanden in der Leitung und besonders in der Kontrolle der schleswig-holsteinischen Provinzbehörden. Mit einer Umstrukturierung der Militärregierung im Mai 1946 ging eine Neubenennung des „312 (P) Detachment Military Government“ einher. Es nannte sich fortan „312 HQ Military Government Schleswig-Holstein Region“.

Die Berliner Kontrollkommission war in vierzehn Abteilungen („divisions“) aufgegliedert, die für verschiedene Bereiche wie z. B. Handel und Industrie („trade and industry division“), Ernährung und Landwirtschaft, Justiz oder Arbeitskräfte („manpower division“), zuständig

---

<sup>73</sup> Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. I, S. 13.

<sup>74</sup> Schmoller beschreibt den tatsächlichen Umfang der Gesetzgebungstätigkeit: „Wegen der [...] Schwierigkeiten, die einer Beschlußfassung des Kontrollrates entgegenstanden, war dessen Gesetzgebung die Ausnahme, die der Zonenbefehlshaber die Regel. Zu einer Gesetzgebung der Besatzungsmächte auf Landesebene ist es nur in beschränktem Umfang gekommen.“ In: Schmoller, Die Befugnisse der Besatzungsmächte, S. 2 f.

<sup>75</sup> Die Kreis-Detachments sind für uns nicht weiter von Bedeutung, ihrer Organisation wird hier deshalb nicht weiter nachgegangen. Am 01.12.1945 wurde das Präsidium des einzigen Regierungsbezirkes der Provinz, Schleswig, aufgelöst und seine Verwaltung in die des Oberpräsidenten eingegliedert. Daher ist auch das Regierungsbezirksdetachment nicht von Interesse, zumal es seine Arbeit nur in beschränktem Umfang

waren. Die „Divisions“ wurden um die Jahreswende 1945/46 zu zwei Gruppen, die „economic sub-commission“ und die „governmental sub-commission“ zusammengefasst.<sup>76</sup> Nach unten waren diese „divisions“ in „branches“ unterteilt, an die bestimmte Funktionen und Zuständigkeiten abgegeben wurden.

Dieser Aufbau fand sich in ähnlicher Form auf provinzieller Ebene wieder. Die einzelnen Fachgebiete, die „branches“, waren wiederum zu einer „economic group“ und einer „governmental group“ zusammengefasst. Durch die Aufteilung in „divisions“ auf Zonen- bzw. in „branches“ auf Provinzebene war jeder deutschen Verwaltungsstelle eine britische Behörde zur Seite gestellt.<sup>77</sup>

#### **4. 2 Der rechtliche und organisatorische Rahmen der Preisbildung**

Am 29.10.1936 war im Rahmen des wirtschaftlichen Vierjahresplans ein Reichskommissar zur Überwachung der Preisbildung im Deutschen Reich bestellt worden.<sup>78</sup> Am 26.11.1936 wurden dann Preiserhöhungen für Güter und Leistungen aller Art verboten.<sup>79</sup> Die Festsetzung von Preisen und Preisspannen jeder Art war am 12.12.1936 dem Reichskommissar übertragen worden. Sofern Preise nur von regionaler Bedeutung waren, hatte diese Aufgabe in der Provinz Schleswig-Holstein die Preisbildungsstelle beim Oberpräsidenten in Kiel zu erfüllen. Die Kontrolle der Preise oblag zunächst den Preisüberwachungsstellen beim Regierungspräsidenten in Schleswig und beim Polizeipräsidenten von Altona-Wandsbek. Da in Schleswig-Holstein Provinz und Regierungsbezirk übereinstimmten, Altona und Wandsbek mit dem Groß-Hamburg-Gesetz vom 26.01.1937 aber an Hamburg fielen, gab es in Schleswig-Holstein fortan nur noch eine Preisbildungsstelle im Kieler Schloss und eine Preisüberwachungsstelle in Schleswig. Städte und Kreise wurden ebenfalls mit Überwachungsaufgaben betraut; sie durften z. B. kleinere Ordnungsstrafen verhängen.<sup>80</sup>

---

aufnehmen konnte. Vgl. zu diesem Vorgang Jürgensen, Die Briten in Schleswig-Holstein, S. 46 f., S. 50; ders., Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein, 1998<sup>2</sup>, S. 37-42.

<sup>76</sup> Reusch, Verwaltungsaufbau, S. 47 f.

<sup>77</sup> Eine gute schematische Übersicht ist z. B. zu finden in Reusch, Verwaltungsaufbau, S. 50.

<sup>78</sup> RGBL 1936 I, S. 927 f.

Zum Vierjahresplan sowie zur Lohn- und Preispolitik im Dritten Reich vgl. u. a.. Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich, bes. S. 162-168.

<sup>79</sup> RGBL 1936 I, S. 955 f; o. Verf., Die Preisstopverordnung, S. 117 f. Nähere Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen sowie eine Auflistung grundlegender Anordnungen und Erlasse zur Organisation der Preisverwaltung sind außer in dem letztgenannten Werk zu finden in: Die Preisprüfung, hrsg. vom VAW, Minden 1947.

<sup>80</sup> O. Verf., Das neue Preisstrafrecht, S. 37-40, S. 51-54: Erste Anordnung über die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für die Preisbildung vom 12.12.1936; Zweite Anordnung über die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für die Preisbildung vom 27.02.1937; Verzeichnis der Preisbildungs- und Überwachungsstellen.



Nach der Kapitulation sollte gemäß dem Willen der Alliierten an dieser Preispolitik festgehalten werden. Es war zunächst ihr Ziel, laut der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz eine gemeinsame Preispolitik für ganz Deutschland durchzuführen. Die Preise von besonders grundlegenden Warengruppen sollten dabei von den vier Besatzungsmächten gemeinsam festgelegt werden. Dazu zählten Eisenmetalle, Brennstoffe, chemische Grundstoffe, alle Arten von Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Schlachtvieh, Wolle, Rohhäute sowie Gas und Elektrizität. Die Preise der restlichen Waren sollten von den jeweiligen Zonenregierungen bestimmt werden. Die Preiskontrolle sollten deutsche Stellen unter alliierter Aufsicht übernehmen.<sup>81</sup> Am 07.02.1946 wurde von den Alliierten festgestellt,

„die Preiskontrolle beizubehalten und die Preise für die Mehrzahl der Waren grundsätzlich auf dem Niveau zu halten, wie es vor der Besetzung bestanden hat. Preiserhöhungen über den Stand vom 9. Mai 1945 hinaus sollen nur in bestimmten Ausnahmefällen statthaft sein [...]. Der Koordinierungsausschuß [der alliierten Kontrollbehörden, d. Verf.] bestimmte, daß bis zur Festlegung einer endgültigen Finanzpolitik für Deutschland das Ausmaß etwaiger Preiserhöhungen so beschränkt sein solle, daß insgesamt eine Auswirkung auf die Lebenshaltungskosten, die eine Angleichung des Lohnniveaus erfordern würde, vermieden werde.“<sup>82</sup>

Der Preisstopp von 1936 wurde in der Nachkriegszeit also aufrecht erhalten, mit der Aufsicht blieben die deutschen Stellen betraut.<sup>83</sup> Die damalige Auffassung einiger Geschäftsleute, dass der Untergang des Dritten Reiches auch die Preisbestimmungen mit sich gezogen hätte, war demnach falsch.<sup>84</sup>

Die Befugnisse des früheren Reichskommissars für die Preisbildung waren nach Kriegsende von den Preisbildungs- und Überwachungsstellen der Provinzen und Länder übernommen worden. Die „Trade and Industry Division“ kassierte diese Befugnisse jedoch am 22.02.1946 und übertrug sie der Kontrollkommission, die wiederum das seit April desselben Jahres neu entstehende Zentralamt für Wirtschaft (ZAW) mit der Verwaltung und Ausführung der Preisüberwachung in der gesamten britischen Zone beauftragte.<sup>85</sup> Das ZAW gliederte sich in mehrere Hauptabteilungen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Im Mai

---

<sup>81</sup> Haussleiter, Gedanken zur preispolitischen Lage, S. 5 f.

<sup>82</sup> So der Leiter der „Price Control Section“ bei der amerikanischen Militärregierung und gleichzeitiges Mitglied des „Price Control – Sub Committee“ beim Alliierten Kontrollrat, Taylor Ostrander. Zit. nach Haussleiter, Gedanken zur preispolitischen Lage, S. 5 f. Zu Ausnahmegewilligungen vgl. ferner Die Preisprüfung, S. 96; *Stuttgarter Zeitung* vom 13.02.1946: „Einheitliche Preispolitik für alle vier Besatzungszonen“.

<sup>83</sup> Vgl. z. B. AHL 820: Schreiben von Lt. Col. Munroe an den Lübecker Bürgermeister vom 11.06.1945; StAK 34707: Schreiben der Preisüberwachungsstelle Schleswig an die Preisbehörden in Kiel und Eckernförde vom 15.05.1945, Schreiben der Preisüberwachungsstelle Schleswig an alle Preisbehörden des Regierungsbezirkes vom 07.06.1945, Schreiben der Militärregierung an den Oberbürgermeister Kiels vom 12.06.1945.

<sup>84</sup> StAK 34707: Schreiben der Preisüberwachungsstelle Schleswig an alle Preisbehörden des Regierungsbezirkes vom 07.06.1945.

<sup>85</sup> Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 53, Anm. 1, S. 103; Mitteilungen der IHK zu Kiel 2 (1946), S. 4.

wurde eine eigene Hauptabteilung C für Preise und Löhne geschaffen, die mit den Hauptabteilungen C1 für Preise und C2 für Löhne noch einmal untergliedert wurde.<sup>86</sup> Ab 08.10.1946 durfte dann das ZAW durch die Verordnung Nr. 52 der britischen Militärregierung in bestimmten Bereichen Erlasse und Verordnungen herausgeben, die allen bestehenden deutschen Bestimmungen übergeordnet waren, es war damit zur Ausübung der Verwaltung von Preisbildung, -überwachung und -gesetzgebung berechtigt.<sup>87</sup> Zudem erhielt es Weisungsrecht gegenüber den für die Sachgebiete, für die das ZAW volle Zuständigkeit hatte, kompetenten Verwaltungsbehörden der Länder und Provinzen. Die ehemals zuständigen Abteilungen der CCG hatten nur noch Aufsichtsfunktion, das ZAW hatte dadurch die volle Zuständigkeit für Preise und Löhne gewonnen. Mit einer Verwaltungsanweisung vom 06.11.1946 wurden die Zuständigkeiten des ZAW dann klarer definiert:

„Die zu kontrollierenden Preise, Gebühren und Entgelte umfassen insbesondere die der gewerblichen Wirtschaft, der Ernährungs- und Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Verkehrswesens, des Bank- und Versicherungswesens, des Vorführungswesens, der Mieten und Pachten, der Ein- und Ausfuhr Güter, soweit ihr Inlandspreis in Betracht kommt, und die Gebühren von Behörden, öffentlichen Dienststellen und Unternehmen sowie die von diesen Stellen berechneten Preise.“<sup>88</sup>

Begründet wurden diese Schritte mit der Notwendigkeit, die Einheitlichkeit der Preispolitik und ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Preisen untereinander sowie zwischen Preisen und Löhnen zu gewährleisten.<sup>89</sup>

Damit ist der Beginn einer zentralen Preisverwaltung in der britischen Zone markiert. Seit Herbst 1945 hatte es lediglich einen deutschen Preisberater bei der Kontrollkommission in Minden gegeben. Das Fehlen zentraler Organe hatte daher zu einer Zersplitterung des Preisgefüges in der britischen Zone geführt.<sup>90</sup>

Mit der Gründung der Bizone wurde das ZAW am 01.01.1947 von dem für die Bizone zuständigen Verwaltungsamt für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes (VAW) mit Sitz in Minden, später in Frankfurt, abgelöst. Die Übergabe der Funktionen war jedoch bereits in den Monaten zuvor schrittweise erfolgt. Daher war die

---

<sup>86</sup> Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 103-112. Die Abteilung für Preispolitik bestand in Minden schon seit Oktober 1945. Die Löhne wurden ebenfalls von der Hauptabteilung überwacht, da man sich zum Ziel gesetzt hatte, „einen dauernden Einklang zwischen den beiden Faktoren Preis und Lohn im Sinne ihrer Stabilhaltung herzustellen.“ (Mitteilungen der IHK zu Kiel 2 (1946), S. 3).

<sup>87</sup> Verordnung Nr. 52 der britischen Militärregierung vom 08.10.1946, in: Amtsblatt der britischen Militärregierung Nr. 4, S. 319-321.

<sup>88</sup> Administrative Instruction der Economic Sub-Commission vom 06.11.1946 (nachzulesen z. B. in: Nachrichten der Preisverwaltung 1 (1947), S. 4).

<sup>89</sup> Ebd.

<sup>90</sup> Rubarth, Entwicklung der Rechtsgrundlagen im Preisrecht, S. 39.

Hauptabteilung Preis schon mit Wirkung vom 15.11.1946 dem VAW als Hauptabteilung Preisbildung und Preisüberwachung unterstellt worden.<sup>91</sup> Mit der Gründung des VAW wurde die Verordnung Nr. 52 wieder aufgehoben, jedoch blieben die Erlasse und Vorschriften des ZAW zunächst bestehen. Seine Befugnisse, auch die auf dem Preisgebiet, wurden durch die neuentstandene Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung übernommen.<sup>92</sup>

Nach Schaffung des VAW gliederte sich die Preisverwaltung weiterhin in vier Teile.<sup>93</sup> An der Spitze stand die Hauptabteilung des VAW. Sie bearbeitete u. a. die Preise für Waren, deren Preisbildung sich der Alliierte Kontrollrat in eigener Zuständigkeit vorbehalten hatte. Weiterhin fielen Preisregelungen, die Verhandlungen mit anderen Zweizonenämtern oder den obersten Arbeitsbehörden erforderlich machten, sowie Import- und Exportpreise in ihren Zuständigkeitsbereich. Die amtlichen Veröffentlichungen des VAW und seiner Nachfolgerin, der Verwaltung für Wirtschaft (VfW), geben ein Bild der Waren wieder, deren Preise und Preisspannen für die Lebenshaltung besonders wichtig waren und die von dem Amt im Laufe der Jahre festgesetzt wurden. Dazu gehörten u. a. Brennholz, Küchengeräte, Zucker, Milch, Butter, Margarine, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Schlachtvieh sowie Gas und Strom.<sup>94</sup> Die acht Preisbildungsstellen der Bizone (vier davon im britischen Besatzungsgebiet) waren v. a. für die Preisfestsetzung der Waren zuständig, deren Preisfestsetzung nicht der Hauptabteilung vorbehalten waren. Sie entschieden ferner über Beschwerden gegen Ordnungsstrafbescheide der 27 Preisüberwachungsstellen im vereinigten Wirtschaftsgebiet, von denen sich 16 in der Britischen Zone befanden. Diese durften Betriebe schließen, Tätigkeitsverbote verhängen, Gegenstände, auf die sich die Preisverstöße bezogen, einziehen, Mehrerlöse abführen, die Strafverfolgung durch die Strafgerichte verlangen, gebührenpflichtige Verwarnungen erteilen und über Beschwerden gegen Strafbescheide der unteren Preisbehörden, an die die Verhängung von Ordnungsstrafen bis 1000 RM delegiert werden konnten, entscheiden. Die

---

<sup>91</sup> Nachrichten der Preisverwaltung 1947, Nr. 1, S. 4; Rubarth, Entwicklung der Rechtsgrundlagen im Preisrecht, S. 39; Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 130 f.

<sup>92</sup> Verordnung Nr. 74 der britischen Militärregierung vom 01.01.1947, in: Amtsblatt der britischen Militärregierung Nr. 18, S. 495; VAWMBL 1947, S. 6; Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 107.

Zur Registrierung und Auswertung der Preise sowie zur Schaffung eines Überblicks über das Preisgefüge in den Besatzungszonen war ferner am 01.09.1946 von den Amerikanern und Briten eine Preismeldestelle ins Leben gerufen worden. Sie war bereits jetzt für beide Zonen zuständig und hatte ihren Sitz bis zum 15.11.1946 in Frankfurt und vom 01.12.1946 an in Minden. Sie war dem VAW nur „lose angegliedert“ und wurde am 01.04.1947 der Hauptabteilung Preis und Lohn im VAW unterstellt. Sie gehörte nunmehr vollständig zum VAW. Doch nicht nur die Auswertung von Daten gehörte zu ihren Aufgaben, vielmehr trat sie auch mit regionalen und lokalen Preisbehörden in Form von Empfehlungen in Kontakt. Die Preismeldestelle existierte als unselbständige Abteilung des VAW, bzw. der ihr folgenden Verwaltung für Wirtschaft noch bis 1949 (Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 182-184).

<sup>93</sup> Die folgende Darstellung der Preisverwaltung vom Stande des 01.07.1947 ist eine Zusammenfassung des Kapitels „Organisation der Preisverwaltung“ in: Die Preisprüfung, Minden 1947.

<sup>94</sup> VfWMBL, Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1947; VfWMBL, Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1948, Teil II (Preisvorschriften).

Preisbildungsbefugnisse der Preisüberwachungsstellen beschränkten sich auf die Festsetzung von Preisen, Preisspannen und Zuschlägen, soweit diese ihnen von den Preisbildungsstellen übertragen worden waren. An letzter Stelle sind die unteren Preisbehörden auf Stadt- und Kreisebene zu nennen. Sie durften Betriebe bis zu 14 Tage lang schließen, wie die Preisüberwachungsstellen die Strafverfolgung durch die Strafgerichte verlangen und gebührenpflichtige Verwarnungen erteilen. Auch diese Preisstellen hatten einige wenige Befugnisse in der Preisbildung. Dazu zählten z. B. die Festsetzung von Miet- und Pachtpreisen für Grundstücke, Wohn- und Geschäftsräume und von Preisen für Milch. Es bestanden jedoch lokale Unterschiede in den Kompetenzen der Behörden. In Kiel sahen diese z. B. wie folgt aus:

„Der Umfang der Preisüberwachung durch die örtliche Preisbehörde und damit auch die Mitwirkung des Preisausschusses erstreckt sich somit auf fast alle Sachgebiete, d. h. auf alles, was irgendwie mit Preisen zu tun hat. Aufgabe der Preisbehörde ist es ferner, alle durch das beim Chef der Polizei gebildete Schwarzhandelskommando ermittelten Preisverstöße zu bearbeiten. Derartige Verstöße werden entweder durch Ordnungsstrafen geahndet oder mit entsprechenden Strafanträgen den Gerichten zur Weiterverfolgung übersandt. Der Preisbehörde in Kiel wurde ferner durch die Landesregierung die Aufgabe übertragen, innerhalb des Bereiches der Industrie- und Handelskammer Kiel für alles von der Militärregierung für die deutsche Wirtschaft freigegebene ehemalige Wehrmachtsgut preisbildend tätig zu werden.“<sup>95</sup>

Die Überwachung der Mietpreise war in Kiel einer eigenen Stelle übertragen worden.<sup>96</sup>

Ende 1945 war der Regierungsbezirk Schleswig aufgelöst und in die Verwaltung des Oberpräsidiums eingegliedert worden. Schleswig-Holstein hatte damit keine gesonderte Preisüberwachungsstelle mehr, sie wurde vielmehr mit der Preisbildungsstelle der noch bestehenden Provinz zur Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig, Gottorfstraße 6, zusammengelegt. Nach der Neuordnung der Länder und Provinzen in der britischen Zone gehörten die Preisbildungsstellen nicht mehr zu den Oberpräsidien, sondern zu den Wirtschaftsministerien der Länder.<sup>97</sup> Daher gehörte jetzt auch die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig zum Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein. Doch trotz der Erhebung Kiels zur Landeshauptstadt im Sommer 1946 und der Verlegung der

---

<sup>95</sup> StAK 34697: Niederschrift über die am 15.04.1947 stattgefundene 2. Tagung des Ausschusses für Preisüberwachung vom 26.04.1947. Die eingezogenen Gelder mussten an die Landeskasse abgegeben werden (StAK 34691: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die städtischen Preisbehörden des Landes vom 09.12.1947).

<sup>96</sup> StAK 34697: Schreiben der Preisbehörde vom 02.12.1947. Offensichtlich war dies auch in Lübeck der Fall, vgl. dazu entsprechende Vorgänge in AHL 821.

<sup>97</sup> Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 183, Anm. 5.

Provinzial- und Landesbehörden in die Hafenstadt blieb die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig.<sup>98</sup>

Um organisatorische Mängel zu beseitigen, erfolgte im Frühjahr 1947 eine Umstrukturierung der Zweizonenwirtschaftsverwaltung. Am 25. 6. 1947 konstituierte sich der Wirtschaftsrat als gesetzgebende Körperschaft. Er war u. a. „zur Annahme und Verkündung von Gesetzen, die sich auf Festlegung von allgemeinen Grundsätzen beziehen [und] mehr als ein Land angehen [...] ermächtigt.“<sup>99</sup> Darunter fiel auch die Preisbildung und Preiskontrolle. Am 15.10.1947 wurde das VAW zur Verwaltung für Wirtschaft (VfW) umgebildet. Sie wurde erst am 01.04.1950 aufgelöst.<sup>100</sup> Der Wirtschaftsrat selbst blieb bestehen, ihm oblag weiterhin die Gesetzgebung bzgl. überregionaler Preisbildung, -überwachung und -stützung.<sup>101</sup> Durch das Preisgesetz vom 10.04.1948 wurde seine Zuständigkeit für die allgemeinen *Grundsätze* der Preispolitik im Vereinigten Wirtschaftsgebiet noch einmal bestätigt. Veränderungen von Preisen, die eine Änderung der Lebenshaltungskosten zur Folge haben würden, bedurften seiner Zustimmung. Die *praktische Preispolitik* blieb aber weiterhin anderen Stellen überlassen: Durch das Gesetz wurde dem Direktor der VfW die Erlaubnis erteilt, Preisfestsetzungen- oder Genehmigungen, die mehr als ein Land angingen, zu treffen. Mit der weiteren Preisbildung und -überwachung blieben weiterhin die obersten regionalen und lokalen Behörden betraut. Damit blieb die Kontinuität der Preisverwaltung auf Länderebene gewahrt.<sup>102</sup>

Abschließend ist also festzuhalten, dass, angefangen vom Alliierten Kontrollrat bis hinunter zu den lokalen Preisbehörden, Preise von verschiedenen Instanzen der Preisverwaltung gebildet werden konnten. Eine zentrale Stelle zur Festsetzung *aller* Preise gab es weder auf zentraler noch auf der Ebene des untergegangenen Dritten Reiches, regionale

---

<sup>98</sup> Die Preisprüfung, S. 15. Ihr Vorgehen bei der Preisbildung beschrieb die Behörde wie folgt: „Die von ihr gebildeten Preise werden unter Anhörung eines Gutachterausschusses, bestehend aus Fachleuten sämtlicher Handelsstufen, festgesetzt, und zwar unter Berücksichtigung der derzeitigen Umstände, wobei nur der volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preis, das heißt: der Preis, den der Verbraucher normalerweise zur Zeit dem Gegenstände beimisst, für die Wertbemessung zugrundegelegt werden kann.“ (LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle an das Wirtschaftsministerium am 20.06.1947).

<sup>99</sup> Verordnung Nr. 88 der britischen Militärregierung vom 10.06.1947, in: Amtsblatt der britischen Militärregierung Nr. 19, S. 528-532.

<sup>100</sup> Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 137, S. 140 Anm. 3. Demnach handelte es sich nicht um eine komplette Neuorganisation des VAW, sondern nur um eine Umbenennung.

<sup>101</sup> Verordnung Nr. 126 der britischen Militärregierung vom 09.02.1948, in: Amtsblatt der britischen Militärregierung Nr. 23, S. 686-691.

<sup>102</sup> Übergangsgesetz über Preisbildungs- und Preisüberwachung (Preisgesetz) des Wirtschaftsrates vom 10.04.1948, in VfWMBI. Nr. 10, S. 62 f. Zweifeln an der Rechtsgültigkeit von Preisverordnungen, Erlassen u. a., die nach dem 08.05.1945 erlassen worden waren, wurde mit demselben Gesetz begegnet. Es betonte deren Wirksamkeit ausdrücklich. Vgl. zu diesen Unklarheiten Rubarth, Entwicklung der Rechtsgrundlagen im Preisrecht, S. 39 f.

Zur weiteren Entwicklung der obersten Preisbehörden vgl. Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 206, Anm. 2. Vgl. auch den Bericht über den Aufbau der Preisbehörden vom 08.02.1949 in StAK 34705.

Unterschiede in der Anwendung der Richtlinien und in der Preisbildung waren unausweichlich. Die Mehrzahl der Preise für Grundnahrungsmittel und andere grundlegende Waren wie Holz oder Energie konnten von den Landesbehörden jedoch nicht bestimmt werden. Auf deren Preisgestaltung hatten sie kaum Einfluss und konnten somit nur schwer auf spezifische Entwicklungen und Situationen in Schleswig-Holstein reagieren. Allerdings wurden die Preise für einzelne Warengruppen im Laufe der Jahre von verschiedenen Stellen bestimmt, wie die Beispiele Milch, Strom und Gas zeigten. Insgesamt lag aber die Gestaltung der Lebenskosten für viele Grundbedürfnisse nicht in der Hand der Landesbehörden, sondern war von den Entscheidungen auf höchster Ebene abhängig.<sup>103</sup> Die Preisverwaltung aber blieb, abgesehen von den wechselnden obersten Instanzen und ihren Befugnissen, von ihrer Gründung im Dritten Reich an durch die gesamte Besatzungszeit hindurch bestehen. Neue Richtlinien, Gesetze o. a., die die bisherige Organisation der Preisbildungs- und Überwachung auf regionaler oder lokaler Ebene ablösten oder nachhaltig neu bestimmten, wurden in den ersten Nachkriegsjahren nicht herausgegeben.<sup>104</sup>

### **4. 3 Der rechtliche und organisatorische Rahmen der Lohnbildung**

#### **4. 3. 1 Der Lohnstopp**

Mit der Überwachung der Löhne und Arbeitsbedingungen waren bereits am 25.06.1938 durch die Lohngestaltungsverordnung die Reichstreuhandler oder Sondertreuhandler der Arbeit betraut worden. Sie durften in vom Reichsarbeitsminister bestimmten Wirtschaftszweigen die Löhne nach oben oder unten festsetzen.<sup>105</sup> Diese und andere, von den Treuhändern veröffentlichte Anordnungen führten dazu, dass alle betrieblichen Neuregelungen in Bezug auf Löhne und Gehälter erst nach einer Überprüfung durch die zuständigen Stellen Gültigkeit erlangten.<sup>106</sup> Die Kriegswirtschaftsverordnung vom 04.09.1939 übertrug den Treuhändern die Aufgabe, die Arbeitsverdienste den durch den Krieg entstandenen neuen Verhältnissen

---

<sup>103</sup> Die erhaltenen Preisgenehmigungen der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig bestätigen dies. Preisgenehmigungen für Grundbedürfnisse sind kaum überliefert, dafür aber solche für Dinge, die wahrlich nicht zum alltäglichen Bedarf einer Arbeiterfamilie gehören wie z. B. Manometer, Operationslampen, Lachgas-Narkose-Apparate etc. (LAS, Abt. 691, Nr. 22461).

<sup>104</sup> Vgl. die Aufstellungen von Verordnungen, Gesetzen u. a. der Militärregierung, des ZAW und des VAW/VfW in: Die Preisprüfung, S. 19-22; Nachrichten der Preisverwaltung 1947, Nr. 1, S. 7 f.; VfwMBL, Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1947, VfwMBL, Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1948, Teil II (Preisvorschriften); Anders, Die Proklamationen, Gesetze und Verordnungen der Militärregierung Deutschlands (Amerikanische Zone).

<sup>105</sup> RGL 1938 I, S. 691.

<sup>106</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1947), S. 1 f.

anzupassen und durch Tarifordnungen Löhne und Gehälter nach oben hin festzusetzen.<sup>107</sup> Diese Verordnung sowie die dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen schufen die Rechtsgrundlagen zur Durchführung der Lohnkontrolle, sie behielten auch nach Kriegsende ihre Gültigkeit.<sup>108</sup> Die nationalsozialistische Regierung hatte dann am 12.10.1939 mit der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Kriegswirtschaftsverordnung den Stopp aller Löhne und Gehälter festgelegt.<sup>109</sup> Ab jetzt konnten Lohnerhöhungen nur noch durch Gesetze, Tarif- oder Dienstordnungen oder sonstige Anordnungen von behördlicher Seite aus erfolgen. Neben Lohnerhöhungen waren auch Lohnsenkungen verboten. Der Lohnstopp verbot Lohnänderungen jedoch nicht generell, lediglich die unangemeldete Lohnänderung war verboten.<sup>110</sup> Darauf wies z. B. die Militärregierung Schleswig-Holsteins im Oktober 1945 ausdrücklich hin, als die Rüstungsbetriebe nach dem Wegfall ihrer Produktionsgrundlage die Gehälter ihrer Angestellten senkten.<sup>111</sup> Der Lohnstopp bedeutete jedoch nicht, dass stets der nominelle Stopplohn auch zur Auszahlung kommen musste. Vielmehr konnte sich der Lohn durch „allgemeine Rechtsgründe“ ändern, der Stundenlohn konnte sich durch Mehrarbeitszuschlag erhöhen oder sich „im Zusammenhang mit den Grundsätzen über das Unternehmerrisiko“ senken.<sup>112</sup>

Die Lohnstoppverordnung bestand ursprünglich aus 6 Paragraphen, zerfiel jedoch bis Kriegsende in über 50 Verordnungen, Bestimmungen u. ä.<sup>113</sup> Folgerichtig wurde das Orts- und Lohnklassensystem dann auch bereits in der Nachkriegszeit als verwirrend und reformbedürftig charakterisiert.<sup>114</sup>

#### **4. 3. 2 Die Direktive Nr. 14 und ihre Ergänzung**

Als mit dem Kriegsende die Ämter der Treuhänder wegfielen, verlieh die britische Militärregierung am 17.08.1945 den Präsidenten der Landesarbeitsämter in der britischen Zone mit der Verordnung Nr. 7 das Recht, Tarif- und Lohnordnungen zu erlassen, zu widerrufen oder abzuändern.<sup>115</sup> Analog zur Bildung des ZAW wurde in der britischen Zone am 26.07.1946 in Lemgo ein Zentralamt für Arbeit (ZfA) eingerichtet. Im Bereich des Lohn-

---

<sup>107</sup> RGBl 1939 I, S. 1609.

<sup>108</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1947), S. 1.

<sup>109</sup> RGBl 1939 I, S. 2028.

<sup>110</sup> Herschel, Rechtsfragen des Lohnstops, S. 272 f.

<sup>111</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1947), S. 1.

<sup>112</sup> Herschel, Rechtsfragen des Lohnstops, S. 272 f.

<sup>113</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946.

<sup>114</sup> Das Lohnproblem, S. 179.

<sup>115</sup> Amtsblatt der britischen Militärregierung, Nr.4, S. 6 f.

und Tarifwesens war es mit der Überprüfung und Begutachtung von neu ausgehandelten Tarifverträgen, der Koordinierung der Landesarbeitsämter bei Vereinbarungen, die mehr als ein Land betrafen, der Beratung der Militärregierung in Lohnfragen und der Unterstützung der Arbeitgeber und -nehmerverbände bei Lohnverhandlungen zuständig. Ferner bereitete es lohnstatistische Untersuchungen vor und unterrichtete die Landesarbeitsämter über Weisungen der Militärregierung.<sup>116</sup> Insgesamt deckten sich seine Aufgaben in etwa mit denen des früheren Reichsarbeitsministeriums und seiner Sonderbehörden. Bei der Auswahl des Personals wurde auch die politische Vergangenheit überprüft.<sup>117</sup>

Der Lohnstopp bestand nach dem 8. 5. 1945 zunächst auch ohne entsprechendes Gesetz der Briten unverändert weiter. Offenbar hatte dies auf deutscher Seite zu Irritationen geführt, denn noch im Jahre 1947 mußte der Präsident des ZfA klarstellen, dass die Militärregierung ihm kürzlich das Weiterbestehen des Stopps nach Kriegsende noch einmal bestätigt habe.<sup>118</sup> Zum Teil hatte man geglaubt, daß der Lohnstopp erst mit der Verordnung Nr. 7 oder mit der Direktive Nr. 14 des Alliierten Kontrollrates vom 12. 10. 1945 wieder in Kraft getreten sei.<sup>119</sup> Diese Direktive wies die deutschen Behörden an, „die bestehenden Aufsichtsmaßregeln für Arbeitslöhne weiterbestehen zu lassen.“<sup>120</sup> Alle Löhne, auch die für Stückarbeit und Überstunden sowie Sonderzulagen blieben auf der aktuellen Höhe eingefroren. Mit der Aufsicht wurden die deutschen Arbeitsämter betraut, vorbehaltlich der Zustimmung der britischen Militärregierung. Diese konnte die Verfügungen der Arbeitsämter überprüfen und gegebenenfalls widerrufen. Beratende Funktion sollten die neu zu schaffenden Lohnausschüsse ausüben. Die deutschen Lohnstoppbestimmungen aus der Zeit des Dritten

---

<sup>116</sup> Das Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone, Bericht über die Tätigkeit von Juli 1946 bis Juli 1948, S. 17.

<sup>117</sup> Im März 1946 war zunächst eine „Beratungsstelle für Arbeit, Wohnungs- und Siedlungswesen“ bei der Manpower Division in Bad Oeynhausen errichtet worden. Im Mai desselben Jahres erhielt der Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrheinprovinz den Auftrag zur Bildung einer obersten deutschen Arbeitsbehörde in der Britischen Zone. Der Präsident, Julius Scheuble, trat am 23.07.1946 sein Amt an. Er behielt es bis zur Auflösung des Amtes im September 1948. Die Schaffung dieser Institution bedeutete aber keinen grundlegenden Neuaufbau der Arbeitsverwaltung in der britischen Zone, da die Briten wie auf so vielen Gebieten der Besatzungspolitik einer zonenübergreifenden Regelung zunächst nicht vorgreifen wollten (Vgl. z. B. Trittel, Von der „Verwaltung des Mangels“ zur „Verhinderung der Neuordnung“, S. 133). Im ZfA war nach dem Stand vom 08.10.1946 die Hauptabteilung III für das Lohn- und Tarifwesen zuständig. Vorgesetzte Dienststelle war die Manpower Division/Zonal Office of the Manpower Adviser CCG (BE). Vgl. Aufgaben des Zentralamtes für Arbeit in der Britischen Zone, S. 427-429; Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. III, S. 425-431.

<sup>118</sup> Arbeitsblatt für die britische Zone 7/8 (1947), S. 231 f.

<sup>119</sup> Arbeitsblatt für die britische Zone 7/8 (1947), S. 231 f. Abschrift der Direktive u. a. in LAS, Abt. 580, Nr. 461.

<sup>120</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Direktive Nr. 14, § 2. Nach Herschel ist die rechtswirksame Grundlage des Lohnstopps im Wesentlichen weiterhin die nationalsozialistische Regelung aus dem Jahre 1939 nebst ihren Ergänzungen, ungeachtet der Bedeutung, die die Direktive für alle Betroffenen hatte (Herschel, Wilhelm, Rechtsfragen des Lohnstopps, S. 272).



Reiches und die Direktive Nr. 14 nebst ihrer Ergänzung blieben bis wenige Monate vor der Währungsreform die Grundlage der Lohnordnung in der Britischen Besatzungszone.<sup>121</sup>

Allerdings ließ die Direktive Nr. 14 einen beschränkten Spielraum der Lohngestaltung zu. Lohnschwankungen in beide Richtungen erlaubte der Paragraph 3 c:

„Die Einführung neuer Lohnsätze ist zulässig, wenn wegen einer Änderung in einem Fertigfabrikat oder in den zu seiner Herstellung gebrauchten Rohstoffen oder aus ähnlichen Gründen ein solches Verfahren zweckmäßig erscheint. Die neuen Lohnsätze sind soweit wie möglich den bestehenden Lohnsätzen für gleichartige Arbeit anzupassen. Der ehemalige normale Verdienst der in Frage kommenden Arbeiter soll auch berücksichtigt werden.“

Noch kurz vor der Währungsreform wurde der Geltungsbereich dieses Paragraphen auf Akkordlohnempfänger eingeschränkt, Zeitlohnsätze konnten damit also nicht erhöht werden. Zu den „ähnlichen Gründen“ zur Einführung neuer Lohnsätze zählten danach definitiv nicht die Herabsetzung von Arbeitsstunden oder reduzierte Arbeitsleistung infolge der Ernährungskrise, d. h. verallgemeinert, dass erschwerte Arbeitsbedingungen kein Anlass zur Erhöhung des Lohnes sein konnten. Nur fertigungstechnische Umstände waren hierfür ein Grund, was daher nach Ansicht der Briten Zeitlohnempfänger von Lohnerhöhungen aufgrund dieser Anordnung ausschloss. Ziel der Briten war es mit dieser Regelung nicht „Lohnerhöhungen zu gewähren, sondern nur zu gestatten, daß neue Akkordsätze festgelegt werden können, die es den Arbeitern ermöglichen, die Verdiensthöhe zu halten [...]“. <sup>122</sup>

Dass diese Regelung keine außergewöhnlichen Lohnerhöhungen zuließ, machten die Briten auch im § 8 der Direktive deutlich. Danach durften Lohnänderungen das allgemeine Lohnniveau nicht erhöhen. De facto bedeutete dies, dass mit einer Lohnerhöhung eine Senkung anderer Leistungen einhergehen musste. So konnten dazu ein von 6 bis 12 Tagen gestaffelter Urlaub auf einheitlich 9 Tage festgesetzt oder Kinder- und Alterszulagen in die Lohnsätze mit einbezogen werden.<sup>123</sup>

Unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Direktive war es den deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen nach den sog. „Richtlinien der Lohnpolitik“ nunmehr erlaubt, Tarifverhandlungen zu führen.<sup>124</sup> Nach Inhalt der Direktive konnte der

---

<sup>121</sup> Auch als mit der Verordnung Nr. 57 der Militärregierung am 01.12.1946 die Befugnisse der Länder abgegrenzt wurden, vergrößerte sich der Spielraum der deutschen Arbeitsbehörden in der Lohnpolitik nicht. In den Bereichen Löhne und Lohngesetzgebung behielten sich die Briten weiterhin die legislativen Rechte vor, die vollziehende Gewalt wurde den Ländern in einer Anweisung zur Direktive ebenfalls vorenthalten (Verordnung Nr. 57 der Militärregierung, in: Amtsblatt britischen Militärregierung, Nr. 15, S. 344-347).

<sup>122</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Der Präsident des Zentralamtes für Arbeit an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein am 15.06.1948 zur Lohnüberwachung.

<sup>123</sup> Knolle, *Wieder Lohnverhandlungen?*, S. 321.

<sup>124</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden LAS, Abt. 580, Nr. 461: Richtlinien der Lohnpolitik (Schreiben der Militärregierung an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes vom 13.03.1946).

Anlass aber nur in den eben beschriebenen Änderungen der Produktionsabläufe zu suchen sein. Gab es keine Gewerkschaft als Tarifpartner, so war es den Präsidenten der Landesarbeitsämter erlaubt, Vorschläge, die aus Verhandlungen der Arbeitgeber mit anderen Vertretern der Arbeiterschaft hervorgingen, zu überprüfen. Diese Abmachungen waren von der Zustimmung des Präsidenten abhängig. Berücksichtigt werden durften bei den Lohnverhandlungen besondere Mietzuschläge, Altersvergütungen und Treuegelder für lange Dienstzeiten der Arbeitnehmer, des Weiteren, und davon wird noch ausführlicher zu sprechen sein, Unterschiede in den Löhnen männlicher und weiblicher Arbeitskräfte bei gleicher Arbeitsleistung. Als Letztes sahen die „Richtlinien“ vor, dass die Ortsklassen des Lohnsystems, die in verschiedenen Regionen unterschiedliche Löhne zur Folge hatten, nicht abgeschafft werden durften, und dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes wurde erlaubt, auch von sich aus Vorschläge zu Lohnänderungen zu machen.

Neben der Verordnung Nr. 7, der Direktive Nr. 14 und den „Richtlinien der Lohnpolitik“ ist eine Ergänzung des §3 der Direktive vom 13.06.1946 zum Verständnis der Lohnbildung wichtig.<sup>125</sup> Sie beinhaltet weitere Ausnahmen vom bestehenden Lohnstopp. Dazu zählen die erlaubte Erhöhung des Lohnes von Frauen und Jugendlichen bei gleicher Arbeit und gleicher Arbeitsleistung auf das Lohnniveau der männlichen Arbeiter, die Erhöhung des Stundenlohnsatzes auf 50 Rpf, sofern dieser unter diesem Satz liegt, sowie die Lohnkorrektur nach oben oder unten in Industriezweigen, in denen eine „schlechte Abstimmung“ oder „Ungerechtigkeiten“ dies nahelegen. Die entsprechenden Industriezweige, die Grenzen der vorzunehmenden Änderung der Löhne und diesbezügliche Fristen wurden von den alliierten Kontrollbehörden bestimmt. Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften waren dann innerhalb dieser Grenzen und unter Aufsicht deutscher Behörden in diesen

---

Wenige Tage nach Kriegsende wurden in den Westzonen die alten Industrie- und Handelskammern wieder zugelassen bzw. neu eingerichtet. Im Herbst 1945 erfolgte die erste Zulassung von Unternehmer- bzw. Wirtschaftsverbänden, wenig später auch die Zulassung von Arbeitgeberverbänden. Ab Oktober durften sich die industriellen Fachverbände auch auf Zonenebene organisieren. Im Herbst 1945 wurde die Bildung von Gewerkschaften auf lokaler Ebene, im Laufe des Jahres 1946 auch die Bildung von regionalen Industriegewerkschaften erlaubt. Vgl. dazu z. B. Grebing u.a., Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland S. 97-115; Trittel, Von der „Verwaltung des Mangels“ zur „Verhinderung der Neuordnung“, S. 141-143.

<sup>125</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: „Ergänzung zur Direktive Nr. 14“. Dort zu finden in einem Schreiben der Briten an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein vom 17.10.1946, das nähere Ausführungen zur „Ergänzung“ beinhaltet. Es beschreibt u. a. das Prozedere bei der Aushandlung neuer Löhne für Frauen und Jugendliche, welche Arbeitgebern und Gewerkschaften nach erfolgter Initiative des Präsidenten des Landesarbeitsamtes, des Lohnausschusses oder Vertretern von Arbeitgebern und -nehmern überlassen wird. Der Präsident ist dabei den Briten ständig zur Rechenschaft verpflichtet, jede Lohnvereinbarung ist an seine Zustimmung gebunden.

„Problemindustrien“ erlaubt.<sup>126</sup> Der Lohnstopp wurde später bis zur 75-Pfennig-Grenze nach oben angehoben.<sup>127</sup>

Nach eigenem Bekunden des ZfA lag „die Verantwortung für die Lohnentwicklung [...] also bei der Besatzungsmacht.“<sup>128</sup> Nur ein Abweichen der Briten vom Lohnstopp konnte nennenswerte Lohnänderungen herbeiführen, ansonsten waren die deutschen Arbeitsämter an den eng gesetzten Rahmen der Direktive Nr. 14 und ihrer Ergänzung gebunden. Wie schon in der Preispolitik hatten auch hier die schleswig-holsteinischen Landesbehörden kaum Einfluss auf die Gestaltung des Lohngefüges.

#### **4. 4 Die Begründung für die Beibehaltung des Lohn- und Preisstopps**

Die Alliierten hielten am Lohn- und Preisstopp fest,

„da wegen des großen Mißverhältnisses zwischen Bedarf und Deckung, das auch nach Beendigung des Krieges andauerte, ja sich noch steigerte, auf die kriegswirtschaftlichen Lenkungsmethoden nicht verzichtet werden konnte. Denn sonst wäre bei der Zerrüttung des Wirtschaftslebens und der Wirtschaftsmoral eine noch so bescheidene Versorgung der Bevölkerung überhaupt nicht mehr möglich gewesen. An einen Abbau der Verteilungswirtschaft – damals „Zwangswirtschaft“ genannt – konnte erst nach einer Reform der Währung gedacht werden.“<sup>129</sup>

Die Aufrechterhaltung des Lohnstopps wurde 1947 wie folgt beurteilt:

„Die deutschen Lohnverhältnisse werden nahezu überall als überprüfungsbedürftig angesehen. Seit 1933 sind die tariflichen Lohnsätze [...] fast unverändert geblieben. Sie spiegeln infolgedessen nirgends mehr die seitdem grundlegend veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen wider. [...] Niemand [...] wird sich der Illusion hingeben, daß eine solche neue Ausrichtung der Löhne den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft wesentlich verbessern kann. Wenn es gelingt, allen Arbeitern bescheidene Lebensverhältnisse zu sichern und die einzelnen Lohn- und Gehaltssätze sinnvoller und gerechter zueinander zu staffeln, so wird dies für die nächste Zeit das Äußerste des Erreichbaren sein. [...] Der Schutz des sozial Schwachen und die oft noch sehr ungesunden wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem drohenden Gespenst der Inflation verbieten [...] eine individualistische und freie Entwicklung der Löhne und Gehälter.“<sup>130</sup>

---

<sup>126</sup> Zum Begriff der „Problemindustrie“ vgl. Arbeitsblatt für die britische Zone 9 (1947), S. 323. Demnach gab es bis 1947 noch keine feste Einstufung von Wirtschaftszweigen als „Problemindustrien“. Auch mussten nicht unbedingt Industrien im herkömmlichen Sinne gemeint sein, auch Landwirtschaft, Handel, Handwerk oder der öffentliche Dienst konnten unter diesen Begriff fallen. Entscheidend war, „daß in einzelnen Teilen der Wirtschaft die Lohnverhältnisse schlecht abgestimmt oder ungerecht erschienen.“ (ebd). Diese Maßnahmen sollten nach Angaben des Statistischen Amtes der britischen Zone das Lohnniveau in den Gewerbegruppen heben, die an den Vergünstigungen der Rüstungswirtschaft keinen Anteil gehabt hatten (Statistisches Monatsheft der britischen Zone 6 (1947), S. 53).

<sup>127</sup> Statistisches Monatsheft der britischen Zone 6 (1947), S. 53.

<sup>128</sup> Das Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone, Bericht über die Tätigkeit von Juli 1946 bis Juli 1948, S. 18.

<sup>129</sup> So urteilt Vogel, Westdeutschland 1945-1950, Bd. II, S. 6.

Die hier erwähnte soziale Bedeutung des Stopps wurde dann beispielsweise zur Kritik an tarifpolitischen Bestimmungen herangezogen: In einigen Tarifvereinbarungen oder – ordnungen waren die Arbeitsbedingungen zum Teil durch außertarifliche Regelungen, z. B. das Beamtenrecht, bestimmt. Das bedeutete eine Zersplitterung des Tarifgefüges in dem betroffenen Wirtschaftszweig. Der Präsident des Zentralamtes für Arbeit lehnte dies ab:

„Der Lohnstop soll nicht nur unregelmäßige Verbesserungen, sondern auch Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verhindern. [...] Die Änderungen sind [...] deswegen unerwünscht, weil sie einerseits unterschiedliche Bedingungen innerhalb der britischen Zone schaffen würden und andererseits Verschlechterungen enthalten könnten, die unter den heutigen Umständen sozial nicht vertretbar erscheinen.“<sup>131</sup>

Zum anderen sollte eine offene Inflation vermieden werden.<sup>132</sup> Ferner war entschieden worden, etwaige Preiserhöhungen so zu beschränken, dass eine Auswirkung auf die Lebenshaltungskosten, die eine Angleichung des Lohnniveaus erfordern würde, vermieden werde.<sup>133</sup> So äußerte man sich in Kiel entsprechend:

„Die Preisbehörde hat [...] den Standpunkt vertreten, daß im Interesse derjenigen Kreise, die die Hauptleidtragenden der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation sind, nämlich die Gehalts- und Lohnempfänger, wegen des bestehenden Lohnstopps in erster Linie zu schützen sind [sic!]. Wenn Preissteigerungen von mehreren 100% von behördlicher Seite geduldet werden, muß damit gerechnet werden, daß dann von seiten der Gehalts- und Lohnempfänger entsprechende Lohnerhöhungen verlangt werden.“<sup>134</sup>

Die Schleswig-Holsteinische Preisbehörde brachte die Notwendigkeit des Preisstopps auf den Punkt:

„Der Preisstop [...] bildet in Verbindung mit dem Lohnstop trotz aller Durchbrechungen immer noch für den ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung das wirtschaftliche Grundgesetz, das ihm überhaupt noch eine bescheidene Teilnahme am Wirtschaftsleben gestattet.“<sup>135</sup>

Des Weiteren kommt in den Überlegungen, die zur Beibehaltung des Preisstopps geführt haben, der zu der Zeit auf westalliierten Seite noch bestehende Glaube an die Möglichkeit einer ganz Deutschland betreffenden Wirtschaftspolitik der Siegermächte zum Ausdruck. Das

---

<sup>130</sup> Knolle, *Wieder Lohnverhandlungen?*, S. 321.

<sup>131</sup> Der Präsident des Zentralamtes für Arbeit am 17.05.1947, in: *Arbeitsblatt für die britische Zone* Nr. 6 (1947), S. 193 f.

<sup>132</sup> Vogel, *Westdeutschland 1945-1950*, Bd. II, S. 53, Anm. 1; Haussleiter, *Gedanken zur preispolitischen Lage*, S. 5.

<sup>133</sup> Haussleiter, *Gedanken zur preispolitischen Lage*, S. 6, *Mitteilungen der IHK zu Kiel* 1 (1946), S.4.

<sup>134</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

<sup>135</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle an die Staatsanwaltschaft in Itzehoe vom 18.06.47.

Potsdamer Abkommen sah die Aufstellung gemeinsamer Richtlinien zur Preis- und Lohnpolitik vor. Dazu äußerte sich die britische Militärregierung: „Während der Dauer der Besetzung wird Deutschland als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet behandelt werden. Zu diesem Zwecke wird ein gemeinschaftliches Verfahren in Fragen, die sich auf Löhne, Preise und Zuteilungen lebenswichtiger Verbrauchsmittel beziehen, eingeführt werden.“<sup>136</sup> Nach Übergabe der nach dem Potsdamer Abkommen angestrebten wirtschaftlichen Zentralverwaltung in deutsche Hände sollte dieser ein deutsches Preiskontrollamt zugeordnet werden. Der am 27.09.1945 vom Wirtschaftsdirektorium des Kontrollrates eingesetzte Unterausschuss für Preiskontrolle sollte bis dahin u. a. für ganz Deutschland geltende Preise für bestimmte Güter festsetzen. Nur die Preise von wenigen grundlegenden Warengruppen wurden weiterhin vom Alliierten Kontrollrat bestimmt (s. o.). Dieser setzte noch im Sommer 1946 beispielsweise Preise für Stickstoff oder Getreide fest. In den Richtlinien des Unterausschusses wurde festgelegt, dass eine von den vier Alliierten gemeinsam betriebene Preispolitik unter ihrer Kontrolle von den deutschen Verwaltungsstellen ausgeübt werden sollte.<sup>137</sup> Zum Erreichen dieser grob skizzierten Ziele, d. h. eines Wirtschaftsaufschwungs unter einheitlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, war es daher notwendig, ein einheitliches Preisniveau in Deutschland zu schaffen. Unterschiedliche Level der Preisgefüge würden eine Verschiebung des Güterstromes in Regionen, in denen höhere Preise zu erzielen wären, zur Folge haben.<sup>138</sup> Mit dem Scheitern der Errichtung von zentralen Verwaltungsinstitutionen im Reich wurde auch der Gedanke einer zentralen Preisstelle obsolet. Die Preisbildung und -kontrolle wurde weiterhin, wie oben beschrieben, zunächst von den einzelnen Militärregierungen und den zuständigen deutschen Stellen ausgeführt, mit der Vereinigung der Wirtschaftsgebiete dann gemeinsam betrieben. Erst mit dem „Leitsatzgesetz“ vom 24.06.1948 wurden ca. 90% aller Preisvorschriften aufgehoben.<sup>139</sup>

---

<sup>136</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Direktive Nr. 14 der britischen Militärregierung, § 1.

<sup>137</sup> Haussleiter, Gedanken zur preispolitischen Lage, S. 5 f.

<sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Zur Aufhebung des Preistopps vgl. z. B. Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung, S. 29; Düwell, S. 240; Trabant, Der wirtschaftliche Wiederaufbau und seine Westorientierung, S. 142; Abelshauer, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, S. 52 f.

Zu den Gründen, die zu einer Beibehaltung des Lohn- und Preisstopps zwangen, bzw. zu den Schwierigkeiten, die sich daraus für die Wirtschaft ergaben, vgl. z. B. Haussleiter, Gedanken zur preispolitischen Lage, S. 4-6; o. Verf., Preispolitik und Währung, S. 478-480; Schmidt, Grundprobleme der Preispolitik, S. 113-115; Marx, Die Sorge um den gerechten Lohn, S. 173-177.; *Die Welt* vom 06.07.1948: „Die neue Preisanordnung“; Trittel, Von der „Verwaltung des Mangels“, S. 144-146.

#### 4. 5 Wichtige Prinzipien britischer Besatzungspolitik in der offiziellen Lohn- und Preispolitik

In den Anordnungen der Briten zur Lohnkontrolle werden typische Elemente der britischen Besatzungspolitik deutlich. Zum einen ist das Prinzip des „indirect rule“ zu erkennen, das die nötigen Verwaltungsaufgaben im Wesentlichen den deutschen Behörden überließ und die Funktion der britischen Instanzen auf Kontrollaufgaben reduzierte.<sup>140</sup> Das ist sehr gut an der Übertragung der höchsten Lohnautorität an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes zu erkennen, der, wie gesehen, dennoch ständig der britischen Oberaufsicht unterstand. Auch die Schaffung des ZfA und des ZAW zeigen das Bestreben der Briten, sich unter britischer Oberaufsicht deutsche Institutionen nutzbar zu machen bzw. diese zu übernehmen. Diese Vorgehensweise der Briten und die Beibehaltung der bestehenden Einrichtungen zur Lohn- und Preiskontrolle führten dazu, dass die Kontinuität in der Lohn- und Preisverwaltung von ihrer Entstehung unter den Nationalsozialisten bis zu ihrer Auflösung nach der Währungsreform gewahrt blieb. Damit ist aber gleichzeitig auch in diesem Bereich die These von der „Stunde Null“ im Frühjahr 1945 widerlegt, selbst wenn diese Organisationen ihre Existenz nicht in die Bundesrepublik hineinretten konnten.<sup>141</sup>

Zum anderen tritt das Demokratisierungsprinzip der Alliierten bzw. die Idee der „re-education“ der Briten im Beispiel der beratenden Lohnausschüsse zum Vorschein, in denen Repräsentanten der Arbeitgeber und –nehmer zusammen vertreten waren.<sup>142</sup> Die Aufhebung der Gewaltenteilung im Dritten Reich hatte sich nämlich auch auf die Aufgabenbereiche der Präsidenten der Arbeitsämter ausgewirkt. So oblagen dem Präsidenten neben den reinen Verwaltungsaufgaben auch der Erlass von Verordnungen und Anordnungen, autoritative Gesetzesauslegungen und Rechtsauskünfte, die Verhängung von Ordnungsstrafen und die Bestimmung der Lohnpolitik. Mit diesem Prinzip sollte durch die Einrichtung der Lohnausschüsse als demokratischer Körperschaft gebrochen werden:

---

<sup>140</sup> Vgl. dazu z. B. Schneider, Nach dem Sieg: Besatzungspolitik und Militärregierung 1945, S. 47-64; Menne-Haritz, Wirtschaftsverwaltung in der Nachkriegszeit, S. 246 f.

<sup>141</sup> Vgl. zu dem weiten Thema der Kontinuität nach der Kapitulation z. B. Whiting: Norddeutschland Stunde Null; Salewski: 1945-1995. Zum historisch-politischen Selbstverständnis der Deutschen, S. 9; Jürgensen: Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg; Grieser: Kontinuität des Reiches oder neue Ideen?; Godan - Schüttke: Ich habe nur dem Recht gedient.

<sup>142</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1947), S. 2.

Zum Begriff der „re-education“ vgl. z. B. Jürgensen, Elemente britischer Deutschlandpolitik, S. 103-127; Ders., Die britische Besatzungspolitik 1945-1949, S. 15-29; Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung, S. 363-379. Im Wesentlichen beinhaltet dieser Begriff die Erziehung der Deutschen zur Annahme demokratischer Ideen und gesellschaftlicher Verantwortung.

„Der Präsident soll sich als Instrument des beratenden Lohnausschusses betrachten, d. h., wie in einem demokratischen Staate der Verwaltungsbeamte das Instrument ist, dessen sich die Regierung zur Durchführung ihrer Politik bedient, so soll der Präsident den Lohnausschuss als lohnpolitische Autorität anerkennen. Die Militärregierung geht so weit, daß sie den Präsidenten verpflichtet, in den Fällen, in denen er glaubt, einem Rat des Lohnausschusses nicht folgen zu können, unter Darlegung seiner Gründe der Militärregierung Mitteilung zu machen.“<sup>143</sup>

Die Funktion der beratenden Lohnausschüsse kann am Beispiel des ZfA demonstriert werden, dem auf Anordnung der Militärregierung auch ein solcher Ausschuss zugeordnet worden war. Er hatte Tarifverträge begutachtet und geprüft, die Auffassungen der Landesarbeitsämter bei Fragen, die über die Landesgrenzen hinausreichten, koordiniert, die Militärregierung in Lohnfragen beraten und die Tarifparteien bei ihren Lohnverhandlungen als sachverständiges Gremium unterstützt. Des Weiteren hatte er u. a. Vorbereitungsarbeiten für die Zusammenfassung von Lohnstoppvorschriften und für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei der britischen Militärregierung beschäftigten deutschen Arbeitnehmer geleistet. Das Beispiel der Lohnausschüsse zeigt also, dass die für die Lohnpolitik verantwortlichen Stellen durch demokratische Institutionen ersetzt werden sollten.<sup>144</sup>

Von der nationalsozialistischen, zentralistischen Praxis, Löhne einseitig durch Tarifordnungen festzusetzen, wurde nach und nach abgewichen. Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sollte nach Möglichkeit Vorrang gegeben werden, Tarifordnungen wurden im Mai 1948 nur noch in Ausnahmefällen akzeptiert.<sup>145</sup> Die diesbezügliche Haltung der Briten gab der Präsident des Zentralamtes für Arbeit wieder:

„Die Militärregierung würde es im Interesse des Gewerkschaftslebens versichern (sic!), wenn solche Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeber und der Gewerkschaft und nach Möglichkeit nicht zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat abgeschlossen würden. [...] Nach Auffassung der Militärregierung ist eine Vereinbarung mit einer Gewerkschaft die beste Sicherung des Arbeitnehmers gegen willkürliche Änderungen der Lohn- und Gehaltssätze durch den Arbeitgeber.“<sup>146</sup>

Diese Vorgehensweise ist also in den Kontext der gewünschten Erziehung zur Demokratie zu stellen. In der Preisverwaltung sollte ebenfalls nach Möglichkeit das Prinzip der Dezentralisation ehemals nationalsozialistischer Strukturen durchgeführt werden.<sup>147</sup>

---

<sup>143</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946.

<sup>144</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1947), S. 2.

<sup>145</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Der Präsident des Zentralamtes für Arbeit an den Präsidenten des Landsarbeitsamtes Schleswig-Holstein am 20.05.1948 in Erläuterungen zur Direktive Nr. 14 und am 27.05.1948 in Erläuterungen zur Direktive Nr. 40, § 3.

<sup>146</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Der Präsident des Zentralamtes für Arbeit an den Präsidenten des Landsarbeitsamtes Schleswig-Holstein am 20.05.1948 in Erläuterungen zur Direktive Nr. 14.

<sup>147</sup> VAW, Die Preisprüfung, S. 12.

Auch der Text der Direktive Nr. 14 lässt den Willen der Briten erkennen, demokratisches Gedankengut in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft zu verankern und evtl. bestehendes Unrecht zu beseitigen. Der Paragraph 3 sieht u. a. vor, dass bei der Anwendung der Lohnsätze kein Unterschied aus rassistischen oder religiösen Gründen oder auf Grund politischer Gesinnung oder Zugehörigkeit zu einer politischen Partei gemacht werden darf.

Es zeigt sich also zusammenfassend, dass auch in den hier behandelten Bereichen deutscher Wirtschaftspolitik und den damit verknüpften Interessen der Briten die typischen Elemente alliierter bzw., britischer Besatzungspolitik auftauchen, die unter den Begriffen „indirect rule“, „re-education“, „Demokratisierung“ und „Dezentralisation“ bekannt wurden. Diese beeinflussten neben rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht unwesentlich die Struktur der Lohn- und Preisverwaltung.



## 5 Die Arbeit der Lohn- und Preisbehörden

Im vorhergehenden Kapitel war festgestellt worden, dass ein Großteil der Preise für Grundbedürfnisse von den Landesbehörden nicht festgesetzt werden konnte und die britische Besatzungsmacht für die Lohnentwicklung in ihrer Zone die Verantwortung trug. Damit ist zunächst klar, dass der rechtliche Rahmen die Gestaltungsspielräume der Landesbehörden in der Lohn- und Preispolitik stark einengte. Zu fragen bleibt aber dennoch, wie die rechtlichen Vorgaben in Schleswig-Holstein in der Praxis umgesetzt wurden und ob sich hier Möglichkeiten boten, die Löhne und Lebenshaltungskosten aktiv mit zu gestalten.

### 5.1 Die Arbeit der schleswig-holsteinischen Preisbehörden

Schon gleich nach der Teilkapitulation in Norddeutschland kündigte die Schleswiger Preisstelle an, wie sie in Zukunft in der Preisbildungs- und überwachung verfahren wolle: „[...] daß die Preisüberwachung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schärfstens durchzuführen ist. Preisverstöße sind mit hohen Ordnungsstrafen zu ahnden.“<sup>148</sup> An anderen Stellen hieß es, dass die Preisüberwachung „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auch weiterhin durchzuführen“ oder der Preisstopp „unter allen Umständen einzuhalten [...] und [...] rücksichtslos und mit den schärfsten Mitteln einzuschreiten ist, nötigenfalls durch Anzeige an das Militärgericht.“<sup>149</sup> Im August 1946 beschlossen die Preisbildungsstellen der amerikanischen und britischen Besatzungsgebiete, dass „prinzipiell [...] keine Preiserhöhungen mehr zugelassen werden, vielmehr sollen Maßnahmen ergriffen werden, um auf verschiedenen Gebieten Preissenkungen herbeizuführen.“<sup>150</sup>

Dass es sich hierbei um bloße Willenserklärungen handelte, die mit der Realität wenig gemein hatten, machte das „Norddeutsche Echo“ im Juli deutlich: „Die Preisbehörde kämpft einen Kampf gegen eine Ueber-Hydra. Schlägt sie dem Preiswucher zehn Köpfe ab, dann wachsen auf der Stelle hundert nach.“<sup>151</sup> An gleicher Stelle forderte die Zeitung auf dramatisierende Weise die Bevölkerung zur Mithilfe in der Preisüberwachung auf: „Wir aber wollen die Preisbehörde in ihrem schweren Kampfe nach besten Kräften unterstützen. Denn es geht um unsere Existenz. Wenn die Preisüberwachung zusammenbricht, dann bedeutet das den Hungertod eines großen Teils der Bevölkerung.“ Die Gewerkschaften unterstützten im

---

<sup>148</sup> StAK 34707: Schreiben der Kieler Preisbehörde vom 07.05.1945 in einer Abschrift des Kieler Polizeipräsidenten. Zitiert wird eine fernmündliche Anweisung der Schleswiger Preisstelle.

<sup>149</sup> StAK 34707: Schreiben der Preisüberwachungsstelle Schleswig an die Preisbehörden in Kiel und Eckernförde vom 15.05.1945, Schreiben der Preisüberwachungsstelle Schleswig an alle Preisbehörden des Regierungsbezirkes vom 07.06.1945. In ähnlichem Tenor auch für die Kieler Stelle in einem Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947 (StAK 34072).

<sup>150</sup> *Kieler Nachrichten* vom 17.08.1946: „Keine Preiserhöhungen“.

September 1946 als Konsequenz die Schaffung von Preisüberwachungsausschüssen, wie es vom ZAW angeordnet worden war.<sup>152</sup>

Auch den Briten erschien im Herbst 1946 die Arbeit der Preisbehörden als nicht effektiv genug:

„Die englische Militärregierung hat wegen mangelnder Ausübung der Preisüberwacher-Tätigkeit Vorstellungen erhoben. [...] Es wird darum gebeten, daß die Preisüberwacher eine stärkere Tätigkeit entwickeln. Es ist ferner erforderlich, daß bei den vorgelegten Anzeigen auch Strafen verhängt werden, die geeignet sind, eine tatsächlich abschreckende Wirkung zu erzielen.“<sup>153</sup>

Anscheinend führte diese Kritik zu einer Verschärfung der Preisüberwachung in Schleswig-Holstein, wie es die Häufung entsprechender Quellen seit dem Einschreiten der Briten nahelegt. So beschrieb z. B. im November 1947 die IHK zu Kiel Unterschiede in der Handhabung der Preisvorschriften zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg:

„Eine [...] Diskrepanz besteht in der verschiedenartigen Praxis der Preisbildungsstellen in Schleswig-Holstein und Hamburg. Amtliche Feststellungen haben ergeben, daß das Preisniveau für eine Reihe von Waren in Hamburg erheblich höher ist als in Schleswig-Holstein, daß die Preisüberwachung dort erheblich großzügiger gehandhabt wird und daß die Bestrafung wegen Preisverstöße (sic!) ganz bedeutend milder ausfallen, während unsere Preisbildungsstelle sich eng an die Anweisungen des Verwaltungsamtes für Wirtschaft hält. Die Folge ist, daß die Ware nach Hamburg abfließt [...], während Verbraucherschaft und Handel in Schleswig-Holstein benachteiligt werden.“<sup>154</sup>

---

<sup>151</sup> *Norddeutsches Echo* vom 13.07.1946: „Aus der Arbeit unserer Preisbehörde“.

<sup>152</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 22.09.1946: „Gibt es einen Ausweg aus der Not?“.

Am 07.08.1946 hatte das ZAW den Wunsch von Preisbehörden, politischen Parteien und Gewerkschaften zur Bildung von Verbraucher-Ausschüssen zur Preisüberwachung gutgeheißen. Das Amt regte daraufhin die Bildung derartiger Stellen an, die sich aus Vertretern der Gewerkschaften, politischen Parteien, Einzelhandelsverbänden, Beamten der Preisbehörden, Hilfsorganisationen etc. zusammensetzen sollten und Verstöße jeglicher Art, v. a. im Einzelhandel, gegen die Preisvorschriften aufdecken und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen unterbreiten sollten. Die Ahndung derartiger Verstöße sollte aber den bisherigen Preisbehörden vorbehalten bleiben. (Rundschreiben Nr. 54 vom 07.08.1946 und Rundschreiben Nr. 54 vom 03.10.1946 des ZAW, in: Nachrichten der Preisverwaltung Nr. 1 (1947), S. 15-16.). In Kiel beispielsweise setzte sich der Ausschuß nach seiner Gründung Anfang 1947 aus je einem Vertreter des ADGB, der Arbeiterwohlfahrt, des Einzelhandelsverbandes, der Kreishandwerkerschaft und des Hausfrauenvereins zusammen (StAK 34697: Niederschrift über die am 17.01.1947 stattgefundene erste Sitzung des Ausschusses für Preisüberwachung vom 26.01.1947. Vgl. ferner StAK 34072: Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses für Ordnungsangelegenheiten vom 23.12.1946.) Einen guten Eindruck über die Arbeitsfelder der Preisausschüsse vermitteln die Sitzungsprotokolle der Flensburger Kommission (StAFI II B 15 Bd.1).

<sup>153</sup> StAK 34685: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Preisbehörden Schleswig-Holsteins vom 18.09.1946. Angesichts der noch zu beschreibenden Probleme der Preisbehörden bei der Durchführung ihrer Aufgaben und der ebenfalls noch zu erklärenden Ursachen für die Verletzung der Preisordnungen ist dieses Verlangen allerdings als realitätsfern zu bezeichnen, denn die Preisbehörden hatten kaum eine Chance, Missstände nachhaltig bekämpfen zu können.

<sup>154</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel Nr. 11 (1947), S. 2. Zu den Unterschieden der Situationen in Hamburg und im nördlichen Nachbarland vgl. ferner die folgenden Aktenstücke, in denen die Preispolitik der Behörden in Schleswig durchgängig als zu restriktiv kritisiert wird: LAS, Abt. 691, Nr. 25740: Schreiben des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 31.03.1948, Schreiben Rechtsanwalts Kappesser an die Preisüberwachungsstelle in Schleswig vom 10.04.1948, S. 1, 5; LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an das Wirtschaftsministerium vom 12.11.1947, Schreiben des Wirtschaftsministeriums an die

Der Vorwurf der zu lockeren bzw. zu harten Auslegung der Richtlinien wurde von den Hamburger und schleswig-holsteinischen Stellen aber stets bestritten.<sup>155</sup> Auf Grund der Vielzahl der Vorwürfe, die aus den unterschiedlichsten Gewerbebezweigen stammen und die fast die gesamte Besatzungszeit hindurch erhoben wurden, erscheint die Tatsache einer restriktiven und unflexiblen Preispolitik der Schleswiger Behörde aber als offenkundig.

Mit dieser divergierenden Entwicklung war aber genau die Situation eingetreten, die mit einer einheitlichen Preispolitik vermieden werden sollte. Offensichtlich konnte selbst die Schaffung des ZAW die gewünschte Einheitlichkeit der Preispolitik nicht gewährleisten. Die daraus für Schleswig-Holstein resultierenden Probleme beschrieb das Kieler Ordnungsamt im Dezember 1947: „Auf der anderen Seite darf aber nicht verkannt werden, daß, wenn die Preisbehörde sich an ihre gesetzlichen Vorschriften hält und die Preissteigerung mit allen Mitteln bekämpft, die Einkäufer die beschafften Waren nicht in Kiel, sondern in Hamburg absetzen.“<sup>156</sup> Die Nähe Hamburgs und die wirtschaftliche Lage wurde von der Kieler Preisbehörde in ihrer Forderung nach Legalisierung von Kompensationsgeschäften wie folgt kommentiert: „Ohne Initiative Kieler Geschäftsleute wirkt Hamburg wie ein Netz, in das sich die von außerhalb kommenden Waren verfangen.“<sup>157</sup>

Somit trug die harte schleswig-holsteinische Preispolitik nicht zu einer Verbesserung der Versorgungslage im Lande bei. Ob diese sich durch die von den Preisbehörden getroffenen Entscheidungen sogar verschlechterte, ist nicht messbar, aufgrund der eben zitierten Urteile aber dennoch wahrscheinlich. Verhinderte sie zwar trotz zahlreicher Rückschläge zu große Preissteigerungen und versuchte dadurch den Verbraucher zu schützen, so schadete sie dem Einzelhandel und kehrte sich durch ihre wirtschaftlichen Folgen doch wieder gegen den Verbraucher. Die Bewertung der Arbeit der Preisbehörden ergibt demnach ein ambivalentes Bild.

---

Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 01.11.1947, Schreiben des Amtes für Wirtschaft an die Firma Piehl & Fehling in Lübeck vom 28.11.1947, Schreiben der Firma F. C. Andersen aus Flensburg an den Regierungspräsidenten Schleswig-Holsteins vom 05.11.1946, Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Preisbildungsstelle Hamburg vom 29.10.1946; StAK 34697: Stellungnahme der Preisbehörde vom 09.05.1947; Mitteilungen der IHK zu Kiel Nr. 6 (1947), S. 4; StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947. Vorwürfe wegen einer zu harten Preispolitik wurden auch speziell gegen die Kieler Überwachungsbehörden laut: StAK 34697: Niederschrift über die am 15.04.1947 stattgefundene 2. Tagung des Ausschusses für Preisüberwachung vom 26.04.1947, Stellungnahme der Preisbehörde vom 09.05.1947.

<sup>155</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 25740: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Redaktion der „Lübecker Nachrichten“ vom 08.04.1948; LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Schreiben des Amtes für Wirtschaft an die Firma Piehl & Fehling in Lübeck vom 28.11.1947, Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an das Wirtschaftsministerium vom 12.11.1947.

<sup>156</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

<sup>157</sup> StAK 34697: Stellungnahme der Preisbehörde vom 09.05.1947.

In den Geschäften wurden aber trotz des Preisstopps häufig zu hohe Preise verlangt. Die wirtschaftlichen Gründe werden weiter unten beschrieben. Hier sollen zunächst die organisatorischen Probleme geschildert werden, die Preiserhöhungen förderten. Für die Aushöhlung der Preismoral wurden das „lange Ruhen der Preisüberwachung“ und der Abzug von Polizeibeamten aus der Preisüberwachung infolge einer Umorganisation der Polizei verantwortlich gemacht. Dadurch sei eine Neuorganisation der Preisüberwachung notwendig geworden, die dann durch unerfahrene Preisüberwacher ausgeübt werden musste. Doch wurde bemerkt, dass diese Schwierigkeiten überwunden wurden.<sup>158</sup> Die gleichen Probleme veranlassten das VAW im August dazu, eine „Sammlung von Merkblättern, Richtlinien und Referaten für die Schulung der in der Preisüberwachung eingesetzten Prüfer“ herauszugeben.<sup>159</sup> Offensichtlich behinderten in der gesamten britischen Zone organisatorische Mängel die Preiskontrolle. So wurde in Kiel beklagt, dass nur drei Beamte und eine Kanzlistin in der Behörde zur Bearbeitung der anfallenden Arbeiten eingeteilt waren. Von den Beamten waren zwei noch in anderen Bereichen der Verwaltung tätig. Für den Außendienst standen acht Beamte und Angestellte zur Verfügung. Zur Durchführung einer vollkommenen Preisüberwachung wäre das Doppelte an Personal notwendig gewesen.<sup>160</sup> In Lübeck waren seit 1945 insgesamt nur 7 Beamte im Außendienst der Preisüberwachung tätig.<sup>161</sup> Hinzu kam, dass die Preisbehörden erst ab 1. Juli 1946 wieder Ordnungsstrafen festsetzen durften, bis dahin konnten Preisvergehen nur von den Gerichten geahndet werden. Lediglich Preisüberschreitungen größeren Umfangs wurden aber von ihnen bearbeitet. Entsprechend beklagte die Preisstelle in Schleswig diese Situation:

„Die Durchsetzung der Preisvorschriften außerhalb des Schwarzen Marktes leidet unter dem ausgesprochenen Verbot, in Schleswig-Holstein Ordnungsstrafen zu verhängen, da nur durch Preisordnungsstrafen eine schnelle zweckentsprechende Verfolgung von Preisverstößen außerhalb des Schwarzen Marktes möglich ist. Ein Antrag auf Wiederherstellung des Preisordnungsstrafrechts läuft bei der Militärregierung. Um die zunehmend bedrohte Preismoral aufrecht zu erhalten und dem immer stärker werdenden Druck gegen das amtliche Preisniveau trotz des Verbotes der Preisordnungsstrafen im Rahmen des Möglichen noch zu begegnen, werden besonders krasse Preisverstöße aus allen Teilen der Provinz auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten den Strafgerichten zur Schnellaburteilung übergeben, soweit sie sich zur Aburteilung vor Gericht eignen, d. h. soweit nicht komplizierte Preisvorschriften, verwickelte Tatbestände, umfangreiche Beweisaufnahmen, eingehende Sachverständigengutachten und schwierige Bilanz- und Kalkulationsverhältnisse in Frage kommen. Es ist beabsichtigt, geeignete Verurteilungen der Tagespresse Schleswig-Holsteins zur möglichst gleichzeitigen Bekanntgabe zwecks Abschreckung mitzuteilen. Im Zuge des Neuaufbaus des Amts für

---

<sup>158</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel Nr. 5 (1947), S. 2.

<sup>159</sup> VAW, Die Preisprüfung.

<sup>160</sup> StAK 34697: Niederschrift über die am 15.04.1947 stattgefundene 2. Tagung des Ausschusses für Preisüberwachung vom 26.04.1947.

<sup>161</sup> *Lübecker Nachrichten* vom 24.06.1948:

Wirtschaft und Verkehr ist der Ausgestaltung der Abteilung für Preisbildung und Preisüberwachung besondere Aufmerksamkeit und Erweiterung des Personalbestandes zugesagt.“<sup>162</sup>

Die eingeschränkte Funktionsfähigkeit der deutschen Justiz nach Kriegsende trug somit neben den Personalproblemen der Preisbehörden ihren Teil dazu bei, dass viele Preisvergehen unbestraft bleiben mussten.<sup>163</sup> Der Preiswucher konnte in der frühen Nachkriegszeit nie vollkommen bekämpft werden.

## **5. 2 Die Arbeit der schleswig-holsteinischen Lohnbehörden**

Die Möglichkeiten der Lohngestaltung innerhalb des engen durch die Direktive Nr. 14 gesteckten Rahmens wurden 1947 wie folgt beurteilt:

„Überprüfen wir zusammenfassend die Möglichkeiten, die den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf dem Gebiete der Lohnverhandlungen gegeben sind, so wird man sicherlich schmerzlich vermissen, daß noch keine volle Gestaltungs- und Abschlußfreiheit besteht; man wird aber immerhin anerkennen können, daß es heute schon möglich ist, manche Unstimmigkeit und manche Fehler in dem bestehenden Lohngefüge auszumerzen und manchem Arbeitnehmer, der heute noch unzureichende Verdienste nach Hause bringt, eine kleine Hilfe zuteil werden zu lassen.“<sup>164</sup>

Dass diese Möglichkeiten der Lohnerhöhungen sich aber auf lediglich zwei Begründungen stützen konnten, wurde auf einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946, an der leitende Beamte der Arbeitsbehörden in der Britischen Zone teilnahmen, deutlich gemacht, als über Forderungen von Lohnausschüssen nach Lohnerhöhungen referiert wurde:

„Vor einer Begründung möchte ich warnen: nämlich Lohnsteigerung wegen Steigerung der Lebenshaltungskosten. Was besagt diese Begründung in Wirklichkeit? Da die Lebenshaltungskosten für alle gestiegen sind, besagt sie, daß alle Löhne, Gehälter einschl. Renten und Pensionen erhöht werden müssten. Seien Sie also mit dieser Begründung vorsichtig. Mit ihr kann man zu einer Inflation, aber nicht zu einer Verbesserung der Lohnordnung kommen. Es gibt zwei gültige und gute Begründungen für Lohnerhöhungen. Das eine ist der Hinweis, daß in einem bestimmten Industriezweig die Löhne unrichtig festgesetzt sind infolge einer Fehlentwicklung und dergleichen. Diese Begründung ist mit gutem Erfolg bei dem Antrag auf Lohnerhöhungen der Bergleute angewendet worden. Man hat nachgewiesen, daß der Hauer früher zu den bestbezahlten Fachkräften gehört hat, während er unter der Lohndiktatur der 12 Jahre im Lohnaufbau gesunken ist. Hinzu kam als zweiter Grund, daß der Bergbau im Rahmen der heutigen Wirtschaft ein außerordentlich großes Gewicht hat und attraktiv werden muß. Damit ist bereits die zweite Begründung genannt: Anpassung der Lohnordnung an die neuen Verhältnisse. Es ist nicht möglich, mit dem für die Kriegswirtschaft gebildeten Aufbau des Lohngefüges in die Friedenswirtschaft hineinzugehen. An vielen Stellen muß

---

<sup>162</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung vom 19.03.1946.

<sup>163</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel Nr. 5 (1947), S. 2.

<sup>164</sup> Knolle, Wieder Lohnverhandlungen?, S. 323.

auf die veränderten Produktionsbedingungen, auf die Änderung der Lebensverhältnisse, insbesondere der Wohnungsverhältnisse, die z. T. weite Anmarschwege, Trennung von der Familie usw. bedingen, Rücksicht genommen werden. Gerade bei diesem Punkt ist zu beachten, daß die Aufgabe außerordentlich schwer ist, denn wer Lohnpolitik macht, muß eine klare Vorstellung von dem bestehenden Lohnaufbau haben. Er muß darüber hinaus sich bewußt sein, daß Lohnerhöhungen zu Gunsten des einen Gewerbes nur auf Kosten der anderen Gewerbebranche möglich sind. Was man dem einen gibt, muß man dem anderen irgendwie nehmen. Beachten Sie auch immer, welche Folgen die eine Lohnkorrektur zu Gunsten eines Gewerbebranches für andere Gewerbebranchen hat. Wenn Sie dem Zweig A eine Lohnerhöhung gewähren wollen, achten Sie sorgfältig darauf, ob die Begründung nicht auch eine Lohnerhöhung für die Zweige B, C oder D rechtfertigt.“<sup>165</sup>

Unter diesen Voraussetzungen ist es nicht zu verwundern, dass manche Arbeitgeber versuchten, die Bestimmungen des Lohnstopps zu umgehen. Zu den Verstößen gegen die Lohnkontrollbestimmungen zählten z. B. die Verlängerung der Akkordzeit bei gleichzeitigem Beibehalten der Produktionsverhältnisse „mit Rücksicht auf die durch schlechte Ernährung bedingte Herabsetzung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters“.<sup>166</sup> Das würde eine Lohnerhöhung bedeuten, obwohl dem keine gesteigerte Leistung des Arbeiters gegenüberstehen würde. Als weiteres Beispiel wird der Fall angegeben, dass ein Arbeitgeber zwar den Stopplohn zahlt, dem Arbeiter jedoch erlaubt, in seinem Betrieb die erzeugten Produkte zu kaufen. Die Arbeiter würden daher „eine überschüssige Kaufkraft erlangen“, d. h. sie würden den Erzeugerpreis, nicht den Einzelhandelspreis zahlen. Sind damit indirekte Lohnerhöhungen aufgezählt, so fielen natürlich auch ungerechtfertigte Senkungen des Entgeltes in den Bereich verbotener Lohnänderungen. So erwies sich beispielsweise die Lohnkontrolle der Heimarbeit als schwierig, da es keine offiziellen Unterlagen der Lohnbüros gab und in der Heimarbeit die Neigung zur Schwarzarbeit bestand. Die Unternehmer waren daran interessiert, ihre Entlohnungssätze nicht bekanntzugeben, und die Heimarbeiter waren selbst nicht in der Lage, sich zu schützen. Sie hatten meistens auch keine Neigung, sich zu organisieren, zumal viele nicht wünschten, dass ihre Tätigkeit als Heimarbeiter bekannt werde. Ein weiteres Problem waren die häufig auftretenden Stücklöhne, wobei starke Differenzierungen und Spezifizierungen gegeben waren. Also waren Fachleute bei der Lohnkontrolle nötig, die nicht nur mit Lohnsätzen, sondern auch mit den Produktionsabläufen vertraut waren.<sup>167</sup> Offensichtlich wurden Heimarbeiter also häufig unzureichend entlohnt.

Aufschlussreich ist wiederum das Protokoll der Lemgoer Tagung. Daraus sei im folgenden ein kurzer Auszug wiedergegeben:

---

<sup>165</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946. Mit diesen Begründungen sind genau die Ausnahmen vom Lohnstopp gemäß Direktive Nr. 14, § 3c und ihrer Ergänzung, Abschnitt (f) wiedergegeben (LAS, Abt. 580, Nr. 461). Vgl. dazu auch Kap. 4. 3. 2.

<sup>166</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden Herschel, Rechtsfragen des Lohnstopps, S. 272.

<sup>167</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Referat von Reg. Rat Frl. Reichelt zum Thema Heimarbeit im Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946.

„OReg. Rat Dr. Mohrmann (Abteilung für Bergbau des Landesarbeitsamtes Westfalen):

„Sehr viele Betriebe haben die Kriegslöhne aufgegeben und neue Löhne festgesetzt. Sie greifen dabei auf die Löhne von 1939 zurück. [...] Eine Frage: Ein Betrieb stellt sich von der Kriegsproduktion auf Friedensproduktion um. Bisher hat er im Durchschnitt 1,40 RM Stundenlohn bezahlt. Die vergleichbaren Betriebe, die Friedensgüter produzieren, bezahlen 1,10 RM Stundenlohn. Welche Löhne muß dieser Betrieb [...] festsetzen?“

OReg. Rat Dr. Knolle (Hauptamt d. Arbeitsverwaltung):

„RM 1,10 Stundenlohn.“

Präsident Wilrodt (Landesarbeitsamt Hannover):

„In der Praxis folgen die Betriebe nicht.“

Dehen (Hauptamt d. Arbeitsverwaltung):

„Die Richtlinien des Kontrollrates geben die Möglichkeit, daß der bisherige Lohn bei der Festsetzung des neuen Lohnes mit berücksichtigt wird. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer vielfach die hohen Kriegslöhne beibehalten wollen.“<sup>168</sup>

Man erkennt hier, dass Arbeitgeber und –nehmer nach Möglichkeit die Bestimmung der Direktive Nr. 14, § 3c, im Falle neuer Lohnsätze diese soweit wie möglich den bestehenden Lohnsätzen für gleichartige Arbeit anzupassen, umgehen wollten. Erstaunlich ist zunächst, dass selbst hohe Beamte nicht sicher in der Auslegung der britischen Verfügung waren. In dieses Bild passt dann auch die schon erwähnte Unklarheit, ob der Lohnstopp nach dem Mai 1945 überhaupt weiterbestanden hatte.<sup>169</sup> Verwunderlich sind diese Unsicherheiten angesichts des beschriebenen Dickichts von ca. 50 nationalsozialistischen Lohnanordnungen und den neu hinzugekommenen britischen Anweisungen nicht. Es scheint, dass neben der aufgezeigten gezielten Missachtung Verstöße gegen die Lohnordnungen auch auf das Nichtverstehen der Richtlinien, Verordnungen, Erlasse usw. zurückzuführen sind. Diese Ansicht wurde offensichtlich bereits in der Nachkriegszeit vertreten, denn auf der Lemgoer Tagung wurde der Entwurf einer neuen „einfachen, übersichtlichen“ Lohnordnung vorgestellt.<sup>170</sup> Die Versammlung kam jedoch zu keinem Ergebnis, ob der Entwurf der Militärregierung vorgelegt werden sollte.

Anhand dieser Beispiele wird ersichtlich, dass die scharfe Beobachtung des Lohngefüges durchaus sinnvoll war. Als entsprechend restriktiv ist daher die offizielle Lohnpolitik zu bewerten. So waren beispielsweise Anträge auf eine Änderung der Ortsklasseneinteilung „auf ganz wenige und besonders zu begründende Ausnahmefälle zu beschränken.“<sup>171</sup> In einem Fall wurde ein in den Betriebsrat entsandter ungelerner Arbeiter plötzlich als Werkmeister

---

<sup>168</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946.

<sup>169</sup> Vgl. Kap. 4. 3. 1.

<sup>170</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946. Der Entwurf wird in der Akte des Landesarchivs nur erwähnt, er ist dort aber nicht vorhanden.

<sup>171</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Der Präsident des ZfA an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein am 15.06.1948 zur Lohnüberwachung.

weiterbezahlt. In diesem Zusammenhang ist aber die Reaktion des Präsidenten des ZfA interessanter als die erfolgte Korrektur des für zu hoch befundenen Lohnes:

„Es ist aber auch zu prüfen, wieweit solche Erhöhung der Bezüge gegen den Lohnstopp verstößt. Die Frage ist dahin zu beantworten, daß jede – auch eine kleine - Erhöhung der Bezüge nur zulässig ist, wenn ihr eine lohnstopprechtliche Ausnahmegenehmigung vorausgeht. Diese wird grundsätzlich zu versagen sein.“<sup>172</sup>

In einem Plädoyer für eine gerechtere Verteilung der Löhne wird bemerkt, „daß die Arbeitsverwaltung [...] bei jeder Änderung der Lohn- und Gehaltssätze eingeschaltet werden muß“.<sup>173</sup> Zugespitzt wurde auch formuliert, dass bis auf kleine Ausnahmen jegliche Lohnerhöhung unterbunden wurde.<sup>174</sup> Ein weiterer Autor sieht in den Ausnahmeregelungen der Direktive ein Ende des starren Lohnstopps, erkennt aber gleichwohl die „engen, genau vorgezeichneten Grenzen“ der Lohnbildung,<sup>175</sup> welche von anderen als ein „vielfach als zu eng empfundener Rahmen“ für Tarifverhandlungen betrachtet würden.<sup>176</sup> Die Gewerkschaften der britischen Zone forderten im Sommer 1946 eine Auflockerung des Lohnstopps über die bestehenden Bestimmungen hinaus, um eine Erhöhung der Einkommen zu ermöglichen.<sup>177</sup> Das Ausbleiben von wesentlichen Lohnerhöhungen wurde auch von der Schleswiger Preisbildungs- und Überwachungsstelle kritisiert.<sup>178</sup> An anderer Stelle führte die IHK zu Kiel aus:

„Von den Gewerkschaften werden die für die Durchführung des Lohnstopps verantwortlichen Stellen immer wieder darauf hingewiesen, daß eine weitere Aufrechterhaltung des Lohnstopps nur dann vertreten werden könnte, wenn auf der anderen Seite auch die den Haushalt des Arbeiters belastenden Preise für Artikel des täglichen Bedarfs gehalten würden.“<sup>179</sup>

So waren z. B. im November 1945 Tariferhöhungen der Kieler Stadtwerke mit der Begründung abgelehnt worden, dass „der kleine Haushalt dadurch zu stark belastet wird“.<sup>180</sup> Auch der beratende Lohnausschuss beim ZfA empfahl im März 1947 eine 15%ige

---

<sup>172</sup> Der Präsident des ZfA am 23.01.1947, in: Arbeitsblatt für die britische Zone Nr. 3, 1947, S. 72. Bemängelt wurde die Bezahlung als Werkmeister. Einer prinzipiell höheren Besoldung aufgrund der Mehrarbeit im Betriebsrat stand nach Auffassung des Präsidenten allerdings nichts entgegen.

<sup>173</sup> O. Verf., Das Lohnproblem, S. 179.

<sup>174</sup> Wittlinger, Preise und Löhne, S. 7.

<sup>175</sup> O. Verf., Das Lohnproblem, S. 178.

<sup>176</sup> Knolle, Wieder Lohnverhandlungen?, S. 323.

<sup>177</sup> Entschließung der Gewerkschafts-Konferenz der britischen Zone vom 21. bis 23. August in Bielefeld, in: Grebing, Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, S. 109.

<sup>178</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 5 (1947), S. 2.

<sup>179</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1947), S. 1 f. Als Grund für Preiserhöhungen werden u. a. "generelle Preisfestsetzungen" genannt, auf die die Behörden keinen Einfluß hatten.

<sup>180</sup> StAK 34163: Dezernentenbesprechung am 14.11.1945.



Lohnerhöhung.<sup>181</sup> Erschien die Einhaltung des Lohnstopps aus wirtschaftlicher Sicht somit zwar sinnvoll,<sup>182</sup> so schadete diese Politik aber den Arbeitnehmern, was im abschließenden Vergleich von Löhnen und Lebenshaltungskosten noch weiter ausgeführt werden wird. Wie bei den Preisbehörden ist somit auch hier die Beurteilung der Arbeit der Arbeitsämter vom Standpunkt abhängig.

Tatsächlich gab es aber auch Lohnkorrekturen, allerdings nur aufgrund der genannten Ausnahmeregelungen. So wurde z. B. am 18.11.1947 unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Ergänzung der Direktive ein Tarifvertrag zur Neuregelung der Bauarbeiterlöhne zwischen dem Zentralverband des Baugewerbes und dem Zonenverband der Bauindustrie einerseits und der Industriegewerkschaft „Bau“ andererseits abgeschlossen.<sup>183</sup> Das Baugewerbe war zuvor als „Problemindustrie“ deklariert worden. Eine erkennbare Besserung der Einkommenssituation der Bauarbeiter ist aus dem erhaltenen Zahlenmaterial allerdings nicht abzulesen, um viel mehr als eine Korrektur kann es sich also nicht gehandelt haben.<sup>184</sup> Auch die Löhne von Frauen und Jugendlichen wurden jetzt z. T. an die Löhne der Männer angeglichen, sofern eine vergleichbare Arbeitsleistung vorlag.<sup>185</sup> Anscheinend brachte erst das Erscheinen der Ergänzung zur Direktive, und selbst dann nur zögerlich, Bewegung in die Tariflandschaft Schleswig-Holsteins. So beginnt die einzige Akte des Landesarbeitsamtes im Landesarchiv zu Tarifordnungen und –verträgen allgemeiner Art, die im Land die Jahre überdauert hat, erst mit dem Februar 1947.<sup>186</sup> Auch der weitere Bestand der Behörde zeugt nicht von größerer tarifpolitischer Tätigkeit, nur noch zwei Akten betreffen explizit Tarifvereinbarungen in Schleswig-Holstein, und dies auch nur in klar umrissenen Wirtschaftszweigen.<sup>187</sup> Allerdings dürfte die Tätigkeit der Gewerkschaften durch den

---

<sup>181</sup> Stempell, Gewerkschafts-, gesellschafts- und sozialpolitische Entwicklungstendenzen, S. 544.

<sup>182</sup> Vgl. Kap. 4. 4.

<sup>183</sup> O. Verf., Lohntarife für das Baugewerbe in der britischen Zone, S. 3-7.

<sup>184</sup> Vgl. Tabelle X, XI im Anhang.

<sup>185</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 457: Tarifvertrag vom 30.10.1947 zwischen der Hauptverwaltung der Eisenbahnen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes und der Industriegewerkschaft der Eisenbahner für die britische Besatzungszone und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Lohnneuregelung vom 23.02.1948 auf Zonenebene für die Holzindustrie; Tarifvereinbarung vom 31.03.1948 für Binnenschiffer, Tarifvertrag vom 30.01.1948 für die (Dach-) Ziegelindustrie auf Zonenebene, Tarifvertrag vom 25.05.1948 zwischen der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik für die britische Besatzungszone, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und den im „Arbeitsring der Arbeitgeberverbände Chemie vereinigten Arbeitgeberverbänden der chemischen Industrie des vereinten Wirtschaftsgebietes, Tarifvertrag vom 04.06.1948 der Gipsindustrie der britischen Besatzungszone.

<sup>186</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 457: „Neue Tarifordnungen und Tarifverträge seit dem 8. Mai 1945“.

<sup>187</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 490 (Tarifvertragliche Vereinbarung zwischen der Landesbrandkasse und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste und Verkehr, 1948), Nr. 492 (Tarifvereinbarungen für die Angestellten der Ortskrankenkassen, 1948-1949). Auf zentraler Ebene ist nur noch der Bestand von Nr. 491 zu erwähnen (Tarifvereinbarungen für die Arbeitnehmer bei den Privatbahnen in der Bizone).

Mit der Untersuchung der Quantität der Tarifverträge ist gleichzeitig die Frage nach den möglichen Tarifpartnern gestellt, insbesondere nach den Gewerkschaften. Deren Neuaufbau ist jedoch bis auf einige lokale bzw. gewerbespezifische Studien von der Forschung noch nicht genügend erarbeitet, um hieraus

langsamen Neuaufbau nach dem Kriege und die lange eingeschränkte Tarifautonomie wesentlich behindert worden sein.<sup>188</sup> Somit ist eine Beurteilung der Aktivität der Tarifparteien mit Hilfe des schmalen erhaltenen Bestandes im Landesarchiv nahezu unmöglich.

Einen ersten entscheidenden Schritt zur Erhöhung des Lohnniveaus bedeutete am 29.04.1948 die Kontrollratsdirektive Nr. 40, die durchschnittliche Lohn- und Gehaltserhöhungen um 15 % erlaubte und auch auf Druck durch die Gewerkschaften erlassen worden war.<sup>189</sup> Als Bezugswert wurde der jeweilige Lohn am 08.05.1945 festgelegt. Nur die aufgrund „schlechter Abstimmung“ oder „Ungerechtigkeiten“<sup>190</sup> erfolgten Lohnerhöhungen durften aber in die Berechnungsgrundlage mit einbezogen werden. Alle anderen Erhöhungen aufgrund der Bestimmungen der Direktive Nr. 14 wurden nicht berücksichtigt. Legale oder illegale Lohnerhöhungen, die aus irgendeinem Grunde nicht mit den Lohnvorschriften übereinstimmten, und Lohnzulagen, die noch im Dritten Reich einzelnen Betrieben oder Arbeitergruppen gewährt worden waren, mussten auf die neuen Lohnerhöhungen angerechnet werden.<sup>191</sup> Die Aussicht auf größere Lohnerhöhungen wurde durch die Ausführungsbestimmungen gleichsam relativiert. Die jetzt möglichen Änderungen der Lohn- und Gehaltssätze sollten „grundsätzlich“ durch Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erfolgen.<sup>192</sup> Sie führten vor allem in den ersten Monaten nach der Währungsreform zu einem raschen Ansteigen der Arbeitsverdienste.<sup>193</sup> Doch volle Tariffreiheit wurde erst mit der Aufhebung des Lohnstopps am 03.11.1948 erreicht.<sup>194</sup>

Mit diesen Lockerungen des Lohnstopps gingen Verantwortlichkeiten der Militärregierung auf die deutschen Arbeitsbehörden über. Tarifvereinbarungen auf Länderebene durften jetzt von den Präsidenten der Landesarbeitsämter ohne Rücksprache mit den Briten genehmigt werden. Vereinbarungen, die über die Landesgrenzen hinausreichten, durften auf Empfehlung des ZfA ebenfalls von den Landesarbeitsämtern alleine getroffen werden. Die

---

Rückschlüsse auf die vermutlich zurückhaltende Tätigkeit bei Tarifaabschlüssen schließen zu können (vgl. Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins (Hrsg.), Bibliographie zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, S. 483-485). Eine Ausnahme stellt die Arbeit von Friedrich Stamp dar (Stamp, Arbeiter in Bewegung).

<sup>188</sup> Direkt nach Kriegsende waren Diskussionen über Lohnsätze verboten (Stamp, Arbeiter in Bewegung, S. 146). Erst ab März 1948 waren tarifvertragliche Regelungen auf dem Lohngebiet in gewissen Grenzen wieder zulässig (Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 53). Die Aufhebung des Lohnstopps und das Tarifvertragsgesetz vom 09.04.1949 vergrößerten den Rahmen der Tarifpolitik weiter (Stamp, Arbeiter in Bewegung, S. 165).

<sup>189</sup> Stamp, Arbeiter in Bewegung, S. 162.

<sup>190</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: „Ergänzung zur Direktive Nr. 14“, Abschnitt (f).

<sup>191</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Der Präsident des ZfA an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein am 15.06.1948 zur Lohnüberwachung.

<sup>192</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Der Präsident des ZfA an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein am 15.06.1948 zur Lohnüberwachung.

<sup>193</sup> Statistisches Monatsheft Schleswig-Holstein 1949, S. 181.

<sup>194</sup> Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1948, S. 117.

Militärregierung behielt sich lediglich das Vetorecht vor. Nach eigener Darstellung war das ZfA damit zuletzt verantwortlich für die Lohnentwicklung in der Britischen Zone.<sup>195</sup>

Zu Beginn dieses Kapitels war die Frage gestellt worden, wieweit die Landesbehörden ihre Spielräume zur aktiven Gestaltung des Lohn- und Preisgefüges nutzten. Die Frage ist nun dahingehend zu beantworten, dass der rechtliche Rahmen der Preisbildung, wie das Beispiel Hamburg zeigt, offensichtlich in gewissen Grenzen variabel ausgefüllt werden konnte. Die schleswig-holsteinischen Preisstellen nutzten diese Gelegenheiten jedoch nicht und versuchten durch ihre restriktive Preisüberwachung den Verbraucher zu schützen, sehr zum Leidwesen des Handels. Ein ähnliches Vorgehen ist bei den Arbeitsbehörden zu erkennen, die die britischen Vorgaben wie oben gezeigt konsequent umsetzten. Leider ist auf Grund der schlechten Quellenlage die Arbeit speziell des schleswig-holsteinischen Arbeitsamtes nicht näher zu erarbeiten. Die oben angeführte Kritik der Schleswiger Preisstelle und der Gewerkschaften legt aber den Schluss nahe, dass sich das hiesige Landesarbeitsamt der Linie des ZfA angeschlossen hat.

---

<sup>195</sup> Das Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone, Bericht über die Tätigkeit von Juli 1946 bis Juli 1948, S. 18. StAK 34707: Schreiben der Kieler Preisbehörde vom 07.05.1945.

## 6 Lebenshaltungskosten

### 6.1 Das Preisniveau in der britischen Besatzungszone

In den ersten Nachkriegsjahren beklagten die verschiedensten Stellen in der britischen Besatzungszone übereinstimmend ein Ansteigen der Preise.<sup>196</sup> Das ZfA bemerkte, dass „die Kosten der Lebenshaltung erheblich angezogen haben.“<sup>197</sup> Das Handelsblatt berichtete im August 1946 von einer „steigenden Preistendenz“, die in verschiedenen Einzeluntersuchungen festgestellt worden sei.<sup>198</sup> Ein halbes Jahr später verzeichnete die Zeitung wiederum eine Erhöhung des Preisniveaus, was besonders bei den Ausgaben für Bekleidung sichtbar werde.<sup>199</sup> 1946 beschrieb das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung in Clausthal-Zellerfeld die Lage wie folgt:

„Nach Kriegsende 1945 weist die Indexziffer [der Lebenshaltungskosten] einen weiteren Bruch in ihrer Entwicklung auf. Von nun an bewegt sie sich noch steiler nach oben. [...] Im ersten Nachkriegsjahr sind die Lebenshaltungskosten doppelt so schnell gestiegen wie im Durchschnitt der Kriegsjahre und fast um das Fünffache der durchschnittlichen jährlichen Steigerung 1933-1939. Eine überdurchschnittliche Zunahme hat die Gruppe Bekleidung aufzuweisen. Auch die Kosten der Ernährung haben sich erhöht, wenn auch nicht halb so schnell wie der Gesamtindex. Bei Heizung und Beleuchtung macht sich die Holzfeuerung verteuern bemerkbar. Die allgemeinen Preissteigerungen zeigen sich besonders in der Gruppe 'Verschiedenes', die allein im April 1946 um 5,9 v. H. auf 175,6 gestiegen ist, und die während der ersten Nachkriegsjahre eine Steigerung von rd. 15 v. H. aufzuweisen hat, also um das Zehnfache des Durchschnitts der Kriegsjahre gestiegen ist. Neben dem Ansteigen einzelner Industriewaren und der Erhöhung der Fernsprechgebühren im Ortsverkehr wirkt sich besonders die Verdoppelung des Personentarifs der Reichsbahn aus. Damit sind die allgemeinen Preiserhöhungen jedoch noch keineswegs abgeschlossen. So haben sich die neuen indirekten Steuern vom 17.5.46 auf Zucker, Tabakwaren, Branntwein, Bier und Zündhölzer noch nicht ausgewirkt.“<sup>200</sup>

Zur besseren Veranschaulichung seien die Entwicklungen dieses Zeitraums noch einmal graphisch dargestellt:

---

<sup>196</sup> Wittlinger, Preise und Löhne, S. 7: „Während die [...] Preisstopbestimmungen die Preissteigerungen in Wirklichkeit nicht verhinderten, [...]“; Arbeitsblatt für die britische Zone 4 (1947), S. 138: „[...] mehr oder weniger gestiegene Preise [...]“; LAS, Abt. 580, Nr. 461: Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946; Entschließungen der Gewerkschafts-Konferenz der britischen Zone vom 21. bis 23.08.1946 in Bielefeld, in: Grebing, Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, S. 109 f; Marx, Die Sorge um den gerechten Lohn, S. 173. In der Sekundärliteratur so z. B. auch Trees, Drei Jahre nach Null, S. 192 für das gesamte westliche Besatzungsgebiet.

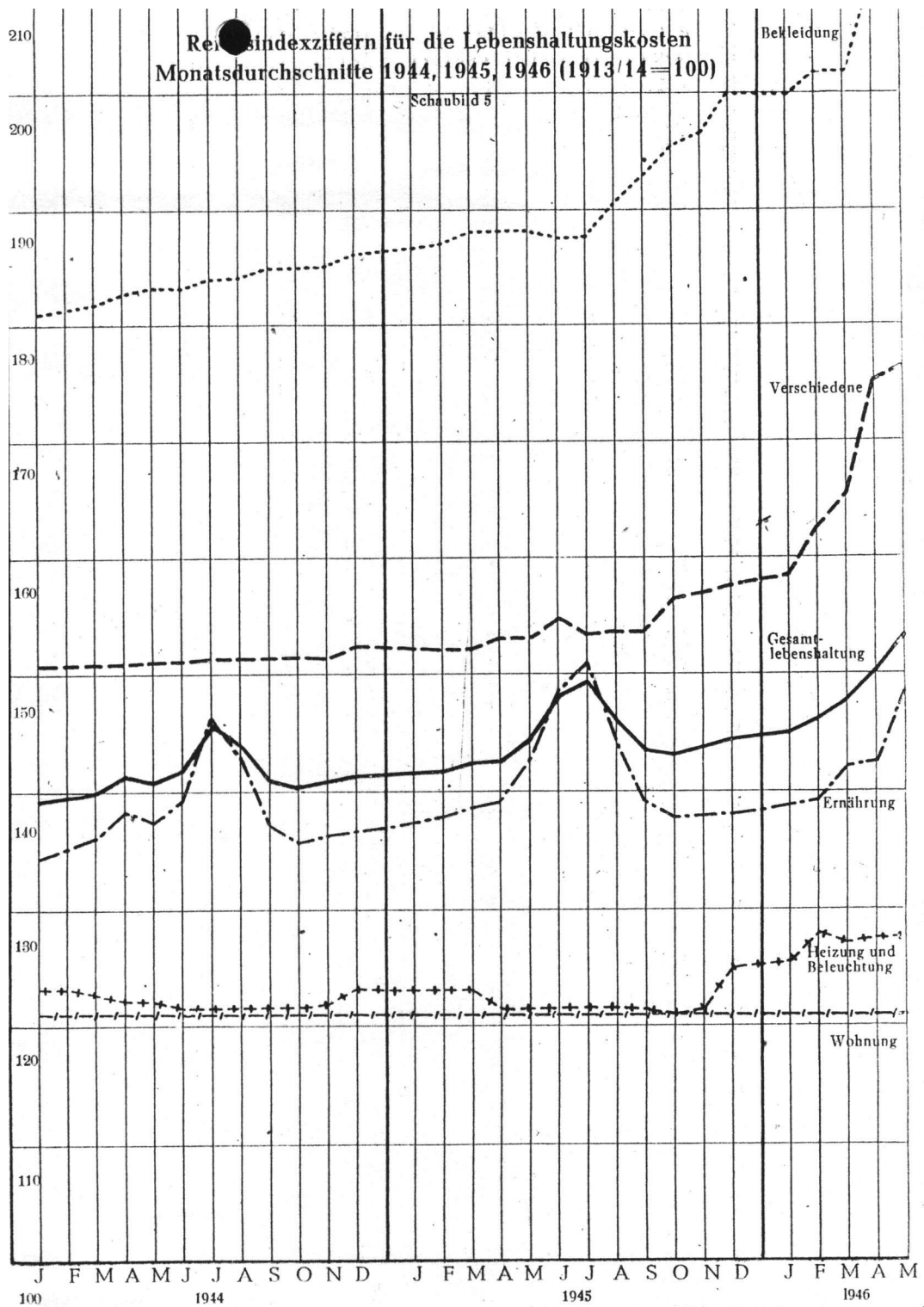
<sup>197</sup> Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone, Zur sozialen Lage in der britischen Zone, S. 7.

<sup>198</sup> Handelsblatt vom 22.08.1946: „Löhne und Lebenshaltungskosten“.

<sup>199</sup> Handelsblatt vom 20.02.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten“.

<sup>200</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 19 f. Der Text gibt den untersuchten Raum nicht an, aufgrund der wiederholt zitierten Reichsindexziffern ist aber davon auszugehen, dass zumindest die britische und amerikanische Besatzungszone gemeint sind.

Graphik 2: Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten (Mai 1945-Mai 1946)



Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 19. Der Reichsindexziffer liegt der Bedarf einer Arbeiterfamilie mit zwei Erwachsenen und drei Kindern zugrunde.

Im Frühjahr 1946 mussten die statistischen Ämter der veränderten Lebensumstände Rechnung tragen und den Index seit Juli neu berechnen. Ein Vergleich der neuen Werte mit

den vorhergehenden ist aber nicht möglich. In Abweichung zur alten Methode, die sich am lebensnotwendigen *Bedarf* orientierte, wurden u. a. jetzt die *Möglichkeiten zur Bedarfsdeckung* als Grundlage genommen:

„Der Berechnungsmethode liegen Verbrauchsmengen zugrunde, die den Zuteilungs- und Versorgungsverhältnissen der Jahre 1946/47 entsprechen. [...] Die im neuen Mengenschema eingesetzten Mengen lassen den tatsächlichen Bedarf völlig außer acht und können daher keinen Überblick über den wahren Stand der Lebenshaltungskosten im Verhältnis zum Jahre 1938 geben. Wenn man bedenkt, welche Aufwendungen neben den amtlichen Zuteilungen nötig waren, um besonders vor der Währungsreform den dringendsten Bedarf einer Familie zu decken, oder welche Beträge nötig gewesen wären, um die im Jahre 1938 als normal angesehenen Verbrauchsmengen zu beschaffen, so erkennt man die ganze Problematik der heutigen Berechnungsmethode und die Unmöglichkeit, den heutigen Index mit dem der Vorkriegszeit oder dem anderer Länder zu vergleichen. Die Berechnung des neuen Index passt sich bei Lebensmitteln, Brennstoff und Beleuchtung der jeweiligen Zuteilungslage an. Auf den übrigen Gebieten (Bekleidung, Hausrat usw.) wird z. Zt. noch von den [...] konstanten Verbrauchsmengen ausgegangen. [...] Der Lebenshaltungskostenindex würde besser als ‚Verbraucherpreisindex‘ bezeichnet, da er lediglich die Entwicklung der Verbraucherpreise kennzeichnet.“<sup>201</sup>

Neben statistischen Problemen wird also klar, dass die amtlichen Preise und Indizes nur einen Teil der tatsächlichen Lebenshaltungskosten enthüllen. Insbesondere die Ausgaben auf dem noch zu beschreibenden Schwarzen Markt, Steuern oder Beiträge zur Sozialversicherung sind mit dem Index der Lebenshaltungskosten noch nicht erfasst.<sup>202</sup> Zu weiteren Preissteigerungen führten auch die seit Kriegsende ergänzend auf den Markt gekommenen sog. „freien Waren“ wie Schuhcreme, Schnürsenkel, Schmierseife, Seifenersatz oder getrocknete Erbsen, deren Preise auf das Vielfache des Friedenspreises gestiegen waren und die nicht der Preisüberwachung unterlagen. Ihre Preissteigerungen sind in der folgenden Aufstellung wiedergegeben:

---

<sup>201</sup> Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 17 (1948), S. 104; Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 18 (1948), S. 107.

<sup>202</sup> *Der Wirtschaftsspiegel* (August 1946): „Index der Lebenshaltungskosten“.

**Tabelle 1: Vergleich der Preise freier Waren in RM (Anfang 1945-Mitte 1946)**

<b>Warenart</b>	<b>Anfang 1945</b>	<b>Mitte 1946</b>
1 Stück Seifenersatz	0,15	0,3
1 Pfd. Schmierseife	0,15	0,7
1 Pfd. getrocknete Erbsen	0,5	3,2
1 Flasche Himbeersirup	1,8	3,4
1 Flasche Heißgetränk	2,8	5
1 Paar Schnürsenkel	0,12	0,8
Kochtöpfe	4,00-5,00	5,00-8,00
Bratpfannen	2,5	6
1 Bettgestell	32	75

Quelle: Erstellt nach den Angaben in Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 21.

Die Preise stiegen demnach um 60% (Kochtöpfe) bis zu ca. 576% (Schnürsenkel) als Extrembeispiel in dieser Aufstellung.

Reparatur- und Dienstleistungen aller Art von kleinen Unternehmern und Handwerkern verteuerten sich und waren häufig nur unter Hinzugabe von Naturalien zu erhalten. Auch die Preise für Möbel, Kochtöpfe und anderen Hausrat haben z. T. „beträchtliche Preissteigerungen zu verzeichnen“ gehabt.<sup>203</sup> Die Preisverteuerungen für kunstgewerbliche Gegenstände, Spielzeug inbegriffen, betragen im Schnitt das Fünffache. Die Untersuchung betont, dass gerade auf dem Textilsektor die Qualität der Bekleidungsstücke stark nachgelassen habe, so dass z. B. die Lebensdauer eines Herrenanzuges um bis zu drei Viertel zurückgegangen sei. Wollte der Verbraucher seinen Lebensstandard halten, war er also gezwungen, sich öfter als gewohnt Bekleidung zu kaufen und damit gleichzeitig seine Ausgaben in die Höhe zu treiben. Ähnliches wird von Möbeln berichtet.

Die Entwicklung der *neuen* Lebenshaltungskostenindizes für eine 5-köpfige, nicht ausgebombte Arbeiterfamilie in der britischen Zone zeigt die folgende Tabelle<sup>204</sup>:

<sup>203</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 21.

<sup>204</sup> 1938=100. Unter „Verschiedenes“ sind u. a. Ausgaben für Reinigung und Körperpflege, Bildung und Unterhaltung, Hausrat und Verkehr zusammengefasst. Der Wert für Oktober 1945 wurde nachträglich berechnet. Für den Mai 1948 gibt der entsprechende Band der Monatshefte keine Zahlen an, im Juni 1948 wurde der Index des hier betrachteten Haushaltstyps nicht berechnet (Statistisches Monatsheft für die britische Besatzungszone 6 (1948), S. 30).

**Tabelle 2: Indexziffern für die Lebenshaltungskosten in der britischen Zone (Oktober 1945, Juli 1946- Juni 1948)**

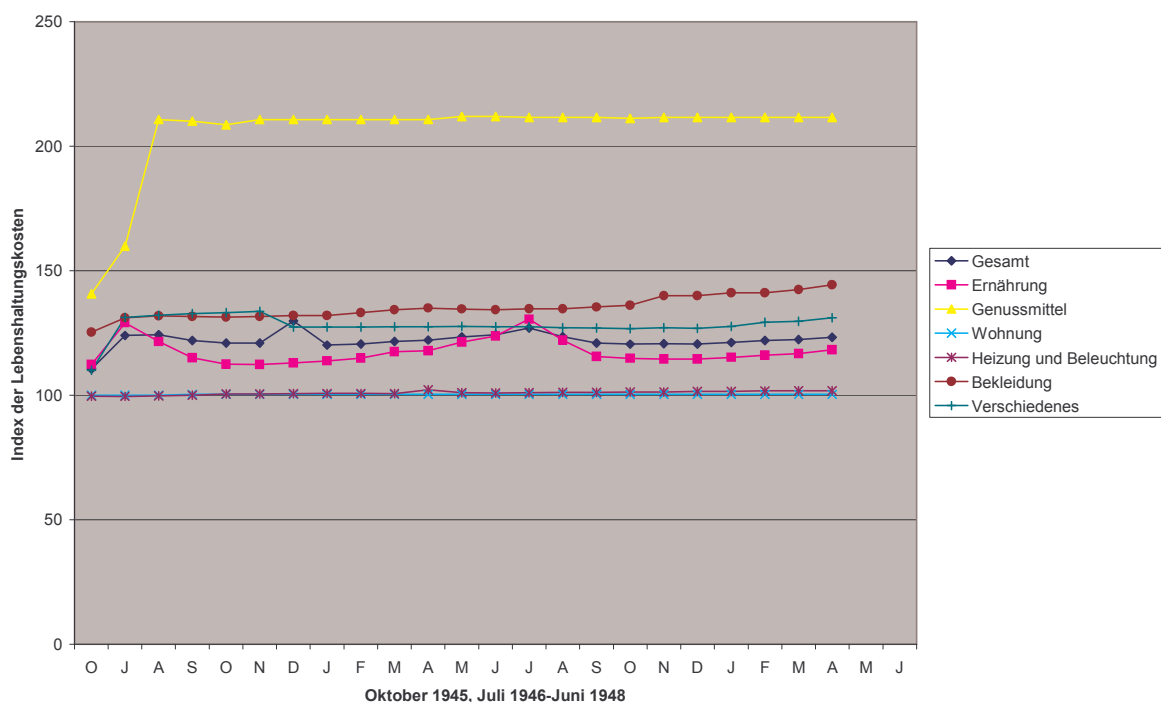
	Monat	Gesamt	Ernährung	Genussmittel	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Verschiedenes
1945	Oktober	110,6	112,4	140,7	100	99,6	125,3	110
1946	Juli	124	129,1	159,9	100	99,5	131,1	131,2
	August	124,3	121,5	210,7	100	99,8	131,9	132,1
	September	122	115,1	210,1	100,3	100	131,6	132,8
	Oktober	120,9	112,5	208,6	100,3	100,5	131,3	133,2
	November	121	112,3	210,7	100,3	100,5	131,6	133,7
	Dezember	129,8	113	210,7	100,3	100,6	132	127,4
1947	Januar	120,1	113,8	210,7	100,3	100,7	132	127,4
	Februar	120,6	114,9	210,7	100,3	100,7	133,2	127,4
	März	121,6	117,4	210,7	100,3	100,6	134,3	127,5
	April	122,2	117,9	210,7	100,3	102,2	135	127,5
	Mai	123,4	121,4	212	100,3	101	134,6	127,6
	Juni	124,3	123,8	212	100,3	100,9	134,3	127,5
	Juli	127	130,5	211,6	100,3	101	134,7	127,5
	August	123,5	122,1	211,6	100,3	101,2	134,7	127,1
	September	120,9	115,5	211,6	100,3	101,2	135,4	127
	Oktober	120,5	114,8	211,2	100,3	101,3	136,1	126,7
	November	120,7	114,5	211,6	100,3	101,3	140	127,1
	Dezember	120,6	114,5	211,6	100,3	101,5	140	126,8
1948	Januar	121,1	115,2	211,6	100,3	101,5	141,1	127,6
	Februar	121,9	116	211,6	100,3	101,7	141,1	129,3
	März	122,3	116,7	211,6	100,3	101,8	142,4	129,7
	April	123,3	118,2	211,6	100,3	101,8	144,3	131,1
	Mai	.	.	.	.	.	.	.
	Juni	.	.	.	.	.	.	.

Quelle: Erstellt nach den Angaben in Zahlendienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 9 (1948), S. 34; Statistisches Monatsheft für die britische Besatzungszone 5 (1948), S. 59, 6 (1948), S. 30.

Diese Indexentwicklungen werden anhand der folgenden Graphik noch einmal veranschaulicht:



**Graphik 3: Indexziffern für die Lebenshaltungskosten in der britischen Zone (Oktober 1945, Juli 1946-Juni 1948)**



Quelle: Erstellt nach den Angaben in Tabelle 2.

Die Daten zeigen keinen Anstieg der Gesamtindexziffer, die Lebenshaltungskosten bleiben hiernach relativ stabil. Lediglich die Rubriken „Heizung und Beleuchtung“ sowie „Bekleidung“ zeigen ein kontinuierliches Ansteigen des Niveaus. Gegen Ende des Untersuchungszeitraumes steigen nach einer langen Phase der Stagnation auch die Preise der Rubrik „Verschiedenes“. Es wird jedoch deutlich, wie sehr sich eine Änderung der Lebensmittelindizes, i. e. der Lebensmittelpreise, auf die gesamte Lebenshaltung auswirkte: Fielen die Kosten der Ernährung, so fielen auch die gesamten Lebenskosten und umgekehrt. Zu erklären ist dies mit dem großen Anteil (ca. 50%), den die Lebensmittel im Warenkorb der Erhebungen ausmachten.<sup>205</sup>

Widerspricht die relative Stabilität des Gesamtindex den oben zitierten Klagen über ein allgemeines Steigen der Preise, so muss daher noch einmal an die unvollständige Erfassung des Tagesbedarfes durch diese Art der Erhebung mit einem Zitat erinnert werden:

„Es ist der Mangel jeder solchen Indexberechnung, daß sie in der Hauptsache nur jene rationierten und bewirtschafteten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände umfaßt, deren Preise noch am

<sup>205</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 14.

zuverlässigsten kontrolliert und einigermaßen stabil gehalten werden, während für andere Waren die Preissteigerung eine viel größere ist.<sup>206</sup>

## 6. 2 Das Preisniveau in Schleswig-Holstein

Von Preissteigerungen wird auch aus Schleswig-Holstein berichtet. So wird beklagt, dass z. B. „die Preise für Fischereibedarf im Laufe der letzten Jahre erheblich angezogen hätten, und daß eine weitere Belastung den Fischern nicht mehr zugemutet werden könne.“<sup>207</sup> Weiterhin waren „viele freiverkäufliche und sogar für den unmittelbaren Lebensbedarf unwichtige Gegenstände, wie künstlerische und kunsthandwerkliche Erzeugnisse, antiquarische und neue Bücher [...] nur zum Mehrfachen des Vorkriegspreises erhältlich“.<sup>208</sup> Aus dem Sachsenwald kamen Klagen über allgemein zu hohe Lebenshaltungskosten.<sup>209</sup> Die Preisbildungsstelle in Schleswig erkannte im Februar 1947, dass es hieße, „mit Scheuklappen umhergehen (sic!), wenn man ableugnen wollte, daß die Preise im Laufe des letzten Jahres angezogen haben und zur Zeit auch noch weiter anziehen.“<sup>210</sup> Das Landesarbeitsamt konstatierte nur einen Monat später: „Tatsächlich sind die Preise für eine Anzahl von Gütern und Leistungen erheblich gestiegen und haben zu einer stärkeren Belastung des Arbeiterhaushaltes geführt.“<sup>211</sup> Insgesamt ist bis 1948 also ein beständiges Ansteigen der Preise in Schleswig-Holstein zu verzeichnen, was vom Statistischen Landesamt im Jahre 1950 zusammengefasst wurde: „Es kann aber wohl angenommen werden, daß eine stärkere Erhöhung der Lebenshaltungskosten hauptsächlich in der Zeit zwischen Kapitulation und Währungsreform eingetreten ist.“<sup>212</sup>

Diese Tendenz soll nun anhand der statistischen Unterlagen für Schleswig-Holstein näher untersucht werden. Bei der Entwicklung der Preise für Getreide und Getreideprodukte, Kohl, Kartoffeln, Möhren, Fleisch und Molkereiprodukte in Kiel, Lübeck, Husum und Eutin ist entgegen der zitierten zeitgenössischen Stimmen überwiegend ein Stagnieren des Preisniveaus

---

<sup>206</sup> Wittlinger, Preise und Löhne, S. 7.

<sup>207</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Preisbildungs- und Überwachungsstelle an Wirtschaftsminister Diekmann am 01.12.1947.

<sup>208</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Beschwerde des Sachsenwald-Theaters in Reinbek an Ministerpräsident Lüdemann vom 02.08.1947. Noch öfter werden steigende Preise im Fischereibedarf und im Spielwarenhandel kritisiert (LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Wirtschaftsministerium an Preisbildungs- und Überwachungsstelle am 16.06.1947; Preisbildungs- und Überwachungsstelle an Wirtschaftsministerium am 20.06.1947).

<sup>209</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Bericht des Gewerbebandes Sachsenwald e. V. über die wirtschaftliche Lage im Sachsenwald in einem Schreiben an das Landesarbeitsamt vom 11.06.1948.

<sup>210</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 5 (1947), S. 2.

<sup>211</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1947), S. 2.

<sup>212</sup> *Kieler Nachrichten* vom 05.08.1950: „Löhne und Preise gleichen sich an“; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein UI 12/1/4b: Preisindexziffern für die Lebenshaltung (Sonderdienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein vom 17.08.1950, S. 28).

zu erkennen.<sup>213</sup> So verändern sich beispielsweise die Preise der Molkereiprodukte fast im gesamten Untersuchungszeitraum nicht, erst im Juni 1948 werden die Waren teurer. Bei den Haferflocken und beim Haushaltszucker ist dagegen ein kontinuierliches Steigen der Preise zu verzeichnen, und besonders starke Preisschwankungen fallen bei Weißkohl, Mohrrüben und Kartoffeln auf. Diese Güter waren von der Preisüberwachung ausgenommen, ihre Preise konnten sich in Abhängigkeit der Jahreszeiten und damit des Angebotes frei bilden. Die Preisanstiege, bzw. das Fehlen jeglicher Preisangaben in den Statistiken, geben also umgekehrt die Versorgungstiefpunkte im Frühjahr 1947 und 1948, die einem harten Winter und einem dünnen Sommer folgten, wieder.<sup>214</sup>

Zu den wichtigsten Nahrungsmitteln gehörten Getreideprodukte, insbesondere Brot. Am 01.08.1946 wurden die Höchstpreise für Schleswig-Holstein durch die Landesregierung neu festgesetzt. Demnach durften die einzelnen Sorten maximal kosten:<sup>215</sup>

**Tabelle 3: Höchstpreise für Brot in Schleswig-Holstein am 01.08.1946**

Roggenschrotbrot	1500g	45 Rpf
Roggenfeinbrot	1500g	50 Rpf
Mischbrot	1500g	54 Rpf
Weizenschrotbrot	1500g	64 Rpf
Weizenbrot	1000g	54 Rpf

Quelle: StAK 34695: Preisbehörde. Bestimmungen über Herstellung und Preise von Backwaren, 1945-1950, Anordnung über die Regelung der Brotpreise in Schleswig-Holstein vom 01.08.1946; Mitteilungen der IHK zu Kiel 6 (1946), S. 2 f.

Ein Vergleich mit den im Anhang dokumentierten Brotpreisen in Schleswig-Holstein zeigt, dass die erlaubten Summen nur in der ersten Hälfte des Jahres 1947 vereinzelt überschritten wurden, ansonsten aber konstant blieben. Ähnliches ist auch für andere Grundnahrungsmittel feststellbar.<sup>216</sup> Aufgrund des Getreidemangels wurde häufig Maismehl zum Backen

<sup>213</sup> Vgl. die Tabellen und Graphiken im Anhang (I Tabellen und Graphiken: Lebensmittelpreise in Rpf in Kiel, Lübeck, Husum und Eutin, Januar 1946 bis Juni 1948).

Mit dem Juli 1948 erschienen in den Statistischen Monatsberichten der Stadt Kiel erstmals die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel für Kiel, die auch einige ältere Preisstände angeben (Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 7 (1948), S. 12). Da die im Anhang verwendeten Einzelhandelsstatistiken aber einen größeren Zeitraum lückenlos umfassen, werden die Kieler Erhebungen nicht noch einmal gesondert aufgeführt, auch wenn sie die einzigen weiteren erhaltenen lokalen Zahlenreihen aus Schleswig-Holstein sind.

<sup>214</sup> Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 208.

<sup>215</sup> Andere Brotsorten durften zunächst nicht hergestellt werden.

<sup>216</sup> Vgl. Tabellen I im Anhang. So z. B. bei Milch, Eiern und Zucker (Anordnung Nr. 46/48 der VfW vom 09.05.1948, in: VfWMbl 9 (1948), Anordnung des VAW vom 20.12.1946 und Bekanntmachung Nr. 122 des ZEL vom 19.09.1946, in: Amtsblatt für Ernährung und Landwirtschaft 1 (1947), 5 (1946).

verwendet. Solche Brote waren etwas billiger, sie kosteten 45 bis 54 Rpf pro 1500 g.<sup>217</sup> Besondere Brotsorten kosteten hingegen bis zu 70 Rpf pro 1500g. Gebäck bis zu einem Gewicht von 46 g durfte 3,5 Rpf kosten, der Höchstpreis für „Kleingebäck“ war mit 10 Rpf festgelegt. Auch wenn keine genauen Preise, sondern nur Handelsspannen angeordnet waren, wurden anscheinend stets die erlaubten Höchstpreise erreicht, d. h. der Einzelhandel versuchte das Maximum an Gewinnspanne herauszuholen. Die zahlreichen Preisverstöße scheinen somit im *bewirtschafteten* Lebensmittelbereich nicht zu einer allgemeinen Überhöhung des Preisniveaus über das von amtlicher Seite Erlaubte geführt zu haben. Die unbewirtschafteten Lebensmittel waren dagegen dem Markt ausgesetzt, ihre Preise konnten stark variieren.

Da Lebensmittel rationiert abgegeben wurden, ist der Preis der Monatsrationen von besonderer Bedeutung. Er soll hier am Beispiel Kiels näher ausgeführt werden.<sup>218</sup> Über die Preise der Monatsration gibt die folgende Graphik Auskunft:<sup>219</sup>

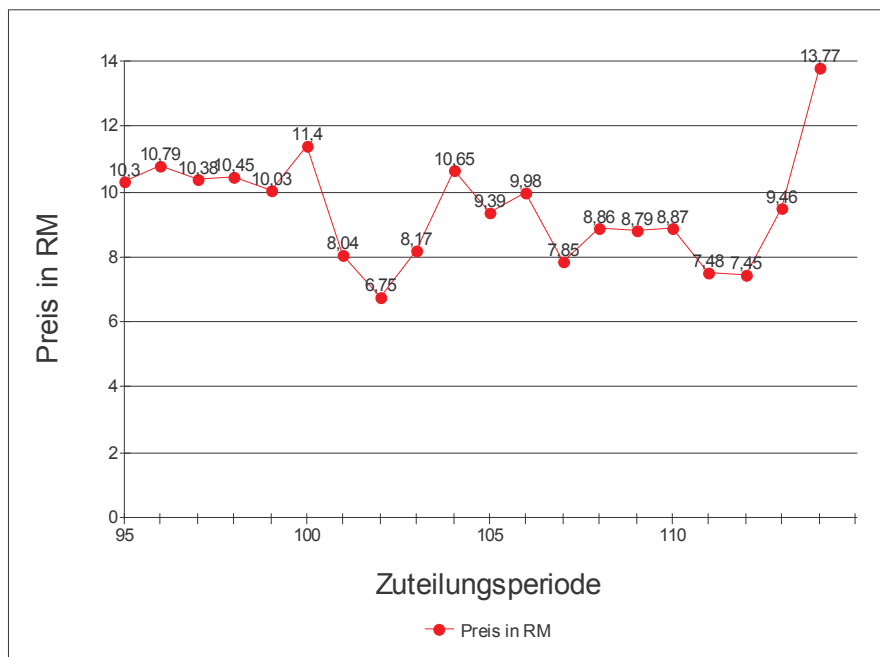
<sup>217</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden StAK 34695: Preisgestaltung bei der Verbackung von Maismehl; Erlaß der Preisbildungsstelle; Anordnung des Getreidewirtschaftsverbandes Schleswig-Holstein; Anordnung der Preisbildungs- und Überwachungsstelle; Schreiben der Kieler Preisbehörde an Konditormeister H. aus Kiel.

<sup>218</sup> Dabei sind nur die Höchstpreise für eine Ration angegeben, da die der Bevölkerung in einer Zuteilungsperiode zustehenden Lebensmittel aufgrund der oben beschriebenen Versorgungskrise oftmals gar nicht angeboten werden konnten. Die Angaben beziehen sich auf die Rationen eines sog. „Normalverbrauchers“. Somit sind besondere Zulagen für beispielsweise Schwerarbeiter, „Trümmerfrauen“ oder werdende Mütter in den der Preisaufstellung zugrundeliegenden Rationen nicht enthalten. Als Normalverbraucher galten im Jahre 1946 ca. 70% der Einwohner Kiels (zum Bezugskartensystem vgl. z. B. Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 212).

<sup>219</sup> Die Monatsberichte enthalten erst ab der angegebenen 95. Zuteilungsperiode Angaben über die Kosten der Rationen. Die Zuteilungsperioden entsprachen folgenden Zeiträumen (erstellt nach Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 798):

Zuteilungsperiode	Zeitraum	Zuteilungsperiode	Zeitraum	Zuteilungsperiode	Zeitraum
95	11.11.-08.12.1946	102	26.05.-22.06.	109	08.12.-04.01.1948
96	09.12.-05.01.1947	103	23.06.-20.07.	110	05.01.-01.02.
97	06.01.-02.02.	104	21.07.-17.08.	111	02.02.-29.02.
98	03.02.-02.03.	105	18.08.-14.09.	112	März
99	03.03.-30.03.	106	15.09.-12.10.	113	April
100	31.03.-27.04.	107	13.10.-09.11.	114	Mai
101	28.04.-25.05.	108	10.11.-07.12.	.	.

**Graphik 4: Preise der Monatsrationen in Kiel (95.-114. Zuteilungsperiode)**



Quelle: Erstellt nach den Statistischen Monatsberichten der Stadt Kiel 1946-1949.

Das Schwanken der Preise korrespondiert in auffallender Weise mit dem jahreszeitlichen Schwanken der Preise der freiverkäuflichen Lebensmittel. Man würde jedoch vorschnell schließen, wenn man daraus einen direkten Grund für die Preisbewegungen der Rationen ableiten würde. Mag dies auch einen gewissen Einfluss gehabt haben, so ist ein niedriger Rationenpreis wie z. B. in den Perioden 101 bis 103 eher auf Versorgungsengpässe zurückzuführen, die eine umfangreichere Ration dann nicht mehr zuließen.

Der Vergleich mit dem Umfang einer Monatsration zeigt, dass mit den im Anhang dokumentierten Tabellen der Einzelhandelspreise die Lebensmittel erfasst sind, die in einer Ration enthalten sein konnten. Dass es darüber hinaus kein nennenswertes Angebot an Lebensmitteln gab, ist bereits beschrieben worden und soll hier nur noch anhand einer Quelle dokumentiert werden, von der G. Stüber urteilt, dass die dargestellte Not einer Familie „sicherlich kein Einzelfall war“:<sup>220</sup>

„Seit vier Tagen haben wir keinen Happen zum Mittagessen. Weit und breit keine Grütze, noch Kartoffeln. Unsere Kinder von 8 und 9 Jahren sind so matt, daß sie sich hinlegen müssen wie wir Großen auch. Wir können ihnen nichts geben als zwei Stück Brot am Tag. [...] Ich bettle mir schon ein Stück Brot, leider aber vergebens.“<sup>221</sup>

<sup>220</sup> Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 216.

<sup>221</sup> Zit. nach Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 216.

Unter diesen Bedingungen war jede Abwechslung auf dem Speiseplan eine Delikatesse: 1 kg Mettwurst kostete daher in Kiel im Mai 1947 3,20 RM, ein Preis, der in obiger Tabelle nur noch von Markenbutter übertroffen wurde.<sup>222</sup> Auch ein Cocktail für 3 RM, echter Tee für 1,50 RM, 1 Flasche Wein zwischen 2,50 und 5 RM, Sekt, Likör und Schnaps zwischen 5 und 10 RM waren Luxusartikel, die sich nur die allerwenigsten leisten konnten. Diese bezahlten dann sogar ca. 83 RM für eine Flasche Wein.<sup>223</sup> Ansonsten waren die Kieler darauf angewiesen, sich auf andere Weise zu versorgen. Hamsterfahrten, Schwarzmarkteinkäufe oder Diebstahl waren die eine Möglichkeit,<sup>224</sup> die andere bot sich in der Selbstversorgung. So kam der Kleingarten zu einer nicht zu vernachlässigenden wirtschaftlichen Bedeutung, indem er durch den dort üblichen Gemüseanbau dem Besitzer ein wenig mehr zu essen ermöglichte. Sog. „Ersatznahrungsmittel“ stellten kostenlose Lebensmittel dar. Dazu zählten z. B. Eicheln, Kastanien, Bucheckern, Hagebutten, Brennesseln, Giersch, Sauerampfer, Kartoffelschalen, Eichelmehl, Kartoffelmettwurst, Heringskopfkonzentrat oder Fischwurst, die in irgendeiner Form verarbeitet und verzehrt wurden.<sup>225</sup>

Ist bei den Lebensmitteln das Preisgefüge in Schleswig-Holstein auf repräsentative Weise von 1946 an monatsweise erfassbar, so ist das bei anderen Grundbedürfnissen aufgrund der schlechteren Quellenlage schwieriger. Annäherungsweise ist das nur für Kiel ab Januar 1947 möglich, doch aufgrund der lückenhaften Überlieferung ist die Preisentwicklung kaum zu erkennen.<sup>226</sup> Ein Preisanstieg ist daher nur bei Straßenanzügen, Hemden, Schuhen, Holz und Braunkohlebriketts deutlich auszumachen. Wie in der gesamten britischen Besatzungszone sind in Kiel Preissteigerungen also insbesondere bei der Bekleidung und bei Brennstoffen feststellbar.<sup>227</sup> Wenn man annimmt, dass die fehlenden Preisangaben bei einigen Waren darauf zurückzuführen sind, dass diese Waren aufgrund der schlechten Versorgungslage nicht im Angebot waren und daher keine Preise in die Liste aufgenommen werden konnten, wird aus diesen Zahlen auch der Mangel an wichtigen Lebensbedürfnissen ersichtlich: Demnach fehlen z. B. Hemden, Kleider, Töpfe oder Wannen im Warenangebot der ersten Nachkriegsjahre. Als Luxus galten Waren wie Nylonstrümpfe, Zigaretten, Alkohol, Kaffee

---

<sup>222</sup> StAk 34697: Mitteilung der Preisbehörde vom 09.05.1947.

<sup>223</sup> Oellig, *Alltag in Kiel 1945-1950*, S. 177. Zu den anderen angegebenen Preisen vgl. StAK 34689: Gewerbeaufsichtsdienst. Gastwirtschaften, Preistabellen. Die Angaben gelten für das Jahr 1947.

<sup>224</sup> Stüber, *Kieler Hungerjahre*, S. 220.

<sup>225</sup> Ebd., S. 199.

<sup>226</sup> Die Statistischen Monatsberichte der Stadt Kiel 1945-1949 liefern Durchschnittspreise wichtiger Lebensbedürfnisse in Kiel für die Monate Januar und Februar, Juli bis Dezember 1947, sowie für Mai und Juli 1948. Vgl. die darauf basierende Tabelle II im Anhang.

<sup>227</sup> So auch in Lübeck. Vgl. dazu die Auflistung einiger Einzelhandelspreise als Durchschnittswerte für den Zeitraum Januar–Juni 1948, in: Statistisches Amt Lübeck, *Lübecker Notzeit in Zahlen*, S. 73.

oder Seife.<sup>228</sup> Steinkohle fehlte seit 1947 völlig, und die Kohlenlieferungen aus dem Rheinland deckten bei weitem nicht den Bedarf, so dass viele Kieler auf den Diebstahl der Kohlen angewiesen waren, den sog. „Kohlenklau“:

„Vor dem Zaun warteten hunderte frierende, verzweifelte Menschen. Blasse Frauen, schwächliche Kinder, Männer jeden Alters stehen stundenlang im schneidenden Ostwind, um etwas Kohle mit nach Hause in die ungeheizte Stube nehmen zu können. Denn beim Verladen in die Lastautos fällt meistens ein wenig daneben, und diese Brocken gilt es schnell in die mitgebrachten Eimer und Säcke einzusammeln.“<sup>229</sup>

Kieler Durchschnittswerte für die bisher fehlenden Zeiträume Januar bis März und April bis Juni 1948 liefert das Statistische Landesamt.<sup>230</sup> In fast allen Warengruppen erhöhten sich hiernach die Preise. Der bisher beobachtete Trend für 1947 setzte sich nach dieser Statistik also auch im darauf folgenden Jahr auf breiter Ebene fort. Lediglich die Brennstoffpreise blieben im Durchschnitt jetzt fest.

Zusätzlich liegen Kieler Jahresdurchschnittswerte für 1946 und 1947, sowie Durchschnittswerte zu ausgewählten Stichtagen der Jahre 1945 und 1948 von Lebensmitteln und Energie vor.<sup>231</sup> Diese Zahlen bestätigen noch einmal, dass die Kosten für Gas und Strom im Jahresmittel gleich blieben, die Preise für Braunkohlenbriketts aber von 2,43 RM pro Zentner im Jahre 1946 auf 2,80 RM im Mai 1948 anzogen. Ebenfalls wird die oben beobachtete, überwiegende Konstanz der Lebensmittelpreise bestätigt. Die starken Schwankungen der Kohl- und Kartoffelpreise finden sich im Jahresdurchschnitt nicht wieder, stattdessen steigen auch diese Preise. Da die Verfeuerung von Kohle, Holz oder Torf hauptsächlich der Heizung diene, musste sich also deren Preisanstieg in Kiel auch auf die Lebenshaltung auswirken. Aufgrund des Kohlemangels war Holz ein wichtiges Heizmaterial. Die Auswirkungen von hohen Holzkosten auf die Lebenshaltung wurden z. B. in Lübeck scharf kritisiert; dort kostete ein Zentner Brennholz sogar 4,30 RM.<sup>232</sup> Die Proteste hatten

---

<sup>228</sup> Stüber, „Wir haben durchgehalten, ...“, S. 205.

<sup>229</sup> So berichtete die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* im Februar 1947 von einer Kohlengroßhandlung am Nord-Ostsee-Kanal (zit. nach Oellig a. a. O. S. 175).

<sup>230</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein U I 21/1/1b: Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein 1948/1949. Vgl. die darauf basierende Tabelle III im Anhang. Zusammen mit den Statistischen Monatsberichten der Stadt Kiel 1945-1949 liefert diese Akte ein detailliertes Bild der Preisentwicklung in Kiel auch *nach* der Währungsreform.

<sup>231</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Beiträge zur historischen Statistik, Kiel 1967, S. 189-191. Vgl. dazu Tabelle IV im Anhang.

<sup>232</sup> AHL 820: Schreiben des Betriebsrates der Hochofenwerk Lübeck A. G. an die Stadt Lübeck vom 21.06.01946; Schreiben des Betriebsrates der Nordwestdeutsche Kraftwerke A. G. in Lübeck-Siems an den Oberbürgermeister Lübecks vom 21.02.1946.

Erfolg, in den nächsten Monaten sanken die Preise um 70 Rpf.<sup>233</sup> Dabei lagen sie aber immer noch über den amtlichen Höchstpreisen von 3,40 RM je Zentner.<sup>234</sup>

Ab Januar 1948 wurden dann auch in Schleswig-Holstein Indexziffern für die Lebenshaltung einer 5-köpfigen, nicht ausgebombten Arbeiterfamilie veröffentlicht:

**Tabelle 4: Indexziffern für die Lebenshaltungskosten in Schleswig-Holstein (Januar-Juni 1948)**

Monat	Gesamt	Ernährung	Genussmittel	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Verschiedenes
Januar	125,2	115,6	211,6	100,3	100,6	174,2	130,4
Februar	126,2	117,3	211,6	100,3	101,4	176,3	131,1
März	126,5	117,8	211,6	100,3	101,6	176,7	131
April	127,5	119,6	211,6	100,3	101,7	177,1	132,2
Mai	130,1	125,8	211,4	100,3	101,8	177,6	132,5
Juni	134,3	135,7	211,2	100,3	101,6	177,8	134

Quelle: Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein Nr. 18, S. 107.

In dem halben Jahr bis zur Währungsreform stiegen hier die Indizes der Gesamtlebenshaltung. Die Entwicklung ähnelt derjenigen in der britischen Zone als Ganzes in den Jahren 1947 und 1948, denn es stiegen auch die Preisindizes in den Rubriken für „Heizung und Beleuchtung“, „Bekleidung“ und „Verschiedenes“. Im Gegensatz zum Zonenindex der Ernährung steigt der schleswig-holsteinische Index jedoch kontinuierlich an.

Damit sind die Quellen, die eine Betrachtung der Preisentwicklung in Schleswig-Holstein ermöglichen, erschöpft. Auch wenn für eine detaillierte Untersuchung von Tendenzen die Preise für Grundbedürfnisse außer Lebensmitteln nicht besser überliefert sind, ist es dennoch möglich, zumindest für Mai und Juni 1948 eine äußerst *präzise Momentaufnahme* der Lebenshaltungskosten in Schleswig-Holstein zu zeigen. Ihre Grundlage liefern die vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Einzelhandelspreise, die als Landesdurchschnitt aus 10 Gemeinden gebildet wurden und im Anhang aufgeführt sind.<sup>235</sup> Dadurch lässt sich eine Vorstellung vom Preisgefüge jenseits des Schwarzen Marktes im Land zwischen Kriegsende und Währungsreform gewinnen, die der Realität aufgrund des Preisstopps recht nahe kommen dürfte. Eine Interpretation einzelner Kostenpunkte soll aber erst an anderer Stelle, nämlich bei der Gegenüberstellung von Preisen und Löhnen, erfolgen. Erst dann erscheint eine weitergehende Analyse sinnvoll.

<sup>233</sup> AHL 820: Schreiben der Preisbehörde Lübecks an Zentralamt vom 28.05.1946.

<sup>234</sup> AHL 820: Anordnung über Höchstpreise für Brennholz für die Provinz Schleswig-Holstein vom 15.03.1946 der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig.

<sup>235</sup> Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 408-415. Vgl. dazu Tabelle V im Anhang.



Zum Schluss ist hier zunächst festzuhalten, dass die Preise in Schleswig-Holstein in wesentlichen Bereichen des täglichen Lebens tatsächlich anstiegen. Die Preise der bewirtschafteten Lebensmittel konnten noch stabil gehalten werden, die restlichen Lebensmittelpreise schwankten je nach Jahreszeit stark, genauso wie die Preise der monatlichen Lebensmittelrationen. Im Gegensatz dazu zeigen die schleswig-holsteinischen Indexziffern dann im Jahre 1948 ein kontinuierliches Steigen der Lebensmittelpreise, ein Vergleich und somit eine Klärung des Widerspruches mit dem empirischen Material ist jedoch aufgrund fehlender Angaben über das jeweilige methodische Vorgehen nicht möglich. Ein Preisanstieg ist zwischen 1945 und 1948 ferner bei den unbewirtschafteten Waren und bei verschiedenen Dingen des täglichen Bedarfs außer Lebensmitteln, insbesondere bei Bekleidung und Heizmaterial, deutlich zu verzeichnen. Damit gleicht die Entwicklung in Schleswig-Holstein den zu Beginn des Kapitels für die gesamte britische Besatzungszone festgestellten Preisanstiegen. Von besonderer Bedeutung für den Arbeiterhaushalt dürfte dabei die leider nicht näher differenzierbare Rubrik „Verschiedenes“ sein, da in ihr die bisher nicht kategorisierten Dinge des alltäglichen Bedarfes subsumiert sind. Hinter dem Wachsen der entsprechenden Indexziffern verbergen sich z. T. erhebliche und empfindliche Teuerungen im Alltag einer Arbeiterfamilie.

Auch nach der Währungsreform stiegen die Preise zunächst noch weiter, erst im Dezember 1948 konnten Preisrückgänge um bis zu 10% verzeichnet werden.<sup>236</sup>

### 6.3 Preisdisziplin

Wie oben bereits erwähnt, wurden trotz des Preisstopps immer wieder zu hohe Preise gefordert. Diese mangelhafte Preisdisziplin wurde vielfach kritisiert: So sah z. B. die Hauptabteilung Preise und Löhne des VAW die Notwendigkeit, „der Preisüberwachung schnellstmöglich wieder die erforderliche Wirksamkeit zu verleihen“, da die Preisdisziplin durch die Kriegsfolgen „einen erheblichen Einbruch erlitten hat“.<sup>237</sup> Im Jahre 1947 stieg in der gesamten britischen Zone die Zahl der gemeldeten Preisverstöße von 7.839 im Januar fast ununterbrochen auf 12.709 im Dezember. Ebenso verzeichneten die Statistiken einen

---

<sup>236</sup> *Kieler Nachrichten* vom 05.08.1950: „Löhne und Preise gleichen sich an“. Zu der Preisentwicklung in Schleswig-Holstein in den Monaten nach der Währungsreform vgl. z. B. Zahlendienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 12 (1948), S. 2 ff. und die weiteren laufenden Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes. Zu der Preisentwicklung nach der Währungsreform i. A. vgl. z. B. Düwell, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1945-1961, S. 239; Trabant, Der wirtschaftliche Wiederaufbau und seine Westorientierung, S. 142.

<sup>237</sup> VAW, Hauptabteilung Preis (Hrsg.), Die Preisprüfung, S. 3. Der geringe „Wirkungsgrad der Preisüberwachung“ wird kritisiert in *Der Wirtschaftsspiegel* (Dezember 1946): „Preispolitik und Währung“.

Zuwachs der Geldstrafen und Konfiszierungen von unerlaubten Gewinnen.<sup>238</sup> Einen Eindruck über die Verteilung der Verstöße auf die verschiedenen Warengruppen erlaubt die folgende Tabelle, die den Stand in der britischen Zone vom Ende des Jahres 1947 wiedergibt:

**Tabelle 5: Preisverstöße in der britischen Besatzungszone Ende 1947**

Warengruppe	Geldstrafen		Konfiszierung von unerlaubten Gewinnen	
	November	Dezember	November	Dezember
Nahrungsmittel (außer Fleisch)	1.483	1.250	367	271
Fleisch	150	127	15	26
Rindvieh	166	129	27	58
Bekleidung	247	205	37	39
Miete	43	52	15	21
Transporte	219	187	95	39
Restaurantpreise	207	207	84	59
Handwerk	259	282	67	77
Baugewerbe	79	58	40	21
Eisen, Metall und Maschinen	371	370	128	112
Elektromaschinen	198	180	69	52
Chemikalien	216	231	57	64
Holz und Papier	204	224	86	95
Kohle und Mineralöl	66	84	52	150
Unterhaltung	49	41	16	21
Verschiedenes	2.368	1.807	500	454

Quelle: Erstellt nach den Angaben in Statistical Annex of the Military Governour (U. S.), No. 32 (February 1948), S. 69. Sie beinhaltet nicht die an die Gerichte abgegebenen Fälle.

Die Tabelle offenbart, dass unter den Grundbedürfnissen besonders Nahrungsmittel, Holz, Bekleidung und die Kategorie „Verschiedenes“ von Preisverstößen betroffen waren, sich die unbefriedigende Preisdisziplin also allein durch diese essentiellen Dinge auf die Lebenshaltungskosten auswirken musste.

In Schleswig-Holstein vermerkte die Industrie- und Handelskammer Kiel sowohl Anfang 1946 „in erheblichem Umfang durchzuführende Ordnungsstrafen“ bei Preisangelegenheiten, als auch im Frühjahr 1947 „eine Fülle von Preisüberschreitungen, die unbestraft bleiben

<sup>238</sup> Statistical Annex of the Military Governor (U. S.), No. 31 (January 1948), S. 71.

mußten“.<sup>239</sup> In zahlreichen Kieler Protokollen der Zeit ist festzustellen, dass häufig die Brote zu wenig wogen oder der Preis trotz der Vorgaben überhöht war.<sup>240</sup> So wurde dann auch in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Preisüberwachung der Preisbehörde in Kiel festgestellt: „Die Mitglieder [...] erzielten Übereinstimmung darin, daß die Erziehung der Käufer zur Ablehnung und Anzeige von Überpreisen eine der wichtigsten Grundlagen für eine allgemeine Besserung der Preisdisziplin sei, [...]. Es sei aber heute jedem sichtbar, daß die Preisüberwachung von größter Wichtigkeit sei“.<sup>241</sup> Im Zeitraum vom 01.11.1946 bis zum 31.10.1947 waren von der Preisbehörde insgesamt 2411 Preisverstöße geahndet worden. Davon wurden in 761 Fällen Ordnungsstrafen verhängt, in 148 Fällen die erzielten Mehrerlöse eingezogen, 466 Verwarnungen erteilt und 1036 Fälle wurden an die Oberstaatsanwaltschaft abgegeben.<sup>242</sup> Im Sommer 1947 mussten die Kieler Preisbehörden bemerken, „daß das Preisniveau unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse.“<sup>243</sup>

So bedeuteten 75 Rpf für eine Nähmaschinennadel eine Steigerung zum Vorkriegsstand um 600%, erlaubt wäre nach Ansicht der Behörden ein Preis von 60 Rpf., was immer noch eine Steigerung um 25 % bedeutet hätte. 1947 wurde festgestellt, dass zunehmend auch in offenen Geschäften Schwarzhandelspreise gefordert wurden, vor allem für Käämme, Zahnbürsten oder andere vergleichbare Artikel. Die Bearbeitung von ca. 200 Preisverstößen im Monat allein in Kiel spricht eine deutliche Sprache.<sup>244</sup> Das folgende Beispiel aus Kiel zeigt, wie Schwarzhandelspreise in Gaststätten kaschiert werden sollten:

„Ferner wird immer wieder behauptet, daß nunmehr auch in Kiel wie in Hamburg allgemein üblich, Besucher von Gaststätten, die keine Fleischmarken haben, Fleischgerichte zu Schwarzmarktpreisen erhalten. In einem Falle konnte festgestellt werden, daß an Kunden, die keine Fleischmarken haben, Fleischgerichte verabfolgt wurden. Für die fehlende Fleischmarke mußte der Gast ein Pfand von 20,- bis 30,- RM zahlen. Angeblich sollte dieser Pfandbetrag, nachdem der Gast nach einigen Tagen die Fleischmarke bringt, wieder zurückgezahlt werden.“<sup>245</sup>

Derartige Vergehen sind aus ganz Schleswig-Holstein belegt. In Lütjenburg verkaufte eine Drogistin Rasierklingen statt für 10 Rpf für 40 Rpf, das Kreiskrankenhaus Glücksburg

---

<sup>239</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 1 (1946), S. 5; 5 (1947), S. 2.

<sup>240</sup> StAK 34684: Preisbehörde. Preisüberwachung, Berichte betreffend Ordnungsstrafen.

<sup>241</sup> StAK 34697: Niederschrift über die am 17.01.1947 stattgefundene erste Sitzung des Ausschusses für Preisüberwachung. Ferner StAK 34698: Preisbehörde. Bestimmung über Herstellung und Preise von Backwaren.

<sup>242</sup> StAK 34697: Preisbehörde in einer Mitteilung vom 02.12.1947. Einige weitere Zahlen für die erste Hälfte des Jahres 1947 in StAK 34707: Tätigkeitsbericht des Gewerbeaufsichtsdienstes für Juli 1947, StAK 34697: Protokoll des Ausschusses für Preisüberwachung vom 11.07.1947.

<sup>243</sup> StAK 34697: Protokoll der Preisbehörde vom 11.07.1947.

<sup>244</sup> StAK 34697: Schreiben der Kieler Preisbehörde an Oberverwaltungsrat P. vom 17.10.1947, Protokolle der Kieler Preisbehörde vom 20.10.1947 und 28.07.1947. So wurden z. B. für Muschel- und Fischprodukte erhöhte Preise verlangt (StAK 34686).

<sup>245</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

verlangte einen Verpflegungssatz von 6 RM pro Tag, erlaubt waren 4,90 RM. In Lübeck verlangte eine Firma statt 40,80 RM für Heiz- und Kochöfen 50 RM, ein Flensburger Orchesterchef verkaufte Autogrammkarten für 5 RM statt der erlaubten 1-2 RM, in derselben Stadt waren die Eintrittspreise einer Boxveranstaltung überhöht, und in Neumünster wurden Kalender für 3,60 RM statt für 1,50 RM vertrieben. In Heikendorf wurden Aschenbecher für ungefähr das Doppelte des Erlaubten verkauft, in Kiel waren die Preise der Mauersteine aus der Trümmerverwertung zu hoch, und der Antrag der KVAG auf Erhöhung des Fahrpreises wurde abgelehnt:

„Die Preisbildungs- und Überwachungsstelle ging dabei auch von der Auffassung aus, daß es untragbar sei, daß der Arbeiter, der in der Hauptsache auf die Benutzung dieses Verkehrsmittels angewiesen sei, bei seinem nicht allzu hohen Lohn noch erhebliche Mehraufwendungen machen müsse, um zu seiner Arbeitsstelle zu gelangen.“<sup>246</sup>

1947 wurden in den schleswig-holsteinischen Kurbädern, insbesondere in Timmendorfer Strand, Klagen über die preislichen Verhältnisse laut, und im selben Jahr wurden im Kreise Pinneberg „in erheblichem Umfange Ordnungsstrafen wegen Preisüberschreitungen [...] sowie zahlreiche Geschäftsschließungen und Betätigungsverbote ausgesprochen.“<sup>247</sup> Die Kieler Preisbehörde stellte fest, dass viele Übervorteilungen „durch Verstöße gegen die Güte- und Sortierungsvorschriften, indem z. B. stets und allgemein der Preis für die beste Qualität berechnet wird“, zustande kamen.<sup>248</sup> In Flensburg stieg die Zahl der geahndeten Preisvergehen ständig von 650 im Jahre 1946 auf 3412 im Jahre 1949.<sup>249</sup> Es wurde Klage geführt, „daß minderwertige Gebrauchsartikel, meistens aus Ersatzstoffen, zu überhöhten Preisen in Schaufenstern ausliegen. [...] Allgemein scheinen die Preise für Frühgemüse überhöht.“<sup>250</sup> Diese Beispiele zeigen alle, dass die Preise bisweilen um ein Vielfaches des erlaubten Preises überzogen wurden. Die Verstöße gegen die Preisvorschriften umfassten alle

---

<sup>246</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 25739, Nr. 25740, Nr. 25741. 1947 galten in Kiel die Preise von Betten als überhöht (StAK 34163: Dezernentenbesprechung vom 10.01.1947), ebenso die Preise in den Gaststätten (StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947).

<sup>247</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an das schleswig-holsteinische Innenministerium vom 29.03.1947.

<sup>248</sup> StAK 34697: Stellungnahme der Preisbehörde vom 09.05.1947.

<sup>249</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1939-1949, S. 34. Weitere ähnliche Angaben in StAFI II B 15 Bd.1: Sitzungsprotokoll des Preisausschusses vom 10.07.1947.

<sup>250</sup> StAFI II B 15 Bd.1: Sitzungsprotokoll des Preisausschusses vom 10.07.1947. Weitere Klagen über Preisverstöße ebd., Sitzungsprotokoll des Preisausschusses vom 04.06.1948, insbesondere über das Gebahren der Gastwirte.

Gewerbebranchen und waren im ganzen Land zu jeder Zeit verbreitet.<sup>251</sup> Erst die Währungsreform brachte eine Besserung.<sup>252</sup>

Wie oben schon für die britische Zone, kann zumindest für zwei Monate in Kiel die Verteilung der Preisstrafsachen auf die verschiedenen Warengruppen aufgezeigt werden:

**Tabelle 6: Preisverstöße in Kiel, Juli und September 1947**

Warengruppe	Geldstrafen		Verwarnungen		Konfiszierung von unerlaubten Gewinnen		An die Gerichte überwiesene Fälle	
	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.
Nahrungsmittel (außer Fleisch)	15	12	40	42	.	2	22	22
Fleisch	5	.	2	1	.	.	3	.
Rindvieh	.	.	.	.	.	.	5	.
Bekleidung	2	6	.	.	.	.	2	2
Miete	.	.	.	.	.	.	.	.
Transporte	.	.	.	.	.	.	.	.
Restaurantpreise	.	.	.	.	.	.	.	.
Handwerk	1	4	.	1	.	.	.	.
Baugewerbe	.	1	.	.	.	.	.	.
Eisen, Metall und Maschinen	3	5	.	.	.	.	8	5
Elektromaschinen	1	24	.	3	1	3	8	10
Chemikalien	7	4	.	.	.	.	10	.
Holz und Papier	.	.	.	.	1	.	.	.
Kohle und Mineralöl	1	1	.	.	.	.	.	.
Unterhaltung, Kultur	1	.	.	.	.	.	.	.
Verschiedenes	29	68	14	19	1	6	11	23

Quelle: Erstellt nach Angaben in StAK 34697. Für mehr als diese beiden Monate waren keine Angaben zu finden.

Auch hier sind die meisten Preisverstöße wieder bei den Nahrungsmitteln und unter „Verschiedenes“ zu finden. Offensichtlich war dies aufgrund der Knappheit der Lebensmittel vorzusehen, denn schon kurz nach Kriegsende waren die Kieler Preisbehörden von der

<sup>251</sup> Vor diesem Hintergrund ist die Meinung, dass auf dem legalen Markt „der gesetzlich festgesetzte Preis im allgemeinen eingehalten“ werde, nicht nachvollziehbar (Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), S. 61). Sie steht dementsprechend in den Quellen und in der Sekundärliteratur isoliert da.

<sup>252</sup> Statistisches Amt Lübeck (Hrsg.), Verwaltungsbericht der Hansestadt Lübeck 1937 bis 1951, S. 60.

Militärregierung angemahnt worden, ihr Augenmerk besonders dem Lebensmittel- und Textilsektor zu widmen.<sup>253</sup>

Doch nicht immer bedeutete ein hoher Preis automatisch eine Überteuerung der Ware. Im Jahre 1946 beschreibt die Kieler Preisbehörde die Lage auf dem Textilmarkt so:

„Die Überprüfung der Textilgeschäfte ergab im Übrigen, daß sie sich bei der Berechnung der Aufschläge streng an die Vorschriften der Verordnung über die Preisbildung für Spinnstoffe und Spinnwaren im Einzelhandel vom 17.09.1939 gehalten haben. [...] Bei diesen Überprüfungen wurde festgestellt, daß sich die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorkriegsstand bei Textilwaren um etwa 30%, bei Bindern und modischen Artikeln usw. um ca. 200% erhöht haben. Da der Einzelhandel infolge seines zu zahlenden höheren Einkaufspreises eine zulässige höhere Verdienstspanne berechnen darf, verteuert sich dementsprechend der Verbraucherpreis erheblich.“<sup>254</sup>

Auch wenn die offiziellen Bestimmungen nur geringe Ausnahmen vom Preisstopp vorsahen, mussten in den Geschäften also häufig überhöhte Preise gezahlt werden. Wie diese Preisverstöße sich auf die einzelnen Warengruppen in Schleswig-Holstein verteilten, ist aus den vorliegenden Quellen nicht näher zu ermitteln. Aufgrund der Lage in der Britischen Zone insgesamt und in Kiel ist aber zu vermuten, dass in ganz Schleswig-Holstein der Nahrungsmittelsektor und wieder der Bereich „Verschiedenes“ am stärksten betroffen waren.

#### **6. 4 Wirtschaftliche Gründe für Preiserhöhungen**

Im Folgenden sollen nicht die Gründe für Preiserhöhungen für jede Warengruppe einzeln erörtert werden. Dazu müsste die wirtschaftliche Lage eines jeden Wirtschaftszweiges genauer betrachtet werden, was weit über die eigentliche Themenstellung hinausgehen würde. Vielmehr wird exemplarisch gezeigt werden, wie sich die in Kapitel 3 geschilderten Schwierigkeiten auf die Verbraucherpreise auswirkten. Darüberhinaus liefern die Beispiele ein eindrucksvolles Bild der Alltagsprobleme von Erzeugern und Handel, wodurch die oben erläuterten allgemeinen Probleme noch einmal illustriert werden.

Ein Beispiel von Preisüberschreitung soll an dieser Stelle zunächst etwas weiter ausgeführt werden, da sich an ihm grundsätzliche Haltungen der Betroffenen verdeutlichen lassen.<sup>255</sup> Am 15.12.1947 hatte der Landesverband der Hotel- und Gaststättenbetriebe Schleswig-Holstein das Wirtschaftsministerium und den Oberbürgermeister Kiels um die Genehmigung des Ausschanks von Alkohol in Gaststätten gebeten. Vorgeschlagen wurde ein Preis von 65 bis 75

---

<sup>253</sup> StAK 34707: Schreiben der Militärregierung an den Oberbürgermeister Kiels vom 12.06.1945.

<sup>254</sup> StAK 34697: Protokoll der Preisbehörde vom 17.10.1946.

<sup>255</sup> Vgl. zum Folgenden LAS, Abt. 691, Nr. 25740. Die hier enthaltenen Zahlenangaben konnten von mir nicht verifiziert werden.

RM pro Flasche Wein. Das schleswig-holsteinische Justizministerium beurteilte den Antrag ablehnend:

„Die Festsetzung derartiger Preise würde die behördliche Anerkennung des unerwünschten Zustandes bedeuten, daß sich eine verhältnismäßig dünne Bevölkerungsschicht erlauben kann, für Luxusgüter Preise auszugeben, welche die ehrlich arbeitende Bevölkerung nicht aufbringen kann. Zur Ausgabe derartiger Summen, wie z.B. 70,- RM für eine Flasche Wein, würden auch überwiegend nur Personen bereit sein, welche diese Beträge nicht durch Arbeit sondern durch Beteiligung an zumeist dunklen Geschäften leicht verdient haben.“

Auch der zur weiteren Meinungsbildung herangezogene Innenminister äußerte sich abweisend:

„Gegen eine Genehmigung der für Weine und Spirituosen vorgesehenen Preise werden stärkste Bedenken geltend gemacht. Auf legalem Wege dürften diese Waren kaum zu erlangen sein. Da sie der allgemeinen Bewirtschaftung unterliegen, muß wie bei anderen Waren auch auf sie der Preisstop zur Anwendung kommen. Eine Genehmigung von Preiserhöhungen, die mehr als das fünfzehnfache des Friedenspreises ausmachen und den Schwarzmarktpreisen gleichkommen, bedeutet letztenendes eine behördliche Anerkennung des Schwarzen Marktes. Die vorgesehenen Preise stehen zudem in keinem Verhältnis zu den Normaleinkommen, und haben, da sie in vielen Gaststätten bereits eingeführt sind, berechtigten Anstoß in weiten Bevölkerungskreisen erregt. In einer Zeit, in der Hunderttausende dem Verhungern nahe sind, ist kein Platz mehr für Luxus- und Schlemmerlokale.“

Der Antrag der Gastwirte wurde dementsprechend vom Wirtschaftsministerium abgelehnt. Auf behördlicher Seite widersprachen einer Genehmigung des vorgeschlagenen Preises also das Ringen um eine Unterbindung des Schwarzmarktes, Preisvorschriften, das Bemühen um sozialen Ausgleich und Rücksichtnahme auf die Vermögenslage der Bevölkerung. In einem Schreiben an die Preisüberwachungsstelle in Schleswig machte der von der Ortsgruppe Westerland der Hotel- und Gaststättenbetriebe beauftragte Rechtsanwalt den Standpunkt der Gegenseite klar. Den Preisbehörden wurde eine unnötig scharfe Preiskontrolle vorgeworfen, die keine Toleranz dulde. Dabei sei gerade eine Lockerung der Preiskontrolle angesichts der schwierigen Lage der Gastwirte, die sie zur Forderung nach hohen Preisen dränge, nötig:

„Welche Behörde will es wissen, mit welchen Schwierigkeiten heute auch nur eine Kaffeetasse auf den Tisch gestellt werden kann? Der Wirt muß erst bis zu 150 Tassen verkaufen, bis er die Kaffeetasse [...] amortisiert hat. Die Betriebe sind also um alles das, was die Behörden ihnen nicht geben, zu beschaffen gezwungen, die notwendigsten Betriebsmittel zu stark überhöhten Preisen einzukaufen. [...] es darf ehrlich vorgetragen werden, daß heute Glühlampen, Scheuertücher, Bohnerwachs, Vorhänge, Blumenschmuck – um nur einiges zu nennen – das hundertfache des Friedenspreises kostet und anders nicht zu beschaffen ist, und daß soundsoviele andere Dinge nur mit Zigaretten Spenden und dergleichen herbeizuschaffen sind.“

Sind die genannten Verhältnisse prinzipiell richtig wiedergegeben, so ist diese Argumentation dennoch äußerst kurzsichtig, da sämtliche Gewerbezweige in Schleswig-Holstein vor denselben Problemen standen. Ausnahmen konnten allein deshalb von den Preisbehörden nicht gemacht werden. Das zeigt auch das folgende Beispiel:

„Wenn man nunmehr auch aus dem allgemeinen Preisstop Schnaps, Zigaretten, Bohnenkaffee und Weine herausnimmt, so dürften aus den angeführten Gründen auch andere Verkäufer und Produzenten zu gleichen Bestrebungen veranlaßt werden. Gegen den freien Verkauf von kunstgewerblichen Gegenständen wird immer wieder von Seiten der Handwerkerschaft geltend gemacht, daß der ordentliche Handwerker für gute Handwerksarbeit nur die geringen Stoppreise erhält, während ungelernete Arbeitskräfte für sogenannte kunstgewerbliche Erzeugnisse Phantasiepreise erzielen können.“<sup>256</sup>

Entsprechend begegnete die Kieler Preisbehörde einem Vorschlag, kleine Preisverstöße nicht weiter zu beachten: „Im übrigen scheint es auch gefährlich, solche Lappalien ohne weiteres durchgehen zu lassen, da [...] durchaus nicht jede Familie leichten Herzens 75 Pfennig für eine Nähmaschinennadel aufwenden kann.“<sup>257</sup>

Der geschilderte Vorgang zeigt insbesondere, dass nicht nur das Verlangen, aus der Not anderer Profit zu schlagen, Grund für diese Art der Wirtschaftskriminalität war. Die Sicherung der eigenen Existenz war Antrieb genug, die Preisvorschriften zu missachten. Der wirtschaftliche Druck, verbunden mit den stark behinderten Kontrollmöglichkeiten der Preisbehörden führte häufig zum Verstoß gegen Preisverordnungen. Die restriktive Haltung der Behörden, die sich aus den oben dargelegten wirtschaftlichen Grundsätzen ergab, und die erschwerten Produktions- und Vertriebsbedingungen von Erzeugern und Gewerbe führten zu einem unauflösbaren Spannungsverhältnis zwischen Obrigkeit und Einzelhandel.

Am 20.02.1947 sprach Oberregierungsrat Lindemann von der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vor der Kieler Industrie- und Handelskammer über die Preiserhöhungen. Er nannte drei Ursachen: 1. Erhöhte Steuern und Wegfall der staatlichen Unterstützungen, 2. Wirtschaftliche Strukturveränderungen und 3. Rückgang der Arbeitsleistung.<sup>258</sup>

Die Steuererhöhungen konnten nicht alleine von den Erzeugern und Verteilern getragen werden, auch der Verbraucher musste dies tun. So führte z. B. die Branntweinsteuer zur Erhöhung des Essig- und damit des Marinadenpreises. Die Gaststättenbetreiber beklagten entsprechend ihre wirtschaftliche Situation:

---

<sup>256</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

<sup>257</sup> StAK 34697: Schreiben der Kieler Preisbehörde vom 17.10.1946. So auch die Argumentation der Schleswiger Preisbehörden in einem Schreiben des schleswig-holsteinischen Städtevereins vom 25.02.1948 (LAS, Abt. 691, Nr. 25740).



„Von Seiten der Kieler Gastwirte wird weiter dargelegt, daß das Gastwirtgewerbe infolge der hohen Steuern und auf Grund der Tatsachen, daß zu normalen Preisen nur noch Dünnbier und Limonaden verkauft werden können, alle Gastwirte in kurzer Zeit wegen Zahlungsunfähigkeit ihr Gewerbe werden einstellen müssen.“<sup>259</sup>

Im selben Bericht wird ein Kieler Ratsherr zitiert:

„Er könne jedoch aus den Erfahrungen seines eigenen Betriebes erklären, daß derjenige Gastwirt, der sich an die Bestimmungen hält und nicht Schnaps und Weine zu den angeführten Preisen verkauft, sich bereits heute ausrechnen könne, wann er Pleite macht.“

Ebenso konnte der Wegfall staatlicher Unterstützungen wie Milchprämien nicht allein vom Bauern getragen werden. Das Fehlen der Staatszuschüsse für Brot, Fleisch, Wurst, Milch, Butter, Käse, Margarine, Speiseöl, Eier und Zucker seit Anfang 1946 soll laut dem „*Wirtschaftsspiegel*“ dementsprechend zu einem Preisanstieg dieser Erzeugnisse geführt haben, was nach den vorhergehenden Untersuchungen in dieser Allgemeinheit nicht bestätigt werden kann.<sup>260</sup>

Zum zweiten Punkt führte Lindemann aus:

„Ein beachtlicher Teil von Blech- und Holzwaren kam aus Zonen, deren Grenzen der englischen Zone nicht offenstehen. Es ist daher in weitem Umfange erforderlich geworden, zu versuchen, solche Konsumgüter nunmehr auch innerhalb der englischen Zone zu erzeugen. Da fehlt es aber an den notwendigen Maschinen, den industriellen Erfahrungen und vor allem an den geübten Händen der Arbeiter des sächsischen Berglandes. Zur Herstellung eines Quirls benötigt die ungeübte Hand eines Flüchtlings oder Schwerversehrten das Vielfache der Zeit, die ein Arbeiter aus dem Erzgebirge aufwendet. Dasselbe Bild sehen wir bei der Herstellung von Spielwaren. Es ist der heimischen Industrie einfach unmöglich, Spielwaren zu den gleichen niedrigen Preisen wie das Erzgebirge auf den Markt zu bringen.“

Das scheinbare Paradoxon von Übervölkerung und damit vermeintlichem Arbeitskräfteüberfluss einerseits und wirtschaftlicher Krise andererseits löst sich in der fehlenden Qualifikation der Flüchtlinge auf.<sup>261</sup> Der Mangel an Rohstoffen, Grunderzeugnissen oder anderen Waren brachte lange Anfahrtswege zu ihrer Beschaffung mit sich:

„[...] heute haben die Geschäftsspesen deshalb eine bedeutende Erhöhung erfahren, weil die Ladenbesitzer, um überhaupt Ware zu bekommen, oft Reisen unternehmen müssen, die sich nicht selten bis in's Rheinland ausdehnen. Diese Unkosten müssen natürlich auf die Ware umgeschlagen werden.“<sup>262</sup>

---

<sup>258</sup> Vgl. dazu und zu den weiteren Ausführungen: Mitteilungen der IHK zu Kiel 5 (1947), S. 2.

<sup>259</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

<sup>260</sup> *Der Wirtschaftsspiegel* (August 1946): „Index der Lebenshaltungskosten“.

<sup>261</sup> Weitere Probleme des Einzelhandels in Fragen der Preisgestaltung werden in Mitteilungen der IHK zu Kiel 1 (1948), S. V, VII beschrieben.

<sup>262</sup> StAK 34697: Auszug aus einem Kieler Stimmungsbericht vom 04.10.1946.

Das Beispiel der Brennkosten illustriert auch hier wieder gut die Nachkriegsprobleme. Da zur Verfeuerung jede Art von Brennmittel benötigt wurde, schlug man auch Nutzholz, das von den Forstbetrieben auch als solches berechnet wurde. Aufgrund des enormen Bedarfes reichten die Wälder in der Umgebung Lübecks bald nicht mehr aus, so dass das Holz aus dem Möllner Raum herangeschafft werden musste, was wiederum die Transportkosten verteuerte.<sup>263</sup> Das Problem der „wirtschaftlichen Strukturveränderungen“ wird noch einmal sehr anschaulich durch ein Schreiben einer Dithmarscher Torffirma dokumentiert:

„Inzwischen haben wir festgestellt, daß wir auch mit dem vorkalkuierten Preis keinesfalls auskommen, da die Gerätereparaturen und die Einrichtung des Betriebes sowie Fuhrkosten weit über die von uns veranschlagen Beträge hinausgehen. [...] Die Schwierigkeiten [...] waren für unsere Preisgestaltung von ausschlaggebender Bedeutung, [...]. Die Entfernung von der Kreisstadt Heide beträgt 24 km. Die allermeiste Zeit stand uns nicht einmal ein Fahrzeug zur Verfügung, so daß die Kosten für die Anfuhr der notwendigsten Ersatzteile und Geräte einschließlich der hierfür erforderlichen Telefongebühren und des ungeheuren Zeitverlustes immens wurden. [...] Bei der völligen Verkehrsabgeschiedenheit ist uns dieses ablehnende Verhalten der zuständigen Stellen unverständlich, zumal sich durch diesen Zustand die Herstellungskosten des Brenntorfes wesentlich erhöht haben. [...] Aus diesen geschilderten Verhältnissen, die sich wesentlich verteuern für unseren Betrieb auswirkten, kommt noch hinzu, daß uns kontingentierte Materialien durch das Landeswirtschaftsamt zugewiesen wurden, für die wir enorme Preise zahlen müssen. [...] Unseres Erachtens kann es nicht angängig sein, daß wir einerseits für bewirtschaftete Stoffe derartige Preise zahlen müssen und andererseits den Brenntorf zu einem Betrage abgeben müssen, der weit unter den Herstellungskosten liegt.“<sup>264</sup>

Aus Kiel ist der folgende Bericht erhalten:

„Es haben sich Fälle ereignet, bei denen tatsächlich die Produzenten oder die Verkäufer den Nachweis erbringen konnten, daß sie bei den gegenwärtigen Produktionskosten die Waren nicht zu den durch die Preisbildungsstellen festgesetzten Preisen ohne Verlust verkaufen können. In derartigen Fällen ist der Preisbehörde ganz offen mehrfach erklärt worden, daß dann auch der ordentliche Kaufmann gezwungen ist, einen Teil dieser Waren über den Schwarzmarkt abzusetzen, um die eigenen Verluste zu decken.“<sup>265</sup>

In Bezug auf die Lage der Landwirtschaft zitierte die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung im Juli 1946 den Landtagsabgeordneten Arp:

„Die Erzeugerpreise für Gemüse sind unhaltbar niedrig. Bei den schwierigen Erzeugungsverhältnissen, die wir in diesem Sommer haben, ist es unmöglich, zu diesen Preisen Ware zu einigermaßen wirtschaftlichen Verhältnissen zu liefern. [...] Die Gärtner und besonders auch die Feldgemüseanbauer erklären, nachdem sie nachgewiesen haben, sie müßten pro Morgen 200 RM

---

<sup>263</sup> AHL 820: Schreiben des Lübecker Polizeipräsidenten an den Oberbürgermeister vom 04.03.1946.

<sup>264</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Schreiben der Firma Strauss aus Tielenheim an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 04.08.1947. Ähnliche Sorgen wurden auch in Flensburg laut (StAFI II B 15 Bd.1: Sitzungsprotokoll des Preisausschusses vom 10.07.1947).

<sup>265</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

zusetzen bei den jetzigen Preisen, die sie ausgerechnet haben, eine Verwertung durch den Viehmagen sei günstiger als eine Marktbelieferung, und daß sie deshalb diese Verwertung vorzögen.“<sup>266</sup>

Die Preisprobleme der Bauern kommentierte Dr. Hans Müthling: „Die Preisschere der Landwirtschaft fällt immer weiter auseinander. Vor allem die mittleren bäuerlichen Betriebe sind nach und nach zu den größten Kreditnehmern der Banken geworden.“<sup>267</sup> Von der Forschung werden diese Klagen bestätigt, indem G. Stüber 1984 „zu niedrige amtliche Festpreise für die landwirtschaftlichen Produkte“ konstatierte.<sup>268</sup> Einige der hier dargestellten Fakten tauchen in dem folgenden Beispiel noch einmal abschließend auf:

„Es wird darauf hingewiesen, daß Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht zu den von den Preisbildungsstellen genehmigten Preisen geliefert werden können. Es wird dargetan, daß etwa die Beschaffung von Feuersteinen, Bürsten, Zahnbürsten, Schnaps, Glühbirnen u. a. unter unsagbaren Schwierigkeiten und mit großem Risiko aus der russischen Zone erfolgt. Die Einkäufer hätten mit Beschlagnahmungen durch die Grenzbehörden zu rechnen; sie müssen die an der Grenze diensttuenden deutschen und ausländischen Beamten bestechen, sie müssen auch, wenn sie in der russischen Zone einkaufen, entsprechende Kompensationswaren – von Kiel z. B. Fische – mitnehmen. Alles dies verteuert naturgemäß die Waren und das mit der Warenbeschaffung verbundene Risiko muß auf den Preis aufgeschlagen werden.“<sup>269</sup>

Die herabgesetzte Leistungsfähigkeit der Arbeiter hatte denselben Effekt wie eine unzureichende Ausbildung: Die Zeit zur Herstellung eines Produktes verlängerte sich und damit seine Herstellungskosten.<sup>270</sup>

Die Lübecker Dräger-Werke brachten 1947 die Gründe für Preiserhöhungen noch einmal auf den Punkt: Rückgang der Umsätze und Erhöhung der Gemeinkosten, Verteuerung des Materials der Betriebsstoffe und Betriebsmittel, Minderleistung der Arbeitskräfte sowie Materialmangel und daher geringe Kapazitätsausnutzung.<sup>271</sup> Als Ursache von Preiserhöhungen wurde von anderer Seite ferner geltend gemacht: Übergang zu „primitiveren Fertigungsmethoden“ aufgrund der Demontagen und Kriegszerstörungen und die Verwendung von Ersatzroh- und werkstoffen.<sup>272</sup> Auch der Geld- und Kaufkraft- Überfluss im

---

<sup>266</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 06.07.1946. Diese Vorwürfen wurden von der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig allerdings allesamt zurückgewiesen (Schreiben des Amtes für Wirtschaft an Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 06.11.1946, in: LAS, Abt. 691, Nr. 22462).

<sup>267</sup> *Flensburger Tageblatt* vom 20.01.1948: „Die kommende Währungsreform“. Weitere derartige Klagen in StAFI II B 15 Bd.1: Sitzungsprotokoll des Preisausschusses vom 04.06.1948.

<sup>268</sup> Stüber, *Der Kampf gegen den Hunger*, S. 582.

<sup>269</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

<sup>270</sup> *Wirtschaftsverwaltung* 1 (1948), S. 61.

<sup>271</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an den Wirtschaftsminister vom 18.04.1947.

<sup>272</sup> Schmidt, *Grundprobleme der Preispolitik*, S. 113-115; Marx, *Die Sorge um den gerechten Lohn*, S. 173-177; *Der Wirtschaftsspiegel* (Dezember 1946): „Preispolitik und Währung“.

Zusammenwirken mit der Warenknappheit hat zu Preiserhöhungen geführt.<sup>273</sup> Zusätzliche Materialbeschaffungskosten, die gesunkene Produktionsserie und Einführung der Handarbeit anstelle von Maschinenarbeit wurden desweiteren angegeben.<sup>274</sup>

Führten diese Faktoren in unterschiedlicher Ausprägung zu einer legalen Erhöhung der Preise, so waren sie natürlich auch die Ursache der oben erläuterten Verstöße gegen die Preisvorschriften. In jedem Falle also verursachten die hohen Produktionskosten Preiserhöhungen trotz des Preisstopps; legal oder illegal, das hing häufig allein von der Entscheidung der Preisbehörden ab. Wie gezeigt, wanderten auch einige Güter auf den Schwarzmarkt ab, damit wenigstens einige Unkosten gedeckt werden konnten. Sie waren damit der Bewirtschaftung entzogen und standen nur noch den Teilnehmern des Schwarzhandels zu weit überhöhten Preisen zur Verfügung.

---

<sup>273</sup> Haussleiter, Gedanken zur preispolitischen Lage, S. 4.

<sup>274</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 21. Vgl. auch verschiedene Anträge auf Preiserhöhungen in StAK 34687 und die dortigen Begründungen wie „erhöhte Beschaffungskosten“ oder „schwierige Beschaffungsverhältnisse“, die von der Schleswiger Preisbehörde als gerechtfertigt angesehen wurden.

## 7 Der Schwarze Markt

Angesichts des breiten Raumes, der dem Schwarzmarkt in seinen verschiedenen Erscheinungsformen in der Literatur zur Nachkriegszeit eingeräumt wird,<sup>275</sup> ist an dieser Stelle zu fragen, ob eine weitere Darstellung des Schwarzmarktes, wenn auch regional eingegrenzt, überhaupt noch nötig ist. Sie ist es unbedingt, da der Schwarze Markt nicht nur in einem zeitlichen, sondern auch in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit steht. Das verdeutlichen die folgenden Stichpunkte, die im Verlauf dieses Kapitels weiter ausgeführt werden:

- Die hohen Preise auf dem Schwarzmarkt betreffen direkt die Lebenshaltungskosten aller Bevölkerungsschichten
- Der Schwarzmarkt kann eine zusätzliche Einkommensquelle bedeuten, bzw. diese ganz ersetzen
- In die Zuständigkeit der Preisbehörden fiel auch die Bekämpfung des Schwarzhandels, die Beschreibung ihrer Tätigkeit wäre also ohne dieses Kapitel unvollständig
- Eine Darstellung des Schwarzmarktes vermag Aufschlüsse über die Lebenshaltungskosten bestimmter Bevölkerungsschichten zu geben

Hatten bisher die statistischen Quellen ein besonderes Gewicht, so ist dagegen beim Schwarzen Markt von einer schlechten statistischen Quellenlage zu sprechen. Nur für Kiel sind zum Ende des Untersuchungszeitraumes über einige Monate hinweg Daten vorhanden, und für Flensburg gibt es für den Februar 1946 eine relativ umfassende Aufstellung von Schwarzmarktpreisen.<sup>276</sup> Einige weitere Zahlen des Statistischen Landesamtes liefern noch Durchschnittswerte für den Zeitraum von Januar bis Juni 1948 in Kiel. Diese spärlichen Angaben liefern aber keine neuen Erkenntnisse.<sup>277</sup> Eine kontinuierliche, raumdeckende

---

<sup>275</sup> Vgl. z. B. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), Dokumente deutscher Kriegsschäden II, 2, S. 86-113; Boelcke, Der Schwarzmarkt 1945-1948; Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 577-619; Dies., Kieler Hungerjahre, S. 220 f; von Plato, Leh, „Ein unglaublicher Frühling, S. 37-41; Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 49 f; Grube/ Richter, Die Schwarzmarktzeit; Binder, Deutschland seit 1945, S. 70-74; Franck, Jahre unseres Lebens, S. 170-190; Wildt, der Traum vom Sattwerden, S. 101-114, Whiting, Norddeutschland Stunde Null, S. 119-121; Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen, S. 170-172.

<sup>276</sup> Zu Kiel vgl. Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 415-417 für November 1947, Januar bis Mai 1948. Zu Flensburg vgl. LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946. Vgl. die Tabellen VI und VII im Anhang.

<sup>277</sup> Zahlendienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein Nr. 12, Tabelle 1; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein U I 21/1/1b: Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein 1948/1949.

In den von mir verwendeten Quellen sind darüber hinaus vereinzelt Schwarzmarktpreise für einzelne Waren erwähnt, deren Angabe aber am Gesamtbild des Preisniveaus auf dem Schwarzen Markt nichts ändern würde.

Untersuchung des Preisniveaus auf dem Schwarzmarkt ist somit für Schleswig-Holstein nicht möglich. Generell gilt für alle Angaben über Schwarzmarktpreise das Urteil der Schleswiger Preisbildungs- und Überwachungsstelle: „Die Schwarzhandelspreise sind wegen der Heimlichkeit des Schwarzhandels sehr schwer genau festzustellen. [...] Sie können daher nur ungefähr angegeben werden, für manche Waren gar nicht.“<sup>278</sup>

Für eine weitere Untersuchung des Schwarzmarktes in Schleswig-Holstein spricht auch die Auswahl der von G. Stüber verwendeten Quellen, die insbesondere den mit der Lebensmittelversorgung betrauten Behörden entstammen. Im Gegensatz dazu nehme ich unter Verwendung des Aktenmaterials der anderen damals in Schleswig-Holstein mit der Bekämpfung des Schwarzhandels betrauten Stellen Zugang zum Thema. Dazu gehörten Anfang 1947 das RFO, die Landesbauernschaft, die Prüfstelle des Landeswirtschaftsamtes, die Preisbildungs- und Überwachungsstelle sowie die Polizei, die diese Aufgabe mit unterschiedlichen Schwerpunkten übernahmen.<sup>279</sup> Die Akten des RFO blieben aufgrund der von G. Stüber geleisteten Arbeit allerdings ausgeklammert, so dass v. a. die Überlieferung der Preisbehörden im Lande hinzugezogen wurde. Die Abgabe des Landeswirtschaftsamtes enthält keine Materialien zum Schwarzmarkt. Von größter Bedeutung für dieses Kapitel ist die m. W. einzige erhaltene Statistik über den Schwarzen Markt vom April 1946, die monatlich vom Chef der Polizei Schleswig-Holsteins erstellt und an das Landeswirtschaftsamt weitergeleitet wurde.<sup>280</sup>

Gabriele Stüber hat bis jetzt die einzige nennenswerte Untersuchung über den Schleswig-Holsteinischen Schwarzmarkt geleistet.<sup>281</sup> Sie tat dies im Rahmen ihrer Arbeit über die Ernährungskrise in der Britischen Zone und stellte ihn in den Kontext der „illegalen Wege deutscher Selbsthilfe“ zur Linderung der Not. Dementsprechend sind bei ihr andere Schwerpunkte zu finden als da sind die Fragen nach den Gründen des Einzelnen, sich am Schwarzmarkt zu beteiligen, nach seiner Verbreitung in der Bevölkerung, nach seiner Bedeutung für den Einzelnen, nach seiner Bewertung durch die Zeitgenossen sowie nach der Arbeit der Ernährungsbehörden bei der Bekämpfung. Auch steht bei ihr mehr die

---

<sup>278</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946.

<sup>279</sup> Vgl. LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947.

<sup>280</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946; Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947. Ansonsten enthält die Ablieferung der schleswig-holsteinischen Polizeistellen an das Landesarchiv (Abt. 623) lediglich Auflistungen von Straftaten, die nur einen geringen Quellenwert haben. Die Suche nach vergleichbarem Material der Polizei in Flensburg, Kiel und Lübeck war nur in der Hansestadt erfolgreich (AHL, Nr. 180, 182, 184).

<sup>281</sup> Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 577-619.

Besatzungszone als Ganzes im Vordergrund, wohingegen ich einen stärkeren landesgeschichtlichen Bezug mit dem Schwerpunkt auf den vier oben genannten Aspekten anstrebe. Zweifellos sind aber ihre Erkenntnisse auch für Schleswig-Holstein gültig, weshalb diese, wo nötig, übernommen werden, um ein abgerundetes Bild der Darstellung nicht zu behindern.

Die Schwarzhandelsgeschäfte zwischen Betrieben, i. A. als „Kompensationen“ bezeichnet, werden hier nicht weiter betrachtet werden. Dies hat zum einen G. Stüber in ihrem oben genannten Abschnitt über den Schwarzmarkt in der Britischen Zone bereits zu einem großen Teil getan, zum anderen betreffen sie auch nicht direkt die Lebenshaltungskosten von Arbeiterfamilien.<sup>282</sup>

## 7. 1 Der Schwarze Markt in Schleswig-Holstein

Die Begriffe „Schwarzmarkt“ und „Schwarzhandel“ waren nie einheitlich definiert.<sup>283</sup> In Schleswig-Holstein unterschied das Landeswirtschaftsamt den *Schwarzmarkt* von *Schwarzhandelsgeschäften*, „an denen mindestens ein gewerblicher oder landwirtschaftlicher Betrieb als Geschäftspartner beteiligt sind“.<sup>284</sup> Das Amt klassifizierte den Schwarzhandel weiter in den unerlaubten Handel mit bewirtschafteten oder unbewirtschafteten Waren und verbotene Tauschgeschäfte. Der Schwarze Markt dagegen sei durch seine örtliche Gebundenheit und die Tatsache, dass auf ihm „in der Regel Personen ohne Gewerbe oder nicht in Ausübung ihres Gewerbes handeln“ gekennzeichnet.<sup>285</sup> In dieser Arbeit werde ich

---

<sup>282</sup> Gleichwohl enthält die Ablieferung des Landeswirtschaftsamtes an das Landesarchiv Schleswig nach Aussage der dortigen Findbücher Akten mit Bezug auf Kompensationsgeschäfte. Zu nennen wäre z. B. Abt. 691, Nr. 12679-12683, Nr. 24200-24209, Nr. 13871-13880, Nr. 2810, sowie z. B. StAK 34697: Stellungnahme der Kieler Preisbehörde vom 09.05.1947. Dieser Zweig des Schwarzhandels könnte also mit stärkerem landesgeschichtlichem Bezug noch näher untersucht werden.

<sup>283</sup> So sah z. B. der Kieler Ausschuss für Preisüberwachung in jedem Tausch nicht vergleichbarer Werte einen Schwarzhandel (Stüber, *Der Kampf gegen den Hunger*, S. 589), in Hamburg verstand man darunter eine „Handel, der entgegen den Bewirtschaftungs-, Versorgungs- und Preisbestimmungen vor sich geht“ (Wildt, *Der Traum vom Sattwerden*, S. 102). Auch das Landeswirtschaftsamt Schleswig-Holstein bestätigt, dass zwischen den von ihm definierten Formen des illegalen Handels bisweilen Beziehungen bestanden (LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947. So auch Stüber, *Der Kampf gegen den Hunger*, S. 587).

<sup>284</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947.

<sup>285</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947. Bei dem Schwarzhandel mit bewirtschafteten Waren handele es sich dabei i. Allg. sowohl um Verstöße gegen die Verbrauchsregelungen als auch um Preisverstöße, beim Handel mit unbewirtschafteten Dingen lediglich um Übertretungen der Preisbestimmungen. Tauschgeschäfte konnten illegal sein, wenn es sich um bewirtschaftete Waren, die aufgrund besonderer Dringlichkeit oder Bedürftigkeit ausgegeben wurden, gehandelt hat, da man annehmen mußte, dass das Bezugsrecht durch falsche oder unvollständige Angaben erlangt wurde.

dieser Definition folgen, da sie m. E. die Realität am besten beschreibt. Die Problematik solcher Begriffsbestimmungen muss aber im Auge behalten werden:

„Im Rahmen der [...] Mangelwirtschaft [...] stellte der [...] Schwarzmarkt ein weites Feld mit gewöhnlich 'schwimmenden' Grenzen dar. Sie ließen sich bei den persönlichen Beziehungen, im Rahmen von Gefälligkeiten, der Leistung auf Gegenseitigkeit, in der Grauzone zu den erlaubten, dann verbotenen und schließlich wieder zulässigen Kompensationen sowie gegenüber den teilweise legalisierten freien Märkten nie genau abstecken.“<sup>286</sup>

Somit erscheint es ratsam, weitere Kennzeichen des Schwarzmarktes festzuhalten und näher zu beschreiben.

Die örtliche Gebundenheit wurde bereits genannt. In den Städten spielte sich der Schwarze Markt nach Aussage der Polizei meist während der Abendstunden in Lokalen und an Bahnhöfen oder auch auf abseits gelegenen Straßen und Plätzen ab.<sup>287</sup> In Kiel zählten dazu z. B. der Iltisbunker, der Bereich zwischen Hauptbahnhof und Stresemannplatz und die Holtenauer Schleuse.<sup>288</sup> In Flensburg waren der Colosseum-Gang, die Friesische Straße und das Lokal „Kap der guten Hoffnung“ beliebte Treffpunkte. Der Schwarzmarkt war keine Randerscheinung, er war vielmehr eine „Institution“ des Alltags.<sup>289</sup> Die Preisstelle in Schleswig beklagte daher im Januar 1947, „in welcher ungenierter Form sich die Schwarzmarktgeschäfte weiter abspielen.“<sup>290</sup> In Heide wurden Schwarzmarktgeschäfte mitten auf dem Marktplatz getätigt.<sup>291</sup>

Unter dem Druck von Razzien und anderen Kontrollmaßnahmen der Obrigkeit konnte sich der Schwarzmarkt bisweilen aus der Öffentlichkeit zurückziehen oder aber die Ware wurde nach Abschluss des Geschäftes an einem anderen Ort übergeben. Eine Einschränkung der Geschäftstätigkeit bedeutete dies aber nicht. Die Landespolizei beschreibt das wie folgt:

„Die Geschäfte selbst werden heimlich getätigt, wobei die Schwarzhändler selten selbst im Besitz der Ware sind, sondern diese erst nach erfolgtem Kaufabschluß an einem dritten Ort aushändigen. Durch Vermittlung von Bekannten oder durch Mundpropaganda werden Schwarzmarktgeschäfte vielfach auch in Wohnungen getätigt.“<sup>292</sup>

Der Rückzug des Schwarzmarktes aus der Öffentlichkeit wird auch von der Kieler Preisbehörde beschrieben:

---

<sup>286</sup> Boelcke, Der Schwarzmarkt 1945-1948, S. 80.

<sup>287</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946.

<sup>288</sup> StAK 34163: Dezernentenbesprechung am 28.11.1945; *Die Welt* vom 14.02.1948: „Was geschieht gegen den Schwarzen Markt?“, LAS, Abt. 623, Nr. 120-126.

<sup>289</sup> Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 220.

<sup>290</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle Schleswig-Holstein an das Ministerium für Wirtschaft vom 09.01.1947.

<sup>291</sup> LAS, Abt. 623, Nr. 115, 151, 152, 164, 191.

<sup>292</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946.



„Zwar ist der Umfang der Menschenansammlungen an den bekannten Schwarzmarktplätzen zurückgegangen. Das bedeutet natürlich für den Eingeweihten durchaus nicht, daß der Schwarzmarkt als solcher zurückgegangen ist. Es ist nur so, daß der größere Teil der Schwarzhändler heute einen mehr oder weniger festen Kreis von Abnehmern hat, der von ihm die Ware in die Wohnung zugestellt bekommt.“<sup>293</sup>

Von einer Organisation des Schwarzmarktes in Schleswig-Holstein als Ganzes kann nicht gesprochen werden. Nur Einzelpersonen betrieben den Schleichhandel gewerbsmäßig, und nur in den größeren Städten kannten sich die Schwarzhändler und standen miteinander in Verbindung.<sup>294</sup> In Flensburg beschrieb das Stadternährungsamt deren Vorgehen: „Die Schwarzmarktartikel gehen immer durch mehrere Hände, sog. Aufkäufer. Ein Hauptmanager (sic!) setzt dann die Ware ab.“<sup>295</sup> Im Gegensatz zu den meist entschuldigtem Schwarzmarktgeschäften wurden diese „gewerbsmäßigen“ Schwarzhändler in der Bevölkerung stark kritisiert.<sup>296</sup> Ein Beispiel aus Kiel demonstriert noch einmal die oftmals verschlungenen Wege der Schwarzmarktwaren:

„Zur Zeit spielt sich der Verkauf von Zigaretten und Schnaps in den meisten Lokalen in der Form ab, daß die Inhaber wegen der zu befürchtenden Bestrafung durch die Preisbehörden dieses Risiko auf ihre angestellten Kellner übertragen. Eine ganze Reihe von Kellnern, die einem großen Teil der Bevölkerung auch bekannt sind, verkaufen die Zigaretten und den Schnaps auf eigene Rechnung. In manchen Lokalen, insbesondere bei großen Veranstaltungen und Bällen, wird so vorgegangen, daß bekannte Schwarzhändler zu diesen Veranstaltungen geladen werden, die in einer Aktentasche diesen Schnaps mitbringen. Sofern ein Gast von einem Kellner Schnaps verlangt, setzt sich dieser Kellner mit dem ihm bekannten Schwarzhändler in Verbindung, kauft die Flasche zu etwa 250,- RM ein und verkauft sie unmittelbar an den Gast zu etwa 300,- RM plus Prozenten weiter. Das Geschäft wird z. Zt. hauptsächlich durch den Kellner gemacht. Die Gastwirte vertreten den Standpunkt, daß, falls diese Geschäfte über den Gastwirt laufen würden, einmal der Zwischenverdienst des Kellners wegfallen würde, zum anderen der Umsatz über die Bücher des Gastwirtes laufen würde, wodurch der Umsatz höher würde und damit auch die für den Gastwirt zu zahlende Steuer ...“<sup>297</sup>

---

<sup>293</sup> StAK 34697: Stellungnahme der Kieler Preisbehörde vom 09.05.1947. Vergleichbares berichtete das Stadternährungsamt in Flensburg am 30.08.1946: „Als neue Erscheinung ist zu beobachten, daß das Angebot von Schwarzmarktartikeln nicht mehr unmittelbar auf dem „Schwarzen Markt“ erfolgt, sondern daß die Verkäufe in den Schwarzhandelszentralen wie „Colosseum-Gang“, Aufgang zum Gymnasium, „Kap der guten Hoffnung“ usw. erfolgt. Die Ware wird dann nach Abschluß des Verkaufes aus den Unterkünften der Schwarzhändler abgeholt.“ (StAFI VIII C 129). Zu einem heimlichen Schwarzhandelsgeschäft gehörte manchmal sogar noch weitere Personen: „In den meisten Fällen führen die Händler die Waren nicht mit sich, sondern schließen lediglich die Verträge ab über Waren, die teilweise auch noch dritten Personen gehören.“ (StAFI LL B 15, Bd. 1: Sitzungsprotokoll des Flensburger Preisausschusses vom 13.03.1947).

<sup>294</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946.

<sup>295</sup> StAFI VIII C 129: Bericht des Flensburger Stadternährungsamtes vom 30.08.1946.

<sup>296</sup> Zu den damaligen, durchaus auch differenzierten Bewertungen von Schwarzmarktgeschäften vgl. Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, insbes. S. 587.

<sup>297</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947. Es sei noch einmal an die hohen Steuern in der ersten Nachkriegszeit erinnert, die ohnehin schon zu Preistreibern geführt hatten, hier offensichtlich die Gastwirte aber noch weiter an den Rand der Kriminalität drängten.

Ein weiteres wesentliches Merkmal ist die Menge der gehandelten Güter. Es handelte sich im Wesentlichen um kleinere Mengen,<sup>298</sup> d. h. Mengen, die ein Einzelner in Taschen, auf Karren oder ggf. in einem Auto leicht und unauffällig transportieren konnte. So wurde beispielsweise in Flensburg ein mit Kalbfleisch gefüllter Koffer gefunden,<sup>299</sup> und am dortigen Hafen verkauften die Fischer „gegen Entrichtung von Zigaretten, Kaffee, usw. oder gegen weit überhöhte Preise [...] ihre Fänge [...]“<sup>300</sup>

Diese Beispiele geben bereits eine Vorstellung von dem Warenangebot, das alle für den täglichen Gebrauch irgendwie nutzbaren Dinge umfasste. So finden sich in amtlichen Aufstellungen beschlagnahmter Waren Lebensmittel und Textilien jeder Art, Rinder, Schafe, Messer, Rasierklingen, Autos, Treibstoffe, Autoreifen, Fahrräder, Scheuertücher, Waschmittel, Zahnpasta, Parfüm, Besen, Farbe, Nägel, Töpfe, Waagen, Staubsauger, Heizsonnen, Schreibmaschinen, Uhren, Radioapparate, Kleiderschränke usw.<sup>301</sup> Der Handel auf dem Schwarzen Markt war kraft- und zeitaufwendig, doch nach Berichten von Zeitgenossen war auf dem Schwarzen Markt „alles zu haben“.<sup>302</sup> Die Landesverwaltung gab dann auch offen zu, dass insbesondere „Mangelwaren ausschließlich Gegenstand der Spekulation des Tauschhandels und des Schwarzen Marktes seien.“<sup>303</sup> Die Landespolizei fasste entsprechend zusammen: „Lebens- und Genußmittel, Haushaltsgegenstände und Textilien sind zwar immer noch die am meisten umgesetzten Waren. Der Kreis der Schwarzmarktwaren erweitert sich jedoch zusehend, so daß es heute kaum noch irgendwelche Waren und Gegenstände gibt, die nicht Gegenstand von Schwarzmarktgeschäften sein könnten.“<sup>304</sup> Die unmittelbare Ursache ist in der allgemeinen Versorgungskrise der damaligen Zeit zu finden, die u. a. zur Bildung eines Schwarzen Marktes führte.<sup>305</sup>

---

<sup>298</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947. Bei den Schwarzhandelsgeschäften wurden dagegen meist größere Umsätze getätigt.

<sup>299</sup> Stadtchronik vom 31.10.1945

<sup>300</sup> Leserbrief im *Flensburger Tageblatt* vom 15.06.1946. Zu den Mengen vgl. auch die Beschlagnahmevermerke der britischen Schwarzmarkt-Abwehrstreifen in StAFI VIII C 129 und die Polizeitagebücher in LAS, Abt. 623.

<sup>301</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946; StAFI VIII C 129, 132, 133.

<sup>302</sup> Qualen, Nach uns die Sintflut, S. 177.

<sup>303</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben Champion de Crespignys an den Ministerpräsidenten des Landes vom 06.02.1947, Anhang A.

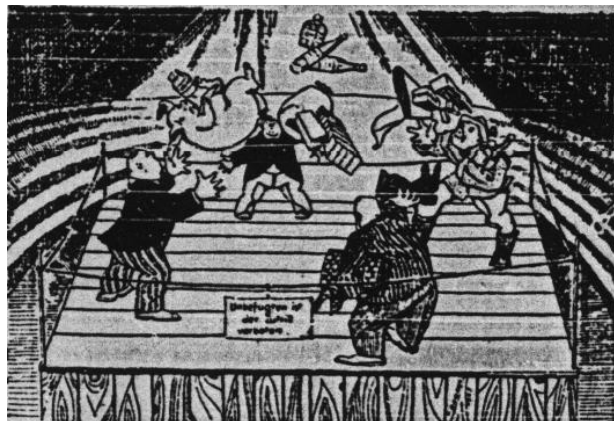
<sup>304</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946. Die Behauptung, dass Lebensmittel den größten Teil der Schwarzmarktwaren ausmachten, bestätigen u. a. die erwähnten amtlichen Aufstellungen beschlagnahmter Waren sowie z. B. der Verwaltungsbericht Lübecks: „Der Verkauf von Lebensmitteln nahm bei diesem illegalen Handel naturgemäß den Vorrang ein.“ (Verwaltungsbericht der Hansestadt Lübeck, S. 60).

<sup>305</sup> Zu den verschiedenen Ursachen vgl. z. B. Boelcke, Der Schwarzmarkt, S. 105; LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle Schleswig-Holstein an das Innenministerium, Landespolizeiverwaltung, vom 29.03.1947; Mitteilungen der IHK zu Kiel 5 (1947), S. 2; Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 581 f, Wildt, Der Traum vom Sattwerden, S. 101; Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), S. 61; von Plato/ Leh, „Ein unglaublicher Frühling, S. 37, 39.

Über die Herkunft der Waren geben Beschlagnahmevermerke aus Flensburg Auskunft. Demnach stammten diese z. B. aus Schwarzschlachtungen, Selbstbutterei und Selbstbrennereien, sie waren ohne Bezugsberechtigung erworben, es handelte sich um bewirtschaftete Dinge, die u. a. auf dem Tauschwege erworben worden waren oder Tiere wurden bei einer Viehzählung unterschlagen. Auch Diebesgut landete zu einem großen Teil auf dem Schwarzmarkt.<sup>306</sup>

„Leitwährung“ waren „Camel“ oder „Lucky Strike“. Ohne Zigaretten als die gängige Ersatzwährung auf dem Schwarzen Markt war kaum ein Geschäft zu machen. So wurden die dem Tabakhandel eigentlich zustehenden Schwundzuteilungen von Vertretern der Flensburger Stadtverwaltung mit der Zeit als überflüssig angesehen, da ein großer Teil von ihnen ohnehin auf dem Schwarzmarkt gehandelt würde<sup>307</sup> – die eigene Ware war als Zahlungsmittel wichtiger als Artikel im Sortiment! Der Schwarze Markt war jedoch denjenigen verschlossen, die nichts zu tauschen hatten oder keine Zigaretten besaßen – ein grundsätzliches Problem, das von der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung treffend karikiert wurde:

**Abbildung 1**



Quelle: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 09.08.1947: „Ein moderner Sport: Kraftakt der Schwarzmarkt-Jongleure“. (Schildaufschrift: „Unbefugten ist der Zutritt verboten.“)

Hiervon waren natürlich besonders die Flüchtlinge betroffen. Zigarettenzuteilungen besaßen einen Kaufwert, so dass Hausfrauen, die gar keine, oder erwerbstätige Frauen, die nur

<sup>306</sup> StAFI VIII C 132; AHL, Nr. 12: Protokoll eines Interviews von Radio Hamburg mit dem Leiter der Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft vom 26.09.1945; Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 25.01.1946.

<sup>307</sup> StAFI II B 15, Bd. 1: Sitzungsprotokoll des Flensburger Preisausschusses vom 28.02.1947.

die Hälfte der Zigarettenrationen der Männer erhielten, benachteiligt waren. Wie groß der Wert der amerikanischen Zigaretten war, beschreibt H. Qualen:

„Das nächste Problem war, Glas für die Fenster zu bekommen, auch eine Mangelware. Es gab bei Kriegsende in ganz Kiel wohl kaum eine einzige heile Fensterscheibe. [...] Deshalb wurde ich in dieser Zeit Nichtraucher, trug die mir auf Raucherkarten zugeteilten Zigaretten zum Glaser und bekam so nach und nach bis zum Winter die Fenster verglast. Das war schon ein großartiger Erfolg, besonders wenn man bedenkt, daß ich nur mit deutschen Zigaretten, im Volksmund auch „Stalins Rache“ genannt, bezahlen konnte.“<sup>308</sup>

Ein weiterer Kieler beschwerte sich darüber, dass er als Lungenkranker keine Rauchermarken mehr erhalte. Er brauche sie nicht zum Kauf von Zigaretten, sondern um gegen die Karte auf dem Schwarzen Markt Lebensmittel eintauschen zu können.<sup>309</sup>

Wie groß der Anteil derjenigen war, die auf dem Schwarzen Markt handelten, ist kaum festzustellen.<sup>310</sup> Es wird jedoch deutlich, dass der Schwarzmarkt kein Merkmal einer bestimmten Gesellschaftsschicht war. Bauern, Lehrer, Architekten, Angestellte, Kaufleute, Arbeiter – jede Bevölkerungsschicht war in den Schwarzen Markt involviert.<sup>311</sup> Die Landespolizei führte das näher aus:

„Am Schwarzen Markt sind so ziemlich alle Bevölkerungsschichten beteiligt. Vorwiegend handelt es sich um Personen im Alter von 20 bis 30 Jahren. Sehr stark ist auch die Beteiligung von Jugendlichen, die meist Genußmittel an Kauflustige umzusetzen versuchen. Auch Angehörige der Besatzungsmacht und der UNRRA sind hinreichend vertreten. Von ihnen werden vor allem Zigaretten, Tee, Kaffee und Schokolade umgesetzt, sei es mit Überpreisen oder im Tauschwege gegen Uhren, Schmuckgegenstände, Fotoapparate und dergl., also Gegenstände von hohem Gebrauchswert. DP.'s und Polen sind immer noch an den Schwarzmarktgeschäften erheblich beteiligt. Von ihnen werden entweder der Inhalt von Rote-Kreuz-Paketen oder aus strafbaren Handlungen erlangte Lebens- und Genußmittel zu hohen Preisen oder im Tausch gegen andere Waren angeboten. Da von Polen auch selbstgebrannter Sprit in den Handel gebracht würde, ist zu vermuten, daß in den Polenlagern Schwarzbrennerei betrieben wird. Der Distrikt B (Husum) meldet übrigens einen auffälligen Rückgang des Schwarzen Marktes, der mit dem inzwischen in diesem Bezirk erfolgten Abtransport der Polen begründet wird. Angehörige der dänischen Minderheit sollen die ihnen in reichlichem Maße zufließenden Lebensmittel teilweise zu Überpreisen auf dem Schwarzen Markt abgesetzt haben.“<sup>312</sup>

---

<sup>308</sup> Qualen, Nach uns die Sintflut, S. 184.

<sup>309</sup> StAK 33465: Schreiben an Oberbürgermeister Koch vom 22.09.1946.

<sup>310</sup> G. Stüber stellte bereits fest, dass diesbezüglich lediglich Tendenzen feststellbar seien. Dementsprechend bewegen sich ihre Zahlenangaben zwischen 15% und 53% (Kampf gegen den Hunger, S. 604).

<sup>311</sup> Das belegen die Beschlagnahmelisten des Stadternährungsamtes in Stadtarchiv Flensburg VIII C 129 sowie die Polizeitagebücher in LAS, Abt. 623.

<sup>312</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946. Exakte Zahlenangaben sind aufgrund des illegalen Charakters der Geschäfte natürlich nicht zu machen. Andere zeitgenössische Berichte sprechen davon, dass „95% der Bevölkerung in der Bizone“ oder „nahezu alle oder doch die meisten“ in den Schwarzmarkt involviert waren (Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 582, 584). DP-Lager waren überall in Deutschland Zentren des Schwarzhandels. Besatzungssoldaten konnten mit ihren reichlich vorhandenen Zigaretten schnell Geld verdienen, mit ihrem Tabak stand ihnen der Schwarze Markt weit offen (Binder, Deutschland seit 1945, S. 73. Zum Schwarzhandel in den DP-Lagern vgl. z. B. auch Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck, S. 171, zum Personenkreis der Schwarzhändler i. A. z. B. Boelcke, Der Schwarzmarkt 1945-1948, S. 82. Demnach unterscheidet sich der

Nach Angaben des Flensburger Stadternährungsamtes rekrutierten sich die Schwarzhändler vornehmlich aus dem Kreis der entlassenen Wehrmachtssoldaten, Kriegsversehrten, Polen, Letten und Ostflüchtlingen.<sup>313</sup> Zusammen mit den oben erwähnten Displaced Persons betrieben also insbesondere diese völlig mittellosen, oder aber auf Unterstützung angewiesenen Personen den Schwarzhandel, um sich eine weitere Einkommensquelle oder Versorgungsmöglichkeit zu schaffen. Das bestätigt die Flensburger Polizei, indem sie feststellte, dass es sich bei Schwarzhändlern in vielen Fällen um Kriegsversehrte und Witwen handelte, die vom Arbeitsamt nicht in geeigneten Arbeiten untergebracht werden konnten.<sup>314</sup> Auch die Landespolizei spricht von Arbeitslosen als einem festen Bestandteil des Schwarzhändlerkreises: „Als Mittelsmänner beteiligen sich in der Regel Personen, die ohne Beschäftigung sind und ihren Lebensunterhalt auf diese Weise zu bestreiten versuchen.“<sup>315</sup>

Nicht einmal Angehörige von Landesregierung und –verwaltung scheinen von Schwarzmarktgeschäften ausgenommen gewesen zu sein, denn im Februar 1947 musste der Regional Commissioner von Schleswig-Holstein, Hugh V. Champion de Crespigny, darauf hinweisen, „daß es von größter Bedeutung ist, daß alle Abteilungen der Landesregierung und Verwaltung zu allen Zeiten mit absoluter Sauberkeit handeln, da sie sich stets im öffentlichen Blickfeld befinden und das Volk ihrem Beispiel folgen wird. Außerdem können sie nicht gut Maßnahmen zur Unterdrückung des Schwarzen Marktes und des illegalen Tauschhandels treffen, wenn sie selbst an solchen Geschäften beteiligt sind.“<sup>316</sup> Ob diese Ermahnung auf konkreten Fällen beruhte, oder aber ob sie angesichts des weit verbreiteten Schwarzmarktes prophylaktisch für nötig gehalten wurde, sei dahingestellt. Unwahrscheinlich ist Ersteres nicht, da beispielsweise viele Polizisten selbst in Schwarzmarktgeschäfte verwickelt waren oder zumindest wegschauten.<sup>317</sup> In Flensburg wurden häufig Polizeibeamte beobachtet, wie sie Kohlendiebstählen tatenlos zusahen, obwohl die Verluste an Kohlen durch Diebstahl bis zu 50% betrug.<sup>318</sup> Ein Angehöriger des Stadternährungsamtes unterschlug Lebensmittelkarten und verkaufte diese schwarz weiter.<sup>319</sup> In einem nahe gelegenen Dorf forderte der Bürgermeister einen Bauern nicht auf, Überschussmengen abzuliefern.<sup>320</sup> Der

---

Kreis der Händler im Lande nicht von den typischen Personengruppen in Westdeutschland, die mit schwarzer Ware handelten.).

<sup>313</sup> StAFI VIII C 129: Bericht des Flensburger Stadternährungsamtes vom 30.08.1946.

<sup>314</sup> StAFI II, B 15, Bd. 1: Sitzungsprotokoll des Flensburger Preisausschusses vom 13.03.1947. So auch AHL, Nr. 182: Wöchentliche Stimmungsberichte vom 16.05.1946.

<sup>315</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946.

<sup>316</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben De Crespignys an den Ministerpräsidenten des Landes vom 06.02.1947.

<sup>317</sup> Stüber: Kieler Hungerjahre. S. 221.; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 30.08.1947: „Das kann man wohl sagen“.

<sup>318</sup> StAFI II, B 15, Bd. 1: Sitzungsprotokoll des Flensburger Preisausschusses vom 13.03.1947.

<sup>319</sup> *Flensburger Tageblatt* vom 02.11.1946: „Schwarzhandel mit unterschlagenen Reisemarken“.

<sup>320</sup> StAFI VIII C 129: Bericht des Stadternährungsamtes vom 23. 05. 1946.

Regional Commissioner von Schleswig-Holstein beklagte, dass in Bad Segeberg für 10.000 RM ein Tanzsaal mit illegal beschafften Waren errichtet wurde, die Verantwortlichen vor Gericht aber nur zu 100 RM Geldstrafe verurteilt wurden. De Crespigny sah darin eine Gleichgültigkeit der zuständigen Behörden.<sup>321</sup>

Beim Schwarzhandel mit Lebensmitteln spielten natürlich die Bauern eine besondere Rolle, insbesondere für die am stärksten von der Ernährungskrise betroffenen Städter:

„Die Bauern werden in immer stärkerem Maße von der Stadtbevölkerung, insbesondere Hausfrauen, aufgesucht, die Haushaltsgegenstände, Genußmittel, Bekleidungs- und Schmuckstücke gegen Lebensmittel, insbesondere Fettigkeiten, Eier, Grütze, Kartoffeln oder Gemüse umzutauschen versuchen. Auf dem flachen Lande hat daneben die Bettelei um Lebensmittel stark zugenommen. Immer wieder versuchen einzelne Personen, unter hohem Risiko Lebensmittel in die größeren Städte zu verbringen, um sie dort auf dem Schwarzen Markt absetzen zu lassen. Das Diebesgut und vielfach auch das Fleisch aus Schwarzschlachtungen gehen meist diesen Weg.“<sup>322</sup>

Offensichtlich nutzten die Bauern das reichlich zu ihrem eigenen Vorteil aus, wie die folgenden beiden Zitate zeigen:

„Immer wieder muß festgestellt werden, daß die Bauern auf dem Lande aus den verschiedensten Anlässen heraus häufig große Feste mit einem Personenkreis bis zu 25 und mehr Personen feiern, wobei es reichliche Fleischgerichte und beste Kuchen der verschiedensten Sorten gibt. Während in den Städten die Milchzuteilung nur äußerst knapp bemessen ist, sind vor allem auf dem Lande Sahne und Vollmilch in reichlicher Menge vorhanden. Aus dem Lebensstandard der Bauern zu schließen, liefern diese bei weitem nicht das im Bereich der Möglichkeit liegende ab. Eine schärfere Kontrolle der Abgabepflicht erscheint angezeigt.“<sup>323</sup>

Das folgende typische Beispiel einer Schwarzschlachtung illustriert diese Vorwürfe:

„Bei der Straßenkontrolle der gemischten Streife [...] wurden zwei Zivilpersonen angehalten und das Gepäck durchsucht. Es wurde bei ihnen ein Stück Speck vorgefunden, das sie bei dem Bauern Thomas Thomsen in Sillerup gegen Werkzeug eingetauscht hatten. Es wurde darauf bei dem Bauern T. T. eine Überprüfung seiner Hausschlachtung vorgenommen. Seine Fleischbestände wurden

---

<sup>321</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben De Crespignys an den Ministerpräsidenten des Landes vom 31.12.1946. In Husum gerieten Angehörige der Preisbehörden in Verdacht, auf privaten Feiern Schwarzmarktwaren angenommen zu haben (LAS, Abt. 691, Nr. 25741: Protokoll des Amtsgerichtes Husum zu einer Verleumdungsklage vom 31.01.1949). Auch die Wirtschaftsämter selbst wurden beschuldigt, an Kompensationsgeschäften beteiligt zu sein, was von diesen jedoch heftigst dementiert wurde (LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben De Crespignys an den Ministerpräsidenten des Landes vom 06.02.1947, Anhang A; Schreiben des Wirtschaftsministeriums an den Ministerpräsidenten vom 20.02.1947; Aktennotiz vom 12.02.1947).

<sup>322</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946.

<sup>323</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946. So auch AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 26.08.1947. Zu den wirtschaftlichen Gründen, die die Bereitschaft der Bauern, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen, einschränkte, vgl. z. B. Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 582; Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck, S. 171. G. Stüber spricht von einem „Absinken der Ablieferungsmoral (ebd. S. 100). Vgl. z. B. auch Whiting, Norddeutschland Stunde Null, S. 119.

besichtigt. T. wurde darauf befragt, ob er im Haus noch mehr Fleischbestände hätte. Diese Frage wurde von ihm verneint. Eine jetzt vorgenommene Haussuchung ergab, daß er in einem Bodenraum einen großen Teil Räucherwaren versteckt hielt. Da dieser Fleischbestand weit über sein Kontingent hinausging, lag der Verdacht einer Schwarzschlachtung vor. Die erdrückenden Beweise veranlassten T. zu einem Geständnis. Er gab zu, daß er Anfang März ein Schwein im Gewicht von ca. 200 kg schwarz geschlachtet hätte. Es wurde darauf 190,5 kg Schweinefleisch und Schmalz beschlagnahmt und dem Ernährungsamt in Flensburg zugeführt.<sup>324</sup>

In einem vertraulichen Schreiben an den Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins forderte De Crespigny ihn angesichts zunehmender Schwarzmarktgeschäfte im Dezember 1946 auf, dem Schwarzmarktgeschehen „besondere Aufmerksamkeit“ zu schenken und stellte u. a. fest: „Das Tauschen mit bewirtschafteten Materialien aller Art gegen Nahrungsmittel ist ziemlich weit verbreitet und die Bauern sind die schlimmsten Übeltäter im Tauschen von Nahrungsmitteln gegen Bauholz und Zement.“<sup>325</sup>

Bei den Hamsterfahrten auf das umliegende Land versuchten die Städter Lebensmittel gegen Wertgegenstände einzutauschen, um diese entweder selbst zu verwenden oder sie wiederum auf dem Schwarzen Markt weiter zu verkaufen. Die Hamsterfahrten waren sozusagen der ländliche Arm des Schwarzen Marktes. Wie dieser war auch diese Versorgungsquelle denjenigen, die keine Tauschwaren oder nicht genügend Geld besaßen, verschlossen. Wer sich nicht günstig bei Verwandten oder Bekannten eindecken konnte, musste z. T. horrenden Preise bezahlen: "In dieser Zeit haben sich manche Landwirte schamlos bereichert; sie gaben Kartoffeln, Speck, Gemüse und dgl. oft nur gegen Silber, kostbares Leinenzeug, Teppiche usw. ab."<sup>326</sup> Hamsterfahrten waren sehr zeitaufwendig und kosteten auch Fahrgeld, sofern man nicht lange Tagesmärsche in Kauf nehmen wollte. Auf diese Weise stellten sie eine weitere körperliche und finanzielle Belastung im Nachkriegsalltag dar.

Doch erscheint hier eine differenziertere Betrachtungsweise des Verhaltens der Landwirte als angemessen. Mit Sicherheit versuchten viele Bauern aus der Not anderer Profit zu schlagen. Doch war der Schwarzmarkt nicht nur eine Einkommensmöglichkeit, sondern vornehmlich eine Gelegenheit, Dinge zu bekommen, die auf dem Freien Markt nicht zu erwerben waren. Und somit nutzten die Bauern ihr „Kapital“ an Nahrungsmitteln, um sich hier mit dringend benötigten Dingen zu versorgen. Das wurde von Landes- und Militärregierung auch erkannt, und man sah in solchen Fällen von einer Bestrafung wegen Schwarzhandels ab: „Ich [De Crespigny] stimme mit Ihnen [dem Ministerpräsidenten] in der Ansicht überein, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unangebracht sein würde,

---

<sup>324</sup> StAFI VIII C 129: Schreiben des Stadternährungsamtes an den Sicherheitsdienst der Militärregierung vom 07.06.1946.

<sup>325</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben De Crespignys an den Ministerpräsidenten des Landes vom 31.12.1946.

<sup>326</sup> Qualen, Nach uns die Sintflut, S.177.

gegen diejenigen Bauern vorzugehen, die weit über das Soll hinaus Nahrungsmittel erzeugen und die Zuflucht zum Tausch nahmen, um diejenigen Geräte zu bekommen, die es ihnen ermöglichen, diese Produktion zu erzielen.<sup>327</sup> Man nahm also angesichts der Ernährungskrise Schwarzmarktgeschäfte in Kauf, um die landwirtschaftliche Produktion zu sichern. Um endgültig einer Pauschalverurteilung vorzubeugen, sei hier der ehemalige Betriebsratsvorsitzende einer Hamburger Firma zitiert, der auf die Hilfsbereitschaft von Landwirten aufmerksam macht: „Man muß aber gerecht bleiben. In jeder Schicht gibt es solche und solche. Auch bei den Bauern gab es viele, die echt geholfen haben, ohne in jedem Fall eine Gegenleistung zu erwarten.“<sup>328</sup> Aufgrund der bisherigen Ergebnisse scheinen solche Bauern aber eher selten anzutreffen gewesen sein.

## 7. 2 Die Bekämpfung des Schwarzmarktes

Der Polizei oblag die Kontrolle des Schwarzmarktes. Die Schwarzhandelsgeschäfte im Einzelnen dagegen wurden von anderen Behörden kontrolliert. Das Regional Food Office (RFO) befasste sich dabei mit Schwarzhandelsgeschäften mit bewirtschafteten Lebensmitteln einschließlich Kompensationsgeschäften, wenn Verstöße gegen die Verbrauchsregelungen vorlagen. Trafen dieselben Kriterien auf bewirtschaftete gewerbliche Erzeugnisse zu, so trat das Landeswirtschaftsamt in Erscheinung. Die Preisstelle in Schleswig war für Schwarzhandelsgeschäfte mit bewirtschafteten Waren und unbewirtschafteten Mangelwaren (ausgenommen Kompensationsgeschäfte) zuständig, wenn gegen die Preisvorschriften verstoßen worden war. War eine klare Zuordnung der Verstöße in eine der genannten Kategorien nicht möglich, so arbeiteten die jeweils zuständigen Stellen zusammen.<sup>329</sup>

Die gute Quellenlage ermöglicht es, diese Behörden ihre Maßnahmen zur Bekämpfung des Schwarzhandels selbst beschreiben zu lassen. So äußerte sich der Chef der Polizei Schleswig-Holstein im April 1946 wie folgt:

„Laufende Kontrollen des gesamten Fahrzeug- und Personenverkehrs zur Tages- und Nachtzeit wurden durchgeführt. Durch systematisch durchgeführte Zugkontrollen wurden gute Erfolge erzielt. Bahnhöfe, Gaststätten und Flüchtlingsunterkünfte wurden ständig überwacht und überraschend kontrolliert. Den Schwarzschlachtungen als der Quelle vieler Schwarzmarktgeschäfte wurde ein besonderes Augenmerk geschenkt. Lebensmittelgeschäfte, Fleischereien und landwirtschaftliche Betriebe wurden von Zeit zu Zeit überprüft. Lebensmittelläger und Kartenstellen wurden besonders

---

<sup>327</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben De Crespignys an den Ministerpräsidenten des Landes vom 06.02.1947.

<sup>328</sup> Zit. nach Wildt, Der Traum vom Sattwerden, S. 105.

<sup>329</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947. Es wird der Stand vom 1801. 1947 wiedergegeben. Ob sich die Kompetenzen der Behörden im Laufe der Jahre verändert haben, wird aus den Quellen nicht ersichtlich.



gesichert. Durch das Ansetzen geeigneter Vertrauenspersonen und jüngerer Polizeibeamten in Zivil waren sehr gute Erfolge zu verzeichnen, da sich der Schwarzmarkt in äußerst versteckter Form abspielt und nur sehr schwer kontrollierbar ist. Auf eine enge Zusammenarbeit mit den Ernährungs- und Wirtschaftsämtern und den Beauftragten des RFO wurde besonderer Wert gelegt. Soweit aus deutscher Polizei und britischen Soldaten bestehende Sonderkommandos eingesetzt waren, hatten diese gute Erfolge zu verzeichnen. Zusammen mit der britischen Militär-Polizei wurden mehrere größere Fahndungsaktionen durchgeführt. Es wurde jedoch festgestellt, daß bei in größerem Rahmen durchgeführten Fahndungsaktionen die Erfolge nicht den eingesetzten Kräften entsprachen, was darauf schließen läßt, daß sich Schwarzmarktgeschäfte in größerem Ausmaß nicht ereignet haben.<sup>330</sup>

Im April 1946 wurden beispielsweise 910 Ermittlungen und 2129 Straßen- und Bahnkontrollen durchgeführt, 199 Personen festgenommen und 372 Personen auf andere Weise des Schleich- und Tauschhandels überführt.<sup>331</sup>

Das RFO überprüfte die Ausgabestellen für Lebensmittelkarten, die Herstellung von Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten sowie Gaststätten, um Schwarzhandel mit Alkohol zu verhindern. Es kontrollierte landwirtschaftliche Betriebe, um die Hinterziehung von Lebensmitteln zu verhindern. Auch Gepäckkontrollen in Zügen, auf Bahnhöfen und auf den Straßen sowie die Überprüfung des Einzelhandels gehörten zu seinen Aufgaben. Die beschlagnahmten Waren wurden gegen Bezahlung des offiziellen Preises an das Landesernährungsamt und von dort wiederum an den Einzelhandel weitergeleitet. Die Mitarbeiter des RFO durften allerdings keine Personen verhaften, Beschlagnahmen vornehmen oder Strafen verhängen.<sup>332</sup>

Die Prüfstelle des Landeswirtschaftsamtes hatte neben den gewerblichen Betrieben auch die lokalen Wirtschaftsämter auf Einhaltung der Bewirtschaftungsvorschriften zu überwachen. Sie trat aber nur aufgrund von Aufträgen der Fachabteilungen des Landeswirtschaftsamtes oder der Militärregierung in Form von Betriebsprüfungen in Aktion. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Schwarzhandelsgeschäfte, die bei der Bearbeitung eingehender Aufträge festgestellt worden waren. Die Kreis- und Stadtwirtschaftsämter waren an der Bekämpfung der Schwarzhandelsgeschäfte aufgrund von Personalmangel hauptsächlich nur als Informationsquelle beteiligt.<sup>333</sup> Von einer systematisch

---

<sup>330</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946. Auch die Flensburger Polizei berichtet von überraschend guten Ergebnissen, nachdem sie dazu übergegangen war, direkt nach der Beschlagnahme auch nur geringster Mengen die Herkunft der Waren mit motorisierten Streifen zu verfolgen. Auch hier wurden V-Männer eingesetzt (StAFI VIII C 129: Bericht des Flensburger Stadternährungsamtes vom 30.08.1946). Die Kontrollen in Zügen und auf Bahnhöfen waren aufgrund der weit verbreiteten Hamsterfahrten notwendig. Vergleichbare Maßnahmen unternahm auch die Hamburger Polizei (Wildt, Der Traum vom Sattwerden, S. 110).

<sup>331</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946. Über die Dunkelziffern wird nichts ausgesagt, sie dürften aber wesentlich höher gelegen haben.

<sup>332</sup> Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 609 f.

<sup>333</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947.

organisierten Abwehr des Schwarzhandels durch das Landeswirtschaftsamt kann also nicht die Rede sein.

Die Preisüberwachungsstelle sah die Hauptlast der Schwarzhandelsbekämpfung bei anderen Behörden und konzentrierte sich gemäß o. g. Aufgabenteilung mehr auf Preisvergehen auf dem offiziellen Markt, wie sie der Militärregierung Schleswig-Holsteins im Februar 1946 mitteilte: „Die Bekämpfung des Schwarzhandels ist nach der besonderen Eigenart dieser Erscheinung in der Hauptsache Angelegenheit der Polizei. Die verhältnismäßig wenigen Außenbeamten der Preisüberwachung sind mit der Verfolgung der eigentlichen Preisüberschreitungen im offiziellen Handel voll beschäftigt.“<sup>334</sup> Noch deutlicher wurde die Preisstelle einen Monat später, als sie auf Klagen aus dem Pinneberger Raum, nicht genügend gegen den Schwarzmarkt zu unternehmen, antwortete: „Es wird erlaubt darauf hinzuweisen, daß die Bekämpfung des Schwarzmarktes zwar auch Aufgabe der Preisüberwachung ist, daß aber in erster Linie für die Bekämpfung des Schwarzmarktes die Polizei verantwortlich ist. [...] Die Preisüberwachung hat kein überwiegendes Interesse daran, denjenigen zu schützen, der seinen Bedarf auf dem Schwarzen Markt deckt.“<sup>335</sup>

Die Bekämpfung des Schwarzmarktes gestaltete sich jedoch schwierig. Die mangelhafte personelle Ausstattung der Preisüberwachungsbehörden ist in anderem Zusammenhang bereits geschildert worden (vgl. Kap. 5. 1). Von der Verfolgung von Schwarzhandelsdelikten hielten die Behörde nach eigenen Angaben noch weitere Probleme ab:

„Obwohl die Beseitigung des Schwarzmarktes in erster Linie eine Angelegenheit der warenlenkenden Behörden, also Wirtschafts- und Ernährungsämtern ist, versuchen auch die Preisbehörden ihrerseits, soweit es in ihren Kräften steht, dem Schwarzmarkt Einhalt zu gebieten. Doch stößt die Einschaltung der Preisbehörden in die Überwachung des Schwarzmarktes auf ganz erhebliche technische Schwierigkeiten, insbesondere da die Zivil-Preisüberwacher nicht Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind und ihnen [...] das Recht der Festnahme und Beschlagnahme von Waren nicht zusteht. Ein weiterer Mangel ergibt sich ferner daraus, daß die überörtlichen Kommandos der Preisüberwachung nicht ausreichend beweglich sind, weil ihnen einmal das erforderliche Benzin und zum anderen die Erlaubnis, die 80-km-Grenze zu überschreiten sowie auch am Sonntag ihr Fahrzeug

---

<sup>334</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946.

<sup>335</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle Schleswig-Holstein an das Innenministerium, Landespolizeiverwaltung, vom 29.03.1947. Dieser Standpunkt wurde z. B. auch von der Kieler Preisstelle geteilt: „Die Bekämpfung des Schwarzmarktes ist Aufgabe des Schwarzhandelsdezernates des Leiters der Polizei, mit dem die Preisbehörde eng zusammenarbeitet.“ (Schreiben der Kieler Preisbehörde vom 02.12.1947, in StAK 34697). In Pinneberg war moniert worden: „Auch ist die Bevölkerung der Meinung, daß die Maßnahmen zur Bekämpfung des Schwarzmarktes unzureichend sind. In Hamburg soll auf dem Schwarzen Markt grundsätzlich alles zu kaufen sein. Man verlangt rücksichtslose Bekämpfung und schwerste Bestrafung dieser Verbrecher, die als Parasiten am Volkskörper auf Kosten der Ärmsten ein üppiges Leben führen.“ (LAS, Abt. 691, Nr.22461: Schreiben des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsministeriums an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 05.02.1947). Zu beachten ist, dass sich die Kritik auf die professionellen Schwarzhändler bezieht und nicht auf den „kleinen Mann“, der sich das Nötigste beschafft. Vgl. zu diesem Thema auch Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 594.

zu benutzen, nicht erteilt wird bzw. eine Genehmigung von Fall zu Fall eingeholt werden soll. Da Schwarzmarktgeschäfte in der Regel ein schnelles Zugreifen erfordern, ist es den Preisüberwachern, insbesondere den zuständigen Beamten für Vieh- und Pferdekäufe in vielen Fällen nicht möglich, den von ihnen entdeckten Spuren nachzugehen.<sup>336</sup>

Die Autorität der Preisüberwacher und ihrer Dienststellen wurde durch die Aufhebung ihrer Strafbefugnis weiter eingeschränkt.<sup>337</sup>

Hinzu kam, dass (zumindest nach Auffassung der Kieler Preisbehörde) die gesetzlichen Grundlagen nicht den Schwarzhandel „in der heute üblichen Form“, i. e. den Schwarzmarkt, sondern nur den Tausch- und Schleichhandel der Firmen untereinander trafen.<sup>338</sup> In Kiel kritisierte die Preisbehörde die mangelnde Unterstützung der Gerichte und es bedurfte wiederholter Aufforderungen der Preisstelle, bis die Staatsanwaltschaft bei Tauschgeschäften mit nicht vergleichbaren Waren einschritt.<sup>339</sup> Die Justiz hatte offenbar Mühe, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Staatsanwaltschaft schritt erst dann ein, wenn bei Tauschgeschäften ein Tausch nicht vergleichbarer Werte vorlag. „Diesen Tatbestand jedoch eindeutig zu fixieren, war keine leichte Aufgabe in einer Situation, in der ein knappes Angebot und eine riesige Nachfrage alle Preis- und Werterelationen dramatisch verschoben hatten“ beschreibt G. Stüber exemplarisch die damaligen Probleme der Gerichte.<sup>340</sup>

Da die Schwarzhändler neben der Preisüberschreitung auch gleichzeitig gegen die gesetzlichen Versorgungsvorschriften und oft auch gegen andere Strafbestimmungen verstießen, erfolgte die Aburteilung ihrer Vergehen stets durch die Gerichte.<sup>341</sup> Die von ihnen verhängten Geldstrafen lagen beispielsweise im April 1946 zwischen 100 und 8700 RM, die Freiheitsstrafen zwischen 1 Monat und 5 Jahren Gefängnis. Die Polizei sah diese Strafmaße

---

<sup>336</sup> LAS, Abt. 691, Nr.22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle Schleswig-Holstein an das Ministerium für Wirtschaft vom 09.01.1947.

Vgl. auch den Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg: „Indessen blieb die Preisüberwachung machtlos gegenüber der unaufhörlichen Ausdehnung des ‘Schwarzen Marktes’ und einer Mißachtung des Geldes, die zu ständigen und häufig maßlosen Preisüberschreitungen führte. Erst die Währungsreform von 1948 brachte wieder normale Verhältnisse.“ (Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1939-1949, S. 34). In Kiel kapitulierte die Preisbehörde förmlich vor dem Schwarzen Markt: „Die Preise des Schwarzhandels können [...] nicht kontrolliert werden, weil der Schwarzhandel eben kein zu kontrollierendes Geschäft, sondern [...] verboten ist.“ (StAK 34697: Stellungnahme der Kieler Preisbehörde vom 09.05.1947). Zu Problemen der Preisbehörden vgl. auch LAS, Abt. 691, Nr. 25740: Schreiben des Rechtsanwalts Kappesser an die Preisüberwachungsstelle in Schleswig vom 10.04.1948.

<sup>337</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05. 1946. Zur zeitweiligen Aufhebung der Befugnis, Ordnungsstrafen zu erteilen, vgl. Kapitel 5.

<sup>338</sup> StAK 34697: Stellungnahme der Kieler Preisbehörde vom 09.05.1947.

<sup>339</sup> StAK 34697: Schreiben der Kieler Preisbehörde an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 01.10.1947, Niederschrift über die 4. Tagung des Kieler Ausschusses für Preisüberwachung vom 02.10.1947; Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 221. Die Autorin begründet das u. a. damit, dass die Justiz es als fragwürdig ansah, wenn bei Großrazzien auch ein erheblicher Teil von Unschuldigen festgehalten wurde.

<sup>340</sup> Stüber, Kieler Hungerjahre, S. 221. Zu weiteren rechtlichen Problemen vgl. Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 618.

<sup>341</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946.

im allgemeinen als ausreichend an, angesichts der Ernährungskrise forderte sie jedoch bei größeren Geschäften mit Lebensmitteln härtere Strafen. Tatsächlich aber hatten die Geldstrafen keine abschreckende Wirkung, im Gegenteil, sie wurden häufig von vornherein einkalkuliert.<sup>342</sup> Insgesamt wurden in diesem Monat durch Gerichte der Militärregierung 59 Personen, durch deutsche Gerichte 168 Personen wegen Schwarzhandel verurteilt.<sup>343</sup>

Die Prüfstelle des Landeswirtschaftsamtes hatte mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie die Preisbehörden:

„Da ihr Personalbestand [...] bei weitem nicht ausreicht, ist ihr eine spezielle, planmäßige Bekämpfung des Schwarzhandels nicht möglich. Überdies ist die Prüfstelle infolge völlig unzureichender Wagengestellung durch mangelnde Beweglichkeit, die gerade für eine erfolgreiche Bekämpfung des Schwarzhandels Voraussetzung ist, sehr behindert.“<sup>344</sup>

Entsprechend forderte das Landeswirtschaftsamt mehr Prüfer und mehr PKW. Die Anzahl von 8 Prüfern und einem Fahrzeug, das dann auch noch an 1 bis 2 Tagen in der Woche ausfiel, wurde als nicht ausreichend angesehen. Hoffnungen setzte man auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Presse, wodurch die Bevölkerung zu einer vermehrten Anzeige von Schwarzhandelsgeschäften angeregt und auch von der Teilnahme an diesen abgeschreckt werden sollte. In allen diesen Vorschlägen wurden die entsprechenden Kontrollmöglichkeiten in Hamburg als vorbildlich angesehen. Des Weiteren wurde eine jährliche Überprüfung der rund 1400 Bezugsmarkenausgabestellen im Lande angemahnt, wozu das Wirtschaftsamt zur Zeit nicht in der Lage sei. Auch die Zusammenarbeit der an der Schwarzmarkt看ämpfung beteiligten Stellen könne noch „in mancher Hinsicht“ verbessert werden.<sup>345</sup>

Der Polizei war zunächst das Tragen von Schußwaffen verboten worden, was sich bei der Schwarzmarkt看ämpfung dahingehend auswirkte, „daß ein nachhaltiges Eingreifen der Polizei nicht zu befürchten“ war.<sup>346</sup> Der Chef der Landespolizei musste schließlich im November 1946 zugeben, dass der Aufbau des Polizeiapparates mit der gestiegenen Kriminalität nicht Schritt gehalten hatte.<sup>347</sup>

---

<sup>342</sup> Stüber, *Der Kampf gegen den Hunger*, S. 581; *Die Neue Zeitung* vom 21.04.1947, in: *Dokumente deutscher Kriegsschäden II*, 2, S. 99. So auch die Kieler Preisbehörde: „Irgendwelche Bedenken hinsichtlich eines Risikos durch Bestrafungen, Geschäftsschließungen usw. hemmen sie [die Hamburger Geschäftsleute] offenbar nicht.“ (StAK 34697: Stellungnahme der Kieler Preisbehörde vom 09.05.1947).

<sup>343</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946.

<sup>344</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947.

<sup>345</sup> Ebd.

<sup>346</sup> AHL, Nr. 180: Bericht der Kriminalpolizei vom 11.10.1945.

<sup>347</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 632: Schreiben des Chefs der Landespolizei vom 05.11.1946.

Von behördlicher Seite aus standen einer wirksamen Bekämpfung des Schwarzhandels also eine unzureichende personelle und technische Ausstattung, verbunden mit ungenügenden rechtlichen Mitteln entgegen.

Angesichts dieser Umstände sind die ständigen Erfolgsmeldungen von Landeswirtschaftsamt und Polizei sehr kritisch zu beurteilen. Dies erscheint angesichts der beschriebenen Tatsache, dass der Schwarze Markt nie erlosch, sondern sich nur verlagerte, um so angebrachter.

So sprach das Landeswirtschaftsamt davon, dass seine Erfolge „in der Aufdeckung und Eindämmung von Verstößen gegen die Bewirtschaftungsvorschriften [...] nicht unbedeutend“ gewesen seien.<sup>348</sup> Auch die Landespolizei spricht in ihren oben zitierten Ausführungen stets von „guten“ oder sogar „sehr guten“ Erfolgen, obwohl sie im selben Atemzug gesteht, dass die Schwarzmarktgeschäfte sich in „äußerst versteckter Form“ abspielten. Für den April 1946 wurde bemerkt, dass „von einem weiteren Ansteigen des Schleich- und Tauschhandels [...] nicht gesprochen“ werden könne, oder dass sich sogar wie schon zitiert „Schwarzmarktgeschäfte in größerem Ausmaß nicht ereignet haben.“<sup>349</sup> Das widerspricht der im selben Bericht erwähnten Herabsetzung der Lebensmittelrationen und der sich verschärfenden Warenknappheit, die neue, bisher nicht beteiligte Personenkreise an den Schwarzmarkt herangeführt habe.<sup>350</sup> Erfolgsmeldungen der Flensburger Polizei über die Schwarzmarkt看ämpfung wurden von anderen Stellen daher skeptisch beurteilt:

„Razzien wurden sowohl durch die Kriminalpolizei als auch durch die uniformierte Polizei durchgeführt. Es wurde behauptet, daß das Bild im allgemeinen zerschlagen sei und die Schwarzhändler nur noch an kleineren Plätzen ihre Zusammenkünfte haben [...]“<sup>351</sup>

Im gleichen Bericht werden ferner allein im Olafsamsongang drei Hausnummern erwähnt, in denen „Schwarzhändler tätig“ seien.<sup>352</sup>

Sicherlich mögen erzielte Erfolge gegen den ausufernden Schwarzmarkt Anlass zur Euphorie gegeben haben, doch kann man sich angesichts der stereotypen Wiederholungen

---

<sup>348</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947.

<sup>349</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946. Der Lübecker Oberbürgermeister sprach am 14.12.1945 davon, dass die Stadt „erheblichen Erfolg“ bei der Bekämpfung des Schwarzen Marktes aufzuweisen gehabt habe (AHL, Nr. 184: Schreiben des Oberbürgermeisters an den Oberpräsidenten Schleswig-Holsteins vom 14.12.1945).

<sup>350</sup> So auch der Lübecker Verwaltungsbericht: „Mit der zunehmenden Verknappung der lebenswichtigen Güter nach Kriegsende vergrößerte sich auch der Kreis wirtschaftsfremder Elemente, der sich mit dem Vertrieb bewirtschafteter Güter zu Überpreisen auf dem Schwarzmarkt befaßte.“ (Verwaltungsbericht der Hansestadt Lübeck 1937 bis 1951, S. 60).

<sup>351</sup> StAFI II, B 15, Bd. 1: Sitzungsprotokoll des Flensburger Preisausschusses vom 13.03.1947.

<sup>352</sup> Ebd.

und offensichtlichen Widersprüche des Eindrucks nicht erwehren, dass ein gravierendes wirtschaftlich-soziales und auch kriminelles Problem schöngeredet wurde. Denkbar wäre auch der Versuch, mögliche eigene Defizite in der Bekämpfung des Schwarzmarktes zu verdecken.

Dass man aber den Schwarzen Markt nicht völlig auflösen konnte, war auch den Landesbehörden bewusst. Das stellte das Landeswirtschaftsamt Schleswig-Holstein begründend fest:

„Abschließend ist zu sagen, daß eine Unterbindung des Schwarzen Marktes durch behördliche Maßnahmen und Kontrollen, so wirksam sie auch sein mögen, nicht möglich ist, solange die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern die Bevölkerung dazu nötigt, sich das unbedingt Erforderliche 'schwarz' zu beschaffen. Es muß hervorgehoben werden, daß das Publikum zum weitaus überwiegenden Teil die Schwarzmarktgeschäfte nicht aus Neigung, bestehende Vorschriften zu übertreten, sondern zur Selbsterhaltung tätig. Der Schwarze Markt wird daher erst verschwinden, wenn der Verbraucher seinen Bedarf auf legalem Wege decken kann.“<sup>353</sup>

Somit machten also die wirtschaftliche Lage und, wie G. Stüber gezeigt hat, die Haltung der Bevölkerung, die in Schwarzmarktgeschäften nichts Anrüchiges erkennen konnte, auch wenn sie gegen die Schieber und Gewinnler protestierte, den Behörden eine wirksame Bekämpfung oder gar Unterbindung des Schwarzhandels unmöglich.<sup>354</sup> Moralische Bedenken gegen solche Geschäfte schwanden angesichts der Not.<sup>355</sup> Dazu kamen nach G. Stüber die Skepsis der Deutschen gegenüber dem Willen der Briten, die Versorgungskrise zu bekämpfen und der Mangel anstaatlicher Autorität nach dem Untergang des Dritten Reiches, was die Menschen vermehrt zur „illegalen Selbsthilfe“, sprich auf den Schwarzmarkt, trieb.<sup>356</sup> „Daß die Rahmenbedingungen die Maßnahmen der Verwaltungen immer wieder unterliefen“ – dieses Urteil von G. Stüber kann auch nach der Untersuchung der Arbeit der schleswig-holsteinischen Preisstellen, des Landeswirtschaftsamtes und der Polizei nur bestätigt

---

<sup>353</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben des Landeswirtschaftsamtes an das Ministerium für Wirtschaft vom 18.01.1947. G. Stüber stellt fest, dass es den Behörden nicht möglich war, die Schwarzhandelsgeschäfte mit Lebensmitteln nennenswert einzudämmen (Der Kampf gegen den Hunger, S. 613). Lageberichte aus Lübeck zeigen, dass der Schwarze Markt dort nie erlosch und schon wenige Stunden nach einer Razzia wieder aufblühte (AHL, Nr. 182: Wöchentliche Stimmungsberichte vom 21.09., 14.09., 07.09.1945. So auch AHL, Nr. 180: Bericht der Kriminalpolizei vom 11.10.1945, Schreiben der Firma H. & B. an die Lübecker Militärregierung vom 07.09.1945). Zu der Machtlosigkeit der Behörden vgl. auch Wildt, Der Traum vom Sattwerden, S. 113; Binder, Deutschland seit 1945, S. 74; von Plato/ Leh, „Ein unglaublicher Frühling“, S. 39. Danach ist die Situation in Schleswig-Holstein nicht anders als in ganz Westdeutschland.

<sup>354</sup> Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 579.

<sup>355</sup> Von Plato/ Leh, „Ein unglaublicher Frühling“, S. 39.

<sup>356</sup> Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 579 f., 595, 603, 616. Vgl. dazu auch Wildt, Der Traum vom Sattwerden, S. 103.

werden.<sup>357</sup> Auch hier karikiert die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung wieder sehr pointiert:

Abbildung 2



Quelle: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 17.08.1947.

Angeichts dieser Umstände verloren die beschriebenen Maßnahmen der Schwarzmarkt bekämpfung ihre abschreckende Wirkung, was z. B. die oben bereits erwähnte Tatsache beweist, dass mögliche Strafen bereits in den Schwarzmarktpreisen einkalkuliert wurden. Ordnungsstrafen zwischen RM 80 und RM 1000, wie sie z. B. im Sommer 1946 in Flensburg verhängt worden waren, konnten angesichts der Gewinne, die sich allein durch den Verkauf von Alkohol erzielen ließen, keine abschreckende Wirkung haben.<sup>358</sup> Selbst die Bestrafung von Schwarzhändlern, die in der Zeitung veröffentlicht wurde, hielt nicht vom illegalen Handel ab, da die niedrige Auflagenstärke der damaligen Zeitungen diesen Bemühungen entgegenlief. Empfohlen wurde daher ein öffentlicher Aushang der Urteile.<sup>359</sup>

<sup>357</sup> Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 597.

<sup>358</sup> StAFI VIII C 129: Bericht des Flensburger Stadternährungsamtes vom 30.08.1946; LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946.

<sup>359</sup> StAK 34754: Schreiben des Kieler Polizeipräsidenten an den Oberstaatsanwalt in Kiel vom 27.12.1945. So auch LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung vom 19.03.1946.

### 7. 3 Preisbildung und Preise auf dem Schwarzen Markt in Schleswig-Holstein

Im Gegensatz zum offiziellen Markt kann auf dem Schwarzen Markt nicht von einer reglementierten Preisbildung gesprochen werden.<sup>360</sup> Nicht die Herstellungskosten, sondern der jeweilige individuelle Gebrauchswert bestimmte den Verkaufspreis. Die Feststellung der Kieler IHK, im Angesicht der Not wolle der Verbraucher dringend benötigte Dinge „um jeden Preis“ erlangen, ist durchaus wörtlich zu verstehen.<sup>361</sup> Demzufolge beeinflussten Notsituationen wie Hunger, Durst, Kälte oder Krankheit die Preisbildung, indem sie verhinderten, dass der Preis allzu kritisch betrachtet wurde. Risikoprämien, übermäßige Zwischengewinne und monopolistische Einflüsse einzelner Händler spielten bei der Preisbildung ebenfalls eine Rolle.<sup>362</sup> Kaufte man die Ware nicht sofort, so war vielleicht die einzige Gelegenheit zum Erwerb verstrichen.

Die Höhe der Preise, die stets weit über den offiziellen Vorgaben lagen, ist ferner auf den Kaufkraftüberhang der Verbraucher und das minimierte Warenangebot zurückzuführen. Je mehr sich die Schere zwischen dem örtlichen Geldumlauf und dem Gütersortiment öffnete, desto höher stiegen die Preise: „Es ist [...] festzustellen, daß die gebräuchlichsten Schwarzmarktwaren, wie Lebens- und Genußmittel, immer schwerer zu haben sind und demzufolge auch die Schwarzmarktpreise stark angezogen haben.“<sup>363</sup> An anderer Stelle heißt es: „Es kommt hinzu, daß ohnehin die Monate März bis Juni jeden Jahres ernährungsmäßig die schwierigsten des Jahres sind. Infolgedessen werden die Preise des schwarzen Marktes unzweifelhaft weiter in die Höhe getrieben werden. Anzeichen hierfür beginnen sich schon zu zeigen.“<sup>364</sup> Es handelte sich also um „krasse“ Inflationserscheinungen.<sup>365</sup>

---

<sup>360</sup> Wo nicht ausdrücklich anders belegt, wird zu diesem Thema die meines Wissens ausführlichste relevante Darstellung von Boelcke in ihren Grundzügen skizziert (Boelcke, Der Schwarzmarkt 1945-1948, S.102-106).

<sup>361</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 5 (1947), S. 2.

<sup>362</sup> *Wirtschaftsverwaltung* 1 (1948), S. 61.

<sup>363</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Statistik über den Schwarzen Markt vom 06.05.1946.

<sup>364</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung vom 19.03.1946.

Boelcke spricht ferner von einem Explodieren der Schwarzmarktpreise beim Kriegsende, einem raschen Absinken im Sommer und einem erneuten Anstieg im Spätsommer 1945. 1946 sei im Jahresmittel der Preisanstieg gehemmt worden und anschließend ein tendenzieller Rückgang der Lebensmittelpreise bis 1948 zu vermerken gewesen (Boelcke, Der Schwarzmarkt 1945-1948, S. 109 f.). Da Boelcke aber in derselben Arbeit die starke Differenzierung des Preisniveaus beschreibt (s. o.) und es nur wenig statistische Erhebungen über Schwarzmarktpreise gab, die es ermöglichen würden, sogar von einem „Jahresmittel“ zu sprechen, wie Boelcke es tut (a. a. O. S. 110) erscheint mir die Feststellung von solchen langfristigen Tendenzen der Schwarzmarktpreise als problematisch. Nicht zuletzt deshalb und aufgrund der schlechten diesbezüglichen Quellenlage in Schleswig-Holstein werde ich diesen Weg nicht beschreiten, obwohl es angesichts der weiter oben für den legalen Markt beschriebenen Preisentwicklung als wünschenswert erscheint.

<sup>365</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946.



Aus diesen Gründen differenzierte sich das Preisniveau der Schwarzmärkte extrem, wobei aufgrund der besseren Einkommenslage in den Großstädten ein Preisgefälle von den Großstädten hin zum Land erkennbar war. Hier war seit dem Kriege eine grundsätzliche Abneigung gegen Überpreise zu verzeichnen, weshalb der Naturaltausch bevorzugt wurde. Zum uneinheitlichen Preisniveau führte die Preisstelle in Schleswig aus: „Eine Einheitlichkeit der Schwarzmarktpreise besteht nicht. Vielmehr unterliegt diese wilde Preisbildung starken Schwankungen, je nach der Gegend und den Verhältnissen der Beteiligten. Wenn z. B. in [...] Flensburg [...] ½ kg Bohnenkaffee mit 500 – 600 RM angegeben wird, so liegen demgegenüber z. B. aus Kiel Meldungen über einen Preis von 800,- RM für ½ kg vor.“<sup>366</sup> Kostete im Februar 1946 das Pfund Zucker in Flensburg RM 40,00 bis RM 50,00, so wurden dort nur ein halbes Jahr später RM 70,00 bis RM 75,00 verlangt.<sup>367</sup> Allerdings konnten Preise auch sehr stabil bleiben. In Kiel kostete beispielsweise ein Straßenanzug im Jahre 1948 kontinuierlich RM 3000, ein Sachverhalt, der auch noch auf eine Reihe anderer Güter zutraf.<sup>368</sup>

Exemplarische Preisvergleiche einiger Grundbedürfnisse sollen die Höhe der Schwarzmarktpreise verdeutlichen. Aufgrund der Quellenlage habe ich dazu die Lage in Kiel im Mai 1948 ausgewählt:

**Tabelle 7: Offizielle und Schwarzmarktpreise in Kiel in RM**

Warenart	Preis auf dem freien Markt	Preis auf dem Schwarzen Markt
1 kg Weizenbrot	0,54	10,00
1 kg Rindfleisch	1,80	90,00
1 kg Butter	3,60	500,00
1 Ei	0,13	7,00
1 Straßenanzug für Männer, neu	112,35	3000,00
1 Paar Männerschuhe	22,57	400,00

Quelle: Statistisches Amt für die Britische Besatzungszone (Hrsg.), Nahrungsmittelpreise im Einzelhandel in 30 Städten der britischen Besatzungszone; Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1945-1949; StAK 34695: Anordnung über die Regelung der Brotpreise in Schleswig-Holstein vom 01.08.1946. Vgl. dazu auch die Preistabellen im Anhang.

<sup>366</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung vom 19.03.1946. Vgl. auch LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946.

<sup>367</sup> StAFI VIII C 129: Bericht des Flensburger Stadternährungsamtes vom 30.08.1946 für Flensburg; LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung vom 19.03.1946.

<sup>368</sup> Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 415-417.

Eine Nähnadel beispielsweise, die in einem Laden 75 Rpf kostete, war schwarz für 10-12 RM zu erwerben und Brotmarken für 1,5 kg Brot kosteten 25 RM.<sup>369</sup>

Somit ist als wichtigstes Ergebnis zunächst festzuhalten, dass, wie die Volkszeitung urteilt, die Preise auf dem Schwarzen Markt für Normallöhne zu hoch waren.<sup>370</sup> Dementsprechend bemerkte die Lübecker Polizei im Jahre 1947: „Hier zu kaufen ist nur einem verhältnismäßig kleinen Kreis möglich.“<sup>371</sup> Die Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft schrieb: „Arbeiter, Angestellte, Beamte mit kleinem Lohn und geringem Gehalt können niemals die Preise des schwarzen Marktes durchhalten.“<sup>372</sup>

Diese und die im Anhang aufgeführten Listen von Schwarzmarktpreisen zeigen im Vergleich mit den Preislisten der offiziell erhältlichen Dinge auch, dass viele Schwarzmarktgüter in den Geschäften gar nicht erhältlich waren, wie z. B. ausländische Zigaretten oder Bohnenkaffee. Manche Dinge hatten dementsprechend einen hohen „Seltenheitswert“: „Wein und Kaffee sind zur Zeit Luxusartikel. Sie werden es auch wahrscheinlich bleiben. Sie werden auch sehr teuer bleiben. Für beides hat sich ein Markt gebildet, der sich der Preiskontrolle so energisch und nachhaltig entzogen hat, daß alle Mühe, ihn preislich wieder beherrschen zu wollen, vergeblich sein wird, zumal der Kaffeemarkt von Personen beherrscht wird, die die Preisbehörde gar nicht erfassen darf.“<sup>373</sup>

Zwar gehörten auch auf dem Schwarzen Markt Textilien zu den teuersten Waren, doch sind die größten Preissteigerungen im Vergleich zum Freien Markt bei den Lebensmitteln zu bemerken. Das Beispiel Kiel zeigt im Mai 1948 Preissteigerungen bis zum 221-fachen bei einigen Lebensmitteln, bei einigen Textilien „nur“ bis zum 26-fachen.<sup>374</sup> Die Ernährungskrise und die erläuterten Besonderheiten der Preisbildung auf dem Schwarzen Markt führten also zusammen zu dieser extremen Teuerung. Sie betraf natürlich alle auf dem schleswig-holsteinischen Schwarzmarkt zu erwerbenden Waren und somit alles, was durch die offizielle Bewirtschaftung nicht zu erhalten war, mithin die scheinbar unbedeutendsten Dinge des täglichen Lebens. Da alle Bevölkerungsschichten am Schwarzmarkt beteiligt waren, folgt daraus, dass insbesondere jeder Arbeiter, der am Schwarzen Markt teilnahm, für alles zu hohe Preise zahlen musste und sich dadurch seine Lebenshaltung stark verteuerte.

---

<sup>369</sup> StAK 34697: Mitteilung der Preisbehörde vom 04. 10. 1946. *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 23.08.1947: „Das neue Zigaretten-Einmaleins“; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 27.08.1947: „Kieler Polizei bekämpft den Schwarzen Markt“.

<sup>370</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 30.08.1947: „Das kann man wohl sagen“.

<sup>371</sup> AHL, Nr. 182: Monatsberichte über die deutsche Moral vom 26.11.1947.

<sup>372</sup> AHL, Nr. 12: „Schleswig-Holstein und Hamburg vor dem neuen Wirtschaftsjahr“.

<sup>373</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 25740: Schreiben des Rechtsanwalts Kappesser an die Preisüberwachungsstelle in Schleswig vom 10.04.1948.

<sup>374</sup> So zu sehen am Beispiel von Schmalz und einem neuen Herrenströßenanzug (Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 415-417).

Welche Folgen hatte ein derartig überzogenes Preisniveau nun für die Verbraucher? Wenn die Preise für Normallöhne zu hoch waren, so konnte die Ware natürlich nicht gekauft werden, oder aber das Geld musste anderen Einkommensquellen entnommen werden. Dabei wäre zunächst an eigene Rücklagen zu denken, die aber bei derart hohen Preisen schnell schrumpfen und damit die Gelegenheit zu weiteren Schwarzmarktkäufen erneut einschränken konnten. Als nächstes bot sich an, den Schwarzmarkt selbst aufgrund der hohen auf ihm erzielten Preise als Einkommensmöglichkeit zu nutzen, die Geschäfte auf ihm also durch ihn selbst zu finanzieren. So mancher blieb daher seiner Arbeitsstätte fern, ein Thema, das offensichtlich einen Umfang annahm, den die Behörden nicht mehr ignorieren konnten: „Ausschußmitglied H. forderte auch die Bestrafung der sogenannten Kleinschieber, um die Arbeitsmoral zu erhalten.“<sup>375</sup> Quantitativ ist die Anzahl dieser Menschen nicht zu fassen, nach Meinung des Justizministeriums ist aber davon auszugehen, dass dies eine „verhältnismäßig dünne Bevölkerungsschicht“ tat. Hohe Preise könnten fast nur durch illegale Geschäfte finanziert werden.<sup>376</sup> Der *Wirtschaftsspiegel* schrieb 1947: „Die viel leichtere Erwerbsmöglichkeit des Schwarzmarktes veranlaßt selbst solide Facharbeiter, mehrere Tage hintereinander von der Arbeitsstelle fortzubleiben. Feststellungen in Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen ergaben eine Beteiligung von 60 bis 80% der Befragten am Schwarzen Markt.“<sup>377</sup>

Wie hoch diese Gewinne sein konnten und wie sehr sich damit die Lebenshaltung steigern ließ, demonstrieren verschiedene Berichte von Feiern, auf denen vom allgemeinen Mangel nichts zu spüren war. So behauptete in Husum ein Angeklagter in einer Verleumdungsklage, dass auf Feiern beim Landestheater Nordfriesland im Sommer 1947 Bohnenkaffee, 1-2 Flaschen Schnaps für bis zu 400 RM das Stück und ausländische Zigaretten für 10-11 RM das Stück angeboten worden seien. Die Feiern verursachten Kosten zwischen 1500 und 2000 RM, „da die Getränke, Zigaretten usw. zu Schwarzmarktpreisen gekauft worden waren. An Spesen hierfür sind ca. 11000 bis 12000 RM entstanden.“ Das Gericht sah das als erwiesen an.<sup>378</sup> *Die Welt* schrieb im Februar 1948:

„Es gibt in Schleswig-Holsteins Städten Lokale, in denen man ohne Marken essen kann, auch solche, in denen man Wein und Schnaps bekommt, doch sie liegen nicht an jeder Straßenecke. [...] Es

---

<sup>375</sup> StAFl II, B 15, Bd. 1: Sitzungsprotokoll des Flensburger Preisausschusses vom 13.03.1947. Vgl. auch *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 29.05.1946: „Unsere Meinung“.

<sup>376</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 25740: Schreiben des Justizministeriums Schleswig-Holstein an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle vom 23.01.1949.

<sup>377</sup> *Der Wirtschaftsspiegel* 1947: „Wirtschaftsrückgang in der Britischen Zone“, S. 206. Ohne Zahlenangaben so auch Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, S. 40; AHL, Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 28.11., 12.12., 24.12.1946; Dabelstein a. a. O. S. 17.

<sup>378</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 25741: Protokoll des Amtsgerichtes Husum vom 31.01.1949.

gibt auch Festlichkeiten, bei denen es sehr schwarz zugeht. So gab es in Kiel ein 'Fest der Kaufleute', das bei einem Eintritt von 100 RM reichliches Festessen bescherte.<sup>379</sup>

Offiziell wurde die Existenz solcher Gaststätten aber verneint, oder höchstens für die Sommermonate in Badeorten wie Westerland oder Timmendorf zugegeben.<sup>380</sup> Doch diese Geschäfte nahmen in den Badeorten offensichtlich einen derartigen Umfang an, dass Ministerpräsident Lüdemann die Landräte und den Oberbürgermeister Lübecks auffordern musste, gegen derartige Missstände einzuschreiten.<sup>381</sup> Hier sei auch noch einmal an die obigen Zitate über die Lebenshaltung einiger Bauern erinnert. Konnten also einige Menschen überhaupt nicht am Schwarzmarkt teilnehmen, weil sie kein Geld oder keine Tauschwaren hatten, so erlaubten schwarze Geschäfte auf der anderen Seite z. T. extreme Gewinne. Dazwischen lagen alle Formen der Unterhaltssicherung, vom Erwerb einiger alltäglicher Dinge bis hin zur Ausstattung großer Feiern. Es konnten aber natürlich auch kleinere Erwerbe als die zuletzt gezeigten Auswüchse große Freude verursachen, wie z. B. H. Qualen vom Frühjahr 1948 berichtet: „Ein rauschendes Fest wurde [...] gefeiert. Es war ungeheuer vergnügt, obwohl wir nicht einen Tropfen Alkohol hatten. [...] Das Wichtigste aber war ein Pfund echten Bohnenkaffees, das wir auf gemeinsame Rechnung auf dem Schwarzen Markt erstanden hatten und an dem wir uns regelrecht berauschten.“<sup>382</sup>

Das Vorhandensein eigener Tauschgegenstände eröffnete, wie schon angedeutet, den Zugang zum Schwarzhandel, wenn kein Geld bereitlag. In Südschleswig erleichterten das offenbar die Hilfssendungen an die Einwohner:

„Im September oder Oktober vorigen Jahres habe ich für meinen Privatbedarf von der Firma Ö. Päckchen mit 12 Paar Strümpfen erhalten. [...] Ich habe die Strümpfe nicht bezahlt, sondern die Firma Ö. erhielt von mir ein Päckchen Wurst, ca. 350 g netto, ein Päckchen Speck, ca. 350 g netto, 2 Päckchen mit Fischkonserven und 10 Päckchen mit Salzheringen. Die Wurst, der Speck und die Fischkonserven stammten aus einem Paket, das ich von Verwandten aus Dänemark erhielt. Die Salzheringe habe ich aus den mir zustehenden Fischrationen genommen.“<sup>383</sup>

Hilfslieferungen wurden aber auch woanders auf dem Schwarzmarkt versetzt, so in Kiel: „K. schickte seiner hier wohnenden Ehefrau laufend Zigaretten, Seife und Bohnenkaffee, damit diese die genannten Sachen auf dem Schwarzmarkt verkaufen konnte.“<sup>384</sup> Denselben

---

<sup>379</sup> Zit. nach Dokumente deutscher Kriegsschäden II, 2, S. 110.

<sup>380</sup> Dokumente deutscher Kriegsschäden II, 2, S. 110; Grube, Die Schwarzmarktzeit, S. 22.

<sup>381</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 634: Schreiben des Ministerpräsidenten vom 01.08.1947. Eine Beschreibung des Luxuslebens in den Badeorten liefert z. B. die Abschrift eines Gespräches mit einer Journalistin vom 26.06.1947 in LAS, Abt. 605, Nr. 639.

<sup>382</sup> Qualen, Nach uns die Sintflut, S. 187.

<sup>383</sup> StAFI VIII C 129: Vernehmungsprotokoll vom 27.01.1947.

<sup>384</sup> StAK 34072: Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses für Ordnungsangelegenheiten vom 01.08.1947.

Zweck erfüllte auch die Entlohnung von Arbeitern mit Produkten des eigenen Betriebes: „Gewisse Zementfabriken geben ihren Angestellten Zement als Teillohn. Dieser wird dann in Hamburg gegen Fisch umgetauscht.“<sup>385</sup>

Oftmals blieb aber nur noch der Diebstahl, um sich dringend benötigte Gegenstände zu beschaffen, sei es zum eigenen Gebrauch oder zum Tausch oder Verkauf auf dem Schwarzmarkt. Die Statistik liefert exemplarisch ein deutliches Bild vom Umfang der Diebstähle in Kiel, die den größten Anteil in der Gesamtheit der Kriminalfälle hatten:

**Tabelle 8: Gemeldete Verbrechen und Vergehen in Kiel 1946-1950**

Verbrechen und Vergehen	1946	1947	1948	1949	1950
Tötungsdelikte	5	7	14	4	3
Raub	23	35	26	20	38
Sittlichkeitsdelikte	54	74	163	337	464
Diebstähle	11406	10720	7732	4741	5259
Unterschlagung	390	1325	735	926	674
Betrug	327	476	1073	2516	1557

Quelle: Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel, Nr.3, 1952, S. 62.

Insgesamt ist bis 1949 eine rückläufige Tendenz festzustellen. Danach stieg die Zahl der Delikte erneut an; wieder nahmen Diebstähle, Unterschlagung und Betrug den meisten Platz ein, was auf die Wirtschaftsreform und ihre Folgeerscheinungen zurückgeführt wird.<sup>386</sup>

Unmittelbar vor der Währungsreform stieg die Zahl der Schwarzmarktgeschäfte noch einmal kräftig an.<sup>387</sup> Der 21. Juni 1948 bedeutete aber nicht das sofortige Aus für den Schwarzmarkt, denn noch im Juli berichtete z. B. das Flensburger Tageblatt, dass der Schwarzhandel sich langsam erhole und sich neue Prinzipien und Preise herausbilden würden.<sup>388</sup> Mit der folgenden wirtschaftlichen Konsolidierung hatte er letztendlich aber keine Chance, noch weiter bestehen zu können.

<sup>385</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben De Crespignys an den Ministerpräsidenten des Landes vom 31.12.1946. So auch Statistische Monatshefte für Schleswig-Holstein 1949, S. 180; Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck, S. 170.

<sup>386</sup> Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1952, Nr. 3, S. 62. 1950 stieg die Kriminalitätsrate gegenüber 1949 um 9,7%, 1951 gegenüber dem Vorjahr um 8,7%. Zur Nachkriegskriminalität als Mittel der Selbsthilfe vgl. z. B. Stüber, Der Kampf gegen den Hunger, S. 577-619.

<sup>387</sup> Das ergibt sich z. B. aus der Zunahme der entsprechenden Vermerke in den Kieler Polizeitagebüchern in LAS, Abt. 623.

<sup>388</sup> *Flensburger Tageblatt* vom 08.07.1948: „Werden die Schwarzhändler ‚weiß‘ handeln?“; *Flensburger Tageblatt* vom 23.05.1948: „Der Tag der Währungsreform in Flensburg“.

Die Bedeutung des Schwarzmarktes für den Einzelnen liegt zum Schluss vornehmlich darin, dass er fast alle Waren bereithielt, die mit der Bewirtschaftung dem offiziellen Markt nicht zugänglich gemacht werden konnten. Eine Lösung der Versorgungsprobleme bedeutete dies aber nicht unbedingt: Wer am Schwarzmarkt teilnehmen wollte, musste unerhört hohe Preise zahlen und sah sich damit vor das Finanzierungsproblem gestellt, das z. B. durch die Suche nach Tauschwerten zu umgehen war, sofern diese vorhanden waren. Der Schwarzmarkt schuf und löste somit Versorgungsprobleme der Bevölkerung, was von beidem überwog, war individuell verschieden. Auf alle Fälle jedoch war er eine, häufig genug sogar die einzige Alternative, wenn man sich nicht mit den Mängeln der offiziellen und legalen Versorgung abfinden wollte.

Am Ende der Betrachtung des Schwarzmarktes in Schleswig-Holstein ist noch festzuhalten, dass, wie schon an einigen Beispielen gezeigt, sich die Lage in den von mir untersuchten Aspekten nicht von der Lage im gesamten westlichen Besatzungsgebiet unterschied.<sup>389</sup> Sie kann somit ungeachtet aller lokalen Differenzierungen als repräsentativ für die erste Nachkriegszeit in Westdeutschland gewertet werden.

---

<sup>389</sup> Darauf soll jetzt nicht näher eingegangen werden. Der Leser kann sich davon leicht durch die Lektüre der in der Einleitung zu diesem Kapitel aufgezählten Literatur überzeugen.

## 8 Löhne

Zu Beginn dieses Kapitels sind zunächst einige Bemerkungen über die dem Folgenden zugrundeliegenden vierteljährlichen Lohnerhebungen des Statistischen Amtes für die Britische Besatzungszone zu machen, die seit März 1946 durchgeführt und ab März 1948 an das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein delegiert wurden. Bei diesen Erhebungen wurden aufgrund der von den Betrieben angegebenen Summen der geleisteten Arbeitsstunden und gezahlten Bruttolöhne die durchschnittlichen Bruttoarbeitslöhne, nach Arbeitergruppen gegliedert, in den verschiedenen Gewerbegruppen ermittelt. Dabei sind in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden auch die vergüteten Feiertags- und Urlaubsstunden, in den Bruttolohnsummen Zuschläge und Zulagen jeder Art, wie z. B. Akkord- und Prämienzuschläge, Leistungszulagen, Mehrvergütungen für Überstunden, Sozialzulagen und Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung enthalten. Nicht berücksichtigt sind Gratifikationen, Spesenersatz, Aufwandsentschädigungen u. a.<sup>390</sup> Problematisch ist dabei allerdings die eingeschränkte Aussagekraft dieser Statistiken, wie das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein selber bemerkte:

„Die in Schleswig-Holstein für 20 Gewerbegruppen und die einzelnen Leistungsgruppen (männliche und weibliche Facharbeiter, angelernte (Spezial-) Arbeiter und Hilfsarbeiter (ungelernte Arbeiter)) ermittelten Brutto-Stundenverdienste [...] sind somit das Ergebnis von Durchschnittsberechnungen, die alle vorkommenden und in Zeiten innerbetrieblicher Umstellungen nicht selten wechselnden Lohnformen, aber auch alle Altersstufen der Arbeiter erfassen. Dies beeinträchtigt den Erkennungswert der Lohnsummenstatistik und erschwert eine genaue Analyse der Ursachen von Veränderungen im Lohngefüge und in den Einkommensverhältnissen der Lohnempfänger.“<sup>391</sup>

Das Amt fügte aber hinzu:

„Gleichwohl ergeben die Durchschnittswerte [...] ein genügend klares Bild des Lohnstandes und der Lohnstruktur in der Industrie und können [...] in kurzfristigen zeitlichen und regionalen Vergleichen die Veränderungen und Unterschiede im Lohnniveau der einzelnen Industriezweige aufzeigen.“<sup>392</sup>

---

<sup>390</sup> Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 179; Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 17 (1948), S. 92; Arbeitsblatt für die britische Zone 7/8 (1947), S. 275.

<sup>391</sup> Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 179.

<sup>392</sup> Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 179. Ein solches Vorgehen wird auch vom Statistischen Bundesamt empfohlen: „Es ergibt sich [...], daß zur Erkenntnis von Lohnentwicklungen am besten die Durchschnittswerte der einzelnen Leistungsgruppen für sich geeignet sind [...]“ (Wirtschaft und Statistik I (1949), S. 20).

Andere statistische Untersuchungen zum Lohnniveau in der Britischen Besatzungszone gibt es meines Wissens nicht, daher ist man allein auf die hier vorliegenden Zahlen angewiesen. Eine Alternative wäre die Untersuchung der Tarifsätze, doch würde dies nur ein realitätsfremdes Bild abgeben, da von diesen Lohnsätzen z. B. wieder Summen, die durch Arbeitsausfall entstanden, abzuziehen wären und man damit nicht mit den tatsächlichen (Durchschnitts-) Löhnen rechnen würde.

Die Löhne der Land- und Forstarbeiter sowie der Angestellten in den Wirtschaftszweigen Industrie, Handel, Banken und Versicherungen wurden in den ersten Nachkriegsjahren statistisch nicht untersucht, man konzentrierte sich auf den sekundären Sektor.<sup>393</sup> In der gesamten britischen Zone wurden ca. 4800 Betriebe, in Schleswig-Holstein etwa 600 Betriebe erfasst. Für die Provinz, bzw. das Land Schleswig-Holstein, bedeutete das eine Repräsentation von ungefähr 10 %.<sup>394</sup> Wie groß die Repräsentation der Industriearbeiter ist, lässt sich aus den mir zur Verfügung stehenden Quellen nicht ersehen. Sie dürfte vielleicht bei 20 % gelegen haben, wie es im März 1949 vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein als ausreichend angesehen wurde.<sup>395</sup>

Da die von mir verwandten Quellen hauptsächlich Nominallöhne aufweisen, werden im Weiteren vor allem diese und nicht die Reallöhne betrachtet werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die tabellarischen Ergebnisse der Lohnerhebungen zum größten Teil im Anhang zu finden.

## **8.1 Arbeiterlöhne**

Die zunächst erfolgende Beschreibung des Lohnniveaus in der britischen Besatzungszone, der sich eine nähere Untersuchung der Arbeiterlöhne in Schleswig-Holstein anschließen wird, beruht im wesentlichen auf einer Analyse der Preis-Lohn-Relation durch das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 1946 und einer vergleichenden Betrachtung der Löhne der in den Lohnerhebungen erfassten Gewerbegruppen durch das Statistische Amt für die britische Zone aus dem Jahre 1947.<sup>396</sup>

---

<sup>393</sup> Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 179.

<sup>394</sup> Zahlendienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 9 (1947), S. 31; Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 17 (1948), S. 92.

<sup>395</sup> Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 179.



### 8. 1. 1 Arbeiterlöhne in der britischen Besatzungszone

Das niedersächsische Institut konstatierte im Frühsommer 1946 ein durchschnittliches, rasches und weites Absinken der Nominalwochenlöhne seit Kriegsende. Dafür wurden verschiedene Gründe geltend gemacht:<sup>397</sup>

1. Die Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche lässt den Wochenverdienst des Arbeiters gegenüber der höheren Arbeitszeit während des Krieges um 20% sinken.
2. Weiterhin sinken die Wochenlöhne durch zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen auf 40 oder sogar nur 36 Stunden in der Woche.
3. Durch das Überangebot von Arbeitskräften bei gleichzeitigem Mangel an Arbeitsplätzen werden viele Betriebe dazu verleitet, Neueingestellte nach niedrigeren Tarifsätzen zu entlohnen, was einer Kürzung der Stundenlöhne gleichkomme. Die Unternehmer begründen diesen Schritt mit den gesteigerten Produktionskosten, die zur Einsparung bei den Löhnen zwingen. Der Fortfall der Rüstungsgewinne zwingen ebenfalls zu Lohnkürzungen.
4. Der Materialmangel verhindert in vielen Betrieben ein Beibehalten der Akkordentlohnung. Sinkende Stückzahlen oder der Übergang zum Zeitlohn verringern den Verdienst, der jetzt nur noch höchstens 1,10 RM im Vergleich zu 1,40 RM-1,60 RM die Stunde im Kriege beträgt.
5. Denselben Effekt hat der Wegfall der Überstunden.
6. Neue Steuergesetze belasten die Bruttolöhne zusätzlich.

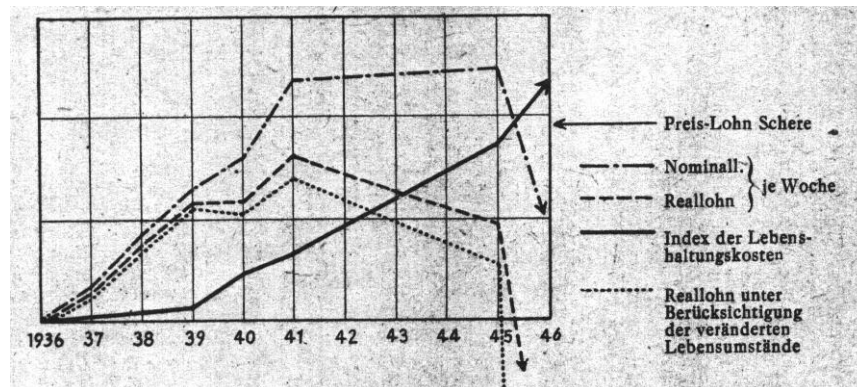
Das Institut betonte allerdings, dass es sich bei dieser Entwicklung um einen durchschnittlichen Trend handelte. Eine genauere Betrachtung der einzelnen Wirtschaftszweige liefere ein heterogenes Bild der Beschäftigungs- und Entlohnungssituation. So bestand einerseits eine hohe Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften, andererseits gab es zahlreiche ungelernete Arbeitsuchende, die z. B. aufgrund eines Entnazifizierungsverfahrens eine neue Stelle suchten. Die Bauindustrie musste scharf kalkulieren, wo hingegen z. B. die Holzverarbeitende Industrie oder das Bekleidungs-gewerbe von einer erhöhten Nachfrage profitierten. Die Entwicklung der Nominallöhne veranschaulicht folgende Graphik:

---

<sup>396</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise. Das Institut nennt in seiner Veröffentlichung nicht die von ihm verwendeten Unterlagen; Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 53-58.

<sup>397</sup> Vgl. zum Folgenden Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 11 f., 37.

Graphik 5: Lohnentwicklung in der britischen Besatzungszone bis Sommer 1946



Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 36.

Diese Entwicklung wird vom ZfA bestätigt: „Nach Kriegsende sind die Wocheneinnahmen im Arbeiterhaushalt – überwiegend infolge Verkürzung der Wochenarbeitszeit und einem geringeren Anteil der Stücklohnarbeit – zurückgegangen [...]“.<sup>398</sup>

Auch die Reallöhne sanken nach Kriegsende: „Verschiedene Einzeluntersuchungen erwiesen bereits in den vergangenen Monaten die sinkende Tendenz der Reallöhne, wie sie sich vor allem aus der steigenden Preistendenz ergab.“<sup>399</sup> Das Institut für Wirtschaftsforschung urteilt:

„Der Reallohn auf Grund der Wochenverdienste beginnt während des Krieges dadurch zu sinken, daß die Lebenshaltungskosten seit 1941 schneller steigen als die Löhne. Seit 1945 verstärkt sich das Absinken der Realverdienste durch die Preis-Lohn-Schere. Durch die erschwerten Lebensbedingungen sinkt die tatsächliche Kaufkraft der Löhne noch weit tiefer ab, als es ein einfaches Inbeziehungsetzen von Preis- und Lohnniveau im Reallohnindex zum Ausdruck bringt.“<sup>400</sup>

Auch das Statistische Amt für die britische Zone erkannte, dass das Realeinkommen der Industriearbeiter bereits seit 1941 eine „sinkende Tendenz“ zeigte. Die Berechnung des Realeinkommens werde allerdings durch die häufige Entlohnung in Naturalien verfälscht.<sup>401</sup> Von einer Verschlechterung der Kaufkraft der Verbraucher sprach ebenso die Kieler Industrie- und Handelskammer im Januar 1948.<sup>402</sup>

Eine genauere Analyse der Nominallöhne ermöglicht nun die wesentlich differenziertere Veröffentlichung des Statistischen Amtes für die britische Zone. Auch sie stellt zunächst ein

<sup>398</sup> Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone, Zur sozialen Lage in der britischen Zone, S. 7.

<sup>399</sup> *Handelsblatt* vom 22.08.1946: „Löhne und Lebenshaltungskosten“.

<sup>400</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 36.

<sup>401</sup> Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 54. So auch im *Handelsblatt* vom 20.02.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten“: „Die Schere zwischen Arbeitseinkommen und Ausgaben für das Existenzminimum bedingt eine starke Minderung des Reallohnes.“

Absinken der Nominallöhne gegenüber der Kriegszeit fest, bedingt durch verringerte Arbeitszeit, Wegfall der Überstunden und Abkehr vom Stücklohn – eine Entwicklung, die bereits 1944 durch Bombenschäden und Betriebsverlagerungen eingesetzt hatte. Die Beseitigung der größten Kriegsschäden habe die Stundenverdienste jedoch allmählich wieder ansteigen lassen. Dagegen hätten sich Arbeitsausfall wegen Krankheit oder Betriebsstilllegungen infolge Strom- oder Kohlenmangels negativ auf die Wochenlöhne ausgewirkt.

Zu den Verdiensten der einzelnen Gewerbegruppen wird ausgeführt:

„Die an der Kriegsproduktion bis zum Zusammenbruch unmittelbar beteiligten Gewerbegruppen (die eisenschaffende Industrie, die Nichteisenmetall-Industrie, die Gießerei-Industrie und die metallverarbeitende Industrie) zeigen einen merklichen Rückgang sowohl der Wochen- als auch der Stundenverdienste. [...] Die Stundenverdienste liegen bei allen Gewerbegruppen mit hohem Anteil der Rüstungsproduktion im März 1946 beträchtlich unter den Vergleichswerten für 1941. Dagegen sind die Stundenverdienste in den Industriezweigen der Friedenswirtschaft (Sägeindustrie, Baugewerbe, Papiererzeugende Industrie, Bekleidungsindustrie, Schuhindustrie und Süß-, Back- und Teigwarenindustrie) bereits im März 1946 höher als zur Zeit des Höchststandes während des Krieges im Jahre 1941.“<sup>403</sup>

Der oben schon erwähnte erneute Anstieg der Stundenlöhne wird wie folgt kommentiert:

„In den während des Krieges an der Rüstung stark beteiligten Industrien hat sich das Niveau der Stundenverdienste vom März 1946 bis Juni 1947 zwar stärker als in den übrigen Gewerbegruppen gehoben; der Höchststand von 1941 wurde aber noch nicht wieder erreicht. [...] Die Zunahme der Nominal-Stundenverdienste läßt namentlich in der genannten Metallindustrie die Wiederaufnahme und Erweiterung der Akkordarbeit erkennen. Auffallend ist die außerordentliche Verdienststeigerung in der Industrie der Steine und Erden sowie in der keramischen Industrie; sie hängt mit dem großen Bedarf an Baumaterialien zusammen. Dabei kommen einmal Überstunden und Stücklohn als verdiensterhöhende Faktoren zur Geltung; ferner wirken sich bereits die für die Problemindustrien zugestandenen Lohnerhöhungen bei diesen Gewerbegruppen aus.“<sup>404</sup>

Die Zunahme der Stundenlöhne der Arbeiter wird mit durchschnittlich 8,9 % zwischen März 1946 und Juni 1947 beziffert. Die folgende Tabelle unterlegt diese Darstellungen noch einmal mit den entsprechenden Zahlen:

---

<sup>402</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 1 (1948), S. V.

<sup>403</sup> Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 54.

<sup>404</sup> Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 54.

Tabelle 9: Nominal-Stundenverdienste 1936-1947 im ehemaligen Reichsgebiet und in der britischen Besatzungszone (Durchschnitt aller Arbeitergruppen – Arbeiter und Arbeiterinnen).

Gewerbegruppen	Reichsgebiet					Britische Zone (insgesamt)											
	1936	1937	1938	1939	1940	Sept. 1941	Sept. 1942	Sept. 1943	März 1944	März 1946	Juni 1946	Sept. 1946	Dez. 1946	Apr. 1947	Juni 1947	Sept. 1947	Dez. 1947
I. Eisenschaff. Industrie	86,6	89,5	95,5	96,5	100,1	99,4	100,6	101,4	103,6	91,0	95,8	98,3	93,2	100,4	101,5	104,6	111,5
II. NE-Metallindustrie	85,7	88,2	—	90,3	94,0	96,7	98,7	97,2	98,0	92,2	95,3	96,8	97,0	94,7	99,5	99,5	107,2
III. Gießerei-Industrie	—	—	89,5	92,9	96,5	99,9	101,2	99,7	100,0	94,6	97,1	98,4	100,2	103,4	105,8	105,6	113,9
IV. Metallverarb. Industrie	85,7	88,2	91,1	92,2	95,9	99,9	99,9	97,7	96,5	96,9	96,8	97,0	97,0	99,2	99,9	101,0	105,3
V. Chemische Industrie (m. Kautschuk-Industr.)	82,0	81,9	83,7	83,5	86,5	88,0	88,6	88,5	88,2	92,1	94,0	94,3	94,2	96,4	98,5	103,7	101,0
VI. Steine und Erden	62,7*	64,7	72,1	75,2	76,4	79,7	80,1	80,8	80,3	81,6	84,8	84,9	87,2	88,2	92,4	93,2	96,2
VII. Keramische Industrie	62,7*	64,7	60,9	63,9	67,6	70,0	71,7	72,5	71,9	82,0	86,3	84,6	90,3	95,8	95,9	96,8	89,5
VIII. Glas-Industrie	62,7*	64,7	65,5	68,2	73,4	77,9	81,0	83,2	85,2	92,0	91,0	90,0	91,4	93,9	91,5	92,1	93,9
IX. Säge-Industrie	54,6	56,4	60,3	63,6	64,9	69,0	70,7	71,7	71,8	75,3	79,3	76,2	77,4	78,5	79,3	85,2	84,8
X. Baugewerbe	71,4	72,3	75,0	76,8	79,9	81,3	81,9	82,1	82,3	82,5	82,3	85,3	86,4	85,9	87,1	88,8	94,9
XI. Baurischlerei und Möbelherstellung	70,8	72,5	75,6	79,7	82,4	86,3	89,0	90,7	90,8	82,2	82,2	84,1	81,7	85,9	84,8	87,5	89,4
XII. Papierzeug-Industrie	63,6	64,6	65,8	66,8	69,8	71,7	73,5	74,0	73,6	80,5	81,6	81,1	81,9	85,5	82,6	86,8	84,4
XIII. Papierverarb. Industrie	57,8	58,4	60,4	61,6	62,6	66,2	67,8	68,3	68,3	87,1	88,5	88,0	88,8	91,4	88,0	92,9	76,0
XIV. Buchdruckgewerbe	106,4	94,3	107,3	107,0	108,2	111,5	113,0	114,2	114,2	100,2	102,0	101,3	108,4	100,7	103,6	104,4	104,2
XV. Flachdruckgewerbe	81,6	82,5	84,9	86,2	88,2	93,3	94,8	96,7	97,4	100,2	101,5	101,5	105,7	99,1	103,2	107,0	95,9
XVI. Textil-Industrie	55,3	55,5	57,2	58,0	59,4	61,3	62,4	62,4	62,8	77,5	78,3	78,4	78,9	82,5	78,2	81,9	79,6
XVII. Bekleidungs-Industrie	54,6	56,0	58,5	60,4	63,5	66,0	66,4	66,5	66,4	88,6	89,5	90,2	91,4	96,5	90,9	95,8	72,8
XVIII. Schuh-Industrie	63,1	64,5	66,1	68,5	72,0	76,1	79,1	80,0	80,8	82,1	81,1	81,5	80,8	84,3	82,3	83,4	76,4
XIX. Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie	50,6	51,0	52,0	53,3	55,4	57,1	60,0	61,0	61,8	90,7	86,9	90,4	90,2	87,7	89,7	91,6	75,1
XX. Braugewerbe	100,9	100,8	102,3	101,9	101,7	99,8	100,7	102,2	101,5	98,0	98,4	97,8	97,0	98,1	101,1	98,4	101,9
XX. dt. Fahrer	104,5	106,2	107,1	108,5	108,0	107,0	108,5	110,4	109,2	—	—	—	—	—	—	—	—
XX. Durchschnitt	77,0	77,7	85,0	89,2	89,8	92,5	89,5	83,4	83,5	89,7	90,7	91,4	91,3	92,9	96,2	95,6	98,6

\*) Angaben gelten für Dezember 1936 (siehe Jahrbuch 1937).

Quelle: Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1948), S. 59.

Das Ansteigen der Stundenlöhne seit 1946 steht nicht im Widerspruch zur Direktive Nr. 14 und zur restriktiven Lohnpolitik der ersten Nachkriegsjahre, denn die Ergänzung der Direktive sah vor, dass ein Übergang vom Stunden- zum Stücklohn gebilligt werden konnte, „selbst wo dieser eine Lohnerhöhung für die betreffenden Arbeiter zur Folge hat, vorausgesetzt, daß der Stücklohn dem allgemeinen Lohnniveau ähnlicher Arbeitsgruppen für die gleiche oder ähnliche Arbeit in der gleichen Gegend entspricht.“<sup>405</sup> Zur Wiedereinführung des Stücklohns, der sich, wie gezeigt, nicht unerheblich auf das Stundenlohniveau des Arbeiters auswirkte, äußerte sich das Statistische Amt für die Britische Zone:

„Das Tempo der Wiederausdehnung des Stücklohnsystems nach 1945 kann nicht zahlenmäßig belegt werden. Es können gewisse Schlüsse aus dem sprunghaften Anstieg der Stundenverdienste geschlossen werden. [...] 1947 wurde die Zahl der im Stücklohn beschäftigten Arbeiter mit 30 % aller männlichen und mit 40 % aller weiblichen Arbeiter festgestellt. [...] Diese Entwicklung der betrieblichen Lohnpolitik ist offenbar vor allem durch den Zwang zur rationellsten Ausnutzung der Produktionsmittel bedingt; vermutlich ist ferner dabei in verschiedenen Fabrikationszweigen der Wille zur ‚Verdichtung der Arbeitsleistung bei Verengung der Arbeitszeit‘ wirksam.“<sup>406</sup>

<sup>405</sup> LAS Abt. 580, Nr. 461: Ergänzung zur Direktive Nr. 14.

<sup>406</sup> Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 56. Genauer sind die Auswirkungen verschiedener Lohnformen auf das Lohnniveau nicht zu untersuchen, da dazu ausreichende statistische Unterlagen fehlen (So

Als nächstes ist die Frage zu beantworten, ob das langsame Ansteigen der Stundenlöhne auch einen Anstieg der tatsächlichen Wochenlöhne zur Folge hatte, oder ob andere Faktoren die bisher beschriebene Tendenz aufheben oder sogar umkehren konnten. Die Wochenlöhne sind von entscheidender Bedeutung, da sie von der Einkommenseite her Möglichkeiten und Grenzen der Lebenshaltung der Arbeiter bestimmen.

Fast alle Nominalwochenverdienste weisen im Durchschnitt aller Arbeitergruppen und Geschlechter im September und Dezember 1947 einen höheren Stand auf als zu Beginn des Erhebungszeitraums im März 1946:

Tabelle 10: Nominal-Wochenverdienste 1941-1947 im Raum des britischen Besatzungsgebietes (Durchschnitt aller Arbeitergruppen – Arbeiter und Arbeiterinnen).

Gewerbegruppen	Reichsgebiet					Britische Zone (insgesamt)											
	1936	1937	1938	1939	1940	Sept. 1940	Sept. 1942	Sept. 1943	März 1944	März 1946	Juni 1946	Sept. 1946	Dez. 1946	Apr. 1947	Juni 1947	Sept. 1947	Dez. 1947
I. Eisenschaff. Industrie	44,25	45,89	49,89	50,71	53,98	54,39	55,64	61,21	65,00	41,27	44,99	43,16	42,93	41,69	44,29	43,91	50,61
II. NE-Metallindustrie	42,35	43,80	—	45,41	46,75	49,48	49,71	46,88	48,92	37,40	39,50	39,05	41,74	34,23	39,43	38,38	42,12
III. Gießerei-Industrie	—	—	45,06	47,00	49,72	52,24	52,31	51,05	52,05	37,35	40,37	39,75	41,49	37,26	41,99	39,17	45,11
IV. Metallverarb. Industrie	—	—	46,00	46,24	48,71	51,16	49,99	47,33	46,48	37,45	39,28	37,34	38,44	36,38	38,41	36,87	40,77
V. Chemische Industrie (m. Kautschuk-Industr.)	37,96	39,05	39,47	38,77	42,53	43,99	43,08	41,89	42,26	38,43	41,08	39,86	40,19	39,32	41,82	42,18	41,66
VI. Steine und Erden	29,83*	31,69	35,14	36,49	36,49	39,92	39,72	40,07	38,59	33,25	36,35	37,35	35,99	35,24	38,95	38,76	40,96
VII. Keramische Industrie	29,83*	31,69	28,97	30,51	32,52	33,51	33,25	32,80	32,58	31,86	35,67	33,28	36,42	38,73	40,78	37,74	37,92
VIII. Glas-Industrie	29,83*	31,69	31,55	33,16	36,31	38,57	39,22	39,25	40,47	38,51	40,33	43,84	38,35	38,23	38,25	37,91	38,08
IX. Säge-Industrie	26,29	27,40	29,30	31,06	31,74	35,01	35,96	36,23	35,32	29,82	33,14	33,42	31,48	31,66	31,94	33,03	35,50
X. Baugewerbe	—	—	—	37,31	38,02	41,42	40,87	39,90	38,37	31,46	33,13	31,75	33,12	32,39	35,17	32,92	36,74
XI. Bautischlerei und Möbelherstellung	34,37	35,29	37,03	38,82	41,01	44,64	46,22	46,47	46,26	32,09	33,51	32,52	33,38	30,76	32,26	32,63	34,87
XII. Papierzeug. Industrie	31,30	32,30	32,53	34,13	36,43	37,92	37,96	37,39	36,91	33,64	35,69	34,66	35,40	33,75	35,19	35,74	36,42
XIII. Papierverarb. Industrie	27,31	28,04	29,11	28,97	29,61	31,10	30,36	28,98	28,53	35,09	37,45	35,31	38,04	34,45	34,86	35,23	28,73
XIV. Buchdruckgewerbe	50,50	50,67	52,66	52,73	54,23	56,91	56,32	56,72	56,08	44,21	48,29	44,84	45,06	43,10	43,86	44,00	45,33
XV. Flachdruckgewerbe	38,73	39,68	41,35	42,30	43,31	46,92	45,70	46,12	46,21	38,25	41,01	43,25	47,83	40,49	40,92	41,08	38,92
XVI. Textil-Industrie	23,34	24,60	26,37	26,02	27,25	27,78	27,75	26,49	27,17	30,11	32,51	31,42	32,64	30,68	30,85	32,38	28,43
XVII. Bekleidungs-Industrie	29,39	25,85	27,32	28,03	29,04	30,10	29,04	26,93	26,54	35,91	37,73	37,00	38,53	37,53	36,05	37,96	26,57
XVIII. Schuh-Industrie	27,65	27,90	30,63	30,55	32,83	35,92	36,57	35,75	35,51	31,65	34,44	31,57	32,61	31,93	30,94	29,07	29,43
XIX. Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie	23,78	24,09	24,93	24,69	25,26	25,91	26,50	25,03	25,01	40,57	40,40	41,47	44,30	37,77	45,05	40,79	33,28
XX. Braugewerbe	43,70	45,82	48,44	51,95	51,70	52,49	53,10	53,86	52,37	45,07	48,21	45,87	44,90	44,53	48,43	46,22	51,96
XX. dta. Fahrer	45,95	48,58	51,49	56,91	57,05	58,25	50,03	60,64	58,76	—	—	—	—	—	—	—	—
I.-XX. Durchschnitt	36,02	37,30	40,42	42,64	44,34	46,61	43,97	44,05	43,96	35,73	38,07	36,35	37,26	35,37	38,79	36,79	39,72

\*) Angaben gelten für Dezember 1936 (siehe Jahrbuch 1937).

Quelle: Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 59.

Bei der Höhe der Wochenlöhne kommen aber besonders die Fehlzeiten der Arbeiter in den Betrieben zum Tragen: „Die Auswirkungen [...] auf die Wochenverdienste traten in den Ergebnissen der Verdiensterhebungen deutlich zutage [...].“<sup>407</sup> Das kann exemplarisch an den Monaten April und September 1947 verdeutlicht werden. Die Unterschiede unter den Fehlzeiten zwischen den Vergleichsmonaten seien hauptsächlich saisonbedingt. Ferner sei der

das Urteil des Statistischen Amtes für die britische Zone, in: Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 55).

<sup>407</sup> Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 57.

September als Urlaubsmonat beliebter als der April. Im April seien die Fehlzeiten außer Urlaub und Krankheit deshalb höher, weil die betrieblichen Störungen durch Strom- und Kohlenmangel infolge des harten Winters besonders in Hamburg und Schleswig-Holstein noch zur Geltung kamen. Im Zusammenhang mit der Beschaffung der Wintervorräte dürften der hohe Urlaubsanteil und die Zunahme der Krankheitstage im September stehen. Die einzelnen Gewerbegruppen weisen sehr unterschiedliche Fehlzeiten auf, wofür zuerst die neben dem Geldlohn gewährten Zuwendungen, z. B. in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie, die Ursache gewesen seien. Hier sind die Ausfallzeiten am niedrigsten. Als weiterer Grund wird die Sauberkeit und die Schwere der Arbeit angegeben.<sup>408</sup> Der Blick auf einige exemplarische Wochenverdienste bestätigt hier die Auswirkungen der Fehlzeiten. Insbesondere die Metallindustrie und das Baugewerbe verzeichnen einen Rückgang der Wochenlöhne von Dezember 1946 auf April 1947 und vom Juni 1947 zum September 1947 trotz konstanter oder sogar steigender Stundenlöhne. In der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie dagegen sinken und steigen die Wochenlöhne zusammen mit den Stundenlöhnen in denselben Monaten.

Ein Anstieg der Stundenlöhne musste also nicht unbedingt den Wochenlohn und damit die Lebenshaltung verbessern. Zu viele Faktoren konnten den Arbeiter daran hindern, seine Arbeitsstelle aufzusuchen und sein Einkommen zu verbessern. Doch trotz dieses relativ undifferenzierten Überblicks über die Lohnsituation in der britischen Zone ist festzuhalten, dass sich die Einkommenssituation der Arbeiter im Durchschnitt leicht besserte. Der mit Kriegsende rasch fortschreitende Verfall des Lohnniveaus kam im Jahre 1946 zum Stillstand. Es folgte eine Konsolidierung, die das ZfA danach von einer „Stabilität der Löhne und Gehälter“ sprechen ließ.<sup>409</sup>

---

<sup>408</sup> Statistisches Monatsheft für die britische Zone 6 (1947), S. 57.

<sup>409</sup> Arbeitsblatt für die britische Zone 4 (1947), S. 138; O. Verf., Das Lohnproblem, S. 177. Diese Entwicklung wird auch vom Statistischen Bundesamt bestätigt (Wirtschaft und Statistik 1 (1949), S. 20 f.).

### 8. 1. 2 Arbeiterlöhne in Schleswig-Holstein

Zahlen und Urteile zur Lohnentwicklung in Schleswig-Holstein bis zum Beginn der Lohnerhebungen im Jahre 1946 liegen mir nicht vor. Doch ist analog zu den für die britische Zone genannten Gründen von einem starken Einbruch der Einkommen auszugehen.

Die für die britische Zone festgestellte Lohnentwicklung ab 1946 fand sich in Schleswig-Holstein im Wesentlichen wieder:

„Die durchschnittlichen Stundenverdienste [...] zeigten demnach im vergangenen Jahre [1946] eine im allgemeinen steigende Tendenz, während die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit teilweise kürzer wurde, so dass der durchschnittliche Brutto-Wochenverdienst nicht immer der Lohnerhöhung entsprechend anstieg.“<sup>410</sup>

Die Entwicklung nach 1946 beschrieb das Statistische Landesamt wie folgt:

„Bis zur Währungsreform hatten sich Arbeitszeit und nominelle Verdienste der Industriearbeiter Schleswig-Holsteins nur langsam erhöht. [...] Der Bruttowochenverdienst war von September 1947 bis Juni 1948 infolge der erhöhten Arbeitszeit im Durchschnitt für alle Arbeitergruppen um rund 2,75 RM auf 37,50 RM angestiegen; dagegen hatten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste so gut wie gar nicht und auch in den einzelnen Arbeitergruppen nur geringfügig verändert. [...] Mit 93,9 Rpf lag in Schleswig-Holstein der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller Arbeiter im Juni 1948 um 4,6 Rpf niedriger als im bizonalen Durchschnitt.“<sup>411</sup>

An anderer Stelle wird die Entwicklung der Jahre 1946 und 1947 zusammengefasst:

„Mit wenigen Ausnahmen ergibt sich in allen Gewerbegruppen eine Steigerung der durchschnittlichen Stundenverdienste. [...] Das Absinken der Bruttowochenverdienste im Juni und September 1947 ist auf das Absinken der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten zurückzuführen.“<sup>412</sup>

Inwiefern sich saisonale Umstände und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch in Schleswig-Holstein auf das Lohnniveau auswirkten, kann am Beispiel der Gießerei- und der Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie gezeigt werden. Dazu sei wiederum das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein zitiert:

„Das Absinken des Durchschnittslohnes in den Giessereibetrieben erklärt sich z. T. dadurch, daß bei einer größeren Firma im ersten Vierteljahr 1948 eine Anzahl alter Kräfte mit hohen Löhnen abgewandert und dafür mehr neue Arbeitskräfte mit niedrigeren Löhnen eingestellt sind. Außerdem ist eine Firma, deren Durchschnittslohn ebenfalls über dem normalen Durchschnittslohn liegt, (Ursache: Akkordzuschlag) wohl im Dezember 1947, aber nicht im März 1948 erfaßt worden. Bei den

---

<sup>410</sup> Zahlendienst des Statistischen Landesamtes 2 (1947), Blatt 4.

<sup>411</sup> Statistische Monatshefte für Schleswig Holstein 6 (1949), S. 180.

<sup>412</sup> Zahlendienst des Statistischen Landesamtes 9 (1948), S. 31.

Brotfabriken wurden infolge größerer Sonderaufträge zur Weihnachtszeit mehr Überstunden sowie Sonntagsarbeit geleistet. Ein weiterer Grund ist die Einführung des Nachtbackverbotes und dadurch Wegfall des dafür zustehenden Lohnzuschlages ab 1. 1. 1948. Die Betriebe der Zuckerindustrie heben ebenfalls durch Leistung von Überstunden und Sonntagsarbeit während der Rübenkampagne, hauptsächlich im Dezember 1947, höhere Durchschnitts-Stundenlöhne erzielt.<sup>413</sup>

Der Blick auf die Durchschnittsbruttoverdienste<sup>414</sup> bestätigt noch einmal die beschriebene Entwicklung der nur langsam steigenden Arbeiterstundenlöhne, denen die Wochenlöhne nicht immer folgen konnten. So lagen die Stundenverdienste, soweit es aus den lückenhaften Statistiken ersichtlich ist, 1947 und 1948 fast ausnahmslos höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Insgesamt stiegen die Stundenlöhne zwischen März 1946 und Juni 1948 im *Durchschnitt aller Gewerbegruppen und Arbeitergruppen* um 8 Rpf von 93,6 Rpf auf 101,6 Rpf bei den Männern und um rund 7 Rpf von 54,4 Rpf auf 61,1 Rpf bei den Frauen. Das bedeutet Steigerungen von rund 9% bei den Arbeitern, bzw. von ca. 12 % bei den Arbeiterinnen. Bei den Wochenverdiensten ist dies nicht immer der Fall. Ein wesentlicher Einbruch ist im April 1947 zu verzeichnen, in dem die Durchschnittswochenlöhne bis auf die der Spezialarbeiter unter denen des März 1946 und z. T. deutlich unter den Werten vom Dezember 1946 lagen. Zu vermuten ist allerdings, dass der Einbruch eine Folge des harten Winters war, so wie es das Statistische Amt für die britische Zone für das gesamte Besatzungsgebiet konstatiert hatte. Es zeigt sich ferner, dass die Wochenverdienste im September der Jahre 1946 und 1947 gegenüber dem Juni größtenteils zurückgingen oder stagnierten, obwohl die Stundenlöhne stiegen. Diese Beobachtung deckt sich mit der obigen Feststellung für die britische Zone, nach der ein Rückgang des Wochenlohnes auf die Beliebtheit des Septembers als Urlaubsmonat zurückzuführen sei. Der Blick auf die Wochenverdienste zeigt, dass diese zwischen März 1946 und Juni 1948 bei den Männern um rund 2 RM von 38,22 RM auf 40,64 RM, bei den Frauen von 19,06 RM auf 24,19 RM zunahmen, bevor sich die ersten Lohnerhöhungen vor der Währungsreform insbesondere bei den Hilfsarbeitern noch einmal positiv auf die Durchschnittszahlen auswirkten. Dem entsprechen Steigerungen von rund 6 % und ca. 27 %. Der direkte Vergleich der Prozentzahlen zeigt noch einmal das um 3 Prozentpunkte langsamere Wachstum der Arbeiterwochenlöhne, aber um 15 Prozentpunkte schnellere bei den Arbeiterinnen. Damit ist eine, wenn auch verhaltene, Angleichung der Frauen- an die Männerlöhne zu erkennen. Eine Angleichung ist auch innerhalb der Leistungsgruppen zu sehen. Davon profitierten

---

<sup>413</sup> Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 17 (1948), S. 92.

<sup>414</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden Tabelle VIII und IX im Anhang.



insbesondere die Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter, deren Löhne stiegen z. T. um ein Vielfaches der Löhne der Facharbeiter.<sup>415</sup>

Als Letztes ist nach den Entwicklungen in einigen Gewerbegruppen zu fragen. Im Unterschied zur britischen Besatzungszone stiegen die Durchschnittsstundenlöhne der Arbeitergruppen in den ehemals an der Rüstung beteiligten Industrien im Jahre 1946 nur unbedeutend oder gar nicht.<sup>416</sup> Den Quellen ist nicht zu entnehmen, ob in Schleswig-Holstein nicht zum Stücklohn zurückgekehrt wurde und sich dadurch das Lohnniveau nicht stärker erhöhte. Aufgrund der Tatsache, dass in Schleswig-Holstein die Rüstungsindustrie den größten Teil der Industriearbeiter beschäftigte, ist aber davon auszugehen, dass selbst bei einer Rückkehr zum Stücklohn die Demontage- und Demilitarisierungsvorhaben der Alliierten die Einkommensmöglichkeiten der Arbeiter erheblich geschmälert haben. Stärkere Stunden- und Wochenlohnzuwächse sind dagegen wie im gesamten Besatzungsgebiet in der Industrie der Steine und Erden, im Baugewerbe und in der keramischen Industrie zu finden. Die bereits für ganz Norddeutschland getroffene Feststellung, dass das mit dem großen Bedarf an Baumaterialien zusammenhänge, trifft zweifellos auch auf Schleswig-Holstein zu.

Kurz vor der Währungsreform besserte sich die Einkommenssituation zusehends:

„Die schrittweise Aufhebung des Lohnstops hatte schon vor der Währungsreform insbesondere für niedrige Arbeitseinkommen gewisse Lohnaufbesserungen gebracht. Die im Mai 1948 generell zugestandene Erhöhung der Löhne bis zu 15 vH führte nunmehr, vor allem in den ersten Monaten nach der Währungsreform, zu einem raschen Ansteigen der Arbeitsverdienste.“<sup>417</sup>

Z. T. deutliche Stundenlohnzuwächse sind in den Lohnstatistiken zwischen März und Juni 1948 zu vermerken, was sich dann auch erkennbar auf die Wochenverdienste auswirkte.<sup>418</sup>

Die wesentlichen Punkte der Lohnentwicklung in Schleswig-Holstein zwischen dem 08. Mai 1945 und dem 21. Juni 1948 sollen thesenartig noch einmal zusammengefasst werden:

1. Direkt nach Kriegsende gehen die Löhne stark zurück.
2. Es folgt ein langsamer Anstieg der Stundenlöhne, der sich aber nicht immer auf die Höhe der Wochenlöhne auswirkt.
3. Die Wochenlöhne steigen mit größeren Schwankungen um rund 2 RM bei den Arbeitern und um ca. 5 RM bei den Arbeiterinnen bis zur Währungsreform.

---

<sup>415</sup> Die gleiche Entwicklung ist in der britischen Zone als Ganzes wiederzufinden (Wirtschaft und Statistik 1 (1949), S. 22).

<sup>416</sup> Vgl. Tabelle X im Anhang.

<sup>417</sup> Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 181. Hier werden auch die weiteren Lohnzuwächse im Jahre 1948 beschrieben. Vgl. dazu auch *Kieler Nachrichten* vom 05.08.1950: „Löhne und Preise gleichen sich an“: „Bis zum März 1950 wird eine Steigerung im Nettoeinkommen [...] von 40,7% gegenüber 1938 ausgewiesen.“ Zur bundesweiten Lohnentwicklung vgl. z. B. Mielke/ Vilmar, Die Gewerkschaften, S. 225.

Unter diesen Aspekten ist das Urteil der Kieler Nachrichten aus dem Jahre 1950, dass „auf der Einkommensseite [...] nach dem Kriege ein ständiges Anwachsen der Wochenverdienste zu beobachten [...]“ gewesen sei, recht apodiktisch<sup>419</sup> Zutreffender wäre es, auch in Schleswig-Holstein von einer „Stabilität der Löhne und Gehälter“ zu sprechen, wie es für die britische Zone als Ganzes bereits beschrieben wurde.<sup>420</sup>

## 8. 2. Löhne von Frauen und Jugendlichen

Die Löhne der Frauen erreichten nie die der Männer. So lagen die Durchschnittsbruttostundenverdienste aller Gewerbe- und Arbeiterinnengruppen zwischen 57% und 64%, die entsprechenden Wochenlöhne zwischen 53% und 61% der Löhne der männlichen Arbeiter.<sup>421</sup> In einzelnen Gewerbegruppen konnten die Lohnniveaus manchmal noch weiter divergieren, wie z. B. im Buchdruckgewerbe, wo die Stundenlöhne der Frauen im Juni 1946 nur noch 44% der Löhne der Männer betragen oder in der Chemischen Industrie, wo die Wochenverdienste im März 1946 sogar auf 42% zurückgingen.<sup>422</sup> Aber auch die Stunden- und Wochenverdienste der Frauen stiegen langsam an: Im März 1946 verdiente eine Arbeiterin im Durchschnitt 54,4 Rpf die Stunde, im Juni 1948 dann 61,1 Rpf. Die Wochenlöhne betragen in denselben Monaten durchschnittlich 19,06 RM und 24,19 RM.<sup>423</sup>

Das Problem der niedrigen Frauenlöhne wurde an höchster Stelle erkannt, wie es sich durch die Aufnahme der Bestimmung, „die Löhne für Frauen und Jugendliche [...] bei gleicher Arbeit und gleicher Leistung bis zur Höhe der Löhne für männliche Arbeitskräfte“ zu erhöhen in die Ergänzung der Direktive Nr. 14 erweist.<sup>424</sup> Rund vier Wochen nach Verabschiedung der Ergänzung wurde das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein am 17.10.1946 von der Militärregierung ermächtigt, entsprechende Schritte zu unternehmen. Das war auch dem beratenden Lohnausschuss, den Arbeitgebern und den Gewerkschaften

---

<sup>418</sup> Vgl. Tabelle X, XI im Anhang.

<sup>419</sup> *Kieler Nachrichten* vom 05.08.1950: „Löhne und Preise gleichen sich an“.

<sup>420</sup> Das Norddeutsche Echo nennt andere Durchschnittslöhne als die hier genannten. Es bezieht sich auf eine „amtliche Erhebung, die im März und September 1946 in Schleswig-Holstein durchgeführt wurde“ (*Norddeutsches Echo* vom 13.09.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten in Kiel“). Die genannten Facharbeiterlöhne in den Gewerbebezügen stimmen aber mit den von mir verwendeten Zahlen nicht überein, so dass es fraglich ist, ob diese „amtliche Erhebung“ mit den o. g. Lohnerhebungen identisch ist. Gleichwohl gibt auch das „Norddeutsche Echo“ den Durchschnittsstundenlohn eines männlichen Facharbeiters mit ungefähr 1RM an, kommt also jedenfalls hier zu demselben Ergebnis.

<sup>421</sup> Vgl. Tabelle VIII im Anhang.

<sup>422</sup> Vgl. Tabelle X, XI im Anhang.

<sup>423</sup> Vgl. Tabelle VIII, IX im Anhang. Weiterführende Aussagen über die Löhne in einzelnen Gewerbebezügen sind aufgrund des spärlichen Zahlenmaterials nicht möglich.

<sup>424</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Ergänzung zur Direktive Nr. 14.

erlaubt.<sup>425</sup> In der Praxis erwies sich die Durchführung jedoch als schwierig, denn es stellten sich verschiedene Fragen: Können Frauen in einem bestimmten Gewerbebranchen dieselben Leistungen bringen wie ein Mann? Soll man umgekehrt von einer prinzipiell gleichen Leistungsfähigkeit der Frau ausgehen und sie in dem Falle, in dem sie weniger leistet als der Arbeiter, untertariflich bezahlen? Werden jetzt Lohnsätze für Frauen gefunden, die aber nach einer Gesundung der Wirtschaft nicht mehr zu halten sind? Ist Frauenarbeit als gleichwertig anzuerkennen, wenn es keine entsprechende Tarifregelung gibt?<sup>426</sup> Diese Fragen wurden auf der schon oben erwähnten Besprechung in Lemgo am 29.10.1946 von Lohnsachbearbeitern besprochen. Das Protokoll hielt als wesentliche Grundzüge der Diskussion fest:

„Die meisten Praktiker stehen auf dem Standpunkt, daß erfahrungsgemäß im Normalfall Frauen- und Männerleistungen nicht gleichzusetzen seien. Dabei würde der Prozentsatz der Bewertung der Frauenleistung im Verhältnis zur Männerleistung in den einzelnen Gewerben verschieden sein, je nachdem die besondere Konstitution der Frau sie für die geforderten Tätigkeiten befähigt. Die Mehrzahl der anwesenden Lohnsachbearbeiter vertrat den Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, in dieser Frage mit Lohnaufschlägen und nicht mit Lohnabstrichen zu arbeiten. [...] Ein derartiges Vorgehen erscheint besser, als [...] zunächst den vollen Männerlohn festzusetzen und dann in den Einzelfällen [...] Lohnabstriche vorzunehmen.“<sup>427</sup>

Professor Nipperdey aus dem beratenden Lohnausschuss des Landesamtes für Arbeit Nordrhein fasste die Grundsätze zur Entlohnung von Frauen, auf die die Vertreter der Arbeitsverwaltung sich dann am 29.10.1946 geeinigt hatten, zusammen:

„1.) Frauen, die die gleiche Arbeit leisten wie die Männer, werden wie Männer bezahlt. 2.) Wo erfahrungsgemäß bestimmte Gruppen nur einen bestimmten Prozentsatz der Leistung der Männer zu erbringen pflegen, bekommt sie diesen Prozentsatz des Männerlohnes. 3.) In besonderen Fällen, in denen Frauen die volle Leistung wie Männer erbringen, können sie durch Leistungszulagen auf den Männerlohn gebracht werden.“<sup>428</sup>

Der Ahlmann-Carlshütte in Rendsburg, die die Zustimmung zur Zahlung des Männerlohnes auch an Frauen und Jugendliche beim „Beratenden Ausschuss in Lohnfragen“ beantragt hatte, antwortete der Lohnbeirat entsprechend:

„Bei gleicher Tätigkeit und gleicher Bewertung der Arbeitsleistung soll für Frauen u. Jugendliche vom vollendeten 19. Lebensjahr ab die Möglichkeit der gleichen Entlohnung gegeben sein. Der

---

<sup>425</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Schreiben der schleswig-holsteinischen Militärregierung (Industrial Relations Section, Manpower Branch) an den Präsidenten des Landesamtes vom 17.10.1946.

<sup>426</sup> So u. a. die Präsidenten der Landesamtsämter in der britischen Zone nach einem Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946, in: LAS, Abt. 580, Nr. 461.

<sup>427</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Niederschrift über die Besprechung in Lemgo am 29.10.1946 betreffend Fragen des Lohnstopps vom 02.12.1946.

<sup>428</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Sitzungsbericht einer Tagung über Fragen der Lohnüberwachung in Lemgo am 29.10.1946.

Grundlohn für Frauen und Jugendliche soll unter Berücksichtigung der betrieblich festgestellten Normalleistung der beiden Gruppen im Verhältnis zur Männerleistung festgelegt werden. Für über diesen Durchschnitt liegende Leistungen sollen Leistungszulagen gezahlt werden bis zur Erreichung der Höhe des Männerlohnes. Der Abrechnung der Akkorde soll - soweit von der Männerleistung ausgegangen wird- der Männerlohn zu Grunde gelegt werden. Für Jugendliche unter 19 Jahren soll der Grundlohn gleichfalls unter Berücksichtigung der betrieblich festgestellten Normalleistung von Jugendlichen im Alter von 16 bis zum vollendeten 19. Lebensjahr im Verhältnis zum Männerlohn festgelegt werden.<sup>429</sup>

Auch wenn diese Regelung zunehmend Eingang in das Tarifgeschehen fand, schlug sich das nicht sichtbar auf die Stundenlohnstatistik nieder.<sup>430</sup> Offensichtlich wurde aber von dieser Möglichkeit der Lohnerhöhung Gebrauch gemacht, denn die Briten sahen sich im Mai 1948 gezwungen, darauf hinzuweisen, dass die Bedingung „gleiche Arbeit“ voll erfüllt sein müsse und die Direktive Nr. 14 in dieser Hinsicht „manchmal sehr locker gehandhabt“ worden sei.<sup>431</sup> An der Tatsache, dass Frauen weniger verdienten als Männer, änderten dies und die festgestellte Angleichung der Frauen- an die Männerlöhne aber nichts.

### 8.3 Niedriglöhne

Die Ergänzung zur Direktive Nr. 14 vom 13.09.1946 hatte die Lohnerhöhung zur Erreichung eines Stundensatzes von 50 Rpf für solche Arbeiter, die weniger als diese Summe erhielten, erlaubt.<sup>432</sup> Bis zum Januar 1947 wurden entsprechende Anträge lediglich von der Textilindustrie Schleswig-Holsteins eingereicht, und aus Hamburg wurde sogar bekannt, dass derartige Lohnerhöhungen noch nicht vorgenommen worden waren.<sup>433</sup> Am 03.03.1947 forderte das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein eine Zusammenstellung der Gewerbegruppen, in denen noch Lohnsätze unter 50 Rpf gezahlt wurden.<sup>434</sup> Das Ergebnis zeigt die folgende Tabelle:

---

<sup>429</sup> LAS, Abt. 580, Nr.461: Niederschrift über die Besprechung in Lemgo am 29.10.1946 betreffend Fragen des Lohnstopps vom 02.12.1946.

<sup>430</sup> Vgl. Tabelle VIII, IX im Anhang. Vgl. entsprechende Beispiele in den Anmerkungen in Kapitel 5.

<sup>431</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 471: Schreiben des Präsidenten des ZfA an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein vom 20.05.1948. Schon 1947 hatte das ZfA festgestellt, „daß der Grundsatz ‚gleiche Leistung, gleicher Lohn‘ sich immermehr durchsetzt.“ (Arbeitsblatt für die britische Zone 10 (1947), S. 344).

<sup>432</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461.

<sup>433</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Vermerk des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein vom 17.01.1947.

<sup>434</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Vermerk des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein vom 03.03.1947.

**Tabelle 11: Tarifstundenlöhne der über 21 Jahre alten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein, die unter 0,50 RM lagen nach dem Stand vom 12.03.1947 in RM**

	Männer	Frauen
Erdölgewinnung und Erdölförderung	.	0,47 (Lohngruppe 1)
Ziegelindustrie Nordmark	.	0,45
Metallindustrie Lübeck	.	0,43-0,47
Metallindustrie in Schleswig-Holstein	.	0,40-0,48
Elektrogewerbe Schleswig-Holstein	0,45 (Hilfsarbeiter)	.
Chemische Industrie Nordmark	.	0,36- 0,47
Seifenindustrie Schleswig-Holstein	.	0,36- 0,49
Lampenschirme (Herstellungsbetriebe Nordmark)	.	0,40- 0,47
Buchbindergewerbe	.	0,44-0,48
Papierverarbeitungsindustrie Neumünster	.	0,41
Papier-, Pappen-, Zellstoffindustrie	.	0,40-0,44
Hilfspersonal in Buch- und Zeitungsdruckereien	.	0,41-0,48
Buchdruckerei, Buchbinder	.	0,42-0,48
Lederherstellende Betriebe Nordmark	.	0,40-0,46
Bautarifordnung Nordmark	0,44-0,47 (Bauwächter)	0,42-0,46 (weibl. Küchenhelferinnen) 0,42-0,48 (Reinmachefrauen )

Quelle: Erstellt nach den Angaben in LAS, Abt. 580, Nr. 461. Die Lohnangaben beziehen sich jeweils nur auf einige Ortsklassen in Schleswig-Holstein, nicht auf das ganze Land. Aufgrund der uneinheitlichen Ortsklassenstruktur wird aus Gründen der Übersichtlichkeit auf eine nähere Differenzierung verzichtet.

Es waren also hauptsächlich Frauen, denen solche Niedriglöhne gezahlt wurden. Auch in den Gewerbegruppen, in denen für die Zukunft Löhne unter 0,50 RM vorgesehen waren, betraf dies insbesondere Arbeiterinnen.<sup>435</sup> Dazu zählten vor allem Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus, sowie verschiedene Bereiche der Lebensmittelindustrie wie z. B. Bäckereien, Fleischwarenfabriken, Brennereien, Fischindustrie und Krabbenindustrie. Die Stundensätze variierten hier zwischen 0,23 RM in der Land- und Forstwirtschaft und genau 0,50 RM in den Molkereibetrieben für bestimmte Arbeiterinnen. Bei den Jugendlichen wurden Niedriglöhne nur an Frauen gezahlt, insbesondere in der Textilindustrie. In der Hauswirtschaft wurde nur in einer Ortsklasse 0,65 RM die Stunde an Jugendliche gezahlt, und in der Heimarbeit lagen die Grundlöhne durchweg unter 0,50 RM.

Wurde z. B. in Niedersachsen in einigen Berufszweigen der Textilindustrie eine Lohnerhöhung vom beratenden Lohnausschuss beim Landesarbeitsamt beschlossen, so sah man 1947 in Schleswig-Holstein von solch einem Schritt ab:

<sup>435</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden die tabellarischen Angaben in LAS, Abt. 580, Nr. 461.

„Ich habe Herrn Präsidenten [...] vorgeschlagen, [...] keine Erhöhungen vorzunehmen, sondern unsere Tätigkeit darauf zu beschränken, bei eingehenden Anträgen im Einzelfall, so gerechtfertigt, Erhöhungen vorzunehmen. Ich habe hierbei die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß jetzt ausgesprochene Lohnerhöhungen nach der Währungsreform nicht mehr haltbar sein werden und da wir uns dann der sehr undankbaren Aufgabe unterziehen müssen, von Amts wegen die von uns selbst genehmigten Löhne wieder herabzusetzen. Der Herr Präsident hat sich meiner Auffassung angeschlossen.“<sup>436</sup>

Hatte dieses Argument sich bei der Diskussion um die Angleichung von Frauen- an die Männerlöhne im Jahr zuvor nicht durchsetzen können, so verhinderte also die schlechte wirtschaftliche Lage, die auf eine Gesundung durch die erwartete Währungsreform wartete, in diesem Falle Lohnerhöhungen bei niedrigbezahlten Arbeiterinnen in Schleswig-Holstein. Wie schon bei den Löhnen über 0,50 RM, so waren hier wiederum die Frauen benachteiligt, indem fast nur ihnen noch Löhne unter 0,50 RM gezahlt wurden.

#### **8. 4 Sozialleistungen**

Da sich die Frage stellt, wie Menschen, die nicht mehr ihrer gewohnten Arbeit nachgehen konnten, sei es durch Kriegsverletzungen, Krankheit o. ä., versorgt wurden, d. h. welche Leistungen an die Stelle der bisher betrachteten Löhne traten, soll zum Abschluss der Betrachtung der Löhne in Schleswig-Holstein jetzt noch ein kurzer Blick auf einige Sozialleistungen geworfen werden. Aufgrund der hohen Zahl der Restfamilien und der Versehrten ist deren Versorgung hier von besonderem Interesse.

Im August 1945 wurden durch das Kontrollratsgesetz Nr. 34 die Renten an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene eingeschränkt, um deren bevorzugte Versorgung im Dritten Reich zu beenden.<sup>437</sup> Im August des nächsten Jahres erhielt dieser Personenkreis anstelle der früheren Versorgungsrenten Leistungen nach den Vorschriften der sozialen Rentenversicherung. Im Vergleich zu den ehemaligen Zahlungen bedeutete das nach Ansicht des ZfA und weiter Teile der Bevölkerung, dass „von einer einigermaßen angemessenen Entschädigung keine Rede mehr sein konnte.“<sup>438</sup> Entsprechend schlecht war die Aufnahme dieser Neuregelung:

---

<sup>436</sup> LAS, Abt. 580, Nr. 461: Schreiben des niedersächsischen Ministers für Aufbau und Arbeit vom 14.03.1947 an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein, Vermerk vom 10.04.1947, mit unleserlichem Kürzel unterzeichnet.

<sup>437</sup> Amtsblatt der Militärregierung Nr. 13, S. 295. Vgl. dazu und zum Folgenden Dobbernack, Leistungen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in der britischen Zone.

<sup>438</sup> Dobbernack, Leistungen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in der britischen Zone, S. 326.

„Eine geradezu niederschmetternde Wirkung [...] für die gesamte Bevölkerung hatte die Streichung der Kriegsinvalidenrenten und die Übernahme der Kriegsopferversorgung durch die Sozialversicherung. Die von dieser Körperschaft gewährten Rentensätze liegen unter dem Existenzminimum und unter denen der allgemeinen Fürsorge. Der Distrikt Flensburg führt den Fall eines 100% Kriegsbeschädigten an. Dieser Mann bezog bisher monatlich Mk. 165.- und wird in Zukunft nur noch den Betrag von Mk. 40.- erhalten. Die Wirkung dieser Verordnung, so fährt der Flensburger Bericht fort, kommt einem glatten Todesurteil gleich. Es machen sich schon jetzt in zunehmendem Masse bettelnde Kriegsgefangene bemerkbar.“

heißt es in einem Stimmungsbericht vom Sommer 1946.<sup>439</sup> Das Amt für Volkswohlfahrt sprach davon, dass sich in Eutin der Fortfall der Versorgungsrenten „katastrophal“ ausgewirkt habe und in Bad Oldesloe die Betroffenen in „denkbar ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten.“<sup>440</sup> Weitere Folgen beschreibt das Amt am Beispiel Eutin:

„Gerade die Kriegsversehrten fassen diese Unterstützung als Wohlfahrt bzw. Wohltätigkeit auf, während die bisherigen Versorgungsrenten als gesetzlicher Anspruch gezahlt wurden. Im Kreise Eutin haben sich bereits ein Kriegsblinder und ein Hirnverletzter das Leben genommen. [...] Es treffen täglich Briefe ein, die dem Inhalt nach sagen, daß sich gerade diese Personen heute das Leben nehmen wollen.“<sup>441</sup>

Aus Eiderstedt wird berichtet, dass sich die Einstellung der Unterstützungsempfänger radikalisiert und Notleidende sich der KPD angeschlossen hätten.<sup>442</sup>

Die Sozialversicherungsdirektive Nr. 27 der britischen Militärregierung baute mit Wirkung vom 01.08.1947 dann die Leistungsgewährung auf den Grundsätzen der gesetzlichen Unfallversicherung auf.<sup>443</sup> Ausgenommen von den Leistungen waren aber Personen, die die Verletzung oder den Tod im Verlauf einer Dienstleistung für die NSDAP oder eine ihr angeschlossenen Organisationen erlitten hatten, oder diejenigen, die im Laufe der Entnazifizierungsverfahren als „Hauptschuldige“ oder „Belastete“ eingestuft worden waren.

---

<sup>439</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsbericht des Chefs der schleswig-holsteinischen Polizei vom 16.08.1946. Auch nach weiteren Stimmungsberichten reichten die Hilfen nicht zum Existenzminimum aus (Stimmungsberichte vom 01.08.1946, 31.01.1947).

<sup>440</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Schreiben des Amtes für Volkswohlfahrt an den leitenden Landesdirektor vom 20.10.1946.

<sup>441</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Schreiben des Amtes für Volkswohlfahrt an den leitenden Landesdirektor vom 20.10.1946.

<sup>442</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Schreiben des Amtes für Volkswohlfahrt an den leitenden Landesdirektor vom 20.10.1946.

Die Mindesthöhe der zu gewährenden Renten war auf 40 RM monatlich für einen Beschädigten, 30 RM monatlich für eine Witwe oder einen Witwer und 20 RM monatlich für einen Waisen festgelegt worden. Sämtliche Zahlenangaben sind Grundwerte, die sich z. B. durch Anrechnung von weiteren Einkommen verändern konnten. Dem wird hier nicht weiter nachgegangen. Zur Kriegsopferversorgung und zum Folgenden vgl. daher Sozialversicherungsdirektive Nr. 27 der Militärregierung, nachzulesen z. B. in Arbeitsblatt für die britische Zone 5 (1947), S. 155-157; Sozialversicherungsanordnung Nr. 11 des ZfA, in: Arbeitsblatt für die britische Zone Nr. 7/8 (1947), S. 234-239; Trommler, Die Kriegsopferversorgung nach 1945.

<sup>443</sup> Beschädigtenrenten erhielten Personen, die zu mindestens 30% erwerbsunfähig waren. Die Rente betrug zwischen 30 RM und 100 RM monatlich. Die Höchstgrenze einschließlich Kinderzulagen lag bei 150 RM. Die

Für diesen Personenkreis stellte das Hilfswerk der evangelischen Kirche wiederum fest: „Durch Wegfall der Kriegsrenten ist ein besonderer Notstand unter den davon Betroffenen eingetreten.“<sup>444</sup>

Wie wenig Sozialleistungen manchmal ausreichten, um den Lebensunterhalt zu sichern, demonstrieren beispielsweise die Nöte kinderreicher Familien, um die es in dem folgenden Bericht des Kreiswohlfahrtsamtes in Oldenburg i. H. geht:

„In Övelgönne, Gemeinde Sierksdorf, ist als Flüchtling der ehemalige Kreissparkassendirektor Walter Dopslaff untergebracht. Zum Haushalt des genannten gehören 8 Kinder unter 14 Jahren [...]. Für die Familie mußte auf Grund der vielen Kleinkinder vorübergehend eine Hausangestellte zugestanden und die Kosten für diese [...] berücksichtigt werden. Die [...] zu zahlende Unterstützung betrug 220,- RM. [...] Nach einer vorübergehenden Unterstützungszahlung aus der Erwerbslosenfürsorge ist Dopslaff dann durch das Arbeitsamt eine Arbeitsstelle in einem landwirtschaftlichen Betrieb nachgewiesen worden. Er erhält hier einen Stundenlohn von 0,30 RM, zu dem Deputatleistungen nicht gewährt werden. D. ist daraufhin erneut an die Fürsorge herangetreten und hat die Gewährung einer Zusatzunterstützung beantragt. Dem Antrag mußte nach Lage der Verhältnisse entsprochen werden, da der Lebensunterhalt der großen Familie bei dem geringen Einkommen nicht gedeckt werden konnte. [...] Mit dem Arbeitsamt ist Verbindung aufgenommen worden, Dopslaff in eine Arbeitsstelle zu vermitteln, aus deren Einkommen er in die Lage versetzt wird, seine Familie zu ernähren. [...] Der [...] Fürsorgefall, der zwar ein Ausnahmefall darstellt, aber auch nicht vereinzelt dasteht, zeigt, daß weder mit 85% des Einkommens noch mit der ausgeworfenen Auffanggrenze von 100,- RM als Unterstützung auszukommen ist. Die Fürsorge kann [...] nicht umhin, in derartig gelagerten Fällen einzugreifen, um den Lebensunterhalt der betreffenden Familien zu sichern.“<sup>445</sup>

Auch von anderer Stelle wurde dieser Vorgang kommentiert: „Der Fall D. zeigt, daß es bei der Anwendung der fürsorgerechtlichen Bestimmungen oft unmöglich ist, die dringendsten Bedürfnisse des täglichen Lebens zu decken.“<sup>446</sup> Unzureichende Fürsorgeleistungen bei kinderreichen Familien werden auch aus Dithmarschen bestätigt:

„Bei Anwendung dieser Richtlinien entstehen bei kinderreichen Familien außerordentliche Härten, deren Abstellung aus sozialen Gründen geboten erscheint, zumal die Unterstützungsrichtsätze an sich nicht als den Zeitverhältnissen angepaßt gelten können und der notwendige Lebensunterhalt hiervon nicht bestritten werden kann.“<sup>447</sup>

---

Witwenrenten differierten zwischen 30 RM und 60 RM monatlich, die Waisenrenten betragen 30 RM monatlich.

<sup>444</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 643: Schreiben des Beauftragten des Hilfswerks der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein an den Zonenvertreter des Hilfswerks der evangelischen Kirchen Deutschlands vom 07.11.1946. In Lübeck klagten entlassene Soldaten über die ihrer Ansicht nach zu geringe Wohlfahrtsunterstützung von 30,00 RM (AHL Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 20.08.1945).

<sup>445</sup> LAS, Abt. 761, Nr. 11156: Bericht des Kreiswohlfahrtsamtes in Oldenburg i. H. vom 10.11.1947. Die Auffanggrenze bezeichnet eine Höchstsumme an Fürsorgeleistungen. Zu der damaligen Diskussion um diese Grenze vgl. z. B. LAS, Abt. 761, Nr. 11156: Schreiben des Kreiswohlfahrtsamtes in Bad Segeberg an das Landeswohlfahrtsamt im Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen vom 23.02.1948.

<sup>446</sup> LAS, Abt. 761, Nr. 11156: Schreiben des Kreiswohlfahrtsamtes in Bad Segeberg an das Landeswohlfahrtsamt im Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen vom 23.02.1948.

<sup>447</sup> LAS, Abt. 761, Nr. 11156: Schreiben des Kreiswohlfahrtsamtes Norderdithmarschen an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen vom 12.04.1948.



Die diesen Beispielen zugrundeliegende Problematik der Auffanggrenze als Höchstgrenze von Fürsorgeleistungen werden durch Beispielrechnungen aus Dithmarschen belegt:

„Ehefrau hat 8 Kinder, wovon das älteste Kind die Mittelschule besucht. Der Vater ist in Gefangenschaft und gilt als vermißt. Vermißtenrente ist beantragt. Richtsatzmäßig wären zu gewähren: Haushaltsvorstand: 26,- RM [...] 7 Kinder unter 16 Jahren je 18,-RM. [...] Ehefrau mit 5 schulpflichtigen Kindern, dazu eine 19 j. Tochter, die z. Zt. wegen Erkrankung der Mutter den Haushalt besorgt. Der Ehemann ist vermißt. Antrag auf Waisenrente für die Kinder schwebt. Richtsatzmäßig wären zu zahlen: Haushaltsvorstand: 26,- RM [...] 1 Angehörige über 16 Jahren: 20,-RM [...] 5 Kinder unter 16 Jahren je 18,-RM.“<sup>448</sup>

Die sich daraus ergebenden 152 RM, bzw. 136 RM reduzierten sich durch die Auffanggrenze auf 100 RM pro Familie.

Auch wenn es sich hier um Spezialfälle bedürftiger Familien in der Nachkriegszeit handelt, decken diese Fälle dennoch eindrucksvoll Lücken im sozialen Netz auf. Insbesondere wird deutlich, wie sich typische Probleme der damaligen Zeit auf die Familien auswirken konnten: Der Flüchtling, der nicht in seinen gewohnten Beruf zurück kann oder die Restfamilien, denen das Einkommen des Vaters oder aber Rentenzahlungen zum nötigen Unterhalt fehlen – beide Personengruppen mussten erhebliche Einbußen ihres Einkommens bis unter die zum Lebensunterhalt nötige Grenze hinnehmen.<sup>449</sup> Entsprechend fällt zusammenfassend das Urteil des Innenministeriums aus:

„Die an die Hinterbliebenen, erwerbs- und arbeitsunfähigen Personen und an die Flüchtlinge gezahlten Unterstützungen sind im Verhältnis zu den Preisen, überhaupt zu den Lebenshaltungskosten zu niedrig, so daß es diesen Leuten fast unmöglich ist, davon zu leben. Man hört diese Leute allgemein sagen, daß sie sich gezwungen sehen, ‚schwarze‘ Geschäfte zu betreiben.“<sup>450</sup>

Daher wurde in den ersten Nachkriegsjahren in Kiel auch die Arbeit der Familienfürsorge intensiv in Anspruch genommen. Die Zahlen zeigen einen steigenden Bedarf an ihren Hilfsleistungen: Im Jahre 1945 verzeichnete das Amt für Familienfürsorge in Kiel 57.000

---

<sup>448</sup> LAS, Abt. 761, Nr. 11156: Schreiben des Kreiswohlfahrtsamtes Norderdithmarschen an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen vom 12.04.1948. Für Kiel vgl. so auch Pfannenschmidt: Zur Problematik der vaterlosen Familie, S.10. Nach ihrem Urteil besteht die größte Gruppe der vaterlosen Familien aus denjenigen Restfamilien, deren Familienvater im Zweiten Weltkrieg gefallen oder vermißt ist (vgl. dazu ebd. S. 41).

<sup>449</sup> Auch von Lübecker Betriebsräten und der dortigen SPD wurden zu niedrige Sozialsätze kritisiert (AHL 820: Schreiben des Betriebsrates der Hochofen Lübeck A. G. vom 21.06.1946, Schreiben des Betriebsrates der Nordwestdeutsche Kraftwerke A. G. an den Oberbürgermeister vom 23.02.1946, Schreiben der SPD an den Oberbürgermeister vom 25.02.1946). Die Polizei spricht ebenfalls von einer „kargen Unterstützung“ von Kurzarbeitern und Arbeitslosen (AHL, Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 06.02.1947), das Ministerium für Volkswohlfahrt berichtet, dass die Unterstützungssätze nicht ausreichten, um Lebensmittel auf Karte einzukaufen (LAS, Abt. 605, Nr. 643: Bericht über die Flüchtlingslage in den Kreisen vom 31.12.1946). Auch nach weiteren Stimmungsberichten reichten die Hilfen nicht zum Existenzminimum aus (LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsberichte vom 01.08.,01.10., 16.11.1946, 31.01.1947).

Fälle, 1946 waren es 77.000 und 1947 ca. 85.000, in denen die Arbeit der von der Stadt bestellten Fürsorgerinnen benötigt wurde.<sup>451</sup> Der Arbeitsbericht des Amtes für das Jahr 1947 beschreibt die Situation vieler betreuter Familien:

„Es muß [...] festgestellt werden, daß werdende Mütter ihre Lebensmittelzusatzkarte verkaufen oder vertauschen, um in den Besitz von Säuglingswäsche zu gelangen und um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, da die Wohlfahrtsunterstützung zum lebensnotwendigen Unterhalt nicht ausreicht. [...] Vermehrte Aufträge des Jugendamtes durch die häufig auftretenden Ehescheidungen bedeuten für die Familienfürsorgerin ein umfassendes Arbeitsgebiet. Die Zahl der unehelichen und präsumtiv ehelichen Geburten, besonders bei Kriegerwitwen und Frauen von Vermissten ist ständig im Wachsen begriffen. Die Jugendkriminalität nimmt zu“.<sup>452</sup>

Damit sind die beiden wichtigsten Aufgabengebiete der Familienfürsorge - Wirtschafts- und Jugendfürsorge - beschrieben. Zur Lage der Jugendlichen in Kiel äußert sich auch G. Völcker:

„Große Teile der Jugend waren völlig aus der gewohnten Bahn geworfen. Tausende von Jugendlichen hatten jeden Halt verloren. Sie waren auf dem schwarzen Markt zu Hause, sie lebten von kleinen Diebereien, Prostitution und anderen Dingen. Erschütternd war die Zunahme der Jugendgerichtsfälle. Die Zahl der nicht ehelich geborenen Kinder nahm erheblich zu.“<sup>453</sup>

Das bestehende Recht auf Arbeitslosenhilfe bestand nach Kriegsende mit kleinen Modifizierungen weiter. Je nach seiner Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse erhielt ein Arbeitsloser zwischen 9 RM und 18 RM wöchentlich. Dabei sind mögliche Zuschläge und Sonderbeihilfen noch nicht berücksichtigt. Mit ihnen durfte die Unterstützung 90% des ehemaligen Einkommens aber nicht überschreiten.<sup>454</sup> Davon profitierten auch die Arbeiter, die im Winter 1946/47 aufgrund des Kohlen- und Strommangels ganz oder teilweise arbeitslos wurden. Sie erhielten bis zum Frühjahr aufgrund von Sonderregelungen der Militärregierung Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützung. Auch Letztere durfte 90% des ehemaligen Bruttoeinkommens nicht übersteigen.<sup>455</sup> In Schleswig-Holstein beschloss der

---

<sup>450</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsbericht des Innenministeriums, Landespolizeiverwaltung, vom 31.01.1947.

<sup>451</sup> StAK 46503: Arbeitsbericht des Amtes für Familienfürsorge für die Zeit vom 01.01.-31.12.1947.

<sup>452</sup> Ebd. Vgl. auch *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 23.08.1947: „Jugend auf falschen Wegen“; Hinrichs, Erinnerungen aus 31-jähriger Arbeit beim Amt für Familienfürsorge der Stadt Kiel, S. 9.

<sup>453</sup> Völcker, Erinnerungen 50 Jahre Öffentlichkeitsarbeit, S. 30. Nach ihren Angaben (vgl. ebd. S. 33) waren von Juni 1945 bis Mai 1946 800 Jugendliche registriert, für die Schutzaufsichten zu bestellen waren. Die Zahl der Jugendgerichtsfälle war von 1939 bis 1946 um 80% gestiegen. Dennoch sind nach ihrer Ansicht die meisten noch in ein geregeltes Leben hineingewachsen (ebd. S. 18).

<sup>454</sup> Anordnung des Präsidenten des ZfA vom 08.05.1947, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 6 (1947), S. 191-193; Wehner, Leistungsverbesserungen in der Arbeitslosenhilfe.

<sup>455</sup> Anordnungen des ZfA vom 03.02.1947 und vom 06.02.1947, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 3 (1947), S. 70 f.; Anordnung des ZfA vom 19.03.1947, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 4 (1947), S. 112; Wehner, Zur Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitsausfällen infolge Kohlen- und Strommangels.

Landtag im Februar 1947, den infolge des Energiemangels arbeitslos Gewordenen zusätzlich zur genannten Unterstützung eine Sozialzulage von bis zu 6 RM wöchentlich zu zahlen.<sup>456</sup>

Bei aller Kritik an der geringen Höhe der Sozialleistungen darf dennoch nicht vergessen werden, dass sie immerhin einen kleinen Teil der Not auffangen konnten, wie die „Hamburger Hilfsgemeinschaft“ bemerkte:

„Es ist kein Zweifel, daß durch solche Beihilfen und Unterstützungszahlungen in vielen Fällen positive Hilfe geleistet wird, manche Not gelindert werden kann in einer Zeit, in der es zahlreiche Mütter gibt, die nicht einmal mehr die Lebensmittelkarten für sich und ihre Kinder auskaufen können, Heimkehrer, entlassene Soldaten, welche keinen Pfennig mehr besitzen.“<sup>457</sup>

---

<sup>456</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 01.02.1947: „Sozialzulage für Not-Arbeitslose“; *Kieler Nachrichten* vom 26.02.1947: „Zuschlagsunterstützung genehmigt“. Offenbar geschah dies vor dem Hintergrund einer zonenweiten Regelung. Vgl. dazu Wehner, Zur Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitsausfällen infolge Kohlen- und Strommangels.

<sup>457</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 643: Vortrag zu Jahresfeier der „Deutsche Hilfsgemeinschaft“ der Hansestadt Hamburg vom 18.10.1946.

## 9 Vergleich von Löhnen und Lebenshaltungskosten

### 9.1 Die Entwicklung bis zur Währungsreform

Das Landesarbeitsamt hatte die in seinen Erhebungen gewonnenen Erkenntnisse über die Arbeiterlöhne in Schleswig-Holstein nicht für sich stehen lassen, sondern sie auch mit den Ausgaben eines Haushaltes verglichen. Der folgenden Gegenüberstellung von Einkommen und Lebenshaltungskosten wurde der Durchschnittsverdienst eines ungelerten Kieler Arbeiters der Eisen- und Metallindustrie, der eine Frau und zwei Kinder zu versorgen hatte, zugrunde gelegt. Aufgrund der Erhebungsdaten von März und September 1946 ergibt sich dabei folgendes Bild:

**Tabelle 12: Gegenüberstellung von Einkommen und Lebenshaltungskosten eines ungelerten Industriearbeiters mit Frau und zwei Kindern in Kiel**

<b>Einkommen</b>	<b>Woche</b>	<b>Monat</b>
Durchschnittseinkommen bei 48-stündiger Arbeitszeit pro Woche	41,28 RM	<b>172 RM</b>
Bei Arbeitslosenunterstützung	27,00 RM	<b>112,50 RM</b>
Bei Fürsorgeunterstützung	25,70 RM	<b>107,25 RM</b>
<b>Lebenshaltungskosten</b>		
Sozialversicherung	4,19 RM	17,24 RM
Lohnsteuer	-	-
Ernährung	-	123,30 RM
Wohnung, Licht, Miete, Heizung	-	45,00 RM
Fahrgeld	-	4,50 RM
Sonstige Ausgaben	-	43,60 RM
<b>Summe</b>		<b>233,64 RM</b>

Quelle: *Norddeutsches Echo* vom 13.09.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten in Kiel“.

Zusätzlich zum Lohn waren also noch 61,64 RM pro Monat aus anderen Einkünften zum Lebensunterhalt aufzubringen. Beim Erhalt von Arbeitslosenunterstützung oder Leistungen der Fürsorge vergrößerte sich dieser Betrag noch bis zu ca. 126 RM.

Ist mit dieser Rechnung bisher nur die Lage in Kiel für den Sommer 1946 dargestellt, so zeigt der Blick auf die Lohntabellen für das ganze Land und den gesamten Untersuchungszeitraum im Anhang, dass dieser Wochenlohn bei den Hilfsarbeitern nur sehr

selten erreicht wurde.<sup>458</sup> Lediglich im Buchdruck- und Braugewerbe lagen die Löhne öfter über 41 RM, in anderen Gewerbebranchen geschah dies sonst nur sehr selten. Im Durchschnitt aller Gewerbebranchen verdiente ein Hilfsarbeiter in Schleswig-Holstein zwischen 36,08 RM und 30,31 RM in der Woche, blieb damit also stets unter dem Wert des Landesarbeitsamtes.<sup>459</sup> Im Vergleich mit den Lebenshaltungskosten der obigen Tabelle fehlten ihm zwischen 89,32 RM und 112,40 RM im Monat, was bedeutet, dass sich im landesweiten Durchschnitt die Lohn-Preisschere für Hilfsarbeiter noch weiter öffnete als im Kieler Beispiel.<sup>460</sup> Geht man von ähnlichen oder steigenden Lebenshaltungskosten für Spezial- und Facharbeiter in der ganzen Nachkriegszeit aus, so erkennt man, dass auch hier ein einzelnes Einkommen nicht zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreichte.<sup>461</sup> Bei den Spezialarbeitern fehlten dann zwischen 60,08 RM und 95,04 RM, bei den Facharbeitern zwischen 58,80 RM und 75,28 RM im Monat.

Da die angegebene Wochenarbeitszeit von 48 Stunden wohl äußerst selten erreicht wurde und z. T. sehr viel niedriger ausfiel, verringerte sich damit auch der Verdienst.<sup>462</sup> So wurde im Februar 1947 aus dem Schneiderhandwerk berichtet:

„Die verkürzte Arbeitszeit hat eine neue Lohnsenkung mit sich gebracht. Der Lohn reicht schon für einen Familienvater mit einem Kind nicht aus, um die auf Karten zustehenden Lebensmittel zu kaufen. Der Junggeselle kann die hohe Miete und das Wirtshausessen nicht mehr bezahlen.“<sup>463</sup>

Auch andere Leistungen verringerten sich bei Arbeitszeitverkürzungen. So wurde z. B. im Jahre 1946 für eine Zeit lang die Zahlung von Erziehungsbeihilfen im Falle von Arbeitszeitverkürzungen ausgesetzt.<sup>464</sup> Vielfach wurden Arbeitslosenhilfen oder Kurzarbeitergeld bei Arbeitsausfällen infolge des Mangels an Betriebsstoffen gezahlt.<sup>465</sup> Weitere Einkommensverluste ergaben sich aus dem Ausfall von Wehrsoldzahlungen, Versorgungszahlungen, Steuererleichterungen, Kinderfreibeträgen, den Rentenkürzungen

---

<sup>458</sup> Vgl. Anhang, Tabelle XI. An dieser Stelle ist auf die schwierige Vergleichbarkeit der verwendeten statistischen Quellen hinzuweisen. Bei allen folgenden Berechnungen und Vergleichen ist also zu beachten, dass es sich stets um grobe, *exemplarische* Überschlagsrechnungen handelt!

<sup>459</sup> Vgl. Anhang, Tabelle IX.

<sup>460</sup> Diese und die folgenden Zahlen ergeben sich aus den Wochenlöhnen in der Tabelle IX im Anhang und den im Kieler Beispiel genannten Lebenshaltungskosten von 233,64 RM. Der Frage, ob auf dem Lande die Lebenshaltungskosten vielleicht niedriger waren als in der Stadt, kann aufgrund der Quellenlage nicht nachgegangen werden.

<sup>461</sup> Vgl. Anhang, Tabelle IX, XI.

<sup>462</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 1 (1946), S. 6: „Falls eine Arbeitszeitverkürzung infolge der Lebensmittelkürzung genehmigt wird, sind Löhne und Gehälter entsprechend zu kürzen.“

<sup>463</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 26.02.1947: „Lohnverhältnisse im Schneiderhandwerk“.

<sup>464</sup> Mitteilungen der IHK zu Kiel 2 (1946), S. 5; 5 (1946), S. 11.

<sup>465</sup> Ebd. 1 (1947), S. 3; 3 (1947), S. 9; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 01.02.1947: „Sozialzulage für Not-Arbeitslose“; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 26.02.1947: „Zuschlagsunterstützung genehmigt“.

oder der Entnazifizierung, die neben dem unmittelbaren Verdienstausschlag auch noch die Sperrung der Konten des Betroffenen zur Folge hatte.<sup>466</sup> Auch der Wegfall der Überstunden und Akkordarbeiten, die bis dahin die Einkommen verbessert hatten, führte v. a. in den Rüstungsbetrieben des Landes mit dem Ende der Rüstungskonjunktur schlagartig zu Lohnverlusten. Entlassene Berufssoldaten standen jetzt ohne Gehälter da. Immer mehr Zivilangestellte der Wehrmacht mussten sich nach anderen Einkommensquellen umsehen. Engpässe in der Strom- und Kohlenversorgung führten zu Arbeitszeitverkürzungen und damit zu Lohneinbußen.<sup>467</sup> Die Landesregierung erlaubte z. B. ihren Ministern im Januar 1947, „die Regelung der Arbeitszeit der jeweiligen Kohlenlage innerhalb ihres Ministeriums anzupassen.“<sup>468</sup> Die Arbeiter, die von solchen Regelungen betroffen waren, mussten dann u. a. von Unterstützungen leben.<sup>469</sup> Symptomatisch für die Situation der von solchen Geldeinbußen Betroffenen ist die Lage eines pensionierten Obersten im Jahre 1947:

„Da unser geringes Vermögen bei der Besetzung Berlins in russische Hände gefallen ist, können wir es nicht mehr verwerten und haben keinen Zinsertrag. Wir sind also dadurch, durch Vorenthaltung der Pension und durch unsere Arbeitsunfähigkeit ohne Einnahmen und leben als Wohlfahrtsempfänger, sofern man diesen Zustand überhaupt noch als ‚Leben‘ bezeichnen kann, besonders wenn unser geringes Spargeld aufgebraucht sein wird, was in Kürze der Fall sein wird.“<sup>470</sup>

Auch die Rentenkürzungen sorgten für große Probleme:

„Schwer geklagt wird auch über die teilweise erfolgte Streichung und Kürzung der Renten. Vielen Personen ist damit die Lebensmöglichkeit überhaupt genommen, sie sind z. T. nicht mehr in der Lage, die ihnen auf Karten zustehenden Lebensmittel zu kaufen und die sonstigen dringenden Bedürfnisse zu bestreiten.“<sup>471</sup>

Auch die mangelhafte Ernährungslage konnte sich auf die Löhne auswirken. Eine Umfrage der Kieler Gewerkschaften im Frühjahr 1946 zeigte:

„Die Beantwortung der Frage [...] [lässt] verhängnisvollste Folgen der Ernährungskatastrophe und der durch sie bedingten Verkürzung der Arbeitszeit für das Lohnniveau deutlich erkennen. 36 Akkordarbeiter [von 335 ausgefüllten Fragebögen] berichteten, daß sie ihren bisherigen Verdienst nicht mehr zu halten vermochten, 36 Arbeiter melden, daß sie durch Krankheitstage infolge der Unterernährung zum Teil erhebliche Lohneinbußen erlitten.“<sup>472</sup>

---

<sup>466</sup> Qualen, Nach uns die Sintflut, S. 180.

<sup>467</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 06.02.1947; wöchentliche Stimmungsberichte vom 09.01., 23.01.1947, 20.04.1946, 21.09.1945.

<sup>468</sup> Qualen, Nach uns die Sintflut, S. 180.

<sup>469</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 06.02.1947; wöchentliche Stimmungsberichte vom 09.01.1947.

<sup>470</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 640: Eingabe eines pensionierten Obersten an die Landesregierung vom 01.06.1947.

<sup>471</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsbericht des Chefs der Landespolizei vom 01.11.1946.

<sup>472</sup> *Norddeutsches Echo* vom 10.07.1946: „Verhängnisvolle Auswirkungen der Unterernährung“.

Es zeigt sich also insgesamt, dass *ein* Einkommen in Schleswig-Holstein auch bei voller Wochenarbeitszeit zwischen 1945 und 1948 in der Regel nicht ausreichte, damit ein Arbeiter von seinem Einkommen auch nur die allernotwendigsten Kosten seiner Familie decken konnte.<sup>473</sup> Oben ist gezeigt worden, dass die Löhne nach Kriegsende rapide verfielen und sich dann auf niedrigerem Niveau konsolidierten, während die Preise immer weiter anzogen. Die Lohn- Preisschere klaffte in den ersten Nachkriegsjahren somit kontinuierlich weiter auseinander, was von den Lohn- und Preisbehörden nicht verhindert werden konnte. Eingebunden in das Korsett der Lohn- und Preisbindung, die vor einer Währungsreform nicht aufgehoben werden konnte und deren Bestimmungen von den Arbeitsämtern und Preisbehörden streng eingehalten wurden, konnten sie die Missordnung des Lohn- und Preisgefüges nur verwalten, aber nichts im Grundsätzlichen ändern. Die hohen Schwarzmarktpreise verschärften die Lage für alle zusätzlich, sie waren der Kontrolle der Behörden sogar gänzlich entzogen. Damit ist das sich aus der obigen Tabelle ergebende Bild nur die Momentaufnahme einer die Jahre 1945-1948 beherrschenden Situation. In einem Stimmungsbericht des Sommers 1946 heißt es daher:

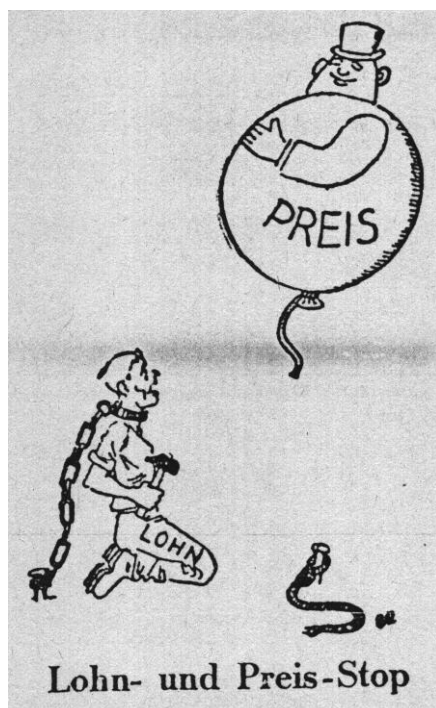
„Allgemein sind die Klagen, daß angesichts der steigenden Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs die Löhne zu gering seien. [...] Es ist daher für Arbeiter mit geringem Lohn und die auf die öffentliche Unterstützung angewiesenen Personen völlig unmöglich, ihren Lebensunterhalt mit ihren geringen Mitteln zu bestreiten.“<sup>474</sup>

Sehr treffend wird diese Entwicklung vom *Norddeutschen Echo* karikiert:

---

<sup>473</sup> So auch *Norddeutsches Echo* vom 13.09.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten in Kiel“.

<sup>474</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsbericht des Chefs der Landespolizei vom 01.08.1946. Das wird durch verschiedenste Berichte aus der damaligen Zeit bestätigt. So erzählen Lageberichte aus Lübeck laufend von dem Missverhältnis von Löhnen und Preisen und dass die Löhne höchstens noch zum Erwerb der rationierten Lebensmittel und der Miete ausreichen würden. Selbst das sei aber längst nicht allen Bevölkerungsschichten möglich (AHL, Nr. 182: Wöchentliche Stimmungsberichte vom 20.04., 16.05., 27.06., 11.07., 25.07., 5.09., 19.09., 17.10., 28.11., 12.12., 24.12.1946; Monatsberichte über die deutsche Moral vom 30.05., 26.06.1947). Entsprechende Klagen kamen aus ganz Schleswig-Holstein (LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsberichte des Chefs der Landespolizei vom 01.08., 16.08., 01.10., 01.11.1946, 31.01.1947).



Quelle: Norddeutsches Echo vom 08.02.1947: „Lebenshaltungskosten und Löhne“.

Niedriglöhne und Sozialleistungen reichten damit erst recht nicht für den Lebensunterhalt aus.

Welche Bedeutung haben nun die einzelnen Ergebnisse der vorhergehenden Kapitel vor dem Hintergrund dieser Zahlen? Ausgehend von der wiederholt betonten Bedeutung der Ernährungskrise seien hier zunächst die Kosten für die Ernährung untersucht. Die monatlichen Aufwendungen betragen nach der Tabelle rund 123 RM. Dem stand der Preis einer Monatsration eines Normalverbrauchers von ca. 9 RM entgegen<sup>475</sup>. Das bedeutet jedoch, dass der Arbeiter bei einer groben Überschlagsrechnung unter Vernachlässigung unterschiedlicher Rationenpreise der einzelnen Familienmitglieder noch rund 87 RM zusätzlich zum Preis der rationierten Lebensmittel für seine Familie aufgewendet hat, was sich aus der Knappheit der Zuteilungen erklärt, die eine ausreichende Ernährung nicht gewährleisteten. Da er diese zusätzlichen Lebensmittel nur auf dem Schwarzen Markt oder bei Hamsterfahrten gekauft haben konnte, wird deutlich, wie sehr die Ernährungskrise und die überzogenen Preise des Schwarzen Marktes, insbesondere die der Lebensmittel, die Haushaltsbudgets belasteten und die Monatseinkommen für den Lebensunterhalt zu niedrig werden ließen. Verständlich wird spätestens jetzt, dass Mettwurst, echter Tee oder Kaffee,

---

<sup>475</sup> Vgl. Graphik 4.



Cocktails, Schnaps, Sekt oder Wein nur zu äußerst seltenen Anlässen auf dem Speiseplan eines Normalverbrauchers standen. Die KPD urteilte entsprechend im Dezember 1946:

„Es gibt heutzutage bereits eine große Anzahl Arbeiterfamilien, die kaum mehr in der Lage sind, mit ihrem Arbeitsverdienst die Lebensmittel zu kaufen, die ihnen auf Grund der Lebensmittelkarten zustehen. Die lebenswichtigsten Dinge [...] stehen in einem Preis, der zu dem Erzeugerpreis in keinem Verhältnis mehr steht.“<sup>476</sup>

Die Nutzung von Kleingärten und Ersatznahrungsmitteln zur Lebensmittelversorgung gewann in diesem Zusammenhang eine weitere Bedeutung: Neben der unmittelbaren Absicherung des Bedarfs konnten damit u. U. auch die hohen Schwarzmarktpreise oder Hamsterfahrten zu den Bauern vermieden werden. Auch die strikte Handhabung der Preisüberwachung konnte sich vor diesem Hintergrund nur positiv auf den einzelnen Haushalt auswirken, da dadurch unangemessene Teuerungen, die das Budget der Familien zusätzlich belastet hätten, verhindert wurden.

Für „sonstige Ausgaben“ wurden dem Landesarbeitsamt zufolge 43,60 RM im Monat aufgewendet. Weiter oben war festgestellt worden, dass Textilien am teuersten waren. Ein Straßenanzug für ca. 100 RM, ein Frauenkleid für 40 bis 50 RM oder ein Paar Herrenschuhe für ca. 23 RM waren somit im Jahre 1946 und in der ganzen frühen Nachkriegszeit Anschaffungen, die im monatlichen Haushaltsbudget einer Familie genauestens einkalkuliert werden mussten. Sparsamkeit und exaktes Wirtschaften waren angesichts hoher Preise und zu niedriger Löhne daher oberstes Gebot der Stunde, wollte die Familie diese Zeit überstehen. Wie sehr schon wenige Mark Ersparnis als wünschenswert erschienen, verdeutlicht das folgende Beispiel aus Lübeck:

„Die Bevölkerung aus Kücknitz und Umgebung führt bei uns Beschwerde über zu hohe Holzpreise [...]. Ein am schlechtesten bezahlter Arbeiter in der hiesigen Industrie verdient heute einen Stundenlohn von 0,61 RM. Nach Abzug sämtlicher Abzüge verbleiben ihm zum Bestreiten seines Lebensunterhaltes erheblich unter 100,00 RM im Monat. Der am besten bezahlte Arbeiter verdient in den wenigsten Fällen kaum mehr als 0,90 RM die Stunde und verbleiben ihm somit etwa 120,00 RM zum Lebensunterhalt. [...] Wenn die oben geschilderten Verhältnisse für die in Arbeit stehende Bevölkerung schon untragbar sind, um wieviel mehr trifft dies zu bei den Rentnern, Unterstützungsempfängern, Flüchtlingen. [...] Bei der uns vorgeschlagenen Regelung würde eine 3–4-köpfige Familie eine monatliche Ersparnis von 5–6 RM haben.“<sup>477</sup>

Zum selben Vorgang äußerten sich Lübecker Betriebsräte. Ihre Kritik zeigt noch einmal das zu geringe Niveau der Löhne:

---

<sup>476</sup> *Norddeutsches Echo* vom 24.12.1946: „Die Preisspanne in der Landwirtschaft“.

„Im Auftrage der Belegschaft des unterzeichneten Betriebes erheben die gewählten Sprecher Protest gegen die hohen Holzpreise (4,30 RMk pro Zentner). Bei den Verdiensten und vor allem den Sätzen der Sozialversicherung sind wir und die Bevölkerung nicht mehr in der Lage, die hohen Holzpreise zu bezahlen.“<sup>478</sup>

Woanders heißt es: „Die [...] Sprecher erheben Protest gegen die hohen Holzpreise [...]. Bei dem heutigen Verdienst ist dieses untragbar, vor allen Dingen die Rentenempfänger usw. [sic!].“<sup>479</sup>

Besonders problematisch wurde es, wenn eine Frau alleine für den Unterhalt ihrer Familie sorgen musste. Der hohe Anteil der Restfamilien in Kiel ist eingangs beschrieben worden. Da diese häufig auf Fürsorgegelder angewiesen waren, reichten also erst recht bei der großen Zahl der vaterlosen Familien die finanziellen Mittel zur Deckung des Lebensunterhaltes nicht aus.<sup>480</sup> Die Unzulänglichkeit der finanziellen Leistungen der Fürsorge überhaupt ist oben bereits geschildert worden. War die Frau berufstätig, so war sie trotzdem noch durch die wesentlich niedrigeren Löhne für Frauen benachteiligt,<sup>481</sup> nicht zuletzt dadurch, dass sie es fast ausschließlich waren, an die noch Niedriglöhne unter 0,50 RM gezahlt wurden. Im Durchschnitt aller Gewerbegruppen verdiente eine Hilfsarbeiterin in Schleswig-Holstein zwischen 16,93 RM und 23,07 RM in der Woche.<sup>482</sup> Damit fehlten ihr zwischen 165,92 RM und 141,36 RM im Monat zum Lebensunterhalt.<sup>483</sup> Bei den Fach- und Spezialarbeiterinnen fehlten dann zwischen 150,67 RM und 132,04 RM im Monat. Die geringen Löhne für Frauen hatten auch zur Folge, dass es sich z. T. für eine Hausfrau nicht mehr lohnte, neben dem Mann Arbeit aufzunehmen, ja dass sie dadurch sogar den Unterhalt der Familie gefährden würde, weil sie nicht mehr in dem notwendigen Maße für die Nahrungsmittelbeschaffung sorgen konnte.<sup>484</sup>

Aber auch zahlreiche andere Familien als die Restfamilien waren auf öffentliche Unterstützung angewiesen:

„Es war ein allgemeines Charakteristikum [...], daß nach Kriegsende die Inanspruchnahme von Leistungen der öffentlichen Wohlfahrtspflege [...] zunahm. Die Freisetzung von Arbeitskräften aus der

---

<sup>477</sup> AHL 820: Schreiben der SPD an den Oberbürgermeister vom 25.02.1946.

<sup>478</sup> AHL 820: Schreiben des Betriebsrates der Hochofenwerk Lübeck A. G. an die Stadt Lübeck vom 21.06.1946; Schreiben des Betriebsrates der Nordwestdeutsche Kraftwerke A. G.

<sup>479</sup> AHL 820: Lübeck-Siems an den Oberbürgermeister Lübeck vom 21.02.1946.

<sup>480</sup> Von der verbreiteten finanziellen Not der Restfamilien sprechen auch Hilfsorganisationen (z. B. LAS, Abt. 605, Nr. 643: Vortrag zur Jahresfeier der „Deutschen Hilfsgemeinschaft“ der Hansestadt Hamburg vom 18.10.1946).

<sup>481</sup> So auch Norddeutsches Echo vom 13.09.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten in Kiel“.

<sup>482</sup> Vgl. Anhang, Tabelle IX.

<sup>483</sup> Diese und die folgenden Zahlen ergeben sich ebenfalls aus den Wochenlöhnen in der Tabelle IX im Anhang und den im Kieler Beispiel genannten Lebenshaltungskosten von 233,64 RM.

<sup>484</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 23 f.

zusammenbrechenden Kriegswirtschaft, das Fehlen einer Arbeitslosenhilfe, der Wegfall des Familienunterhalts für die Angehörigen der in die Wehrmacht Einberufenen und des Räumungsunterhaltes für die Evakuierten ließen die Zahlen der aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge Unterstützten in Schleswig-Holstein emporschnellen".<sup>485</sup>

Angestellte und Beamte der niederen Besoldungsgruppen waren von dieser Entwicklung gleichermaßen betroffen. Ein Polizist beispielsweise, der 1946 164 RM im Monat verdiente,<sup>486</sup> fällt genau in die hier untersuchten Lohngruppen. Auch Berichte aus Lübeck bestätigen dieses Bild.<sup>487</sup>

Wie überlebten die Menschen aber trotz Versorgungskrise und zu hoher Lebenskosten? Vor allem der Rückgriff auf die Ersparnisse war von existentieller Bedeutung für die Menschen.<sup>488</sup> Der *Wirtschaftsspiegel* schrieb dazu:

„Die Zahl der Personen, die von ihren Ersparnissen aus der Kriegszeit oder vom Schwarzen Markt leben, ist groß und hat einen ständigen Arbeitsausfall in der Industrie, der durchschnittlich 20 bis 25% der Beschäftigten fehlen, zur Folge. [...] Die soziale Lage der Arbeiterschaft ist gekennzeichnet durch den zunehmenden Verelendungsprozeß. Rund 60% aller Beschäftigten in Hamburg verdienen weniger als 100 Mark im Monat und können bei diesen Löhnen nicht einmal ihre Rationen kaufen.“<sup>489</sup>

Doch diese Geldquelle konnte schnell versiegen. Hieß es beispielsweise im Januar 1946 in Lübeck noch, dass die Menschen durch ersparte Gelder noch nicht auf Arbeit angewiesen waren, so wurde bereits ein halbes Jahr später berichtet: „Der Geldmangel tritt immer mehr in Erscheinung. Ein großer Teil der Bevölkerung muß infolgedessen auf den Kauf der wichtigsten Dinge des täglichen Bedarfes verzichten.“<sup>490</sup> Im August schließlich waren bei den meisten die Ersparnisse aufgebraucht und im Herbst 1947 wurde die Situation schließlich wie folgt beschrieben:

---

<sup>485</sup> Carstens, *Leben im Flüchtlingslager*, S. 60.

<sup>486</sup> Kieler Nachrichten vom 29./20.11.1994 (Beilage „1894-1994. 100 Jahre in einer Zeitung“): „Polizei '46: Mit Holzknüppel auf Verbrecherjagd“.

<sup>487</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 06.02., 09.01.1947; Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 28.11., 29.10.1946.

<sup>488</sup> Dabelstein, *Kieler Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsförderung*, S. 17; AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 26.09., 06.02.1947, Wöchentliche Stimmungsberichte vom 24.12., 28.11., 29.10., 17.10., 22.08.1946. Die Untersuchung des Landesamtes gibt leider keine Auskunft darüber, wie groß der Anteil des Rückgriffes auf Ersparnisse an der Deckung der Ausgaben eines Arbeitnehmerhaushaltes war. Mit Hilfe eines Vergleiches mit der Lage in der gesamten britischen Besatzungszone läßt sich dieser Anteil jedoch je nach Einkommensgruppe auf ca. 16-29% schätzen (vgl. unten, Kap. 11.2). Ohne Zahlenangaben so auch Harmssen, *Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard*, S. 40.

<sup>489</sup> *Wirtschaftsspiegel* 1947: „Wirtschaftsrückgang in der Britischen Zone“, S. 206. Helga Grebing bemerkt, „daß trotz des sich ausweitenden Schwarzen Marktes die Preise für die notwendigsten Waren annähernd auf dem alten Stand gehalten wurden, so daß der Kauf der Minimalrationen auch bei niedrigstem Einkommen möglich ist.“ (Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, Bd. 1, S. 37). Auch wenn sie die Höhe der Schwarzmarktpreise erwähnt, so erweckt ihre stark verkürzte Darstellung doch den Eindruck, dass die Löhne den Lebensunterhalt im Wesentlichen decken könnten. Gerade die „niedrigsten Einkommen“ reichten dazu aber, wie von mir gezeigt, nicht aus.

<sup>490</sup> AHL, Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 25.01.1946, 27.06.1946.

„Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß [...]Lebensmittel und sonstige Reserven in den vergangenen 2½ Jahren restlos aufgebraucht worden sind und daß der größte Teil der Bevölkerung nichts mehr besitzt, auf das er zur Behebung des Notstandes zurückgreifen kann. Nur Leute, die vermöge ihrer Stellung im gewerblichen Leben, in der Landwirtschaft oder in handwerklichen Betrieben sich durch Kompensationsgeschäfte Gegenstände des täglichen Bedarfes und Lebensmittel beschaffen können, dürften von der allgemeinen Not in geringerem Maße betroffen werden.“<sup>491</sup>

Wenn dann vielleicht entbehrliche Dinge verkauft worden waren, konnte sich die wirtschaftliche Lage der Familien nur noch verschlechtern, sofern man nicht auf illegale Weise, z. B. auf dem Schwarzmarkt oder durch Diebstahl, Geld verdienen wollte. Die Mitarbeit von Familienangehörigen konnte das Gesamteinkommen aufbessern, da ein Einkommen, wie gezeigt, zum Lebensunterhalt i. d. R. nicht ausreichte. Im Frühsommer 1946 konnte in Lübeck ein „großer Teil der Bevölkerung Lebensmittel auf Marken nicht mehr bezahlen und muß[te] anschreiben lassen.“<sup>492</sup> Doch spielten Ersparnisse die größte Rolle im Haushaltsbudget neben dem Arbeitslohn, wie folgender Bericht aus Lübeck demonstriert: „Bei Flüchtlingen und Personen, die nicht mehr über Barmittel und Tauschobjekte, sondern nur über den geringen Arbeitsverdienst verfügen, hat die Not einen entsetzlichen Tiefstand erreicht.“<sup>493</sup> Das Aufzehren der Rücklagen verschärfte also die Lage der Familien, andere Einkommensquellen konnten keinen gleichwertigen Ersatz bieten.<sup>494</sup> Daher spielten z. B. die Selbstversorgung mittels Kleingärten und durch Ersatznahrungsmittel, Tauschhandel, Hamsterfahrten, Schwarzmarktgeschäfte, Naturalentlohnung oder auch Diebstahl eine wichtige Rolle. Zahlreiche weitere Beispiele aus dem Alltag verdeutlichen, wie sehr daneben auch Improvisation und Einfallsreichtum gefragt waren, um den täglichen Bedrängnissen zu begegnen. So wurden Stahlhelme zu Töpfen umgepresst, Autos mit Holzgas angetrieben oder von Pferden gezogen, Fallschirme und eingefärbte Wehrmachtsbekleidung umgeschneidert. Rucksäcke und Blockwagen waren wichtige Transportmittel, Granaten dienten als Spielzeug. Die Bäume ganzer Straßenzüge waren auf der Suche nach Brennmaterial abgeholzt worden. Sogar von Grabplünderungen auf Friedhöfen wird berichtet.<sup>495</sup> Derartige Beispiele ließen sich noch beliebig lange aufführen. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie einerseits die extreme Versorgungslage charakterisieren und andererseits zeigen, wie einige Güter für den Normalverbraucher schlichtweg zu teuer waren. Exemplarisch für Letzteres mag der

---

<sup>491</sup> AHL, Nr. 182, Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 22.08.1946, 26.09.1947.

<sup>492</sup> AHL, Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 13.06.1946.

<sup>493</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 06.02.1947.

<sup>494</sup> Das wird u. a. durch Eingaben aus der Bevölkerung an die Landesregierung bestätigt, in denen große private Notlagen aufgrund aufgebrauchter Ersparnisse bei gleichzeitigen hohen Arztrechnungen geschildert werden (LAS, Abt. 605, Nr. 639: Eingaben vom 21.11., 22.11.1946).

<sup>495</sup> Jensen, Kieler Zeitgeschichte im Pressefoto, passim.; Salewski: 1945-1995, S. 12.

Luxusartikel Tabak sein, der im Garten angebaut und in der Wohnung getrocknet wurde.<sup>496</sup> Die Grenze zwischen individueller Vorsorge vor Not und der Reaktion auf zu hohe Preise war jedoch fließend, jede Familie musste dies für sich immer wieder neu entscheiden.

Die Lohn-Preis-Schere dämpfte die Arbeitsmoral der Arbeiter und rief erheblichen Unmut hervor.<sup>497</sup> Die schlechte Arbeitsmoral zeigte sich darin, dass man lieber gleich vom Ersparten lebte und die häufig geschwächten und kranken Menschen auf harte, sich nicht lohnende Arbeit verzichteten, oder aber die Arbeitsleistung sank. 1946 wurde die Leistung auf die Hälfte der Normalleistung geschätzt. Als Ausweg erschien auch die Schwarzarbeit.

„In dieser Richtung liegt auch die immer mehr um sich greifende Entnahme von Material und Gerät aus der Arbeitsstelle zwecks Durchführung von Arbeiten auf eigene Rechnung möglichst zu dem so beliebten Naturalientausch. [...] Der Ruf 'Auf zum Bauern', das Verlassen der Arbeitsstelle und die Annahme landwirtschaftlicher Arbeit gegen Taschengeld und Verpflegung wird schon jetzt in Kreisen der Arbeitnehmer immer lauter.“

konstatierte das niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung im Jahre 1946.<sup>498</sup>

Entsprechendes wird z. B. auch aus Lübeck berichtet.<sup>499</sup> Die laufenden Stimmungsberichte an die Militärregierung verzeichneten ebenfalls eine anhaltende Arbeitsunlust, die sich auch auf die Produktion auswirkte. Boten sich Möglichkeiten, mehr Geld zu verdienen oder dringend benötigte Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erlangen, blieben viele ihrer Arbeitsstätte fern.<sup>500</sup> In Kiel beispielsweise fehlten viele Arbeiter bis zur Hälfte ihrer Arbeitszeit, um sich Dinge des täglichen Bedarfs zu beschaffen.<sup>501</sup> Harte Arbeit am angestammten Arbeitsplatz war also allein aus Gründen der täglichen Existenzsicherung nicht immer möglich. Natürlich lockte auch der Schwarzmarkt mit seinen leichten und hohen Verdienstmöglichkeiten und stellt damit eine weitere Begründung für die schlechte Arbeitsmoral dar. Insbesondere die Zigarettenzuteilungen wurden durch diese Situation zu barem Geld.<sup>502</sup> Doch darf man hier nicht verallgemeinern, denn selbstverständlich boten für manchen Arbeitslohn, Nahrungszulagen und vielleicht auch gerade die aufgrund gesunkener Produktivität der Betriebe herabgesetzten Arbeitsanforderungen noch einen, wenngleich auch

---

<sup>496</sup> Jensen, Kieler Zeitgeschichte im Pressefoto, S. 24 f.

<sup>497</sup> Wiederholt wird von der Unzufriedenheit der Arbeiter über die niedrigen Löhne berichtet (LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsbericht des Chefs der Landespolizei vom 1.08., 16.08., 01.10., 01.11., 16.11.1946, 31.01.1947).

<sup>498</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 37-39.

<sup>499</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 26.09.1947.

<sup>500</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 06.02.1947, wöchentliche Stimmungsberichte vom 23.01., 09.01.1947, 24.12., 12.12., 28.11., 29.10.1946. Vgl. auch AHL, Nr. 182: Wöchentliche Stimmungsberichte vom 12.12.1946, wonach Holzeinschlagen und Stubbenroden vielen wichtiger als Arbeit sei.

<sup>501</sup> Dabelstein, Kieler Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsförderung, S. 17.

<sup>502</sup> AHL, Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 24.12.1946.; LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsberichte des Chefs der Landespolizei vom 01.01., 01.10.1946.

stark eingeschränkten, Anreiz zur Arbeit.<sup>503</sup> Jede Familie hatte dies für sich selbst zu entscheiden.

Da also der Barlohn keinen Anreiz mehr für besondere Arbeitsleistungen bot, wurde vielfach auch von vornherein auf eine Entlohnung in Geld verzichtet.<sup>504</sup> Bauarbeiter mauerten und zimmerten für Nahrungsmittel, Schuster besohlten für Brennholz und so mancher Betrieb zahlte anteilmäßig in Naturalien: Die Arbeiterinnen einer Sauerkrautfabrik wurden beispielsweise mit Essig und Weißkohl entlohnt. Glaser arbeiteten gegen Vorlage von Essensmarken.<sup>505</sup> Dieses Verhalten dehnte sich mit der Zeit auch auf die Geschäftswelt aus.<sup>506</sup> Da das Geld ohnehin nicht reichte, erhielten also Dinge, die den Lebensunterhalt unmittelbar absicherten, häufig den Vorzug gegenüber finanzieller Entlohnung.<sup>507</sup> Sie dienten auch als Tausch- oder Verkaufsgegenstände auf dem Schwarzmarkt: „Es war die Zeit, in der die Betriebe mehr oder weniger dazu übergegangen waren, ihre Arbeiter zusätzlich in Betriebserzeugnissen zu entlohnen, um ihnen im Kompensationswege die Bestreitung ihres notwendigen Lebensunterhalts zu ermöglichen.“<sup>508</sup> Durch diese Art der Entlohnung konnten gleichzeitig die hohen Beschaffungskosten auf dem Schwarzmarkt umgangen werden, denn nur dort waren z. B. zusätzliche Lebensmittel zu erhalten, sofern sie nicht aus der Selbstversorgung stammten.

## 9. 2 Ein Vergleich mit anderen Städten und Regionen

Zum Schluss bleibt die Frage zu klären, ob die Lage in Schleswig-Holstein der in anderen Regionen der westlichen Besatzungsgebiete entsprach. Dazu werden die bekanntesten diesbezüglichen Untersuchungen der damaligen Zeit, die sich auf Berlin, Dortmund und die britische Besatzungszone als Ganzes beziehen, vergleichend herangezogen.<sup>509</sup>

---

<sup>503</sup> Rohlfig, Lohn und Lebenshaltungskosten, S. 45.

<sup>504</sup> So das Urteil der Lübecker Polizei in AHL, Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 09.01.1947. So auch LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsbericht des Chefs der Landespolizei vom 16.08.1946.

<sup>505</sup> Herrmann, „Die Frauen haben die Last getragen“, S. 82 f; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 30.08.1947: „Das kann man wohl sagen“; Qualen, Nach uns die Sintflut, S. 184.

<sup>506</sup> AHL, Nr. 182: Wöchentlicher Stimmungsbericht vom 09.01.1947.

<sup>507</sup> Statistische Monatshefte für Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 180. So auch Trees, 3 Jahre nach Null, S. 130; Stamp, Arbeiter in Bewegung, S. 162; Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, S. 40.

<sup>508</sup> Statistische Monatshefte für Schleswig-Holstein 6 (1949), S. 180.

<sup>509</sup> Thurnwald, Gegenwartsprobleme Berliner Familien; Rohlfig, Lohn und Lebenshaltungskosten (vgl. in knapper Zusammenfassung auch *Handelsblatt* vom 20.02.1947: „Löhne und Lebenshaltungskosten.“; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 26.02.1947: „Lohnt sich überhaupt der Wochenlohn?“); Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise (vgl. in knapper Zusammenfassung auch *Handelsblatt* vom 22.08.1946: „Löhne und Lebenshaltungskosten“).

Die Berliner Untersuchung beobachtete von Februar 1946 bis Sommer 1947 insgesamt 498 Familien.<sup>510</sup> Dabei wurde festgestellt, dass bis auf die unteren Einkommensgruppen die Löhne die notwendigsten Ausgaben bis zum Herbst 1946 im Wesentlichen deckten:

„Der Durchschnittslohn eines voll bezahlten Arbeiters oder das Monatsgehalt eines Angestellten oder eines Lehrers reicht in der Regel aus, um neben den rationierten Lebensmitteln die Miete, Gas und Licht zu bezahlen, die wenigen Zentner zugeteilte Kohle, das zugeteilte Holz zu kaufen, eine Zeitung zu abonnieren und die laufenden Ausgaben im Haushalt zu bestreiten. [...] Am günstigsten stehen sich heute vielfach Handwerker und Facharbeiter, weil sie durch ihre praktischen und oft vielseitigen Fertigkeiten hochbegehrte Leute sind, die durch Nebenverdienste ihre festen Einnahmen erheblich auffüllen können.“<sup>511</sup>

In der Bevölkerungsschicht mit sehr niedrigem Einkommen reichten die Löhne im Durchschnitt nicht aus, um die Mindestaufwendungen zu bestreiten. Nebenverdienste waren unabdingbar, und der Schwarze Markt war den Betroffenen auch hier aufgrund der hohen Preise verschlossen. Zur Verbesserung der Lebenshaltung war also auch in Berlin der Rückgriff auf Ersparnisse oder Tauschwerte nötig. Mit dem Dahinschwinden der Rücklagen verschlechterte sich laut der Untersuchung die Lage der Familien im Winter 1946/47.<sup>512</sup> Vier Haushaltsbudgets von Familien eines ungelerten Bauarbeiters, eines Facharbeiters, eines Angestellten und eines leitenden Beamten zeigen, dass dann keines der Einkommen mehr für die anfallenden Kosten ausreichte. Die Familien bestanden aus einem Ehepaar und zwei Kindern, in einem Fall aus drei Kindern. Als Beispiel sei hier das Budget des ungelerten Arbeiters mit Frau und zwei Kindern angegeben, wobei jedoch im Gegensatz zu den Durchschnittswerten der Kieler Untersuchung die exemplarische Bedeutung der folgenden Tabelle zu beachten ist:

**Tabelle 13: Haushaltsbudget eines ungelerten Berliner Arbeiters mit Frau und zwei Kindern**

<b>Monatliches Netto-Einkommen</b>	<b>204,53 RM</b>
<b>Lebenshaltungskosten</b>	
Ernährung	71,54 RM
Miete, Licht, Gas	48,60 RM
Sonstiges	27,50 RM
Ausgaben auf dem Schwarzen Markt	260 RM
<b>Summe (ohne Schwarzen Markt)</b>	<b>147,64 RM</b>
<b>Summe (mit Schwarzem Markt)</b>	<b>407,64 RM</b>

Quelle: Thurnwald, Gegenwartsprobleme Berliner Familien, S. 67.

<sup>510</sup> Thurnwald, Gegenwartsprobleme Berliner Familien.

<sup>511</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden ebd. S. 63 f.

<sup>512</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden ebd. S. 65-72.

Aus anderen Einnahmequellen hatte die Familie also noch 203,11 RM zum Lebensunterhalt aufzuwenden. Der Anteil der schwarz erworbenen Lebensmittel an den Lebenshaltungskosten wurde mit 120 RM angegeben. Diese Zahlen verdeutlichen auch hier, wie sehr weitere Schwarzmarktausgaben das Haushaltsbudget belasteten und in welchem Umfang sich die Lohn-Preisschere der Kieler Untersuchung beim Erwerb weiterer Schwarzmarktwaren geöffnet haben dürfte. Die anderen drei Berliner Familien mussten rund 297 RM; 554 RM, bzw. 903 RM zusätzlich zu ihren Einkommen zum Lebensunterhalt aufbringen. Die höheren Summen ergaben sich vor allem aus dem unterschiedlichen Bedarf. Besonders bei der letzten Familie trieben hohe Arzt- und Medikamentenrechnungen die Lebenskosten in die Höhe. Schwarzmarktausgaben waren auch in diesen Berechnungen bereits berücksichtigt.

Es zeigt sich also insgesamt, dass auch in Berlin selbst hohe Löhne und Gehälter nicht ausreichten, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Alle untersuchten Familien waren auf Nebenerwerbe angewiesen, um die Einkommensseite aufzubessern. Entscheidender noch als ein bestimmter Lohn war also das Auffinden und die richtige Nutzung einer Hilfsquelle, die häufig in Hamsterfahrten, dem Verkauf geldbringender Gegenstände aus dem Familienbesitz oder zusätzlicher bezahlter Arbeit bestand. Strenge Wirtschaften und scharfe Selbstkontrolle waren wie in Schleswig-Holstein unerlässlich.

Die zweite zum Vergleich herangezogene Untersuchung wurde von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster im Sommer 1946 in Dortmund durchgeführt.<sup>513</sup> 22 Familien aus der Hüttenindustrie, dem Bergbau und der eisenverarbeitenden Industrie waren Gegenstand dieser Arbeit. Da der größte Teil der Dortmunder Arbeiterschaft diesen Industriegruppen angehörte, wird den beobachteten Familien eine repräsentative Funktion zugewiesen. Die Dortmunder Verhältnisse sind insbesondere für die Betrachtung der Situation der zahlreichen Arbeiter der Rüstungsindustrie Schleswig-Holsteins von Interesse. Die monatlichen Löhne bewegten sich der Untersuchung zufolge zwischen 120 RM bei einem Hilfsarbeiter im Bergbau und 247 RM bei einem Gießer in der Hüttenindustrie; im Durchschnitt erreichten sie 171,73 RM im Monat, sind daher also durchaus mit Kiel vergleichbar. Die Wochenlöhne sanken nach Einschätzung der Gewerkschaften aber um mindestens 20%. Gleichzeitig erhöhte sich trotz des Preisstopps das Preisniveau, insbesondere im Bekleidungsbereich. Die Rahmenbedingungen gleichen also der Entwicklung in Schleswig-Holstein. Dass auch in Dortmund die Löhne gemessen an den Aufwendungen der Familien zu niedrig waren, wird wie folgt kommentiert:

---

<sup>513</sup> Rohlfig, Lohn und Lebenshaltungskosten.



„Die sich immer mehr öffnende Schere zwischen Arbeitseinkommen und Ausgaben für den Lebensbedarf bewirkt ein starkes Fallen des Reallohnes. [...] Es gibt keinen Familienvater, dessen Lohneinkommen ausreicht, um seine Familie zu ernähren. Es werden entweder Spargelder abgehoben oder zurückgelegte Geldmittel verbraucht. [Es] muß [...] festgestellt werden, daß darüber hinaus Geldmittel zur Deckung des Bedarfes herangezogen worden sind, die in den Fragebogen nicht erscheinen. Es ist anzunehmen, daß es sich hier um zurückgelegte Geldmittel handelt. [...] Die Beträge können aus Ersparnissen stammen, die in der Hochkonjunktur der Rüstungsindustrie [...] angesammelt worden sind [...]. Wenn diese Sparmittel bei Kreditinstituten eingezahlt waren, sind sie in der Zeit vor der Kapitulation häufig im Hinblick auf die Unsicherheit der Lage wieder abgehoben worden. Es ist [...] anzunehmen, daß die Familien viel mehr Bargeld zur Verfügung hatten, als es ihren sonstigen Lebensgewohnheiten und Möglichkeiten entspricht. Es ist aber auch durchaus möglich, daß die Mittel aus anderen Quellen geflossen sind, die sich durch Schwarzhandel und Schwarzarbeit erschließen.“<sup>514</sup>

Die befragten Familien hatten über ihr Arbeitseinkommen hinaus noch zwischen 27,6% und 245,8% vom Lohn ausgegeben. Der Bericht fährt daher fort:

„Aus der Untersuchung der Wirtschaftsrechnungen geht eindeutig hervor, daß das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen trotz Lohn- und Preisstop vollkommen in Unordnung geraten ist. Während in normalen Zeiten der Arbeiter in der Lage war, die dringendsten Bedürfnisse seiner Familie aus dem laufenden Arbeitseinkommen zu decken, bestreitet er heute mit diesem Betrag im Durchschnitt etwa nur 41% der entstehenden Kosten.“<sup>515</sup>

Da die Rücklagen der Familien zur Neige gingen, wurde eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Familien prophezeit, so wie sie in Berlin im Winter 1946/47 eingetreten war. Zahlreiche Familien mussten schon jetzt durch die intensive Bewirtschaftung des eigenen Gartens, Schulspeisung oder Hamsterfahrten ihre Ernährungssituation verbessern, was die Ausgaben zusätzlich in die Höhe treiben konnte, z. B. durch Fahrgelder für die Hamsterfahrten. Gleiches gilt natürlich für alle Artikel, die nicht im Einzelhandel zu erwerben waren und durch Improvisation ersetzt werden mussten. Besonders die hohen Textilpreise und Schneiderkosten beim Umarbeiten belasteten die Haushalte schwer. Da auch in Schleswig-Holstein viele Menschen zunächst von ihren Ersparnissen lebten, lässt dies den Rückschluss zu, dass sich dadurch nach dem Aufzehren der finanziellen Rücklagen die Lebenssituation der Schleswig-Holsteiner in späteren Jahren noch weiter verschlechtert hat. M. Rohlfing kommt zu dem Schluss, dass von einem angemessenen Lebensstandard auch dann nicht die Rede sein kann, wenn über das Arbeitseinkommen hinaus noch zusätzliche Geldmittel flüssig gemacht werden konnten.

Die letzte Untersuchung wurde von dem damals im Entstehen begriffenen Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung in Clausthal-Zellerfeld angefertigt und beschreibt die Entwicklung bis zum Frühjahr 1946. Höchstwahrscheinlich bezieht sie sich auf Niedersachsen.<sup>516</sup> Dabei wurden u. a. die Ergebnisse einer Enquête verwendet, die von den Gewerkschaften angefertigt worden war und die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte nach ihren Lebenshaltungskosten im April 1946, nach ihren Anschaffungen seit Kriegsende und

---

<sup>514</sup> Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten, S. 9.

<sup>515</sup> Ebd., S. 37.

<sup>516</sup> Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten, S. 38.

nach besonderen Lebensumständen befragte.<sup>517</sup> Aufgrund dieser Zielgruppe und ihrer wesentlich breiteren Erhebungsgrundlage ist die Studie für die Betrachtung von Löhnen und Lebenshaltungskosten in Schleswig-Holstein besonders interessant.

Die Entwicklung des Reallohnes wurde wie folgt zusammengefasst:

„An die Stelle des allgemeinen Gleichlaufs von Lohn- und Preisbewegung ist eine Schere zuungunsten des Arbeiters weit geöffnet. Seit 1945 überschreitet das Anwachsen der Lebenshaltungskosten das sonst dem Konjunkturverlauf eigene Maß und hat einen ausgesprochen inflatorischen Charakter angenommen. Die Löhne stehen tief, während die Preise weiter in die Höhe gehen. Dieser Unterschied läßt den Reallohn tiefer als je zuvor absinken. Die Kaufkraft der Wochenverdienste dürfte unter dem Niveau von 1932 liegen.“<sup>518</sup>

Die Ergebnisse der Enquête wurden ebenfalls zusammengefasst:

„Das Bemerkenswerteste [...] ist der Tatbestand, daß die Gesamtausgaben zu nur annähernd drei Fünfteln aus Einkünften gedeckt werden [...], zwei Fünftel der Ausgaben wurden aus gesparten oder zurückgelegten Geldern gedeckt. Das zeigt, daß das Einkommen z. Zt. nicht ausreicht, um den derzeitigen Versorgungsgrad der Haushalte mit Gütern aller Art, so wie sie z. Zt. auf dem regulären oder schwarzen Markt erhältlich sind, zu gewährleisten. Wobei wieder betont und vorausgesetzt wird, daß der Arbeiter auf dem schwarzen Markt keinen Luxusbedarf befriedigt, sondern sich bei der durchaus unzureichenden Ernährungslage nur mit dem Lebensnotwendigsten versieht.“<sup>519</sup>

Neben dieser Interpretation der numerischen Ergebnisse kamen auch die befragten Arbeiter selbst zu Wort und bestätigten dies:

„Eine Befragung von Arbeiterhaushaltungen über ihre Wirtschaftsführung im April 1946 ergab, daß die Einnahmen, die diese Haushaltungen erzielten, nicht ausreichten, um das zu kaufen, was für den lebensnotwendigsten Bedarf auf dem regulären Markt an bewirtschafteten und unbewirtschafteten Waren erhältlich ist. Schon dafür wurden zusätzliche Mittel eingesetzt. Darüber hinaus wandten die Haushaltungen beträchtliche Mittel auf, um sich bei den unzureichenden Zuteilungen durch gute Beziehungen und auf dem schwarzen Markt im weitesten Sinne des Wortes mit zusätzlichen Lebensmitteln zu versorgen. [...] Ein Versiegen der Möglichkeit, Güter aus Erspartem zuzuschließen infolge Erschöpfung der Mittel oder Blockierung der Konten, würde den Lebensstandard weitester Bevölkerungskreise noch weiter herabsetzen. Die vom Verhungern bedrohten Bevölkerungsschichten würden [...] stärker zum Verkauf und Tausch von Sachwerten schreiten.“<sup>520</sup>

Die schlechte Versorgungslage nötigte die Arbeiter zur zeit- und kostenaufwendigen Lebensmittel- und Brennstoffbeschaffung, was wiederum zu Arbeitsausfall und damit auch zu Lohnausfall führte und zum anderen durch das Fahrtgeld auf Hamsterfahrten die Lebenshaltungskosten zusätzlich in die Höhe trieb. Die Schwarzmarktpreise lagen bis zum Hundertfachen über den regulären Preisen. Da die Löhne der Haushaltsvorstände diese

---

<sup>517</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 5, 24, 26. Über die regionale Verteilung der befragten Familien gibt die Enquête keine Auskunft.

<sup>518</sup> Ebd., S. 20.

<sup>519</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 27.

<sup>520</sup> Ebd., S. 38.

Ausgaben nicht decken konnten, wurde, wie eben schon erwähnt, auf Ersparnisse zurückgegriffen, deren Anteil an den Gesamteinnahmen im Durchschnitt 40,4% betrug.

Eine komplette Einkommensgliederung, ergänzt durch die entsprechenden Angaben der Dortmunder Untersuchung, liefert die folgende Tabelle:

**Tabelle 14: Gliederung der Arbeitseinkommen**

<b>Arbeitseinkommen</b>	<b>Britische Zone (April 1946)</b>	<b>Dortmund (August 1946)</b>
des Haushaltsvorstandes	46,9%	38,1%
der Ehefrau	0,9%	-
sonstiger Familienmitglieder	9,2%	3,2%
1. Arbeitseinkommen insgesamt	57,0%	41,3%
2. Sonstige Einkünfte	2,6%	-
3. Abgehobene Spargelder und Verbrauch zurückgelegter Gelder	40,4%	31,4%
4. Lohn- und Gehaltvorschüsse, aufgenommene Darlehen	-	-
5. Nicht erfasste Einnahmen	-	27,3% <sup>521</sup>

Quelle: Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten, S. 12.

Den größten Anteil am Gesamteinkommen nahmen also die Arbeitseinkommen der Familienmitglieder ein. Vor allem die Einkommen der Haushaltsmitglieder seien von erheblicher Bedeutung, da sie nicht selten bei 100,00 RM im Monat lägen. Das liege daran, dass aufgrund der Wohnungsnot die Familien enger zusammengerückt seien. Ein Drittel der befragten Haushaltungen waren davon betroffen.<sup>522</sup> Eine Ausnahme bildet das Einkommen der Ehefrau, das in beiden Gesamtbudgets kaum Gewicht hat. Die Tabelle zeigt aber ebenfalls, dass diese zusätzlichen Einkommen auch nicht ausreichten, die Lohn-Preis-Schere der Haushaltsbudgets zu schließen. Desweiteren sticht in beiden Zahlenreihen noch einmal die Bedeutung der Ersparnisse hervor, wodurch ihr oben festgestellter Stellenwert für schleswig-holsteinische Arbeiterhaushalte noch einmal statistisch bestätigt wird. Es wird jedoch von der niedersächsischen Untersuchung betont, dass die Einkommensschichtung nicht das Gesamtmittel erfasst und sich „infolge der derzeitigen Beschränkung der Erhebungsmittel doch mehr oder weniger an qualifizierte Kräfte gewandt“ habe.<sup>523</sup> Präziser erscheinen daher die Angaben des ZfA, das die Deckung der Ausgaben speziell in Arbeiter-

<sup>521</sup> M. Rohlfing kann über die Herkunft dieser Geldquellen ansonsten auch nur „Vermutungen aufstellen“ (Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten, S. 13). Vielleicht handelt es sich dabei aber auch um Sozialleistungen, Einkünfte aus Vermietungen usw. (so in Monthly Statistical Bulletin 7 (1947), S. 90).

<sup>522</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 27.

<sup>523</sup> Ebd., S. 26

und Angestelltenhaushalten des Jahres 1946 veröffentlicht hat. Demnach belief sich der Anteil des Rückgriffes auf Vermögen oder der Aufnahme von Schulden in den unteren Einkommensschichten (unter 150 RM) auf 28,8%, in den mittleren Einkommensschichten (150-200 RM) auf 22,6% und bei den Einkommen über 200 RM auf immerhin noch 15,9% des Gesamteinkommens. Je höher also das Einkommen war, desto weniger musste auf Ersparnis zurückgegriffen werden. Überflüssig wurde dies aber offensichtlich in keiner Einkommensgruppe.<sup>524</sup>

Neben den Einnahmen wurden auch die laufenden Ausgaben der Familien näher untersucht. Dabei nahmen die Ausgaben für Lebensmittel und Genussmittel, die im Einzelhandel oder in Gaststätten gekauft wurden, den größten Raum ein (ca. 36%).<sup>525</sup> Das besondere Augenmerk lag aber auf der Frage, wofür die als Einkommen zweckentfremdeten Ersparnisse ausgegeben wurden. Insbesondere Schwarzmarkteinkäufe von Lebensmitteln wurden davon getätigt, ihr Anteil an den Gesamtausgaben lag bei ca. 27%, war also bereits der zweitgrößte Posten im Budget. Das Gleiche wird z. B. aus Lübeck berichtet: „Um sich zusätzliche Nahrungsmittel auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen, heben viele Gehalts- und Lohnempfänger ihre Ersparnisse ab.“<sup>526</sup> Desweiteren wurden diese Gelder v. a. auf die Anschaffung von Möbeln und Kleidung verwandt.<sup>527</sup> Insbesondere in den durch Bomben stark zerstörten Städten wie beispielsweise Kiel ist mit einem großen Bedarf an Möbeln zu rechnen. Dies trifft natürlich auch auf die Flüchtlinge zu, denen es zusätzlich auch häufig an ausreichender Kleidung fehlte. An dritter Stelle lag die Wohnungsmiete mit 11%, gefolgt von verschiedenen anderen Ausgaben, die jede für sich genommen aber nie über 5% hinauskamen und daher hier nicht weiter betrachtet werden sollen.

Vergleiche mit früheren Ausgabenaufstellungen von Haushalten zeigen sowohl in der Dortmunder als auch in der niedersächsischen Untersuchung einen Rückgang der

---

<sup>524</sup> Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone (Hrsg.), Zur sozialen Lage in der britischen Zone, S. 7. Vgl. auch Monthly Statistical Bulletin 7 (1947), S. 90. Die dort veröffentlichte Gegenüberstellung des Statistischen Amtes für die britische Besatzungszone von Löhnen und Preisen in der Britischen Besatzungszone zeigt noch einmal, dass nach den Arbeitseinkommen die abgehobenen Ersparnisse in der genannten Höhe den wichtigsten Teil des Einkommens ausmachten. Der Verkauf von Hausrat, Einkommen durch Vermietungen und Unterstützungsleistungen beanspruchten nur maximal 2,8% des Gesamteinkommens in den im Oktober und November 1946 befragten Familien, die im Schnitt aus vier Personen bestanden.

M. Rohlfing hatte betont, dass keine Relation zwischen der Höhe der Einkommen und dem zusätzlichen Verbrauch von Geldern gebildet werden könne, der Schluss, dass bei höheren Löhnen die Heranziehung anderer Geldquellen abnehme, lasse sich also nicht ziehen. Zu groß sei dafür der Einfluss der Höhe der Geldreserven, die Möglichkeiten zu Schwarzmarktkäufen u. a. (Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten, S. 14). Dem widersprechen scheinbar die Ergebnisse des ZfA. M. Rohlfing untersuchte jedoch lediglich Arbeiterfamilien mit einem Monatseinkommen unter 200 RM, das ZfA betrachtete auch höhere Einkommen, wodurch sich dieser Widerspruch auflöst.

<sup>525</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 28 f. Im Folgenden ist immer der Gesamtdurchschnitt über alle befragten Haushaltungen gemeint.

<sup>526</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 06.02.1947; wöchentlicher Stimmungsbericht vom 24.12.1946.

<sup>527</sup> Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 29, 32. Diese Dinge stellten auch den größten Teil der jährlichen Anschaffungen dar, und zwar beide zu jeweils ca. einem Viertel. Interessant sind v. a. die Aufwendungen für Gärten wie Saatgut, Geräte, Pflanzen und dergleichen, die ca. 8% betragen. Darin zeigt sich wiederum die Bedeutung der Selbstversorgung.

Ernährungskosten zugunsten des Postens „Verschiedenes“. Begründet wird dies mit der Ernährungs- und Preissteigerungskrise und den allgemeinen Preissteigerungen, die die unter Letzterem verstandenen Dinge wie Tabakwaren, Waschmittel, Schuhreparaturen, Medikamente, Kino u. a. verteuerten.<sup>528</sup> Gleichwohl lagen hier die größten Einsparmöglichkeiten für die Haushalte.

Es zeigt sich also spätestens bei der Untersuchung der gesamten britischen Besatzungszone, dass die Lage in Schleswig-Holstein typisch für die Nachkriegszeit im britischen Besatzungsgebiet war. Der Vergleich mit Berlin und zahlreiche andere Stimmen aus der Zeit demonstrieren ferner den exemplarischen Charakter der Situation in Schleswig-Holstein für die drei westlichen Besatzungszonen und Berlin.<sup>529</sup>

### 9.3 Reaktionen der Arbeiter

Die Reaktion der Menschen im Land auf die Preissteigerungen und niedrigen Löhne war wie zu erwarten negativ:

„Die Bevölkerung klagt über die Unzulänglichkeit der Preisüberwachung. Sie spricht den Preisbehörden, insbesondere den Preisbildungsstellen jegliche Fähigkeit ab und bringt zum Ausdruck, daß diese Dienststellen bereits seit mehreren Monaten ihre Daseinsberechtigungen verloren haben.“<sup>530</sup>

So ein Bericht über die Lage in Pinneberg. Aus Kiel heißt es:

„[Die] Bevölkerung stellt sich auf den Standpunkt, daß es Sache der Preisbehörde ist dafür zu sorgen, daß keine Überpreise genommen werden, und verlangt, daß die Preisbehörde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einschreitet.“<sup>531</sup>

---

<sup>528</sup> Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten, S. 29-37; Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise, S. 33 f.

<sup>529</sup> *Der Wirtschaftsspiegel* vom 15.12.1947: „Preispolitik und Währung“, S. 479; Schmidt, Grundprobleme der Preispolitik, S. 115; über die amerikanische Besatzungszone schreibt Rainer Wittlinger: „Gemessen an den [...] Netto-Monatseinkommen bedeutet dies, daß die Mehrzahl der Arbeiter weniger als das durch die Versorgungslage schon an der Hungergrenze liegende Existenzminimum verdient.“ (Preise und Löhne, S. 9); Vgl. ferner Arbeitsblatt für die britische Zone 4 (1947), S. 138; 5 (1947), S. 177; Haussleiter, Gedanken zur preispolitischen Lage, S. 5; Entschließung der Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone vom 21. bis 23.08.1946 in Bielefeld, in Grebing, Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, Bd. 2, S. 109; *Hamburger Volkszeitung* vom 23.07.1947: „Der Ruf nach Warenlöhnen“. Auch in Hamburg konnten die Löhne den steigenden Preisen nicht folgen (*Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 08.06.1946: „Lohnausgleich gefordert“). Unzureichende Löhne wurden von der evangelischen Kirche für „süddeutsche Großstädte“ und das Ruhrgebiet festgestellt, die Lohn-Preis-Schere würde sich in ganz Deutschland immer weiter öffnen (Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Die Lebensverhältnisse in Deutschland 1947, S. 61 f.). In Baden-Württemberg konnten nur 60% der Lebenshaltungskosten aus dem Einkommen gedeckt werden (*Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 03.04.1948: „Nur 60% der Lebenskosten vom Arbeitseinkommen gedeckt“). Vgl. auch eine kurze Zusammenfassung der Lage in der britischen Besatzungszone in einem Artikel des *Economist* vom 02.11.1946 (in LAS, Abt. 605, Nr. 670).

<sup>530</sup> LAS, Abt. 691, Nr.22461: Schreiben des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsministeriums an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 05.02.1947, Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an den Innenminister des Landes.

<sup>531</sup> StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947.

Aus Flensburg wurde berichtet:

„Die Sozialdemokratische Partei, Kreisverein Flensburg, die Ortsgruppe Flensburg der Kommunistischen Partei, der Ortsausschuß der Freien Gewerkschaften Flensburg verfolgen mit wachsender Besorgnis die immer weiter steigende Not, in der sich sowohl die großen Gruppen der geringverdienenden Arbeiter, wie die immer zahlreicher werdenden Unterstützungsempfänger befinden. Die geringen Löhne und die Unterstützungen reichen nicht mehr aus, um die auf Marken fälligen Lebensmittel zu kaufen, geschweige denn, frei käufliche Sachen zu erwerben oder Kleidung und Schuhe zu kaufen. [...] Um in der Frage der Preisüberwachung in Flensburg Ordnung zu schaffen und damit willkürlich überhöhte Preise abzubauen, schlagen die oben bezeichneten Organisationen vor, daß Vertreter der Stadt und der Preisüberwachungsstelle mit einer von den oben genannten Organisationen gebildeten Kommissionen zusammentreten, um zu beraten, wie Mißstände, die auf dem Gebiet der Preisbildung eingetreten sind, beseitigt werden können.“<sup>532</sup>

Auch der Innenminister und der Justizminister berichteten vom Ärger der Betroffenen.<sup>533</sup> Andere Stellen sprechen vom „Unwillen der Bevölkerung“, von „Klagen der Bevölkerung“ oder dass die Menschen von neuen Preiserhöhungen „stark beeindruckt“ wären.<sup>534</sup> Stimmungsberichte der Landespolizei zeugen von „Unzufriedenheit“, „Klagen“ aus allen Distrikten Schleswig-Holsteins oder „Verbitterung“ unter Arbeitern in Eutin.<sup>535</sup> 1947 sprach die Lübecker Polizei von einer erbitterten Stimmung und befürchtete sogar den Ausbruch von Revolten.<sup>536</sup> Auch ein Kommentator der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* hielt Aufruhr nicht für unmöglich:

„Der Ast, auf dem heute die Menschen, die ein echtes Arbeitseinkommen beziehen, sitzen, ist an sich schon recht morsch und wenig grün. Sie haben bei der labilen Währungslage, die den Reallohn zu einer Fiktion macht, weder etwas zu vertauschen oder zu kompensieren, noch verfügen sie über realisierbare Scheinguthaben aus der Nazizeit. Daß ihr Schrei trotz aller Ungerechtigkeiten nur nach innen geht, beweist ihre Selbstdisziplin und ihren ernsten Willen, unter größter Selbstaufopferung an dem Neuaufbau einer deutschen Friedenswirtschaft mitzuarbeiten. Man sollte diese Momente jedoch auf die Dauer nicht überschätzen und deshalb endlich konstruktive Wege der wirtschaftlichen und sozialen Vernunft beschreiten, die zu einer Steigerung des Sozialproduktes und zu einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung führen.“<sup>537</sup>

Im März 1947 forderten Vertreter des Kieler Baugewerbeverbandes Lohnerhöhungen, weil das Existenzminimum der Bauarbeiter nicht mehr gewährleistet sei.<sup>538</sup> Am 14.04.1947 wurden auf einer Großdemonstration auf dem Kieler Rathausmarkt, zu der nach Angaben der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* 30.000-70.000 Menschen erschienen waren, neben Protesten gegen die Ernährungspolitik auch Rufe der Gewerkschaften nach einer Angleichung

<sup>532</sup> *Flensburger Tageblatt* vom 04.09.1946: „Preisüberwachung!“.

<sup>533</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 25740: Schreiben des Justizministers von Schleswig-Holstein an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 23.01.1948, Schreiben des Innenministers von Schleswig-Holstein an die Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 26.01.1948.

<sup>534</sup> LAS, Abt. 691, Nr. 22462: Ordnungsstrafbescheid der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig vom 07.11.1947; AHL, Nr. 182: Wöchentliche Stimmungsberichte vom 27.06.1946 und 05.09.1946.

<sup>535</sup> LAS, Abt. 605, Nr. 670: Stimmungsberichte der Landespolizei vom 01.11., 01.10., 16.08.1946.

<sup>536</sup> AHL, Nr. 182: Monatsbericht über die deutsche Moral vom 26.06.1947.

<sup>537</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 16.08.1947: „Der Schrei nach innen“.

<sup>538</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 08.03.1947: „Die katastrophale Lage der Bauarbeiter“.

der Löhne an die steigenden Preise laut.<sup>539</sup> Auf der Kieler Mai-Kundgebung im Jahre 1948 forderten die Jugendlichen gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und die Gewerkschaften eine 30-prozentige Lohnerhöhung.<sup>540</sup> Die Arbeiter der Maschinenfabrik Lythall in Bad Oldesloe forderten 1947 eine neue, gerechtere Tarifordnung: „Es kann nicht angehen, daß der Lohnstopp eingehalten wird und die Preise ständig ansteigen.“<sup>541</sup> Auch das Schneiderhandwerk forderte Lohnangleichungen für Gesellen und Meister.<sup>542</sup> Auf einer Interzonen-Konferenz der Gewerkschaften in Bad Pyrmont im Oktober 1947 wurde ebenfalls ein Ausgleich zwischen Löhnen und Gehältern gefordert, genauso wie von den schleswig-holsteinischen Gewerkschaften Technik und öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.<sup>543</sup> Der Kieler DGB verlangte einen Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit.<sup>544</sup> Von gewerkschaftlicher Seite wurden die Beibehaltung des Lohnstopps und die Preispolitik immer wieder kritisiert:

„Vor allen Dingen sei es unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht mehr tragbar, daß der Lohnstopp noch aufrecht erhalten würde. Die Preise sind mit den Löhnen nicht mehr in Einklang zu bringen. Es müßte entweder durch Aufhebung des Lohnstopps zu einer Neuregelung des gesamten Tarifwesens kommen, oder es müssen von seiten der Regierung Maßnahmen getroffen werden, die zu einer durchgreifenden Preissenkung führen.“<sup>545</sup>

Die niedrigen Frauenlöhne wurden vom *Norddeutschen Echo* und den Gewerkschaften angeprangert, auch das Landesarbeitsamt hielt eine Korrektur der Frauenlöhne für notwendig.<sup>546</sup> Dazu schrieb die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* im Mai 1947:

„Die Frage der Frauenlöhne hat eine lebhafte Erörterung hervorgerufen. Das niedrige Lohnniveau wird nicht nur von der Bevölkerung kritisiert, sondern auch in Kreisen der Wirtschaft wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitsaufnahme durch die erwerbstätigen Frauen meist mit gemischten Gefühlen erfolgt, da die erzielten Löhne nicht einmal das Existenzminimum garantieren. [...] Auf Grund [...] des unterschiedlichen Lohnniveaus bei männlichen und weiblichen Arbeitskräften vertritt das Landesarbeitsamt den Standpunkt, daß im Laufe der Zeit eine Korrektur der Frauenlöhne im Hinblick auf eine erwünschte Mehrbeschäftigung weiblicher Arbeitskräfte notwendig erscheint. Die Zeitverhältnisse und die Notwendigkeit, das augenblickliche Preis- und Lohngefüge nicht vollkommen aus den Fugen zu heben, gebieten jedoch eine allmähliche Angleichung der Löhne der Frauen an diejenigen der Männer.“<sup>547</sup>

---

<sup>539</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 16.04.1947: „Die Losung einer ganzen Stadt: Raus aus dem Elend!“

<sup>540</sup> *Kieler Nachrichten* vom 03.05.1948: „Gewerkschaften fordern 30% Lohnerhöhung“.

<sup>541</sup> *Norddeutsches Echo* vom 26.07.1947: „Hilfe der Gewerkschaften notwendig“.

<sup>542</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 26.04.1947: „Lohnverhältnisse im Schneiderhandwerk“.

<sup>543</sup> *Norddeutsches Echo* vom 25.10.1947: „Ausgleich zwischen Preisen und Löhnen notwendig“, 26.11.1947: „Erhöhung der Löhne lebensnotwendig“, 08.06.1948: „15 prozentige Lohnerhöhung genügt nicht“.

<sup>544</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 21.05.1947: „Der arbeitende Mensch am Ende seiner Kraft“.

<sup>545</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 05.02.1947: „Löhne und Preise müssen neu geregelt werden“.

<sup>546</sup> *Norddeutsches Echo* vom 16.08.1947: „Minderbezahlung der Frauen oder ‚Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit‘“; *Flensburger Tageblatt* vom 16.08.1947: „Gleiche Arbeit-gleiche Löhne“; *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 17.05.1947: „Frauenlöhne sind zu niedrig“.

<sup>547</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 28.05.1947: „Davon soll die arbeitende Frau ihr Leben fristen.“

Die Vielfalt der wiedergegebenen Stimmen zeigt, dass die Problematik der Lohn-Preisschere nicht nur auf der Arbeitnehmerseite, sondern auch in den Landesbehörden erkannt worden ist. War Letzteren die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen zwar bewusst, so konnten sie aufgrund der bestehenden Wirtschaftsordnung und ihrer Regularien aber nicht viel daran ändern. Dies ist in den ersten Kapiteln dieser Arbeit bereits erläutert worden. Auf der Arbeiterseite reichten die Proteste von konstruktiven Lösungsansätzen wie den genannten Flensburger Komitees über laute Unmutsäußerungen, Demonstrationen bis hin zu Radikalisierungen in der politischen Einstellung.<sup>548</sup> Dass diese nicht in offene Gewalt umschlugen (denn davon wird in den Quellen niemals berichtet), mag auch an der zitierten Selbstdisziplin der schleswig-holsteinischen Arbeiter liegen. Zwei Gründe erscheinen mir allerdings plausibler, auch wenn sich in den Quellen darauf keine Hinweise finden:

1. Die schlechte Ernährungslage spielte für die Menschen eine größere Rolle als das niedrige Einkommen. Dies zeigt sich auch in den Tageszeitungen zwischen 1945 und 1948, die in fast jeder Ausgabe über Neuigkeiten im Kampf gegen den Hunger berichteten, aber verhältnismäßig wenig über die Lohn-Preis-Politik.
2. Offene Gewalt wäre mit einem Aufstand gegen die Besatzungsmacht gleichzusetzen gewesen. Dazu war kurz nach einem verlorenen Weltkrieg aber niemand bereit.

#### **9. 4 Ein Ausblick**

Nach der Währungsreform vom 21.06.1948 begannen sich Preise und Löhne anzugleichen. Ab Dezember 1948 sanken die Preise fast aller Warengruppen, begründet vor allem durch die beginnende Aufhebung der Bewirtschaftung.<sup>549</sup> Am meisten sanken die Preise bei Bekleidungsgegenständen und Hausrat, verbunden mit einer gleichzeitigen Verbesserung der Qualität. Auch die Kosten im Lebensmittelbereich gingen zurück. Lediglich in den Bereichen

---

<sup>548</sup> Das Gegenteil behauptet zwar ein das Gaststättengewerbe vertretender Anwalt indem er sagt, dass man sich freue, noch etwas zu erhalten, „was [...] einmal Freude macht“, und dann auch gerne überhöhte Preise zahlte (LAS, Abt. 691, Nr. 25740: Schreiben Rechtsanwalts Kappesser an die Preisüberwachungsstelle in Schleswig vom 10.04.1948). Von dieser Einstellung berichtet auch der Kieler Dezernent im Ordnungs- und Vollzugsdienst: „Die Einkäufer und auch die Wirtschaftskreise und ein Teil der Bevölkerung erklären, daß sie lieber Waren zu erhöhten Preisen einkaufen, als daß sie überhaupt keine Ware erhalten.“ (StAK 34072: Bericht des Kieler Dezernenten im Ordnungs- und Vollzugsdienst vom 12.12.1947). Hatten sich die Menschen zu der Zeit zwar mit den hohen Schwarzmarktpreisen arrangiert, so ist es aber höchst zweifelhaft, ob überhöhte Einzelhandelspreise in Notzeiten auf Verständnis gestoßen sind. Können schon in wirtschaftlich gesunden Zeiten Preiserhöhungen Unwillen erregen, so wird das in der krisengeplagten Nachkriegszeit um so mehr der Fall gewesen sein, wobei die Ausprägung des Unmuts dabei natürlich von der individuellen Versorgungslage des Einzelnen abhing.

<sup>549</sup> *Kieler Nachrichten* vom 05.08.1950: „Löhne und Preise gleichen sich an“; Beilage der Statistischen Monatsberichte Kiel 1950, Nr. 1: „Die Lebenshaltungskosten 1949“; Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 4 (1950), S. 38; Nr. 7, S. 78; Nr. 10, S. 114.



Bildung, Unterhaltung und Verkehr war im Jahre 1949 noch keine Besserung festzustellen.<sup>550</sup> Gleichzeitig stiegen die Nettowochenlöhne an. Ein erwerbstätiger Industriearbeiter in Schleswig-Holstein verdiente im März 1950 in der Woche 48,47 DM, im Vergleich zu 33,98 DM im Juni 1948.<sup>551</sup> Dazwischen lag eine kontinuierliche Steigerung des Nettoeinkommens. Doch trotz dieser positiven Tendenz lagen die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in Schleswig-Holstein noch um 47,8% über dem Stand von 1938.<sup>552</sup> Auch das Realeinkommen lag 1950 immer noch unter dem Wert des Jahres 1938.<sup>553</sup> Es ist also zu beachten, dass die Währungsreform keine sofortige Besserung der Lage brachte, sondern nur den Beginn einer stetigen Aufwärtsentwicklung darstellte. Denn noch immer hatten viele Familien mit den wirtschaftlichen Nöten zu kämpfen: „Die gestiegenen Lebenshaltungskosten haben jeden Unterstützungsempfänger heute in eine sehr schwere Bedrängnis gebracht“, urteilte die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* im Dezember 1948.<sup>554</sup> Viele Menschen wurden durch die nunmehr stark ansteigende Arbeitslosigkeit in die Fürsorge gedrängt.<sup>555</sup> Neben den sozialen bestanden die wirtschaftlichen Probleme weiterhin fort. Die Währungsreform brachte zunächst auch große Schwierigkeiten mit sich, bevor der unbestreitbare Nutzen der Reform für jedermann sichtbar wurde. Trotz des verbesserten Angebotes bereitete die wirtschaftliche Lage den Familien große Sorgen. Davon zeugt der Arbeitsbericht des Amtes für Familienfürsorge des Jahres 1949:

„Die große Armut in weiten Schichten der Bevölkerung [...] kommen [sic!] zu dem Gesamtergebnis, daß die Not im Laufe des Jahres 1949 im Vergleich zu den Vorjahren größer geworden ist. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit allgemein [...] wurde immer stärker fühlbar. Die Fürsorgerinnen begegneten bei ihren Hausbesuchen häufig einer großen Mutlosigkeit. [...] Trotz Teuerungszulagen durch das Fürsorgeamt war es bei den hohen Lebensmittelpreisen nur möglich, das Allernötigste zu kaufen. [...] Während sich die Zahlung der Unterhaltshilfe bei Alleinstehenden und Ehepaaren im allgemeinen günstig gegenüber vorher bezogener Fürsorgeunterstützung ausgewirkt hat, stehen sich größere Familien durch den Fortfall von Miete und Kohlenbeihilfen [...] oft sehr viel schlechter, so daß sie weiter zusätzlich vom Fürsorgeamt unterstützt werden müssen. [...] Wie bereits nach den ersten Monaten der Währungsreform, so war die anwachsende wirtschaftliche Not natürlich auch weiterhin in erhöhter Antragstellung auf Bekleidungshilfen für Mündel oder bei Nichtalimentation auf Kostgeld spürbar. [...] Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Gesamtzahl der erledigten Aufträge um 1882 erhöht.“<sup>556</sup>

---

<sup>550</sup> Beilage der Statistischen Monatsberichte Kiel 1 (1950): „Die Lebenshaltungskosten 1949“.

<sup>551</sup> *Kieler Nachrichten* vom 05.08.1950: „Löhne und Preise gleichen sich an“. Der Schwerpunkt der Lohnerhöhungen lag in der Zeit von Juni bis September 1948, bedingt durch die Lockerung und spätere Aufhebung des Lohnstopps (Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 12 (1949)).

<sup>552</sup> *Kieler Nachrichten* vom 05.08.1950: „Löhne und Preise gleichen sich an“.

<sup>553</sup> Ebd.

<sup>554</sup> *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 14.12.1948: „Zahlen, die Schleswig-Holstein erschüttern“.

<sup>555</sup> Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins, S.35.

<sup>556</sup> StAK 46503: Arbeitsbericht des Amtes für Familienfürsorge für die Zeit vom 01.01.-31.12.1949.

Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Arbeiterfamilien nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich also nicht auf einen Zeitraum von wenigen Jahren begrenzen, zu groß waren die Erschütterungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zwischen 1945 und 1948. Wirtschaftlicher Aufstieg konnte auch in Schleswig-Holstein nur bei steigenden Beschäftigungszahlen und anderen Auswirkungen des „Wirtschaftswunders“ gelingen.

## 10 Schlussbetrachtung

Die Entwicklung der Löhne und Lebenshaltungskosten von Arbeiterfamilien in Schleswig-Holstein zwischen 1945 und 1948 war durch zwei Tendenzen charakterisiert: Die Preise zahlreicher Grundbedürfnisse stiegen, gleichzeitig konnten die nach einem starken Einbruch bei Kriegsende nur langsam wieder steigenden Löhne der Preisentwicklung nicht folgen.

Die Preise der bewirtschafteten Lebensmittel blieben dabei relativ stabil, die der freiverkäuflichen variierten dagegen z. T. stark in Abhängigkeit vom jahreszeitlich bedingten Angebot. Vor allem aber stiegen die Preise für Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und verschiedene Alltagsgegenstände wie z. B. Kochtöpfe, Schnürsenkel, Spielzeug, Putzmittel oder auch Eintritts- und Fahrpreise oder Reparaturen. Die in zahlreichen zeitgenössischen Berichten dokumentierten Klagen über Teuerungen finden in weiten Teilen ihre Bestätigung in den statistischen Quellen, auch wenn diese öfters große Lücken aufweisen oder kaum miteinander zu vergleichen sind.

Neben zahlreichen wirtschaftlichen Gründen für die Preissteigerungen wie z. B. schwierige Transportbedingungen oder Materialmangel trug auch die schlechte Preisdisziplin des Einzelhandels in den ersten Nachkriegsjahren zur Verteuerung bei. Zahlreiche Händler versuchten ihre eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch eine unangemessene und häufig nicht erlaubte Preiserhöhung ihrer Ware auszugleichen. Versuche der Behörden, diese Missstände einzudämmen, liefen häufig ins Leere, da sie selber mit Personal unzureichend ausgestattet waren.

Aufgrund der schlechten Versorgungslage war die Bevölkerung zur Improvisation im Alltag gezwungen: Beispielsweise sollten Kleingärten zusätzliche Nahrungsmittel liefern, oder aus Fallschirmen und alten Uniformen wurde neue Kleidung genäht. Gleichzeitig konnten solche Notlösungen aber auch dazu beitragen, die privaten Lebenshaltungskosten zu senken, sofern die Ware in den Geschäften zu teuer oder gar nicht angeboten wurde. Als Reaktion auf die unzureichende Versorgung entstand auch der Schwarze Markt. Einerseits konnte man hier Dinge erwerben, die sonst nirgends zu kaufen waren. Andererseits aber war der Zugang zu ihm durch die hohen Preise erschwert, wer kein Bargeld oder keine Tauschwerte anzubieten hatte, dem war diese zusätzliche Versorgungsquelle verschlossen. Seine hohen Preise aber trieben die Lebenshaltungskosten der Arbeiter, die ihn nutzten, zusätzlich zu den Preissteigerungen der „legalen“ Waren in die Höhe. Auch der Schwarze

Markt konnte durch die Ordnungsbehörden mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht nachhaltig bekämpft werden.

Direkt nach Kriegsende gingen die nominalen Löhne zunächst stark zurück. Ursache waren v. a. die Arbeitszeitverkürzungen nach der Rüstungskonjunktur und die Rückkehr zum Stücklohn. Es folgte ein langsamer Anstieg der Stundenlöhne, dem die Wochenlöhne aber nicht immer folgen konnten, da die Arbeiter aufgrund von Krankheiten oder dringender Alltagsprobleme häufig ihre Arbeitsstelle nicht aufsuchen konnten. Die Löhne stabilisierten sich zwar einige Zeit nach Kriegsende, v. a. in den ehemaligen Rüstungsindustrien, aber auf niedrigerem Niveau als im Dritten Reich.

Diese Konsolidierung reichte zudem nicht aus, um die entstehende Lohn-Preis-Schere zu schließen. Ein Arbeitseinkommen reichte in der ersten Nachkriegszeit normalerweise nicht aus, um die Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie in Schleswig-Holstein, ja in der gesamten britischen Besatzungszone zu decken. Um diese Lücke zu schließen wurde zunächst auf Sparguthaben zurückgegriffen. Wenn diese aufgezehrt waren, musste Hausrat verkauft oder der Verbrauch weiter eingeschränkt werden. Schwarzmarktgeschäfte stellten eine weitere Einkommensmöglichkeit dar. Als letzte Lösung bot sich ein Antrag auf Fürsorgeleistungen an, wenn nicht gar in der Kriminalität Zuflucht gesucht wurde. Die Lage verschärfte sich für die Familien, wenn kein Vater mehr da war, da Frauen deutlich schlechter als Männer bezahlt wurden. Niedriglöhne und Sozialleistungen reichten somit erst recht nicht aus, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die Situation der Arbeiterfamilien konnte sich erst mit einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsordnung verbessern. Die Währungsreform vom 21. Juni 1948 bedeutete ein Ende der Bewirtschaftung und ein Ende des bis dahin bestehenden, noch aus dem Dritten Reich stammenden Lohn- und Preisstopps. Dieser hatte eine freie Entwicklung von Löhnen und Preisen verhindert. Betriebe und Behörden hatten in diesem rechtlichen Rahmen, der von den Nationalsozialisten geschaffen und von den britischen Besatzungsbehörden übernommen worden war, kaum Möglichkeiten, an der Lage der Arbeiter etwas zu verbessern. Deren zahlreiche Proteste gegen die bestehende Situation wurden zwar verstanden, die Lohn-Preisschere konnte allerdings nur verwaltet, nicht geschlossen werden.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Lage in Schleswig-Holstein derjenigen in Kiel, aber auch der in der gesamten britischen Besatzungszone glich. Arbeiterfamilien waren in dem hier behandelten Zeitraum 1945-1948 nicht nur in der Großstadt Kiel, sondern überall in Schleswig-Holstein und in der britischen Besatzungszone mit unzureichenden Löhnen bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert.

## 11 Anhang

### I Tabellen und Graphiken: Lebensmittelpreise in Rpf in Kiel, Lübeck, Husum und Eutin, Januar 1946 bis

Juni 1948<sup>557</sup>

#### Ortsübliches Roggen- und Mischbrot

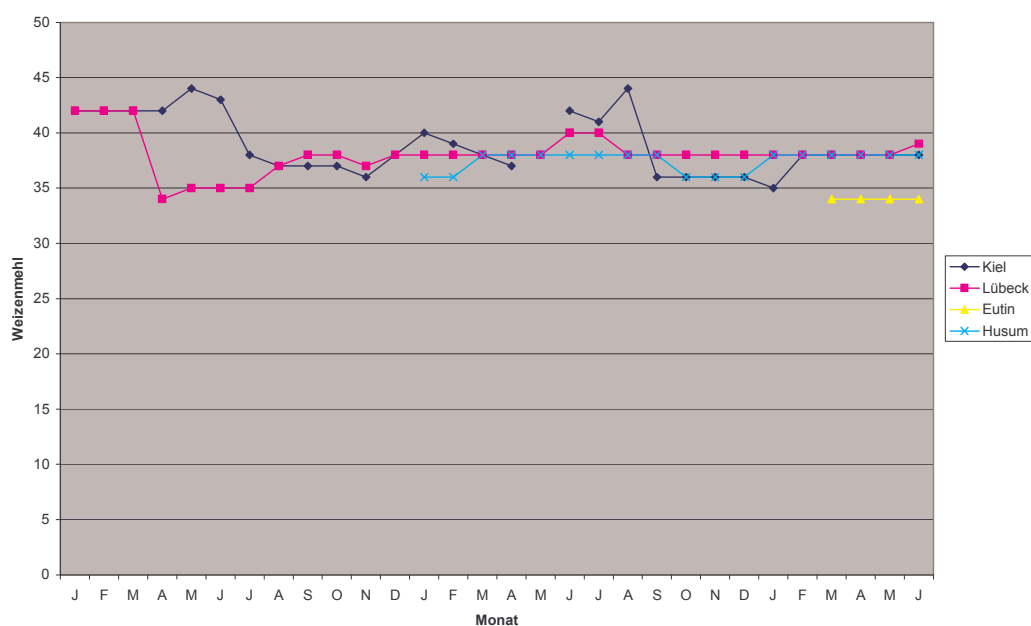
	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	40	40	40	40	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36
Lübeck	40	40	40	40	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	43	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	36	36	36	36	54	54	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	

#### Weizen-Kleingebäck

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	76	76	76	76	76	65	72	65	72	76	72	72	72	72	76	.	76	76	76	76	76	76	76	76	70	70	70	70	70	70
Lübeck	74	74	74	74	74	74	74	74	74	74	74	74	74	.	.	.	74	74	73	73	73	73	73	73	70	70	70	70	70	70
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	70	.	.	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70

#### Weizenmehl

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Kiel	42	42	42	42	44	43	38	37	37	37	36	38	40	39	38	37	.	42	41	44	36	36	36	36	35	38	38	38	38	38	
Lübeck	42	42	42	34	35	35	35	37	38	38	37	38	38	38	38	38	38	40	40	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	39	
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	34	34	34	34
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	36	36	38	38	38	38	38	38	38	38	36	36	36	38	38	38	38	38	



<sup>557</sup> Die zwischenörtliche Vergleichbarkeit ist begrenzt, da die Gemeinden jeweils die in ihrem Bezirk marktgängigsten Sorten angeben. Die Preise beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf ein Kilogramm oder einen Liter. Ist keine Preisangabe vorhanden, so fehlte die Ware in der Regel im Angebot.

## Weizengrieß

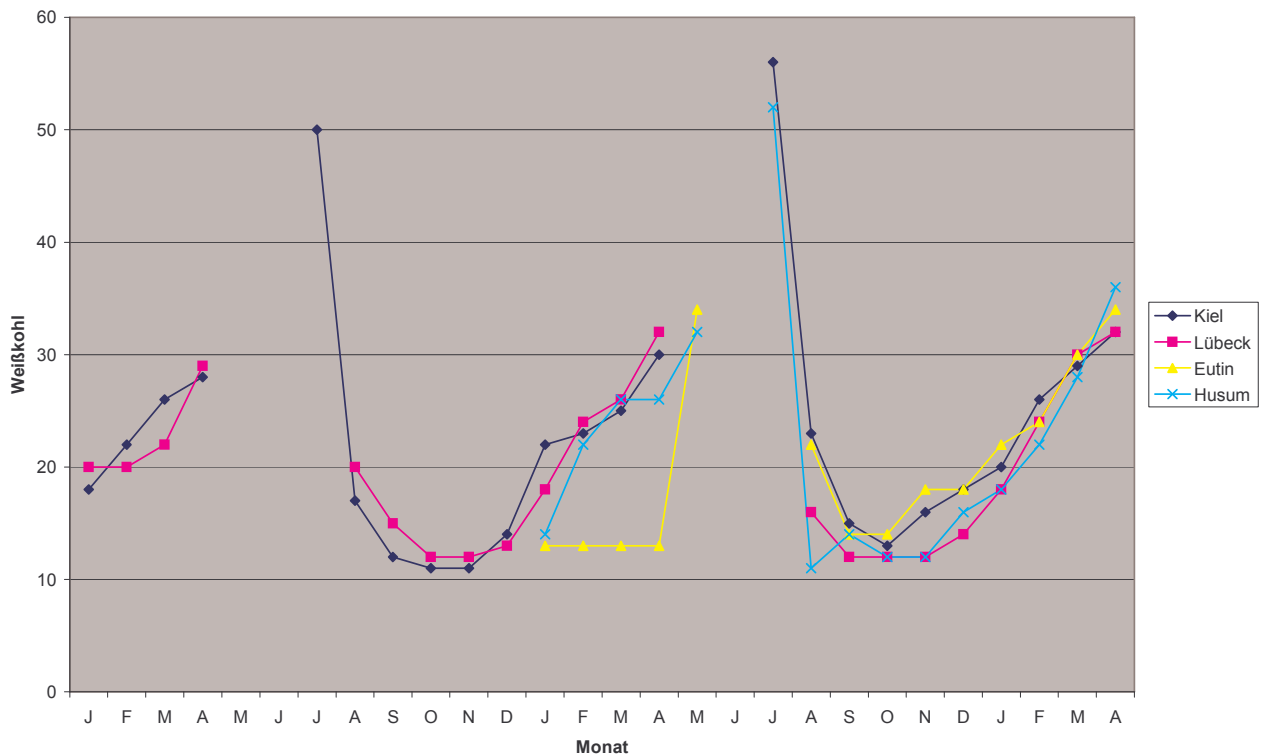
	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	44	46	44	46	46	46	46	46	45	46	46	46	46	46	46	46	46	46	45	45	46	46	44	46	46	46	46	46	46	46
Lübeck	45	45	45	45	45	45	45	47	47	47	47	47	45	45	45	44	44	45	45	44	45	45	47	47	47	47	47	46	46	46
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	46	46	46	46	.	.	.	.	.	.	.	46	46	46	46	46	46	46
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	44	44	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46

## Haferflocken

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	60	60	60	60	60	60	60	64	64	64	64	63	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	66	68	66
Lübeck	60	60	60	60	60	60	60	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	68	68	68
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	.	64	64	64	64	64	68	68
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	68	68

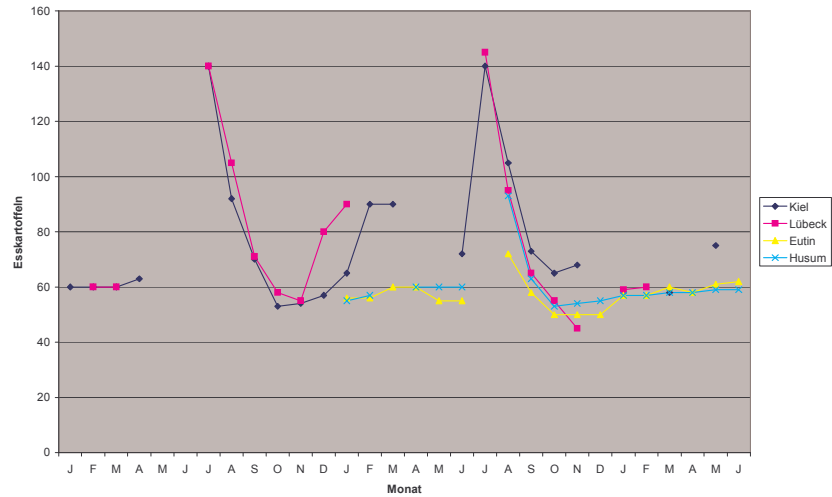
## Weißkohl

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	18	22	26	28	.	.	50	17	12	11	11	14	22	23	25	30	.	.	56	23	15	13	16	18	20	26	29	32	.	.
Lübeck	20	20	22	29	.	.	.	20	15	12	12	13	18	24	26	32	.	.	.	16	12	12	12	14	18	24	30	32	.	.
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	13	13	13	34	.	.	22	14	14	18	18	22	24	30	34	.	.
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	22	26	26	32	.	52	11	14	12	12	16	18	22	28	36	.	.



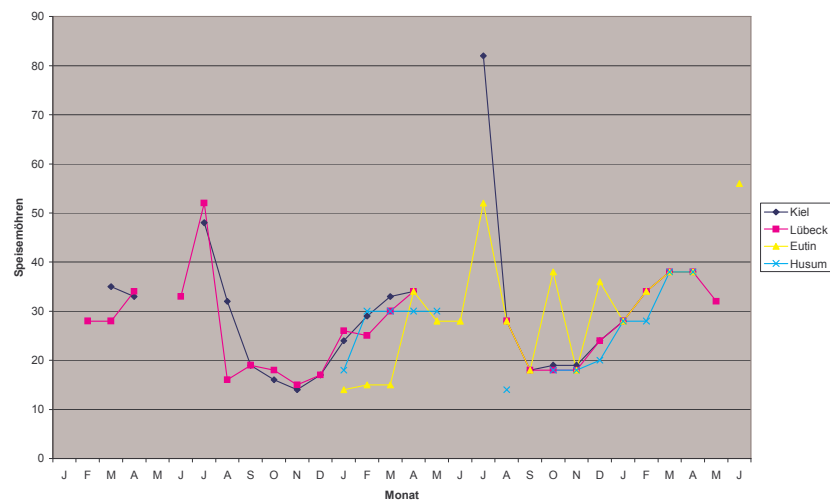
## Esskartoffeln

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	60	60	60	63	.	.	140	92	70	53	54	57	65	90	90	.	.	72	140	105	73	65	68	.	58	.	58	.	75	.
Lübeck	.	60	60	.	.	.	140	105	71	58	55	80	90	.	.	.	.	145	95	65	55	45	.	59	60	.	.	.	.	
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	56	56	60	60	55	55	.	72	58	50	50	50	57	57	60	58	61	62
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	55	57	.	60	60	60	.	93	63	53	54	55	57	57	58	58	59	59



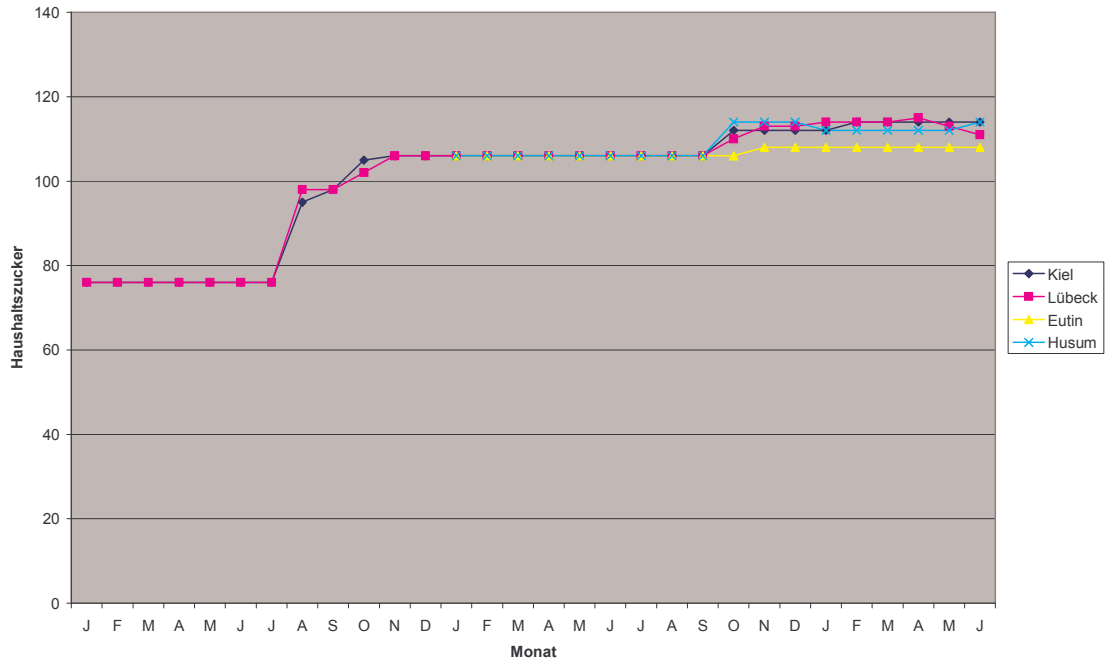
## Speisemöhren

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	.	.	35	33	.	.	48	32	19	16	14	17	24	29	33	34	.	.	82	28	18	19	19	24	28	34	38	38	.	.
Lübeck	.	28	28	34	.	33	52	16	19	18	15	17	26	25	30	34	.	.	.	28	18	18	18	24	28	34	38	38	32	.
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	15	15	34	28	28	52	28	18	38	18	36	28	34	38	38	.	56
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	18	30	30	30	30	.	.	14	.	18	18	20	28	28	38	38	.	.



## Haushaltszucker

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	76	76	76	76	76	76	76	95	98	105	106	106	106	106	106	106	106	106	106	106	106	112	112	112	112	114	114	114	114	114
Lübeck	76	76	76	76	76	76	76	98	98	102	106	106	106	106	106	106	106	106	106	106	106	110	113	113	114	114	114	115	113	111
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	106	106	106	106	106	106	106	106	106	106	106	108	108	108	108	108	108	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	106	106	106	106	106	106	106	106	106	114	114	114	112	112	112	112	114	



## Rindfleisch

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	180	180	180	180	170	176	184	182	177	177	176	176	182	180	176	170	170	180	172	172	180	180	174	180	170	175	.	180	180	180
Lübeck	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170	170
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	156	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	160	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	180	

## Schweinefleisch

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	160	160	160	160	160	.	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	.	.	160	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Lübeck	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	.	.	.	.	.	164	164	164	164	164	.	180	.
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	160	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	160	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

## Kalbfleisch

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	196	196	196	196	196	196	196	196	.	196	196	196	196	.	196	196	.	.	168	164	164	164	164	164	164	.	196	196	164	164
Lübeck	181	181	181	181	181	181	188	188	172	172	172	172	172	172	172	172	171	167	.	.	.	176	168	168	164	164	164	164	164	178
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	176	176	176	176	176	176	176	176	176	176	176	176	176	176	.	.	.	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	196	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	196	170	170	196	196	196



## Hammelfleisch

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	.	196	196	196	196	.	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	.	.	.	.	.	164	164	164	164	.	196	.	.	.
Lübeck	.	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	.	.	.	.	188	204	196	196	196	196	196	196	196	.
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	206	206	206	206	206	206	206	206	206	206	206	206	.	.	.	.	.	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	184	.	.	.	.	.	.	.	.	204	204	204	204	.	.	.	.	.

## Leberwurst

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Kiel	296	298	294	297	298	297	284	294	292	294	294	297	296	302	300	300	300	294	316	312	300	320	300	300	300	300	300	300	306	294	294
Lübeck	267	267	280	275	275	275	286	286	286	286	286	286	286	286	286	286	288	289	276	267	261	297	267	276	267	280	288	300	284	288	
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	350	350	350	350	350	350	.	.	.	.	.	.	280	280	280	280	280	280	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	314	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	

## Speck

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Kiel	212	212	212	212	212	212	212	212	.	.	212	212	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Lübeck	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	.	160	160	160	160	.	.	.	.	.	.	.	.	
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	160	160	160	160	160	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	204	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	

## Schweineschmalz

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	208	208	208	208	208
Lübeck	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	208	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	208	208	208
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	.	.	.	.	.	.	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	200	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

## Butter

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Kiel	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	512
Lübeck	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	512
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	512	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	512	

## Margarine

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Kiel	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	.	196	.	196	196	196	196	196	196	196	196	244
Lübeck	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	.	196	.	196	196	196	196	196	196	196	196	244
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	244	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	196	244	

## Magerkäse

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	204
Lübeck	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	130	.	130	130	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	260	260	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	224	.	.	.	.	224	224	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

## Quark

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	.	.	.	.	.	.	.
Lübeck	70	70	70	.	.	70	70	70	70	70	70	70	.	.	.	.	70	70	70	70	70	70	.	.	.	.	70	70	.	.
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	70	70	70	.	70	70	70	70	70	70	70	70	.	.	.	.	.	.
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	70	70	70	70	70	70	70	70	.	.	.	.	.	.

## Vollmilch

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Kiel	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	35	
Lübeck	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	35
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	34	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	34	

## Magermilch

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	23
Lübeck	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	23
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	22	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	22	

## 1 Ei

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	.	11	.	11	12	12	12	12	12	12	.	.	.	.	.	.	.	.	13	13	13	13	13	.	14	.	15	13	13	13
Lübeck	11	11	12	12	12	12	12	12	12	12	12	11	.	.	.	13	13	13	13	13	13	14	.	.	14	14	.	13	.	13
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	11	11	11	13	13	13	13	13	13	15	.	.	.	12	12	13	13
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	.	12	12	13	13	13	14	14	13	15	15	13	13	13	12	13	13

## Bier

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Kiel	88	88	88	88	88	110	110	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	130
Lübeck	11	11	12	12	12	12	12	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120
Eutin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	
Husum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140

Quelle: Statistisches Amt für die Britische Besatzungszone (Hrsg.), Die Einzelhandelspreise in 13 Gemeinden der Britischen Besatzungszone, 1947; Die Einzelhandelspreise in 25 Gemeinden der Britischen Besatzungszone, 1948; Nahrungsmittelpreise im Einzelhandel in 30 Städten der britischen Besatzungszone, 1948.

**Tabelle II : Durchschnittspreise wichtiger Lebensbedürfnisse in RM außer Lebensmitteln in Kiel (Januar-Februar 1947-Juli Dezember 1947, Mai und Juli 1948)**

	Jan. 1947	Feb.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Mai 1948	Juli 1948
Bekleidung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Straßenanzug für Männer	73,11	86,48	81,93	88,00	91,35	88,57	.	90,70	112,35	95,56
Oberhemd	9,80	12,37	12,37	.	.	.	.	.	.	.
Frauenkleid	69,66	83,37	77,18	.	65,00	81,90	147,33	106,00	.	63,54
Frauenschlupfhose	3,20	3,43	3,48	2,60	2,60	2,60	2,80	2,60	3,5	3,5
Bettbezug	.	.	19,8	14,00	14,00	14,00	.	.	.	.
Küchenhandtuch	.	2,35	2,35	2,17	2,17	2,17	1,65	1,80	1,92	1,92
Männer-Straßenschuhe	20,00	.	18,81	.	28,90	24,40	.	24,65	22,57	26,43
Frauen-Straßenschuhe	19,78	22,55	17,92	18,90	20,72	22,43	24,83	26,07	22,35	21,8
Haus-und Küchengeräte	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Aluminiumtopf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6,56
Emailletopf	2,80	.	.	2,80	.	.	.	3,20	.	.
Waschtopf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10,43
Teller, Porzellan	.	.	1	1,00	.	.	.	.	1	1,65
Teller, Steingut	1	1	1	1	1	1	1	.	1	0,9
Tasse mit Untertasse	.	.	1,2	1,20	.	.	.	.	1	1,25
Abwaschwanne	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5,7
Brennstoffe	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Steinkohlen, 1 Ztr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Braunkohlenbriketts, 1 Ztr.	2,48	2,53	2,56	3,19	3,19	2,73	2,83	2,66	2,8	2,63
Holz, 1 Ztr.	4,10	4,09	3,67	3,80	3,80	4,50	4,50	4,50	4,59	4,59
Gas 1 cbm	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16
Gasmessermiete für eine 2-Zimmer-Wohnung mit Küche im Monat	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Strom, 1kwh.	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08
Zählermiete oder Grundmiete für eine 2-Zimmer Wohnung mit Küche im Monat	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4

Quelle: Erstellt nach den Angaben in den Statistische Monatsberichten der Stadt Kiel 1945-1949. Stichtag war stets der 15. des Monats. Es wird nicht erläutert, ob "." bedeutet, dass diese Waren nicht im Angebot waren oder ob die Preise nicht ermittelt wurden. Aufgrund der schlechten Versorgungslage neige ich zur ersten Möglichkeit. Ferner ist beim Vergleich der Preise in Rpf und Dpf die Tatsache zu beachten, dass die Währungsreform starke finanzielle Einbußen mit sich bringen konnte, so dass das zunächst konstant bleibende Preisgefüge in der neuen Situation eine Verschärfung der Lage des einzelnen Haushaltes bedeuten konnte.

**Tabelle III : Durchschnittspreise wichtiger Lebensbedürfnisse in RM außer Lebensmitteln in Kiel (Januar-März, April-Juni 1948)**

	Jan.-März	April-Juni
1 Ztr. Brennholz	4, 05	4, 05
1 Ztr. Braunkohlebriketts	2, 00	2, 00
Kleiderschrank	191, 25	210, 00
Emaillierter Kochtopf	6, 11	6, 41
Aluminiumkochtopf	7, 32	7, 28
Porzellanteller	1, 07	1, 07
Glühbirne	1, 19	1, 20
Arbeitschuhe	23, 00	25, 29
Herrenstraßenschuhe	22, 50	24, 28
Besohlen einschl. Absätze	7, 01	7, 26
1 m Anzugstoff	18, 49	19, 10
1 m Damenkleiderstoff	9, 50	.
1 m Bettwäschestoff	1, 95	2, 07
Männersocken	4, 28	4, 43
Damenstrümpfe	.	18, 50
Kinderstrümpfe	2, 55	2, 68
Handstrickgarn	1, 94	2, 05
1 Schlüpfer	5, 25	5, 45
Arbeitshemd	9, 85	9, 85

Quelle: Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein 1948/49. Die fehlenden Angaben beruhen wahrscheinlich wieder auf dem Nichtvorhandensein der Ware.

**Tabelle IV: Durchschnittspreise in Rpf in Kiel 1945-1948**

	15.10.1945	1946	1947	15.05.1948
Roggenbrot	27	30	30	30
Weizenkleingebäck	76	.	76	76
Weizenmehl	42	39	39	38
Weizengrieß	46	46	46	46
Trockene Speiseerbsen	106	110	90	.
Reis	68	81	.	.
Zucker	76	87	108	114
Salzheringe	.	79	101	89
Frischer Dorsch	.	84	85	86
Rindfleisch zum Braten	182	180	182	180
Rindfleisch zum Kochen	170	170	177	180
Kalbfleisch zum Braten	260	260	260	260
Hammelfleisch zum Kochen	196	196	196	.
Schweinekotelett	220	220	220	.
Frisches Schweinebauchfleisch	.	160	160	160
Geräucherter Schweinespeck	212	212	.	.
Butter	360	360	360	360
Margarine	190	190	190	190
Inländisches Schweineschmalz	208	208	.	208
Halbfettkäse (20%)	226	224	226	224
1 l frische Vollmilch	24	24	24	24
1 Ei	14	.	13	13
Weißkohl	11	21	23	.
5 kg Speisekartoffeln	56	72	87	75
Gerösteter Bohnenkaffee	.	1500 (15. Mai)	.	.
1 l helles Bier	.	.	.	.
1 Ztr. Steinkohle	182	.	.	.
1 Ztr. Braunkohlebriketts	.	243 (Nov./Dez.)	277	280
Gas (Arbeitspreis für 1 m <sup>3</sup> )	16	16	16	16
Gas (Grundpreis für 1 m <sup>3</sup> )	.	.	.	.
Elektrischer Strom (Arbeitspreis für 1 kWh)	8	8	8	8
Elektrischer Strom (Grundpreis für 1 Monat)	140	140	140	140

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Beiträge zur historischen Statistik, Kiel 1967, S. 189-191. Bei den Preisen für Nahrungsmittel handelt es sich um die Ladenpreise der gebräuchlichsten Sorten. Bei den bewirtschafteten Lebensmitteln handelt es sich um die festgesetzten Höchstpreise.

**Tabelle V: Einzelhandelspreise ausgewählter Waren am 15. Juni 1948 (Landesdurchschnitt aus 10 Berichtsgemeinden) in RM**

Roggenbrot, 1 kg	0,33	Frauenkleid	39,55-53,71
Mischnbrot, 1 kg	0,36	Sportbluse	19,76
Weissbrot	.	Kittelschürze	22,34
Kleingebäck (Brötchen) aus Mehl Type 1050	.	Knabenanzug	45,93
Kleingebäck (Brötchen) aus Mehl Type 1600	0,70	Mädchenkleid	19,74
Einfaches Hefengebäck aus Mehl Type 1050, 1 St.	.	Herrenhut	.
Weizenmehl Type 1050, 1 kg	.	Oberhemd	22,35
Kinderstärkemehl, 1 kg	1,68	Sporthemd	10,92
Puddingpulver, 50 g	0,11	Arbeitshemd	10,54
Weizengrieß, 1 kg	0,46	Unterhemd für Männer	9,02-9,88
Graupen, 1 kg	0,53	Unterhose für Männer	8,35
Haferflocken, 1 kg	0,68	Frauentaghemd	4,38
Wassernudeln, 1 kg	0,89	Frauenschlüpfer	4,29-9,83
Suppenwürfel, 50 g	0,11	Knabenunterhose	3,88
Kaffeersatz, 1 kg	0,90	Mädchenhemd	3,13
Speiseerbsen, 1 kg	0,82	Mädchenschlüpfer	3,62
Verbrauchszucker, 1 kg	1,14	Pullover für Männer oder Frauen	16,70-23,54
Marmelade, 1 kg	1,82	Pullover für Kinder	12,15-13,71
Kunsthonig, 1 kg	1,60	Männersocken	2,76-3,55
Süßwaren, 1 kg	3,58	Damenstrümpfe	3,18
Speisekartoffeln, 1 kg	0,12	Kinderstrümpfe	3,71
Mohrrüben, 1 kg	.	Garn, 100 g	1,95-2,66
Weißkohl, 1 kg	0,35	Nähgarn, 1 Rolle	0,27
Wirsingkohl, 1 kg	0,65	Stopftwist, 10 g	0,22
Zwiebeln, 1 kg	.	Bettbezug	15,44
Kohlrüben, 1 kg	.	Bettlaken	7,33
Sauerkraut, 1 kg	0,50	Handtuch	2,13
Gemüsekonserven, 1 kg	1,42	Geschirrtuch	2,69
Obstkonserven, 1 kg	.	Oberbett	87,75
Frischobst, 1 kg	.	Matratze	56,86
Sultaninen, 1 kg	1,50	Schlafdecke	23,25
Getrocknete Pflaumen, 1 kg	1,53	Arbeitsschuhe für Männer	22,62-23,92
Frischer Kabeljau ohne Kopf, 1 kg	1,12	Herrenstraßenschuhe	22,93-23-87
Fischfilet, Kabeljau, 1 kg	1,83	Damenstraßenschuhe	19,55-21,07
Salzheringe, 1 kg	1,10	Kinderstiefel	11,71-16,09
Rollmops, 1 kg	.	Damenüberschuhe	9,84
Rindfleisch, 1 kg	1,74	Lederaktentasche	.
Schmorfleisch, 1 kg	1,77	Schuhreparaturen für 1 Paar	4,35-6,68
Kotelett, 1 kg	2,05	Küchentisch	42,11
Schweinebauch, 1 kg	1,61	Küchenstuhl	14,44
Kalbfleisch, 1 kg	2,39	Holzbett	63,54
Leberwurst, 1 kg	2,65	Kinderbett	40,33
Jagdwurst, 1 kg	2,80	Kleiderschrank	149,00
Mettwurst, 1 kg	3,18	Porzellanteller	1,17-1,42
Suppenhuhn, 1 kg	.	Porzellantasse mit Untertasse	1,60
Mastgans, 1 kg	.	Kaffeekanne	4,38
Vollmilch, 1 l	0,34	Steingutteller	1,00
Entrahmte Frischmilch, 1 l	0,22	Steingutschüssel	1,36-1,72
Deutsche Markenbutter, 1 kg	5,12	Konservenglas	0,65
Tafelmargarine, 1 kg	2,44	Dessertteller	0,47
Quark, 1 kg	0,92	Öfen und Herde	80,56-171,67
Quark, 20%, 1 kg	3,00	Kochtopf	6,66-7,04
Quark, 30%, 1 kg	.	Bratpfanne	3,57
1 Ei	0,13	Schmortopf	5,28
Bohnenkaffee, 1 kg	.	Waschtopf	7,20
¼ l Bier	0,35	Eimer	.
½ l Bier	0,68	Wanne	.
Branntwein, 38%, 0,7 l	.	Schüssel	4,21
1 inländische Zigarette	0,16-0,20	Eßbesteck	2,03
Tabak, 50 g	3,25	Wecker	.
Kernseife, 100 g	0,58	Glühbirne, 40 W	1,28
Feinseife, 100 g	.	Bügeleisen	14,75
Rasierseife, 1 St.	0,30	Wäschekorb	20,11
Einweichmittel, 250 g	0,15	Scheuerbürste	1,41
Spülmittel, 250 g	0,21	Fahrräder	149,50
Waschpulver für Grobwäsche, 250 g	0,35	Fahrradbereifung	19,23
Waschpulver für Feinwäsche, 100 g	.	Zellstoffwatte, 250 g	0,97

1 Rasierklinge	0,05-0,20	Briefblock	.
1 Scheuertuch	.	Briefpapier, 25 Bögen und Umschläge	2,06
Scheuerpulver, 250 g	0,25	Bleistift	0,14
Zahnpasta, 1 Tube	1,00	Tinte, 1 Flasche	0,36
Schuhcreme, 1 Dose	0,30	Schulheft	0,18
Rasieren einschl. Wäsche, 1 mal	0,27	Straßenbahn- o. Busfahrt für Erwachsene bis zu 6 Teilstrecken	0,19
Haareschneiden, 1 mal	0,60-0,80	Steinkohlen, 1 Ztr.	3,51
Frisieren, Waschen und legen für Frauen, 1 mal	2,44	Braunkohlenbriketts, 1 Ztr.	2,53
Wannenbad, 1 mal	0,65	Brennholz, 1 Ztr.	4,45
Straßenanzug für Männer	98,68-111,22	Gas, 1 cbm.	0,18
Winterlodenjoppe oder Bauernjacke	63,51	Gasmessermiete mtl.	0,48
Arbeitshose	21,15	Elektr. Strom, Arbeitspreis, 1 kWh	0,08
Arbeitsanzug	23,76	Elektr. Strom, Grundgebühr für 2 Zimmer und Küche, mtl.	1,81
Damenkleiderstoff	10,13-10,18	.	.

Quelle: Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 408-415 (=Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 1949, S. 201-204).

**Tabelle VI: Schwarzmarktpreise in Kiel im November 1947, Januar bis Mai 1948 in RM**

Warenart	Nov. 1947	Jan. 1948	Februar	März	April	Mai
1,5 kg Roggenbrot	17,50	.	15,00	21,00	15,00	15,00
1 kg Weizenbrot	17,50	.	10,00	15,00	15,00	10,00
1 kg deutsches Weizenmehl	38,00	.	32,00	40,00	36,00	34,00
1 kg amerikanisches Weizenmehl	47,00	.	42,00	50,00	40,00	34,00
1 kg weißer Zucker	140,00	160,00	135,00	135,00	70,00	75,00
1 kg brauner Zucker	.	.	105,00	105,00	60,00	60,00
100 Süßstofftabletten	45,00	.	42,50	35,00	35,00	25,00
1 kg Marmelade	70,00	.	50,00	50,00	60,00	50,00
0,5 kg Gerstengrütze	20,00	.	30,00	30,00	24,00	20,00
1 kg Weizengriess	20,00	.	30,00	30,00	24,00	20,00
1 kg Haferflocken	20,00	.	30,00	30,00	24,00	20,00
1 kg Nudeln	20,00	.	30,00	30,00	24,00	20,00
1 kg Erbsen	50,00	.	30,00	30,00	30,00	20,00
1 kg Schweinefleisch	100,00	120,00	100,00	100,00	110,00	120,00
1 kg Rindfleisch	75,00	.	70,00	70,00	80,00	90,00
1 Hering	1,88	.	0,75	0,75	0,75	1,00
1 kg Speck	400,00	.	400,00	400,00	440,00	440,00
0,5 kg Talg	140,00	.	180,00	180,00	200,00	220,00
1 kg Butter	460,00	480,00	500,00	500,00	440,00	500,00
1 kg Margarine	.	.	400,00	400,00	400,00	360,00
1 kg Schmalz	.	.	480,00	480,00	420,00	460,00
0,7 l Speiseöl	170,00	.	200,00	200,00	190,00	190,00
1 l Fischöl	145,00	.	240,00	240,00	240,00	280,00
1 Ei	7,50	.	7,00	10,00	9,50	7,00
1 kg Kartoffeln	1,80	.	2,50	2,50	2,50	2,40
1 kg Bohnenkaffee	1000	1000,00	860,00	900,00	900,00	800,00
0,5 kg Tee	500,00	.	450,00	450,00	450,00	400,00
0,5 kg Kakao	375	350,00	450,00	450,00	450,00	400,00
100g Schokolade	35,00	.	42,50	42,50	42,50	50,00
0,7 l Trinkbranntwein. Original	.	300,00	350,00	.	320,00	280,00
0,7 l selbstgebrannter Trinkbranntwein	230,00	180,00	260,00	220,00	220,00	280,00
1 Zigarre	12,50	.	10,00	10,00	10,00	10,00
1 dt. Zigarette	2,50	3,00	1,75	1,75	1,90	2,50
1 engl./US-Zigarette	6,00	8,00	6,50	7,00	6,50	6,50



50 g Tabak	.	.	70,00	50,00	50,00	55,00
1 neuer Straßenanzug	.	.	3000,00	3000,00	3000,00	3000,00
1 gebrauchter Straßenanzug	2150,00	.	1500,00	1500,00	1500,00	1500,00
1 m Anzugstoff	650,00	.	900,00	900,00	900,00	900,00
1 m Futterstoff und Zutaten für Anzug	300,00	.	1000,00	1000,00	1000,00	1000,00
1 Männeroberhemd	22,00	.	350,00	250,00	250,00	250,00
1 Paar Männersocken	80,00	.	60,00	60,00	60,00	60,00
1 Frauenkostüm	1500,00	.	2000,00	2000,00	2000,00	2000,00
Futter und Zutaten für Frauenkostüm	250,00	.	500,00	625,00	625,00	625,00
1 Frauenkleid	.	.	.	1100,00	800,00	800,00
1 m Kleiderstoff	.	.	550,00	550,00	350,00	350,00
1 Unterkleid	.	.	175,00	175,00	175,00	175,00
1 Garnitur Hemd und Schlüpfer für Frauen	275,00	.	150,00	150,00	200,00	200,00
1 Paar Frauenstrümpfe aus Kunstseide	200,00	.	180,00	190,00	150,00	150,00
1 Woldecke	125,00	.	200,00	200,00	200,00	200,00
1 Rolle Nähgarn	.	.	80,00	80,00	80,00	80,00
100 g Strickwolle	40,00	.	70,00	70,00	75,00	75,00
1 Paar Männerschuhe	.	.	575,00	425,00	400,00	400,00
1 Paar Frauenschuhe	.	.	350,00	350,00	350,00	350,00
1 Paar Kinderschuhe	.	.	225,00	200,00	200,00	200,00
50 Blatt Zigarettenpapier	5,50	.	7,00	7,00	5,00	5,00
1 Feuerstein	4,00	5,00	4,50	3,50	2,50	2,50
1 Glühbirne	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1 Stück Kernseife	.	.	27,50	27,50	25,00	25,00
1 Rasierseife	13,50	.	20,00	20,00	17,50	17,50
1 Toilettenseife	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00
1 Garnitur Fahrradbereifung	1000,00	.	500,00	500,00	600,00	600,00
1 Ztr. Steinkohlen	80,00	.	80,00	80,00	80,00	90,00
1 Ztr. Briketts	80,00	.	70,00	70,00	70,00	75,00
1 l Treiböl	.	.	4,50	4,50	4,50	5,00
1 l Benzin	5,00	.	5,00	5,00	5,00	5,00

Quelle: Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 415-417.

**Tabelle VII: Schwarzmarktpreise in Flensburg, Februar 1946 in RM**

	Amtlicher Preis	Schwarzhandelspreis
1,5 kg Schwarzbrot	0,42	20,00 bis 25,00
0,5 kg Weizenmehl	0,23	15,00
0,5 kg Zucker	0,38	40,00 bis 50,00
0,5 kg Rindfleisch mit Knochen	0,90	30,00 bis 40,00
Schweinefleisch	0,98	30,00 bis 40,00
0,5 kg Butter	1,80	250,00
0,5 kg Margarine	0,98	100,00
0,5 kg Bohnenkaffee	.	500,00 bis 600,00
1 kleines Paket ausländischer Tee	.	30,00
1 großes Paket ausländischer Tee	.	60,00
0,5 kg Marmelade	0,85	25,00
2 ctl. Cognac	0,25	300,00 bis 500,00
2 ctl. 35%iger Schnaps	0,15	300,00 bis 500,00
1 Herrenanzug	80,00	2000,00
1 Mantel	90,00	1200,00
1 Paar Männerschuhe	12,00 bis 14,00	500,00
1 Paar Frauenschuhe	12,00 bis 15,00	500,00
50 kg geschnittenes Brennholz	2,20 bis 2,70	150,00 bis 200,00
50 kg geschnittenes Brennholz frei Haus	3,40	150,00 bis 200,00
50 kg Anthrazitkohle	2,58 bis 3,10	45,00 bis 50,00
50 kg Braunkohlebriketts	1,56	45,00 bis 50,00
50 kg Ruhr-Steinkohle	1,72	45,00 bis 50,00
1 Fahrrad	40,00 bis 100,0	1000,00 bis 2000,00
1 deutsche Zigarette	0,06	3,50
1 englische Zigarette	.	5,00
50 g Tabak	.	45,00
1 Feuerstein	0,15	15,00

Quelle: LAS, Abt. 691, Nr. 22461: Schreiben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle in Schleswig an die Militärregierung Schleswig-Holsteins vom 27.02.1946. Demnach seien die Preise an anderen Orten in Schleswig-Holstein ähnlich.

**Tabelle VIII: Durchschnittsbruttostundenverdienste aller Gewerbegruppen in Schleswig-Holstein in Rpf**

Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
Rpf								
1946	März	93,6	102,1	91,4	79,2	54,4	56,6	51,7
	Juni	94,7	101,3	92,0	82,0	55,2	57,1	52,8
	September	94,8	102,8	92,4	82,2	60,8	66,1	53,1
	Dezember	96,5	102,9	99,7	83,8	55,2	57,6	52,4
1947	April	95,8	102,7	92,2	83,5	57,1	<sup>558</sup> 57,6	55,8
	Juni	96,2	103,8	94,0	83,7	57,5	60,1	55,3
	September	101,1	109,6	97,8	88,6	60,0	61,2	59,0
	Dezember	99,2	109,5	95,0	86,7	61,5	63,8	59,2
1948	März	98,2	104,8	97,4	86,0	61,8	63,8	59,3
	Juni	101,6	106,7	103,6	90,1	61,1	63,4	59,4
Steigerung von März 1946 auf Juni 1948		9%	5%	13%	14%	12%	12%	15%

Quelle: Erstellt nach den Angaben in Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein 1951, S. 373; Statistisches Monatsheft für die britische Zone 1 (1947), S. 54, 2 (1947), S. 58, 3 (1947), S. 47; Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste in wichtigen Fabrikationszweigen Westdeutschlands, S. 70 f., 86 f.

**Tabelle IX: Durchschnittsbruttowochenverdienste aller Gewerbegruppen in Schleswig-Holstein in RM**

Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter
RM								
1946	März	38,22	41,99	37,58	31,85	19,06	20,72	16,93
	Juni	38,82	42,47	38,01	32,84	20,58	21,56	19,32
	September	36,51	40,63	35,63	30,31	21,77	23,80	18,63
	Dezember	39,37	41,97	43,39	32,73	20,68	20,72	20,46
1947	April	36,61	39,59	34,65	31,65	20,44	<sup>559</sup> 20,72	20,13
	Juni	38,09	41,01	38,37	32,38	21,35	23,07	19,98
	September	37,88	41,18	36,50	32,49	21,37	21,42	20,83
	Dezember	41,60	43,28	39,01	32,22	24,11	25,32	23,07
1948	März	39,64	42,78	38,99	33,84	24,23	25,20	23,03
	Juni	40,64	43,71	39,86	36,08	24,19	25,40	23,00
Steigerung von März 1946 auf Juni 1948		6%	4%	6%	13%	27%	23%	36%

Quelle: Erstellt nach den Angaben in Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein 1951, S. 377; Statistisches Monatsheft für die britische Zone 1 (1947), S. 54, 2 (1947), S. 58, 3 (1947), S. 47; Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste in wichtigen Fabrikationszweigen Westdeutschlands, S. 70 f., 86 f.

<sup>558</sup> Die Angaben für April sind dem Monthly Statistical Bulletin, Vol. II, No. 9 (Sept. 1947), S. 100 f. entnommen. Sie unterscheiden sich von den anderen Quellen dadurch, dass bei den Arbeiterinnen Fach- und Spezialarbeiterinnen nicht zusammengefasst worden sind. Facharbeiterinnen wurden demnach 62,4 Rpf und Spezialarbeiterinnen 57,3 Rpf im Durchschnitt gezahlt.

<sup>559</sup> Vgl. Fußnote 558. Facharbeiterinnen wurden demnach 23,21 RM und Spezialarbeiterinnen 20,19 RM im Durchschnitt gezahlt.

**Tabelle X: Durchschnittsbruttostundenverdienste der Industriearbeiter in Schleswig-Holstein in Rpf**

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
Rpf								
<b>Eisenschaffende Industrie</b>								
1946	März	89,2	102,4	85,0	78,6	.	.	-
	Juni	91,6	104,3	88,4	82,4	.	.	.
	September	90,8	102,9	87,9	80,2	.	.	.
	Dezember	94,9	107,3	91,7	86,6	50,5	.	48,5
1947	April							
	Juni							
	September	-				-		
1948	Dezember							
	März							
	Juni							
<b>Nichteisenschaffende Industrie</b>								
1946	März	129,4	.	131,9	90,9	-	-	-
	Juni	124,4	.	125,7	.	-	-	-
	September	105,4	.	105,4	-	-	-	-
	Dezember	104,4	.	109,1	95,1	.	-	.
1947	April							
	Juni							
	September	106,9	.	106,6	.	.	.	.
1948	Dezember	125,1	.	125,5	.	.	.	.
	März	102,0	.	101,1	.	.	.	.
	Juni	114,7	123,5	111,4	101,0	.	.	.
<b>Gießerei-Industrie</b>								
1946	März	99,5	112,5	97,5	83,2	.	.	.
	Juni	100,3	102,1	97,3	85,9	.	.	.
	September	97,6	110,9	98,8	82,9	.	.	.
	Dezember	99,6	107,7	103,0	90,1	.	.	.
1947	April							
	Juni							
	September	107,9	118,0	101,6	87,9	78,6	.	.
1948	Dezember	112,2	124,5	101,1	95,3	.	.	.
	März	105,0	115,8	102,0	89,8	.	.	.
	Juni	109,7	120,0	107,5	95,1	.	.	.
<b>Metallverarbeitende Industrie</b>								
1946	März	100,9	105,3	94,9	83,6	58,8	62,7	52,1
	Juni	101,6	105,3	94,6	81,8	57,3	60,9	50,2
	September	101,0	105,9	95,1	82,5	57,2	59,4	52,2
	Dezember	100,1	105,8	96,0	84,0	61,6	67,4	53,9
1947	April							
	Juni							
	September	107,9	114,5	98,1	85,0	62,5	64,4	60,4
1948	Dezember	104,5	107,5	101,8	91,3	68,6	71,0	67,3
	März	103,5	107,4	99,8	84,9	68,1	70,5	66,3
	Juni	104,1	107,5	100,3	88,4	69,3	70,3	68,6
<b>Chemische Industrie</b>								
1946	März	87,1	95,6	85,0	82,9	49,8	49,3	49,9
	Juni	87,1	97,4	87,7	81,5	50,8	54,2	50,1
	September	89,4	102,5	87,2	83,7	52,3	52,3	52,4
	Dezember	87,6	95,1	85,8	84,2	51,2	50,8	51,4
1947	April							
	Juni							
	September	93,6	107,0	92,3	88,0	59,4	61,8	58,0
1948	Dezember	93,1	103,5	93,0	87,6	61,5	67,8	58,8
	März	94,7	103,9	98,3	87,2	60,8	63,1	59,8
	Juni	97,2	107,8	98,5	90,7	59,3	61,1	57,9

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
Rpf								
Steine und Erden								
1946	März	83,1	91,3	84,7	72,9	58,6	-	58,6
	Juni	85,3	91,5	87,5	76,5	.	-	.
	September	83,7	91,0	85,9	74,6	58,4	-	58,4
	Dezember	86,3	94,1	88,0	79,3	59,5	-	59,5
1947	April							
	Juni							
	September	93,1	98,2	98,0	85,9	.	.	.
1948	Dezember	88,2	96,7	89,6	80,9	57,2	.	57,2
	März	90,5	99,4	91,1	83,7	68,8	.	.
	Juni	101,6	106,7	102,4	97,4	72,6	.	72,6
Keramische Industrie								
1946	März	89,7	.	97,2	73,7	59,3	61,2	55,1
	Juni	94,1	.	96,1	81,2	58,1	59,2	53,4
	September	91,3	.	96,9	79,9	59,1	59,3	.
	Dezember	95,1	111,8	95,2	82,5	58,3	58,4	.
1947	April							
	Juni							
	September	-				-		
1948	Dezember							
	März							
	Juni							
Glasindustrie								
1946	März	-	-	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-	-	-
	Dezember	-	-	-	-	-	-	-
1947	April							
	Juni							
	September	-				-		
1948	Dezember							
	März							
	Juni							
Sägeindustrie								
1946	März	82,9	93,2	87,0	79,4	-	-	-
	Juni	82,2	93,1	86,5	78,7	-	-	-
	September	81,8	92,6	86,1	78,0	-	-	-
	Dezember	83,6	94,9	85,5	80,3	-	-	-
1947	April							
	Juni							
	September	84,8	99,2	88,1	80,9	-, .	.	.
1948	Dezember	83,4	93,0	91,6	77,5	.	.	.
	März	83,4	91,3	88,3	78,9	.	.	.
	Juni	85,6	98,0	89,7	81,3	.	.	.
Baugewerbe								
1946	März	88,7	102,8	91,3	78,4	50,5	-	50,5
	Juni	92,2	104,8	92,4	83,7	56,1	-	56,1
	September	92,6	103,6	93,7	84,4	58,6	-	58,6
	Dezember	100,3	105,9	117,5	87,7	.	-	.
1947	April							
	Juni							
	September	99,7	109,5	99,8	93,1	-, .	.	.
1948	Dezember	96,8	108,8	100,9	87,3	.	.	.
	März	98,6	111,1	101,4	88,5	.	.	.
	Juni	105,4	118,8	108,0	94,2	.	.	.
Bautischlerei und Holzwaren								
1946	März	87,4	93,4	85,6	80,2	48,4	48,1	49,4
	Juni	89,6	95,2	86,2	80,4	51,7	50,2	55,6
	September	86,5	96,3	87,9	74,1	55,0	57,9	50,7
	Dezember	85,6	96,4	90,8	67,7	53,1	55,3	50,7
1947	April							
	Juni							
	September	92,2	96,7	98,9	85,8	60,6	.	60,6
1948	Dezember	87,3	95,6	86,6	77,6	58,7	61,1	56,5
	März	88,9	95,6	87,9	80,8	62,3	65,9	57,2
	Juni	90,7	97,8	92,0	80,9	64,6	69,3	57,4

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
Rpf								
Papierzeugende Industrie								
1946	März	82,3	95,1	83,0	71,6	50,9	57,2	46,3
	Juni	75,5	91,8	72,1	68,6	49,4	50,8	48,6
	September	81,5	95,9	84,4	70,4	54,1	53,7	54,3
	Dezember	81,4	95,8	83,8	69,5	57,3	59,5	56,1
1947	April							
	Juni							
	September	87,7	97,5	88,1	83,1	55,7	56,7	55,4
1948	Dezember	83,8	94,4	85,2	76,4	54,2	56,2	52,7
	März	84,9	96,1	86,4	76,7	62,4	62,5	62,3
	Juni	90,5	104,3	92,7	80,2	59,1	60,3	58,4
Papierverarbeitende Industrie								
1946	März	81,6	.	.	68,3	55,2	59,6	.
	Juni	81,7	.	.	73,3	56,3	60,9	.
	September	89,9	.	.	.	53,6	62,8	47,6
	Dezember	.	.	.	.	.	.	.
1947	April							
	Juni							
	September	86,8	95,9	.	.	51,5	.	45,3
1948	Dezember	88,3	.	.	.	51,5	.	46,8
	März	89,4	.	.	.	53,2	59,0	48,9
	Juni	.	.	.	.	60,2	.	.
Buchdruckgewerbe								
1946	März	114,6	118,5	.	79,4	52,9	58,6	44,8
	Juni	117,2	121,6	.	91,6	51,7	57,1	44,7
	September	113,7	117,9	.	79,9	57,8	59,4	.
	Dezember	113,5	116,9	.	.	55,8	58,4	.
1947	April							
	Juni							
	September	122,0	125,8	.	.	58,5	.	.
1948	Dezember	113,8	116,6	.	85,1	55,2	54,7	57,2
	März	117,2	119,7	109,8	90,6	55,1	54,1	57,2
	Juni	133,5	137,8	.	105,9	65,9	66,1	.
Flachdruckgewerbe								
1946	März	.	.	.	.	.	.	.
	Juni	.	.	.	.	.	.	.
	September	.	.	.	.	.	.	.
	Dezember	85,8	.	.	78,3	.	.	.
1947	April							
	Juni							
	September	75,5	.	.	.	75,5	.	.
1948	Dezember	110,6	.	.	.	.	.	.
	März	101,7	.	.	.	.	.	.
	Juni	.	.	.	.	.	.	.
Textilindustrie								
1946	März	83,9	92,0	77,1	74,9	49,5	50,3	48,3
	Juni	85,9	94,4	87,1	75,0	51,0	51,9	49,6
	September	88,0	93,4	86,8	80,0	50,7	52,1	48,7
	Dezember	88,9	93,4	84,2	81,9	51,5	53,0	48,6
1947	April							
	Juni							
	September	87,9	92,3	86,4	81,7	51,4	51,1	53,9
1948	Dezember	95,0	100,8	88,1	84,8	55,5	56,6	57,8
	März	84,7	87,9	84,5	79,2	55,5	55,8	53,4
	Juni	87,7	92,7	85,5	80,7	56,7	57,0	53,8
Bekleidungsindustrie								
1946	März	85,4	86,0	.	.	54,9	56,2	49,9
	Juni	87,3	88,5	.	.	56,3	57,9	51,1
	September	83,1	83,7	.	.	77,7	84,2	51,1
	Dezember	84,7	84,7	.	.	53,8	54,6	50,4
1947	April							
	Juni							
	September	93,3	95,7	92,7	85,8	63,2	67,7	57,7
1948	Dezember	96,1	101,3	94,1	85,1	60,2	64,8	55,6
	März	94,0	95,3	89,6	91,2	63,7	65,3	59,3
	Juni	91,7	96,2	78,6	.	59,6	60,7	56,0

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
Rpf								
Schuhindustrie								
1946	März	80,8	86,4	.	72,9	.	.	.
	Juni	82,7	85,1	.	.	.	.	.
	September	69,1	.	-	.	.	-	.
	Dezember	52,5	.	-	52,2	.	-	.
1947	April							
	Juni							
	September	88,5	93,3	89,0	82,6	70,3	75,9	59,8
	Dezember	96,3	100,6	97,4	91,7	70,8	73,8	67,8
1948	März	93,7	97,9	92,6	90,6	74,3	84,5	52,7
	Juni	89,4	98,5	91,3	72,6	74,5	76,8	70,8
Ledererzeugende Industrie								
1946	März							
	Juni							
	September							
	Dezember							
1947	April							
	Juni							
	September	97,8	100,5	99,8	90,4	59,0	63,4	57,0
	Dezember	97,6	101,5	101,3	89,0	57,9	64,9	55,0
1948	März	98,3	102,1	101,1	91,4	58,2	65,3	54,6
	Juni	97,9	100,1	102,3	91,4	60,9	67,1	58,8
Lederverarbeitende Industrie								
1946	März							
	Juni							
	September							
	Dezember							
1947	April							
	Juni							
	September	104,4	107,0	.	97,7	.	.	.
	Dezember	114,4	117,9	108,4	.	76,5	80,5	.
1948	März	110,4	111,9	111,8	.	85,8	91,8	.
	Juni	112,5	114,9	108,0	.	82,7	88,6	.
Süß-, Back- und Teigwaren								
1946	März	99,1	101,6	.	71,0	61,8	61,5	62,2
	Juni	94,5	98,9	83,7	67,4	62,2	60,5	63,4
	September	99,3	103,0	.	73,6	61,7	67,8	54,8
	Dezember	96,5	100,8	.	73,7	62,6	.	59,4
1947	April							
	Juni							
	September	97,2	100,0	.	80,0	61,3	66,2	61,4
	Dezember	102,2	104,5	.	82,7	58,9	64,7	56,6
1948	März	94,1	95,8	.	77,6	56,1	64,9	52,0
	Juni	93,5	97,0	.	82,3	57,0	.	54,3
Braugewerbe								
1946	März	103,4	113,7	107,5	94,1	.	-	.
	Juni	104,0	113,2	105,1	96,2	.	-	.
	September	103,1	107,9	104,2	97,5	.	-	.
	Dezember	104,3	110,5	105,3	99,0	.	-	.
1947	April							
	Juni							
	September	103,2	111,9	103,5	90,9	62,7	.	62,7
	Dezember	103,1	109,6	105,6	96,3	75,1	.	75,1
1948	März	100,3	106,2	108,1	93,6	66,2	.	66,2
	Juni	110,6	112,9	109,6	94,2	65,2	.	65,2
Fahrer im Braugewerbe								
1946	März							
	Juni	112				-		
	September							
	Dezember		105,3					
1947	April							
	Juni							
	September	.	110,4	.	.	.	.	.
	Dezember	.	105,9	.	.	.	.	.
1948	März	.	103,1	.	.	.	.	.
	Juni	.	110,6	.	.	.	.	.

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
		Rpf						
Musikinstrumente und Spielwaren								
1946	März							
	Juni							
	September							
	Dezember							
1947	April							
	Juni							
	September	77,3	100,0	98,8	47,1	69,4	.	68,8
	Dezember	93,7	110,3	98,5	78,7	59,6	.	57,9
1948	März	95,8	107,1	100,9	79,3	61,5	.	59,6
	Juni	97,6	104,8	95,0	79,3	57,6	.	56,7

Quelle: Erstellt nach den Angaben in Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein 1951, S. 370-377; Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste in wichtigen Fabrikationszweigen Westdeutschlands), S. 56-86.

Ein Punkt bedeutet, dass der Zahlenwert unbekannt oder nach Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos ist, ein Strich bedeutet, daß der Zahlenwert genau Null ist. Sind weder Zahlenangaben noch Punkt oder Strich eingetragen, so lagen mir keine Angaben für den betreffenden Industriezweig oder Zeitraum vor.



**Tabelle XI: Durchschnittsbruttowochenverdienste der Industriearbeiter in Schleswig-Holstein in RM**

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
RM								
<b>Eisenschaffende Industrie</b>								
1946	März	39,84	45,62	39,87	33,03	-	-	-
	Juni	38,58	41,05	40,01	34,22	.	.	.
	September	31,90	34,51	31,52	28,68	.	.	.
	Dezember	38,53	39,31	39,83	35,81	19,33	.	18,63
1947	April							
	Juni							
	September							
1948	Dezember							
	März							
	Juni							
<b>Nichteisenschaffende Industrie</b>								
1946	März	52,40	.	52,63	.	-	-	-
	Juni	44,94	.	45,65	.	-	-	-
	September	41,29	.	41,38	-	-	-	-
	Dezember	47,02	.	48,19	46,85	.	-	.
1947	April							
	Juni							
	September	42,33	.	41,93	.	.	.	.
1948	Dezember	52,04	.	51,49	.	.	.	.
	März	42,93	.	42,32	.	.	.	.
	Juni	43,85	44,14	44,65	34,11	.	.	.
<b>Gießerei-Industrie</b>								
1946	März	40,64	47,75	39,31	33,13	.	.	.
	Juni	38,24	43,47	37,37	31,85	.	.	.
	September	33,89	40,20	34,68	27,15	.	.	.
	Dezember	42,31	47,57	44,08	37,03	.	.	.
1947	April							
	Juni							
	September	38,51	42,95	36,53	29,09	36,67	.	.
1948	Dezember	43,31	46,87	40,61	37,03	.	.	.
	März	40,83	45,90	37,85	35,48	.	.	.
	Juni	42,70	47,00	42,37	36,14	.	.	.
<b>Metallverarbeitende Industrie</b>								
1946	März	40,50	41,99	33,47	34,56	19,67	21,04	17,34
	Juni	40,03	41,68	37,95	33,17	20,67	21,80	18,34
	September	37,43	39,05	35,58	30,96	19,73	20,44	18,16
	Dezember	38,58	40,48	37,73	32,09	20,87	21,69	19,61
1947	April							
	Juni							
	September	37,12	38,87	34,82	29,88	20,80	22,89	18,76
1948	Dezember	39,86	41,00	38,55	35,23	25,55	24,92	25,96
	März	39,90	41,43	38,14	33,20	23,83	25,97	22,41
	Juni	39,16	40,55	36,88	34,14	25,23	25,51	25,03
<b>Chemische Industrie</b>								
1946	März	38,63	43,50	33,68	35,42	16,23	17,90	15,81
	Juni	39,14	47,59	42,16	32,35	19,08	21,46	18,62
	September	41,98	48,88	40,62	39,31	22,38	24,02	21,98
	Dezember	40,08	43,28	37,96	39,91	20,82	20,58	20,93
1947	April							
	Juni							
	September	39,70	48,22	41,53	34,97	22,62	25,50	21,17
1948	Dezember	42,19	49,23	43,00	38,09	24,82	28,21	23,39
	März	41,56	47,07	43,54	37,47	24,27	26,09	23,47
	Juni	43,29	48,61	44,35	39,65	24,79	25,31	24,36

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
RM								
Steine und Erden								
1946	März	35,35	39,90	37,34	28,20	14,58	-	14,58
	Juni	37,67	42,92	41,42	29,36	.	-	.
	September	37,08	42,01	39,38	30,31	19,30	-	19,30
	Dezember	37,11	42,62	38,43	32,44	22,06	-	22,06
1947	April							
	Juni							
	September	34,63	38,69	38,18	25,22	.	.	.
	Dezember	38,22	42,81	39,81	33,58	21,50	.	21,50
1948	März	39,16	44,40	40,82	33,94	26,66	.	.
	Juni	43,36	46,51	45,73	38,94	26,93	.	26,93
Keramische Industrie								
1946	März	36,28	.	39,35	29,65	20,38	23,89	19,24
	Juni	35,87	.	37,19	28,52	21,70	22,52	18,31
	September	34,68	.	37,42	29,35	20,00	19,90	.
	Dezember	38,21	45,24	38,55	32,28	21,41	21,42	.
1947	April							
	Juni							
	September							
	Dezember							
1948	März							
	Juni							
Glasindustrie								
1946	März	-	-	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-	-	-
	Dezember	-	-	-	-	-	-	-
1947	April							
	Juni							
	September							
	Dezember							
1948	März							
	Juni							
Sägeindustrie								
1946	März	36,59	43,00	39,48	34,37	-	-	-
	Juni	34,82	43,35	38,37	32,24	-	-	-
	September	34,10	39,91	38,59	31,56	-	-	-
	Dezember	36,01	45,21	37,49	33,62	-	-	-
1947	April							
	Juni							
	September	36,38	45,36	38,91	33,85	.	.	.
	Dezember	35,95	41,00	39,85	33,05	.	.	.
1948	März	35,84	39,76	39,09	33,29	.	.	.
	Juni	38,14	40,04	40,95	36,59	.	.	.
Baugewerbe								
1946	März	35,27	42,20	36,83	30,34	6,94	-	6,94
	Juni	37,45	44,61	37,02	33,12	13,45	-	13,45
	September	34,13	43,05	34,11	28,96	9,36	-	9,36
	Dezember	41,60	45,04	57,91	33,13	.	-	.
1947	April							
	Juni							
	September	34,65	39,55	36,11	31,20	.	.	.
	Dezember	33,94	41,43	37,32	31,94	.	.	.
1948	März	37,14	43,27	38,89	32,32	.	.	.
	Juni	41,48	49,45	43,02	35,42	.	.	.
Bautischlerei und Holzwaren								
1946	März	36,40	39,95	34,99	32,68	23,76	25,89	18,01
	Juni	36,90	39,48	35,75	32,37	21,14	20,29	23,39
	September	33,64	39,54	32,53	28,06	19,71	20,31	18,77
	Dezember	34,05	39,73	36,25	25,69	18,94	19,29	18,55
1947	April							
	Juni							
	September	34,56	37,74	34,37	31,18	18,75	.	18,75
	Dezember	35,66	38,27	36,25	31,97	22,97	24,40	21,79
1948	März	36,05	38,47	36,49	32,49	23,71	25,19	21,71
	Juni	36,36	39,56	37,73	31,51	25,28	28,87	20,53

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
RM								
<b>Papierherstellende Industrie</b>								
1946	März	28,99	38,14	27,34	24,78	15,54	17,77	13,91
	Juni	33,96	47,56	32,32	28,42	18,76	19,27	18,44
	September	36,92	46,75	36,91	31,94	23,20	22,50	23,61
	Dezember	31,39	44,15	33,97	23,11	17,51	16,41	18,23
1947	April							
	Juni							
	September	36,24	41,49	35,15	34,23	19,65	19,08	19,83
	Dezember	30,71	40,16	32,37	25,07	15,54	18,10	14,09
1948	März	33,80	42,74	35,08	28,16	19,45	20,93	18,74
	Juni	40,44	47,73	42,45	34,44	24,52	22,25	26,14
<b>Papierverarbeitende Industrie</b>								
1946	März	34,31	.	.	26,72	17,61	18,19	.
	Juni	35,89	.	.	31,74	21,46	22,50	.
	September	37,72	.	.	.	20,02	23,17	17,93
	Dezember	.	.	.	.	.	.	.
1947	April							
	Juni							
	September	33,65	37,05	.	.	17,90	.	15,22
	Dezember	35,58	.	.	.	20,84	.	18,66
1948	März	35,95	.	.	.	20,03	23,50	17,72
	Juni	.	.	.	.	24,24	.	.
<b>Buchdruckgewerbe</b>								
1946	März	53,21	54,82	.	33,22	22,75	24,87	19,58
	Juni	55,75	57,67	.	44,08	22,04	25,01	18,45
	September	51,86	53,77	.	34,71	23,43	25,18	.
	Dezember	51,95	53,37	.	.	22,37	24,14	.
1947	April							
	Juni							
	September	54,56	55,74	.	.	20,23	.	.
	Dezember	53,78	54,69	.	42,68	22,79	23,28	21,20
1948	März	53,45	54,33	51,59	42,59	23,40	22,61	25,10
	Juni	60,17	61,85	.	48,00	25,89	26,28	.
<b>Flachdruckgewerbe</b>								
1946	März	.	.	.	.	.	.	.
	Juni	.	.	.	.	.	.	.
	September	.	.	.	.	.	.	.
	Dezember	42,00	.	.	38,54	.	.	.
1947	April							
	Juni							
	September	.	.	.	.	.	.	.
	Dezember	46,35	.	.	.	.	.	.
1948	März	44,74	.	.	.	.	.	.
	Juni	.	.	.	.	.	.	.
<b>Textilindustrie</b>								
1946	März	33,32	36,82	37,08	28,88	18,16	18,92	17,00
	Juni	31,81	34,97	35,17	27,33	18,07	18,50	17,39
	September	31,62	33,99	35,04	27,63	17,32	17,94	16,44
	Dezember	33,56	35,76	36,00	29,48	17,95	18,47	16,96
1947	April							
	Juni							
	September	33,49	34,49	34,24	31,29	17,86	17,68	19,37
	Dezember	48,67	58,45	38,68	36,65	22,00	22,23	20,15
1948	März	31,14	30,52	35,49	29,55	20,39	20,48	19,64
	Juni	36,69	37,01	37,31	35,73	23,05	23,41	20,40
<b>Bekleidungsindustrie</b>								
1946	März	34,15	35,44	.	.	19,54	19,56	19,45
	Juni	37,75	38,21	.	.	21,76	22,47	19,38
	September	36,40	36,71	.	.	28,12	30,12	19,41
	Dezember	38,36	38,49	.	.	21,02	21,07	20,81
1947	April							
	Juni							
	September	38,40	38,62	40,50	36,94	22,56	24,31	20,46
	Dezember	42,36	45,92	41,62	35,32	24,65	25,71	23,54
1948	März	38,45	39,90	34,89	35,26	25,53	26,74	22,74
	Juni	35,17	35,83	33,70	.	23,52	24,46	20,50

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
RM								
<b>Schuhindustrie</b>								
1946	März	34,74	38,72	.	29,97	.	.	.
	Juni	34,40	34,84	.	.	.	.	.
1947	September	26,84	.	.	.	.	.	.
	Dezember	23,41	.	.	22,78	.	.	.
1948	April							
	Juni							
1947	September	32,01	36,35	31,13	29,30	23,90	25,78	20,17
	Dezember	38,56	40,69	35,68	41,03	26,90	27,70	26,06
1948	März	36,92	38,00	36,01	38,46	26,50	30,33	18,54
	Juni	35,71	40,38	35,60	30,26	24,00	23,82	24,34
<b>Ledererzeugende Industrie</b>								
1946	März							
	Juni							
1947	September							
	Dezember							
1948	April							
	Juni							
1947	September	36,90	38,00	37,21	34,52	19,36	20,81	18,28
	Dezember	39,90	40,34	42,18	36,49	21,45	23,71	20,51
1948	März	38,61	38,10	40,90	36,50	21,46	25,83	19,42
	Juni	42,43	42,65	44,70	39,85	25,00	28,32	23,87
<b>Lederverarbeitende Industrie</b>								
1946	März							
	Juni							
1947	September							
	Dezember							
1948	April							
	Juni							
1947	September	42,36	43,88	.	38,55	.	.	.
	Dezember	47,83	49,69	44,48	.	29,58	32,10	.
1948	März	44,06	45,05	43,28	.	33,96	37,63	.
	Juni	46,70	47,46	45,58	.	33,63	37,24	.
<b>Süß-, Back- und Teigwaren</b>								
1946	März	47,58	48,83	.	33,60	24,66	27,04	22,54
	Juni	45,98	48,13	40,54	32,83	27,30	26,23	28,01
1947	September	48,44	50,14	.	36,49	26,63	31,08	22,17
	Dezember	49,24	52,18	.	35,85	27,26	.	25,64
1948	April							
	Juni							
1947	September	45,94	46,94	.	39,76	22,80	25,32	21,70
	Dezember	47,81	48,69	.	39,71	25,30	29,83	23,63
1948	März	45,42	46,08	.	36,23	23,97	27,98	22,13
	Juni	44,45	46,73	.	37,20	22,99	.	21,60
<b>Braugewerbe</b>								
1946	März	50,10	55,28	54,77	45,10	.	.	.
	Juni	50,61	56,22	51,52	46,20	.	.	.
1947	September	49,72	52,75	51,16	45,72	.	.	.
	Dezember	49,26	51,28	49,27	46,50	.	.	.
1948	April							
	Juni							
1947	September	48,97	53,48	51,09	41,51	26,00	.	26,00
	Dezember	38,49	39,60	51,60	29,10	18,77	.	18,77
1948	März	47,32	49,96	52,36	43,50	31,81	.	31,81
	Juni	44,94	47,69	47,88	41,86	28,81	.	28,81
<b>Fahrer im Braugewerbe</b>								
1946	März							
	Juni							
1947	September							
	Dezember		51,29					
1948	April							
	Juni							
1947	September	.	54,07	.	.	.	.	.
	Dezember	.	51,24	.	.	.	.	.
1948	März	.	49,27	.	.	.	.	.
	Juni	.	44,94	.	.	.	.	.

Gewerbegruppe und Monat		Männliche Arbeiter				Arbeiterinnen		
		Ins- gesamt	davon			Ins- gesamt	davon	
			Fach- arbeiter	Spezial- arbeiter	Hilfs- arbeiter		Fach- und Spezial- arbeiter- innen	Hilfs- arbeiter- innen
		RM						
Musikinstrumente und Spielwaren								
1946	März							
	Juni							
	September							
	Dezember							
1947	April							
	Juni							
	September	37,58	43,53	40,84	28,58	24,37	.	23,82
	Dezember	40,24	44,28	43,91	34,21	22,69	.	21,84
1948	März	38,84	44,87	42,32	30,22	23,47	.	22,24
	Juni	41,28	43,98	40,40	34,03	23,06	.	22,62

Quelle: Erstellt nach den Angaben in Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein 1951, S. 370-377; Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste in wichtigen Fabrikationszweigen Westdeutschlands), S. 56-86.

Ein Punkt bedeutet, dass der Zahlenwert unbekannt oder nach Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos ist, ein Strich bedeutet, dass der Zahlenwert genau Null ist. Sind weder Zahlenangaben noch Punkt oder Strich eingetragen, so lagen mir keine Angaben für den betreffenden Industriezweig oder Zeitraum vor.

## 12 Verzeichnis der Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AHL	Archiv der Hansestadt Lübeck
CCG/BE	Control Commission of Germany, British Element
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DP	Displaced Person
IHK	Industrie- und Handelskammer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LAS	Landesarchiv Schleswig
OMGUS	Office of Military Government United States
RFO	Regional Food Office
RGBL	Reichsgesetzblatt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAFl	Stadtarchiv Flensburg
StAK	Stadtarchiv Kiel
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration.
VAW	Verwaltungsamt für Wirtschaft
VAWMBI	Mitteilungsblatt des Verwaltungsamtes für Wirtschaft
VfW	Verwaltung für Wirtschaft
VfWMBI	Mitteilungsblatt der Verwaltung für Wirtschaft.
VRW	Verwaltungsrat für Wirtschaft
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZAW	Zentralamt für Wirtschaft
ZEL	Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft
ZfA	Zentralamt für Arbeit
ZSHG	Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte

## 13 Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1 Quellen

#### 1. 1 Archivmaterial

##### Archiv der Hansestadt Lübeck

Nr. 12, 180, 182, 184, 820, 821.

Wöchentliche Stimmungsberichte vom 25.01., 16.05., 14.11.1946.

Wöchentliche Stimmungsberichte vom 21.09., 14.09., 07.09.1945; 28.11., 12.12., 24.12.1946.

Monatsbericht über die deutsche Moral vom 26.08., 26.11., 06.02.1947.

Statistisches Amt Lübeck, Lübecker Notzeit in Zahlen, o. J.

Ders., Verwaltungsbericht der Hansestadt Lübeck 1937 bis 1951, Lübeck o. J.

##### Archiv des Amtes für Organisation und Verwaltungsreform, Abt. Statistik, der Landeshauptstadt Kiel

Nr. 8 (1947): Auswertung der Ergebnisse der Volkszählung 1946.

##### Archiv des Statistischen Landesamtes

UI, 11/1/1b: Industriearbeiterlöhne 1948-1952.

UI, 12/1/1b: Einzelhandelspreise.

UI, 12/1/4b: Preisindexziffer für die Lebenshaltung.

Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 1947-1948.

Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 1947-1948.

Zahlendienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein 1947-1948.

##### Landesarchiv Schleswig

Abt. 580, Nr. 457, 461, 471, 490, 491, 492.

Abt. 605, Nr. 634, 638, 643, 639, 670.

Abt. 623, Nr. 115, 120-126, 151, 152, 164, 191.

Abt. 691, Nr. 22461, 22462, 25741, 25740.

## **Stadtarchiv Flensburg**

VIII C 129, 132, 133.

StAFl II B 15, Bd. 1.

Stadtchronik.

Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1939-1949, Flensburg 1950.

## **Stadtarchiv Kiel**

StAK 33465, 33689, 33770, 33780, 33804, 34072, 34163, 34685, 34691, 34697, 34705, 34707, 34754.

Hinrichs, Elfriede, Erinnerungen aus 31-jähriger Arbeit beim Amt für Familienfürsorge der Stadt Kiel. Masch. Kiel 1988.

Statistisches und Wahlamt der Stadt Kiel, Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1947-1949.

Völcker, Gertrud, Erinnerungen 50 Jahre Öffentlichkeitsarbeit. Teil II. Masch. Kiel 1974.

Zottmann, Anton, Kiel - die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt von der Mitte des 19. Jh. bis zur Gegenwart und die Grundlagen ihres ökonomischen Neuaufbaus, Masch. Kiel 1946.

## **1. 2 Sonstiges Material**

### **1. 2.1 Statistische Quellen**

Headquarters Control Commission for Germany (BE), Monthly Statistical Bulletin of the Control Commission for Germany (BE), 1946-1949.

Headquarters Control Commission for Germany (BE), Statistisches Monatsheft für die Britische Zone, Juni 1947-März 1949.

O. Verf., Lohntarife für das Baugewerbe in der britischen Zone (ausgenommen Groß-Hamburg), Düsseldorf 1948.

Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste in wichtigen Fabrikationszweigen Westdeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Eisen- und Metallindustrie. Lohnstatistische Unterlagen aus den amtlichen Lohnerhebungen 1938 und 1946, Essen 1948 (=Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Schriften der Volkswirtschaftlichen Abteilung Nr. 36).

Military Government for Germany, US Zone, Statistical Annex of the Military Governour, 1948.



Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Statistische Monatszahlen, 1948-1949.

Ders., Wirtschaft und Statistik, 1949-1950.

Statistisches Amt für die Britische Besatzungszone, Die Einzelhandelspreise in 13 Gemeinden der Britischen Besatzungszone, 1947.

Ders., Die Einzelhandelspreise in 25 Gemeinden der Britischen Besatzungszone, 1948.

Ders., Nahrungsmittelpreise im Einzelhandel in 30 Städten der britischen Besatzungszone, 1948.

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Beiträge zur historischen Statistik, Kiel 1967.

Ders., Statistische Monatshefte für Schleswig-Holstein 1949, 1951

Ders., Statistisches Handbuch Schleswig-Holstein 1951.

Ders., Verzeichnis der Statistiken in Schleswig-Holstein, Kiel 1951.

### **1. 2. 2 Zeitungen und Zeitschriften**

Das neue Wort. Zeitschrift für politische, soziale und kulturelle Neugestaltung, 1947.

Der Wirtschaftsspiegel, 1947-1948.

Die Neue Zeitung, 1947.

Die Welt, 1948.

Flensburger Tageblatt, 1946-1948.

Hamburger Volkszeitung, 1947.

Handelsblatt, 1946-1947.

Kieler Nachrichten, 1946-1948.

Lübecker Nachrichten, 1948.

Norddeutsches Echo, 1946-1948.

Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 1946-1948.

Stuttgarter Zeitung, 1946.

### 1. 2. 3 Andere Quellen

Anders, Reinhard, Die Proklamationen, Gesetze und Verordnungen der Militärregierung Deutschlands (Amerikanische Zone) einschließlich der Proklamationen und Gesetze der Alliierten Kontrollbehörde, Kontrollrat, 2 Bde., Karlsruhe 1946<sup>2</sup>.

Britische Militärregierung (Hrsg.), Military Government Gazette Germany, British Zone of Control (=Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, britisches Kontrollgebiet, Bielefeld 1945-1949.

Büro des Wirtschaftsrates (Hrsg.), Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1948, Frankfurt a. M. 1948-1949.

Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), Dokumente deutscher Kriegsschäden II, 2, Bonn 1958.

Dabelstein, Heinrich, Kieler Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsförderung. Rechenschaftsbericht des Referats Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsförderung im Stadtwirtschaftsamt, Kiel 1947.

Dobbernack, Wilhelm, Leistungen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in der britischen Zone, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 9 (1947), S. 326-330.

Gayk, Andreas, Kiels Friedensarbeit beginnt!, Kiel 1947.

Ders., Eine Stadt kämpft um ihre Zukunft, Kiel 1946.

Harmssen, Gustav Wilhelm, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Bremen 1947.

Hauptabteilung Preis und Lohn im Verwaltungsamt für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes, Nachrichten der Preisverwaltung, 1947.

Haussleiter, Otto, Gedanken zur preispolitischen Lage, in: Der Wirtschaftsspiegel, 3/4, (1946), S. 4-6.

Herschel, Wilhelm, Rechtsfragen des Lohnstops, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 7/8 (1947), S. 272 f.

Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Die Lebensverhältnisse in Deutschland 1947. Eine Studie des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Stuttgart 1947.

Industrie- und Handelskammer zu Kiel, Mitteilungen der IHK zu Kiel, 1946-1947.

Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck 1946, in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, Lübeck 1947.

Ders., Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, 1947.

- Institut für Weltwirtschaft, Wirtschaftszusammenbruch und Neuaufbau in Kiel. Masch., Kiel 1946.
- Knolle, H., Wieder Lohnverhandlungen? in: Arbeitsblatt für die britische Zone 9 (1947), S. 321-323.
- Magistrat der Stadt Kiel, Kiel: Bürger bauen eine neue Stadt, o. J., wahrscheinlich 1955.
- Marx, August, Die Sorge um den gerechten Lohn, in: Der Wirtschaftsspiegel, 7/8 (1948), S. 173-177.
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in Vorbereitung (Hrsg.), Löhne und Preise. Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Preis-Lohn-Relation, Clausthal-Zellerfeld 1946.
- Oellig, Hans-Rudolf, Alltag in Kiel 1945-1950, in: Wir sind das Bauvolk. Kiel 1945 bis 1950. Hrsg. vom Arbeitskreis "Demokratische Geschichte", Kiel 1985, S.167-184.
- O. Verf., Das Lohnproblem, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 5 (1947), S. 177-179.
- O. Verf., Das neue Preisstrafrecht. Die Verordnung über Strafen und Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen Preisvorschriften vom 3. Juni 1939, Bad Oeynhausen, o. J.
- O. Verf., Die Preisstopverordnung. Die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 unter besonderer Berücksichtigung der Kriegswirtschaftsverordnung und des Runderlasses des Reichskommissars für die Preisbildung vom 3. April 1940 Nr. 37/40, Bad Oeynhausen 1940.
- O. Verf., Lohntarife für das Baugewerbe in der britischen Zone, Düsseldorf 1948.
- O. Verf., Preispolitik und Währung, in: Der Wirtschaftsspiegel, 21 (1946), S. 478-480.
- Pfannenschmidt, Elise,: Zur Problematik der vaterlosen Familie. Dargestellt an einer Auswahl von sozialbetreuten Familien aus dem Kieler Stadtkreis. Masch. Diss. Kiel 1954.
- Qualen, Hans Hellmuth, Nach uns die Sintflut. 1945-1948. Aus dem 4. Kapitel des „Rückblicks“, den persönlichen Erinnerungen von Hans Hellmuth Qualen, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 69, 1983-1985, S.177-188.
- Reichsminister des Inneren, Reichsgesetzblatt 1936, 1939.
- Rohlfing, Marga, Lohn und Lebenshaltungskosten, Hamburg 1947 (=Dortmunder Schriften zur Sozialforschung 1, hrsg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster zu Dortmund).
- Rubarth, Werner, Entwicklung der Rechtsgrundlagen im Preisrecht, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), S. 38-40.
- Schmidt, Willi, Grundprobleme der Preispolitik, in: Der Wirtschaftsspiegel, 3/4 (1948), S. 113-115.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Schleswig-Holstein (Hrsg.), Raus aus dem Elend!, Kiel 1946.

Thurnwald, Hilde, Gegenwartsprobleme Berliner Familien: Eine soziologische Untersuchung an 498 Familien, Berlin 1948.

Verwaltungsamt für Wirtschaft, Hauptabteilung Preis (Hrsg.), Die Preisprüfung. Sammlung von Merkblättern, Richtlinien und Referaten für die Schulung der in der Preisüberwachung eingesetzten Prüfer, Minden 1947.

Verwaltung für Wirtschaft, Mitteilungsblatt der Verwaltung für Wirtschaft, 1947-1948.

Ders., Mitteilungsblatt des Verwaltungsamtes für Wirtschaft, 1947.

Ders., Wirtschaftsverwaltung, 1948.

Wehner, Friedrich, Leistungsverbesserungen in der Arbeitslosenhilfe, in : Arbeitsblatt für die britische Zone 6 (1947), S. 207-209.

Ders., Zur Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitsausfällen infolge Kohlen- und Strommangels, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 4 (1947), S. 135.

Wittlinger, Rainer, Preise und Löhne, in: Das neue Wort 1 (1947), S. 6-9.

Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone, Arbeitsblatt für die britische Zone, 1947-1948.

Ders., Aufgaben des Zentralamtes für Arbeit in der Britischen Zone, in: Arbeitsblatt für die britische Zone Nr. 12 (1947), S. 427-429.

Ders., Das Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone. Bericht über die Tätigkeit von Juli 1946 bis Juli 1948, in: Arbeitsblatt für die britische Zone 7/8 (1948) (=Sonderbeilage des Arbeitsblatts für die britische Zone).

Ders., Zur sozialen Lage in der britischen Zone, Lemgo 1947.

Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft, Amtsblatt für Ernährung und Landwirtschaft, 1946-1947.

## **2 Sekundärliteratur**

Abelshauer, Werner, Wirtschaft in Westdeutschland. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.

Ders., Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt a. M. 1983.

Arbeitskreis „Demokratische Geschichte“ (Hrsg.), Wir sind das Bauvolk. Kiel 1945 bis 1950, Kiel 1985.

- Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins (Hrsg.), Bibliographie zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins (=Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 27), Neumünster 1997.
- Bartholomäi, Reinhart u. a., Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bad Godesberg 1977.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1-4, Frankfurt a. M. 1989.
- Binder, Gerhart, Deutschland seit 1945, Seewald 1969.
- Birke, Adolf u. a., Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, Sachinventar 1945-1955, München 1993.
- Boelcke, Willi A., Der Schwarzmarkt 1945-1948: Vom Überleben nach dem Kriege, Braunschweig 1986.
- Carstens Uwe, Leben im Flüchtlingslager. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Husum 1994.
- Düwell, Kurt, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1945-1961, Köln, Wien 1981.
- Erhardt, Timm, Lebenshaltungskosten und Einkünfte von Arbeitnehmern 1945-1948, in: ZSHG 124 (1999), S. 171-198.
- Ders., Der Schwarzmarkt in Flensburg 1945-1948, in: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.), Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 5, Flensburg 2000, S. 211-220.
- Foschepoth, Josef / Steininger, Rolf (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985.
- Franck, Dieter, Jahre unseres Lebens, Reinbek 1983.
- Godau-Schüttke, Klaus Detlev, Ich habe nur dem Recht gedient. Die „Renazifizierung“ der schleswig-holsteinischen Justiz nach 1945, Baden - Baden 1993.
- Grebing, Helga u.a., Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945-1949, Bd. 1, 2, Stuttgart 1988.
- Grieser, Helmut, Kontinuität des Reiches oder neue Ideen? Methodische Überlegungen zum politischen Bewußtsein Kieler Parteiführer nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1955), Kiel 1981.
- Ders., Wiederaufstieg aus Trümmern (1945 bis in die Gegenwart), in: Jensen, Jürgm / Wulf, Peter (Hrsg.): Geschichte der Stadt Kiel. Neumünster 1991. S. 401-456.
- Grube, Frank / Richter, Gerhard, Die Schwarzmarktzeit, Hamburg 1979.

- Herrmann, Thomas, „Die Frauen haben die Last getragen“. Individuelle und kollektive Schicksale von Frauen 1945-1949 in Kiel. Masch. Mag. Kiel 1993 (StaK).
- Hirschfeld, Markus, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Kiel 1995.
- Jensen, Jürgen, Kieler Zeitgeschichte im Pressefoto: Die 40er/50er Jahre auf Bildern von Friedrich Magnussen, Neumünster 1985.
- Jensen, Jürgen / Wulf, Peter (Hrsg.), Geschichte der Stadt Kiel. Neumünster 1991.
- Jürgensen, Kurt, Die Briten in Schleswig-Holstein, Neumünster 1989.
- Ders., Die britische Besatzungspolitik 1945-1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6 (1997), S. 15-29.
- Ders., Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem ersten Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945-1947, Neumünster 1969<sup>1</sup>, 1998<sup>2</sup>.
- Ders., Elemente britischer Deutschlandpolitik: Political Re-Education, Responsible Government, Federation of Germany, in: Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, hrsg. von Scharf, Claus / Schröder, Hans-Jürgen, Wiesbaden 1979, S. 103-127.
- Ders., Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Kontinuität und Wandel, in: Lange, Ulrich (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 1996, S. 591-658.
- Kettenacker, Lothar, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandpolitik der britischen Regierung während des zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989.
- Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1991.
- Kuhnigk, Silke, Zu den Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, am Beispiel von Bevölkerungswachstum- und verschiebungen in Kiel zwischen 1945 und 1972. Masch. Kiel 1990 (StAK).
- Lange, Ulrich (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 1996.
- Menne-Haritz, Angelika, Wirtschaftsverwaltung in der Nachkriegszeit. Der Einfluß der britischen Besatzungsbehörden auf den Wiederaufbau der Wirtschaftsverwaltung in Schleswig-Holstein, in: ZSHG 112 (1987), S. 245-265.
- Mielke, Siegfried / Vilmar, Fritz, Die Gewerkschaften, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, S. 192-237.
- Müller, Fritz, Die Verwaltung des Hungers 1945-1948. Eine Dokumentation der Arbeit des Regional Food Office (RFO), Kiel 1993.

- Oddey, Markus / Riis, Thomas (Hrsg.), Zukunft aus Trümmern. Wiederaufbau und Städtebau in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 2000.
- Overesch, Manfred, u. a. (Hrsg.), Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Jahre der Entscheidung 1945-1949. Texte und Dokumente, Hannover 1989.
- Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968 (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16).
- Reusch, Ulrich, Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone, in: Birke, Adolf u. a., Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, Sachinventar 1945-1955, München 1993, S. 35-60.
- Salewski, Michael, 1945-1995. Zum historisch-politischen Selbstverständnis der Deutschen, Kiel 1995.
- Scharf, Claus / Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Grossbritanniens und die Britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979.
- Schelsky, Helmut, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart 1954<sup>2</sup>.
- Schier, Siegfried, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck, Lübeck 1982.
- Schmoller, Gustav von, Die Befugnisse der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik Deutschland = Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 8, 1950, S. 2 ff.
- Schneider, Ullrich, Nach dem Sieg: Besatzungspolitik und Militärregierung 1945, in: Foschepoth, Josef / Steininger, Rolf (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985, S. 47-64.
- Stamp, Friedrich, Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997.
- Stempell, Heiner, Gewerkschafts-, gesellschafts- und sozialpolitische Entwicklungstendenzen im ersten Jahrfünft nach dem „Jahre Null“ 1945, in: Bartholomäi, Reinhart u. a., Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bad Godesberg 1977, S. 527-555.
- Stüber, Gabriele, Der Kampf gegen den Hunger, Neumünster 1984.
- Dies., Kieler Hungerjahre 1945-1948, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 69 (1983-1985), S. 189-238.
- Dies., „Wir haben durchgehalten, was blieb uns anderes übrig?“ Frauen im Nachkriegsalltag in: Arbeitskreis „Demokratische Geschichte“ (Hrsg.), Wir sind das Bauvolk. Kiel 1945 bis 1950, Kiel 1985, S. 201-223.

- Trabant, Franz Josef, Der wirtschaftliche Wiederaufbau und seine Westorientierung, in: Overesch, Manfred, u. a. (Hrsg.), Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Jahre der Entscheidung 1945-1949. Texte und Dokumente, Hannover 1989, S. 121-166.
- Trees, Wolfgang u. a., 3 Jahre nach Null: Geschichte der britischen Besatzungszone 1945-1948, Düsseldorf 1978.
- Trittel, Günter, Von der „Verwaltung des Mangels“ zur „Verhinderung der Neuordnung“. Ein Überblick über die Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik in der Britischen Zone, in: Scharf, Claus / Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Grossbritanniens und die Britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 129-150.
- Trommler, Leonhard, Die Kriegsoferversorgung nach 1945, in: Bartholomäi, Reinhart u. a., Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bad Godesberg 1977, S. 191-205.
- Vogel, Walter, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Teil I, Koblenz 1956; Teil II Boppard 1964; Teil III Boppard 1983.
- Von Plato, Alexander / Leh, Almut, „Ein unglaublicher Frühling“, Bonn 1997.
- Whiting, Charles, Norddeutschland Stunde Null. April-September 1945, Düsseldorf 1980.
- Wildt, Michael, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948, Hamburg 1986.



## Lebenslauf

09.08.1970	Geburt in Heide/Holstein
1976-1980	Besuch der Grund- und Hauptschule IV in Heide
1980-27.05.1989	Besuch des Gymnasiums im Schulzentrum Heide-Ost
01.10.1989-30.09.1991	Zweijähriger Wehrdienst in Seeth/Schleswig-Holstein
01.10.1991-09.02.1998	Studium der Geschichte und der Mathematik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, danach Beginn der Arbeiten an der Dissertation
01.08.1999-31.07.2001	Referendariat an der Max-Planck-Schule in Kiel
01.09.2001	Ernennung zum Studienrat z. A., Einstellung am Kieler Ernst-Barlach-Gymnasium

Timm Erhardt  
Calvinstr.5  
24114 Kiel

## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit allein und ohne fremde Hilfe verfasst habe.

Kiel, den 21.09.03

Timm Erhardt